

alle Anträge, soweit sie unterstützt sind, der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. (Bravo!)

Die Anträge 69 und 71 bis 73 werden der Reichstagsfraktion als Material überwiesen. Damit ist auch dieser Teil des Vorstandsberichts erledigt.

Vorsitzender **Dorn**: In unserer Tagesordnung muß eine Verschiebung eintreten. In der Nachmittagsitzung soll zunächst die Maifeierfrage behandelt werden. Der Parteitag ist damit einverstanden. Ich konstatiere das und schließe die Sitzung
Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Dorn eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Die Maifeier.

Zur Verhandlung stehen mit die Anträge 86 bis 90 und 92 bis 104. Der Antrag 91 wird nicht unterstützt.

Reichertlicher Richard Fischer-Berlin: Ich glaube, daß ich mit meinen heutigen Ausführungen Ihren ganz besonderen Beifall finden werde, vielleicht durch das, was ich sage, aber jedenfalls durch das, was ich nicht sage. (Weiter.) Sie werden wohl alle mit mir einverstanden sein, daß wir uns über die Maifeier als solche, ihren Charakter, ihre Bedeutung heute nicht eingehend beschäftigen, denn das haben wir auf einer Reihe früherer Parteitage bereits gründlich getan und außerdem existieren in Partei- und Gewerkschaftskreisen keine Meinungsverschiedenheiten darüber. Wenn wir uns in diesem Jahre abermals mit der Maifeier zu beschäftigen haben, so deshalb, weil der Essener Parteitag dem Parteivorstand den Auftrag erteilt hat, auf Grund des Stuttgarter Beschlusses, der zum ersten Male für die Partei die Unterstützungspflicht der Opfer der Maifeier aussprach, über die Art und Weise der Regelung dieser Unterstützung nähere Vereinbarungen mit der Generalkommission zu treffen, Vereinbarungen, die für Partei und Gewerkschaften bindend sein sollten. Der Parteivorstand hat diesen Auftrag ausgeführt, dabei aber in Partei- und Gewerkschaftskreisen zum Teil sehr energischen und weitgehenden Widerspruch gefunden, und in den Anträgen, die Sie unterstützt haben, ist eine ganze Serie, die dieser weiten Unzufriedenheit Ausdruck verleihen. Nun ist die Frage für unseren Parteitag doch die: gibt es ein anderes, zweckmäßigeres und geeigneteres Mittel, den von der Stuttgarter Konferenz und dem Essener Parteitag sanktionierten Grundsatz zur Durchführung zu versehen, daß von nun ab die Opfer des Maikampfes unterstützt werden sollen? Die Generalkommission hat dazu bereits auf dem Gewerkschaftskongress in Hamburg ihre Erklärung abgegeben, und der Parteivorstand tut es durch das Referat, das mir übertragen ist, heute. Beide sind der Meinung, daß eine andere Art der Regelung unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich sein wird. Die Lösung dieser Aufgabe hängt nicht von dem guten Willen und auch nicht von der Verstandesschärfe des Parteivorstandes und der Generalkommission ab, sondern sie liegt in Verhältnissen, die außerhalb der Willensmeinung dieser beiden Körperschaften liegen. In erster Linie geht durch alle Monda des Beschlusses von Parteivorstand und Generalkommission der Gedanke, daß die Unterstützungsregelung nicht auf totalem Wege, sondern durch die Zentralkassen von Partei und Gewerkschaften geleistet werden solle. Die Anträge 87 und 99 gehen den radikalsten Weg zur Lösung der Frage, indem sie einfach erklären: die Unterstützungspflicht von Partei und Gewerkschaften für die Opfer des Maikampfes soll aufhören. Sie glauben das damit begründen zu können,

daß sie sagen: im anderen Falle werde die Bedeutung der Maifeier, ihr Charakter, die Beteiligung an der Arbeitsruhe wesentlich beeinträchtigt. Nun ist ja diese Lösung gewiß sehr einfach. Die ganze Frage der Form der Unterstützung, die Frage, wer die Verpflichtung zur Unterstützung hat, wird natürlich sofort beiseite geschafft, wenn die Frage der Unterstützungspflicht überhaupt verneint wird. Aber der Stuttgarter und Essener Beschluß sind doch beide nicht aus heiterem Himmel gefallen, sondern sie haben ihre Ursache gehabt in den Bedürfnissen der Partei und Gewerkschaften. Es wurde dort die Meinung vertreten, es sei unmöglich, daß Jahr für Jahr unter Umständen dieselbe Kategorie von Arbeitern, die opfermutigsten und kampfbereitesten, die bei dem Maikampf in die Bresche treten, als Opfer auf dem Kampfplatz bleiben, während die Tausende und Hunderttausende von Arbeitern, die vielleicht nicht in der Lage sind, den 1. Mai zu feiern oder die nicht von derselben Kampfeslust und Opferwilligkeit befeuert sind, teilnahmslos beiseite stehen und jene Opferwilligsten einfach ihrem Schicksal überlassen. Den Gedanken aber, daß durch die Art und Weise der Regelung der Maifeierunterstützung gleichsam der Charakter der Maifeier abgeschwächt, die Lust und Liebe zur Demonstration am Maitage beeinträchtigt werde, kann ich nicht verstehen. Glaubt man, daß die Opferbereitschaft, die Kampfeslust eher verstärkt wird, wenn man die Opfer wehrlos dem Gegner überläßt, als wenn man ihnen eine vielleicht nicht genügende Unterstützung zuteil werden läßt? Wenn die örtliche Unterstützung nach Ansicht der Antragsteller ungenügend und deshalb geeignet ist, die Kampfeslust zu schwächen, so verstehe ich nicht, wie die Kampfeslust gestärkt werden soll, wenn man überhaupt keine Unterstützung gewährt. Ein anderer Teil der Anträge — und ich glaube, in den Anträgen sind all die Einwände, die im Laufe der Zeit gegen den Beschluß des Parteivorstandes laut geworden sind, vereinigt —, die Anträge 88, 89, 91, 94, 98, 101, 103 und 104 gehen alle von dem gemeinsamen Gedanken aus, einmal die ganze Frage dem Parteivorstand und der Generalkommission zu einer erneuten Beratung zu überweisen, und zwar unter der Voraussetzung, daß die Unterstützung nicht am Orte geregelt wird, sondern daß die Zentralkassen der Partei und der Gewerkschaften dafür in Anspruch genommen werden sollen. Gewiß, ein schöner Vorschlag, es fragt sich aber, ob er durchführbar sein wird in bezug auf die Parteidkasse. (Hört! hört!) Ich glaube, wenn Sie nur einen Blick werfen auf die Einnahmen, die die Parteidkasse in diesem Jahre zu verzeichnen hat, werden Sie selber zugeben müssen, daß, wenn man nicht eine grundlegende Minderung der Art der Beitragsleistung und der ganzen Kassenverhältnisse der Partei vornehmen will, dem Parteivorstand unmöglich diese Aufgabe überwiesen werden kann.

Wir haben in diesem Jahre aus allgemeinen Parteibeiträgen eine Einnahme von circa 442 000 Mk. zu verzeichnen. Das sind die gesamten Einnahmen aus Beiträgen der Wahlkreise an die Parteidkasse. Glauben Sie etwa, daß eine solche Summe für einen Kampf von einigermaßen großer Ausdehnung ausreichen würde? Und selbst wenn Sie noch die ganzen Ueberflüsse des „Vorwärts“, der Parteibuchhandlung und der übrigen Parteiunternehmungen hinzurechnen, so hätten Sie doch erst 600 000 Mk. Man braucht nur diejenigen Genossen, die im gewerkschaftlichen Leben einigermaßen erfahren sind, zu fragen, ob man Lohnkämpfe auf großer Grundlage mit solchen Mitteln unternehmen kann. Ich glaube, es ist nicht ein einziger unter Ihnen, der der Parteidkasse zumuten kann, Opfer der Maifeier zu tragen. Gibt es nun eine Möglichkeit, die Parteidkasse so zu fundieren, daß man diese Anforderung an sie stellen kann? Nein, wir können nicht von heute auf morgen die Grundlagen der Partei ändern, wir sind eine politische Partei, die Mittel sind

notwendig für den politischen Kampf, für die daraus entstehenden Mahreglungen. Aber sie gleichzeitig zu einer Unterstützungsstufe für allgemeine Kämpfe umzugestalten, das ist eine Aufgabe, die wir auf dem Parteitag nicht lösen können. Diesen Weg können wir nicht gehen, wir können auch dem Parteivorstand und der Generalkommission nicht zumuten, auf der Grundlage eines solchen Vorschlags die Frage zu regeln. Nun die andere Frage, ob nicht die großen zentralisierten Gewerkschaften in der Lage wären, die Opfer des Kampfes zu unterstützen. Die Frage ist gewiß diskutierbar, aber die in der Generalkommission vertretenen Gewerkschaften haben durch den Mund ihrer Teilnehmer an der Konferenz einhellig erklärt, daß sie eine solche Verantwortung nicht übernehmen können. Man kann den Zentralverbänden unmöglich zumuten, die finanzielle Verantwortung für Beschlüsse zu übernehmen, an deren Fassung sie nicht beteiligt sind, auf die sie keinen Einfluß haben, die nur erklärt werden können aus den lokalen Verhältnissen heraus. Die Gewerkschaftsvertreter haben weiter erklärt, wenn sie die finanzielle Verantwortung übernehmen sollen, dann begeben wir Gewerkschaften uns unserer Aktionsfreiheit und stellen es in das Belieben der Unternehmer, zu einer ihnen genehmen Zeit unsere finanziellen Kräfte in Anspruch zu nehmen und unsere Klassen zu leeren, so daß wir dann in einer den Arbeitern günstigeren Zeit nicht in der Lage sind, den Kampf aufzunehmen. Ferner wurde erklärt, wir können diese Unterstützungspflicht nicht anerkennen im Rahmen der jetzigen Beiträge; gestalten wir aber die jetzigen Beiträge anders, so fragt es sich, in welcher Art und Weise. Auch der Parteivorstand ging erst von dem Gedanken aus, einen Fonds zu sammeln, der gemeinsam vom Zentralvorstand und der Generalkommission verwaltet werden soll. Aber wie ist es möglich, die Mittel für diesen Fonds aufzubringen? Es ist vorgeschlagen, schon frühzeitig Sammellisten zirkulieren zu lassen. Gegen diesen Vorschlag ist eingewendet, daß Gelber auf Sammellisten erfahrungsgemäß nur für ganz aktuelle Zwecke eingeht. Dann wurde die Möglichkeit erwogen, diejenigen Arbeiter heranzuziehen, die auf Grund der Parteitagsbeschlüsse nicht in der Lage sind, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Es wurde vorgeschlagen, daß diese Arbeiter den dritten Teil ihres Verdienstes vom 1. Mai an den Fonds abführen sollen. Aber die Generalkommission erklärte, daß sie ganz außerstande sei, einen solchen Vorschlag den Gewerkschaften als bindenden Beschluß zu empfehlen; in Ostpreußen, Schlesien, Bayern, kurz in den industriell abgelegenen Gegenden habe man alle Not und Mühe, die Arbeiter allmählich zu den Organisationen heranzubekommen; es sei ganz unmöglich, diesen Leuten, die sich kaum die Elementar begriffe der Arbeiterbewegung zu eigen gemacht hätten, ein solches Opfer zumuten; man würde dadurch die Leute verlieren und an einem Tage die Arbeit langer Jahre vernichten. Einem solchen Argument gegenüber konnten wir uns nicht rundweg ablehnend verhalten. Die Frage ist nach den verschiedensten Seiten hin erwogen, es sind allerhand Vorschläge gemacht und diskutiert worden, aber das Endergebnis der Diskussion, die sich durch eine Reihe von Sitzungen hindurchgezogen hat, war eben doch der Vorschlag, den im März dieses Jahres Parteivorstand und Generalkommission vorlegten und der folgenden Wortlaut hatte:

Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftsstatut und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisation sowie der Beschlüsse des Parteitages, für eine würdige

Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Generalkommission und Parteivorstand sind also von dem Gedanken ausgegangen, daß die Regelung der Unterstützungsfrage selbstverständlich erfolgen müsse auf dem Grundgedanken einer würdigen Maifeier, um der Idee des 1. Mai Rechnung zu tragen. Es kann aus dieser Resolution nicht hergeleitet werden, daß von einer würdigen Maifeier Abstand genommen werden soll, denn die Voraussetzung der ganzen Vereinbarungen war ja die, dafür zu sorgen, daß an allen Orten der 1. Mai würdig gefeiert wird. In den Vereinbarungen heißt es dann weiter:

Bei Aussperrungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung vom Beginn der zweiten Woche gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch gewerkschaftlich organisierten Mitglieder Anspruch.

Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und der Gewerkschaft am Orte, an welchem die Aussperrung erfolgt, aufzubringen. Zur Unterstützung der Ausgesperrten soll an den in Frage kommenden Orten ein Fonds gebildet werden. Die Mittel für diesen Fonds sind durch Sammlungen und freiwillige Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht oder reichen die Mittel eines Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten am Orte von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu beden. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Aussperrung aufzubringen hat, wird nach der Mitgliederzahl dieser Organisation berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.

Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Aussperrungen Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen.

Hierbei ging man von dem Gedanken aus, daß, wenn wegen der Aussperrung am 1. Mai Lohnforderungen erhoben werden, es sich nicht mehr um eine allgemeine politisch-gewerkschaftliche Aktion handle, sondern um einen Lohnkampf, der dann Sache der Gewerkschaften allein sei. Wenn einzelne Gewerkschaften, z. B. die der Schuhmacher, erklärt haben, sie würden nach wie vor die Unterstützung aus ihren Zentralkassen decken, so steht dem die Resolution nicht im Wege. Nicht das Recht der Gewerkschaften, im weiteren Sinne die Unterstützungsfrage zu regeln, ist bestritten worden, sondern es ist nur nicht anerkannt die Verpflichtung derjenigen Gewerkschaften, die dazu nicht imstande sind, aus der Zentralkasse Unterstützungen zu geben.

Der Hamburger Gewerkschaftskongreß hat grundsätzlich diese Abmachungen anerkannt, aber Generalkommission und Parteivorstand beauftragt, nochmals in eine Beratung der ganzen Materie einzutreten, um zu sehen, ob doch noch den Wünschen der Gewerkschaftler und Parteigenossen irgendwie Rechnung getragen werden könne. Diese Besprechung hat stattgefunden, aber zu keinem anderen Ergebnis geführt, als daß man den Satz, wonach der Unterstützungsanspruch erst von der zweiten Woche an gelten solle, aufhob, indem man sich sagte, wenn es Sache der Organisation ist, die Unterstützung aufzubringen, dann muß es auch ihre Sache sein, den Beginn der Unterstützung zu bestimmen. Im übrigen waren Parteivorstand und Generalkommission nach wie vor der Meinung, eine andere Regelung sei nicht möglich, und deshalb ersuche ich Sie, alle Anträge abzulehnen, die den Parteivorstand zu

nochmaligen Verhandlungen mit der Generalkommission beauftragen wollen, solange nicht aus der Mitte des Parteitag selbst Vorschläge gemacht werden, die Parteivorstand und Generalkommission als geeignet zur Erörterung anerkennen können. Der Parteitag kann ja einen sachlichen Beschluß nicht fassen, weil es sich um eine Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission handelt, von denen die letztere hier nicht vertreten ist. Und mögen Sie den Parteivorstand für noch viel geschickter halten, als Sie sind, für ganz geschick, eine andere Regelung geht doch über seine Kraft. Wir haben in einer ganzen Reihe von Sitzungen uns damit beschäftigt, die Vorschläge aufs eingehendste geprüft, der Generalkommission eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht und von ihr gemachte beraten. Wir sind auf den Weg der gegenseitigen Verständigung angewiesen und haben eben keine andere Verständigung erzielen können. Ist der Parteivorstand nicht in der Lage, für seine eigene Zentralkasse die Verantwortung zu übernehmen, können Sie es der Generalkommission auch für die ihre nicht zumuten, um so weniger, als wir die Maisfeier nur den Gewerkschaften zugewiesen haben.

Und noch eins: Als der Gedanke der Maisfeier auf dem Internationalen Kongress in Paris auftauchte und in Deutschland zum erstenmal propagiert wurde, stand diese ganze Frage der Unterstützung überhaupt nicht zur Diskussion. Es hat sich um eine Demonstration gehandelt, um eine Befestigung der Arbeiter-solidarität, deren weittragende Bedeutung man damals — ganz offen gesagt — nicht voraussah; und in all den Jahren ist man immer davon ausgegangen, daß nicht wir die Entscheidung über die Art der Gestaltung der Maisfeier zu treffen haben, sondern, daß sie abhängig sei von den jeweiligen wirtschaftlichen Kämpfen. Wir haben gesehen, daß der Gedanke der Maisfeier immer tiefer Wurzel schlug, die Feier immer mächtiger, imposanter geworden ist, und wenn sie in diesem Jahr den Erwartungen einzelner Genossen nicht entsprochen hat, so messen Sie die Schuld nicht den Vorschlägen des Parteivorstandes und der Generalkommission zu, sondern führen Sie sich die ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse vor Augen und die Geschichte der Maisfeier. Immer in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs haben wir dieselbe Lage gehört, und immer, wenn die wirtschaftliche Konjunktur in die Höhe ging, ist auch die Demonstration größer geworden. Unsere Regelung ist nicht geeignet, die Möglichkeit, den Willen und den Eifer zur Demonstration zu beeinträchtigen und abzuschwächen, sondern, wenn sie auch nicht allen Erwartungen entspricht, setzt sie doch die durch die Maisfeier zu Boden gestreckten Genossen in die Lage, besser, als es früher der Fall war, den Kampf weiterzuführen und wieder aufzunehmen. Und weil dies doch der Grundgedanke der Resolution ist, bitte ich Sie, den Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Stubbe-Hamburg: Die Abmachung ist aus zwei Gründen unerfreulich. Einmal ist sie den Mitgliedern erst fünf Wochen vor dem 1. Mai zugegangen, so daß die Unterstützungsfrage unmöglich geregelt werden konnte. Sodann aber ist die lokale Regelung nach Ansicht des größten Teiles der Parteigenossen unmöglich. Wenn Hamburg III und andere Orte beantragen, von der Unterstützung ganz abzusehen, so geschieht das aus dem von Fischer erwähnten Gesichtspunkt, daß man ursprünglich an eine Unterstützung überhaupt nicht gedacht hat. Nun sehe ich ein, daß es einstweilen ohne Unterstützung nicht geht. Aber wenn es auf zentralem Wege nicht möglich war, ausreichende Fonds zusammenzubringen, dann geht es auf lokalem erst recht nicht. Wir werden zur Einföhrung eines obligatorischen Beitrags kommen müssen; er braucht ja nicht sehr hoch zu sein, wenn erst von der zweiten Woche die Unterstützung bezahlt wird. Bei 60 Pf. Ertragsbeitrag bringen die Gewerkschaften schon eine Million

auf. Natürlich dürfte das nicht erst in den letzten Monaten vor dem 1. Mai sein, sondern etwa im dritten Quartal, Juli bis September. Lokal geht es nicht; da würden sich an einzelnen Orten Fonds ansammeln, die der Organisation entzogen bleiben, und anderen mit großen Aussparungen würde es zu den Unterstützungen nicht reichen. Die Regelung auf lokaler Grundlage ist unmöglich, ebenso wie es unmöglich ist, die Streikunterstützung auf lokaler Grundlage zu regeln. Wenn man sagt, man könne nicht alle Arbeiter zu den Beiträgen heranziehen, die in absehbarer Zeit nicht feiern können, so meine ich doch, daß alle organisierten Arbeiter die Pflicht haben, zur Durchführung internationaler Beschlüsse beizutragen. Fischer hat darin recht, daß es heute unmöglich ist, einen definitiven Beschluß zu fassen; deshalb stimmen Sie den Anträgen zu, die nochmalige Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission wünschen, und wenn die einzelnen Zentralvorstände und vielleicht auch Parteifunktionäre zugezogen werden, wird es vielleicht doch möglich sein, zu einer anderen Regelung zu kommen, wenn auch vielleicht einzelne Gewerkschaften Schwierigkeiten machen, weil sie ohne ihre Generalversammlungen eine Entscheidung nicht treffen können. (Stapel)

Kösa Luxemburg: Als der Mannheimer Parteitag die Frage der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in ihrer ganzen Tragweite aufrollte und nach Mitteln und Wegen suchte, wie wir das im Interesse der beiden Zweige der Arbeiterbewegung unumgänglich notwendige innige Zusammenarbeiten erzielen könnten, gehörte ich zu denjenigen Genossen, die sich am wenigsten eine ersprießliche Zusammenwirkung auf dem Wege versprochen, daß die obersten organisatorischen Spitzen beider Zweige der Arbeiterbewegung in dualistischer Weise miteinander verkehren und Vereinbarungen treffen, die dann für beide Teile der Arbeiterbewegung maßgebend sein sollten. Ich glaube, daß nach den ersten beiden wichtigen Proben des Zusammenwirkens nach diesem dualistischen System, die wir jetzt erlebt haben, unsere Befürchtungen von damals vollauf bestätigt werden.

Diese zwei entmutigenden Proben sind die Maisfeier und die Jugendorganisation. Die Frage der Maisfeier ist auf sämtlichen deutschen Parteitagen verhandelt worden und mit Recht. Es entspricht das vollkommen der kolossalen Tragweite dieser Äußerung unserer Arbeiterbewegung. Aber erst seit kurzem ist eine ganz neue Seite in die Betrachtungen hineingeworfen worden, die von sehr verhängnisvoller Wirkung für die Sache der Maisfeier sein kann. Das ist die Frage der Unterstützung. Als wir in Stuttgart in der deutschen Delegation die Bestimmung getroffen hatten, daß die Partei gleichfalls bereit ist, an der Unterstützung der Opfer der Maisfeier sich zu beteiligen, sollte damit nur ausgesprochen werden nach dem ganzen Sinn und Geist der Verhandlungen, daß auch die Partei ihrerseits alles tun will, was in ihrer Macht steht, um die Maisfeier so würdig wie möglich auszubauen. In der Praxis hat sich die Unterstützungsfrage schon sehr bald als eine Schlinge erwiesen, in der die Maisfeier erdroffelt werden kann, wenn wir nicht rechtzeitig der falschen Richtung in der Lösung dieser Frage vorbeugen. Genosse Fischer hat gesagt, er kann es nicht begreifen, wo die Logik liegt, wenn man den Gedanken vertritt, durch die Lösung der Unterstützungsfrage werde die Wirkung und Verbreitung der Maisfeier vermindert.

Umgekehrt sagt er: Dadurch, daß wir Maßregeln treffen, um die tapfersten und kampfesmutigsten Opfer der Maisfeier zu unterstützen und nicht auf dem Pfaster liegen zu lassen, wirken wir dafür, daß die Maisfeier würdig gefeiert wird. Ich sehe keine Logik auf der Seite Fishers. Parteivorstand und Generalkommission haben vollständig recht, wenn sie erklären: wir haben vielleicht eine falsche Lösung der Unterstützungsfrage gefunden, nun bitte, gebt uns eine

bessere, dann werden wir sie ergreifen, wir haben bis jetzt keine bessere gefunden. Ich behaupte, eine vollkommene Lösung der Unterstützungsfrage in dem Sinne, daß einerseits die Mäifeier immer mehr ausgedehnt wird, andererseits aber alle Opfer tatsächlich unterstützt werden, kann gar nicht gefunden werden. (Sehr richtig!) Darin liegt eben die Schlinge, in der die Mäifeier erdroffelt wird, wenn wir uns weiter darauf einlassen, alle möglichen Kombinationen ausfindig zu machen, um die Unterstützung so zu regeln, daß alle Opfer gedeckt werden und doch die Mäifeier ausgebaut wird. Die bisherige Praxis der Mäifeier nicht bloß in Deutschland, sondern in allen Ländern hat gezeigt, daß es nur einen einzigen Weg gibt, um den Opfern der Mäifeier vorzubeugen. Das ist nicht irgendeine Regelung der Unterstützung, sondern die möglichste Ausdehnung der Mäifeier. Nur dann, wenn die Zahl der Feiernden eine so gewaltige wird, daß eine Maßregelung unmöglich wird, nur dann, wenn man die wirkliche Macht der Klassenbewußten organisierten Kämpfer der Arbeiterchaft mit ihrer ganzen Macht dem Unternehmertum entgegenstellt, erst dann wagt das Unternehmertum nicht, Maßregelungen gegen uns vorzunehmen. (Widerspruch und Zustimmung.) Wir haben Erfahrungen, die das auf Schritt und Tritt bestätigen. (Zuruf: Wo denn?) Ich bitte Sie, einen Blick zu werfen nach einem Lande, wo die Arbeiter genau aus demselben Teig gemacht sind, wie die deutschen Arbeiter, nach Rußisch-Polen. (Widerspruch.) Wir haben dort in diesem Jahre wiederum in Warschau eine Mäifeier gehabt, die einzig in der Welt dasteht. Sämtliche Fabrikarbeiter haben gefeiert. Es geschah das nicht etwa auf dem Höhepunkt der Revolution, wo alle Geister hochstiegen. Wir haben seit längerer Zeit bereits in Rußland und Rußisch-Polen einen Niedergang, einen gewissen Stillstand der Revolution, der revolutionären Bewegung zu verzeichnen. Wir haben eine furchtbare wirtschaftliche Depression, eine kolossale geistige Depression, und trotz alledem hat man dort massenhaft den 1. Mai gefeiert. Und gerade deswegen sind in diesem Jahre ebenso wie früher die Maßregelungen für die Mäifeier minimal gewesen. Genau dieselben Erfahrungen hat man in Deutschland gemacht. Ich glaube, es war eine Zahlstelle der Holzarbeiter in Berlin, die in diesem Jahre genau dasselbe festgestellt hat in einer Sitzung nach der Mäifeier, daß nämlich nur durch die möglichste Ausdehnung der Zahl der Feiernden ein Mangel dagegen vorgehoben wird, daß die Maßregelungen die Masse der Feiernden treffen. Deshalb würden wir einen ganz falschen Weg einschlagen, wenn wir uns tatsächlich mit der uns hingeworfenen Frage des langen und breiten beschäftigen wollten, wie die Feiernden unterstützt werden sollen. Fischer hat selbst unwillkürlich gezeigt, wie ausweglos eigentlich dieser Weg ist, indem er sagte: Ihr seid alle unzufrieden mit der bisher getroffenen Regelung, daß die lokalen Organisationen die Gemäßregelten unterstützen wollen — wer soll sie denn sonst unterstützen? Die zentrale Parteikasse ist nicht dazu da, sondern für politische Zwecke. Wir sind nicht imstande, diese kolossalen Opfer zu tragen. Die Zentralverbände ihrerseits erklären gleichfalls, sie müßten ihre Kassen für andere Kämpfe freihalten, ja wer soll denn die Unterstützung zahlen? Auf diese Weise wird gezeigt, daß weder so noch so eine befriedigende Lösung der Unterstützungsfrage gefunden werden kann. Die einzige Lösung ist eben die, daß man unabhängig von dieser oder jener Regelung der Unterstützung den Gedanken der Mäifeier mit allem Nachdruck propagiert und nicht in dem zaghaften bremsenden Geiste, wie es im letzten Jahre vom Parteivorstand und der Generalkommission geschehen ist. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Gerade auf diese Weise wirkt man dahin, daß die Opfer der Mäifeier wachsen, denn durch diese Zaghaftigkeit der leitenden Behörden der Arbeiterbewegung bekommen die Unternehmer und ihre Verbände erst Mut, unsere Kämpfe mit

Maßregelungen zu treffen. Wir haben um so mehr Ursache, mit aller Schärfe darauf zu bestehen, daß die Idee der Mäifeier ohne durch allerlei Neben-umstände, durch die Unterstützungsfrage verwirrt zu werden, mit vollem Nachdruck propagiert wird, als wir aller Voraussicht nach schweren Kämpfen entgegengehen. Die Mäifeier hat, das muß man nach den bisherigen Erfahrungen sagen, in Deutschland nicht nur noch nicht gezeigt, was sie eigentlich leisten kann, sondern sie hat erst eine große Zukunft vor sich. Und dieser Zukunft entgegenzugehen, haben wir allen Grund, jetzt mit aller Wucht darauf zu bestehen, daß der Gedanke der Mäifeier in aller Reinheit und mit aller Schärfe propagiert wird. (Beifall.)

Adler-Riel: Ein deutscher Philosoph hat gesagt: Alles was ist, ist vernünftig. Nun könnte unter Umständen der eine oder andere meinen, es wäre besser gewesen, feinerzeit die Mäifeier nicht zu beschließen. Nachdem sie aber einmal besteht, werden wir sagen müssen: Sie ist da, also ist sie vernünftig. Wenn wir sie jetzt aufgeben wollten, würde uns das weit größere Opfer kosten, als die Opfer, die wir tragen, wenn wir auf ihr bestehen. Wir hoffen, daß Genosse Fischer, der sich so oft mit der Mäifeier beschäftigt hat, sich recht angestrengt haben würde, uns heute etwas Neues zu präsentieren. Was wir hören mußten, war aber nicht sehr erfreulich, sondern es war die Erklärung: Hier stehen wir, wir können nicht weiter! Ich behaupte aber, wir können weiter, und ich behauere es sehr, wenn wir von einem so eifrigen Parteigenossen, einem Spezialisten in der Mäifeier (Geiterkeit), eine solche Erklärung hören. Dieses Geblöde betrübt mich noch mehr als die Vorgänge im Laufe des letzten Jahres. Wie unangenehm hat nicht die Konvention zwischen Generalkommission und Parteivorstand in diesem Jahre auf die Mäifeier gedrückt. Sie fuhr in die geplanten Veranstaltungen wie ein elektrischer Schlag hinein, und manch ein Ort hat davon eine kleine Lähmung davongetragen. Dadurch entstand Verwirrung, und so haben z. B. in Kiel Organisationen bei der Mäifeier versagt, die bis dahin bei den Opfern an der Spitze gestanden hatten. Es mögen ja auch hier und da die Einwirkungen der Krise dabei gewesen sein, aber auf alle Fälle haben diese Vereinbarungen lähmend gewirkt. War das nötig? In Stuttgart war es doch ganz gewiß die Absicht der Parteivertreter und wahrscheinlich auch die der Gewerkschaftler, eine glänzendere Mäifeier zu sichern, als man die Unterstützung einführte. Die Vereinbarung, daß Partei und Gewerkschaften zu gleichen Teilen mit den Kosten belastet werden, genügt, wenn man die Klassenverhältnisse der Partei kennt, die doch gegenüber den Gewerkschaften der arme Mann ist, ganz allein, um die Mäifeier unmöglich zu machen. Ich hätte eine Lösung verstanden in dem Sinne, daß die Gewerkschaften einsehen für die gewerkschaftlich organisierten Kämpfer und die Partei für diejenigen, die sich gewerkschaftlich nicht organisieren können, aber der Partei angehören. Ich zweifle auch, ob die Vereinbarung dem Auftrage entspricht, der in Stuttgart erteilt wurde. Wir wünschten in Stuttgart einen Modus der Verteilung der Kosten; die Vereinbarungen aber enthalten Bedingungen über Karenzzeiten, über Sammellisten usw., von denen in Stuttgart mit keinem Wort die Rede war.

Wenn man radikal vorgehen will — ich will aber recht sanft sein, um eine möglichste Uebereinstimmung zu erzielen —, könnte man behaupten, die Sache sei mit Absicht so gemacht, um der Mäifeier ein Ende zu bereiten. (Sehr richtig!) Ich persönlich bin ja nicht dieser Meinung, aber die Güter dieser Vereinbarung sollten sich über die Wirkung dieser Abmachung endlich klar werden. Wir haben aus den Antworten des Parteivorstandes auf die Vorstellungen gegen die Vereinbarung den Eindruck gewonnen, daß es dem Parteivorstand sehr lieb sein müßte, wenn wir protestieren, da er bei den Verhand-

lungen mit der Generalkommission in der schwächeren Position, gemäßigteren der arme Mann gewesen ist. Daher hoffe ich, daß der Parteitag scharf und deutlich seine Meinung über die Konvention ausspricht. In Kiel hat Legien etwa erklärt, der Parteitag dürfe eigentlich jetzt gar nicht mehr gegen die Neuordnung rebellieren, denn er dürfe den Beschluß der Gewerkschaften nicht desavouieren. Partei und Gewerkschaften sind doch aber gleichberechtigte Kontrahenten. Legien meinte weiter, die Vereinbarungen seien nur eine Festlegung der bestehenden Zustände und ein Mittel zur Förderung der Waiseier. Das zu begreifen, waren wir in Schleswig-Holstein zu schwerfällig und haben deshalb in einer Resolution einen Kommentar zu den Vereinbarungen gewünscht. (Päpflow: Wir können doch nicht für die Dummheit der Schleswig-Holsteiner!) — Ich mache den Zwischenrufer darauf aufmerksam, daß an seinem Ort die Genossen auch zum großen Teil diesen Vorschlag als Brems empfunden haben, also . . . ! Der Absatz 4 der Resolution wird einfach die Witzung haben, daß in 60 Prozent aller Parteiorde die Waiseier in Zukunft unmöglich ist. Wir müssen verlangen, daß die Vereinbarungen vollständig dem Sinn der Stuttgarter Abmachungen entsprechen und können deshalb der Resolution nicht zustimmen. Weil ich aber ein guter Mensch bin (Geterkeit), will ich dem Genossen Fischer eine Freude machen und will nicht empfehlen, die ganze Resolution zu streichen, sondern nur den Stein des Aergernisses zu beseitigen. Ich empfehle daher, daß wir die Absätze 1, 2 und 5 stehen lassen und die Absätze 3 und 4 streichen. Dann haben wir eine Resolution, die besagt, daß die Waiseier bereits im Anfang des Jahres in Kommissionen, an denen Partei und Gewerkschaften beteiligt sind, vorbereitet wird, die weiter ausführt, wie die Kommission zu arbeiten hat und feststellt, daß die Waiseier am Tage und durch Arbeitsruhe zu feiern ist. Absatz 5 spricht dann von dem Fall, wo die Gewerkschaften mit der Waiseier noch einen weiteren Lohnkampf verbinden. Gleichzeitig mühten wir beschließen, daß der Parteivorstand beauftragt wird, die Verhandlungen mit der Generalkommission wieder aufzunehmen. Dann kann man sich auch mit dem Gedanken beschäftigen, den Stabbe vertreten hat, obgleich ich mir davon nicht viel verspreche. Diese Stellungnahme des Parteitages wird dazu führen, daß der Parteivorstand nicht mehr als der kleine Mann bei den Verhandlungen mit der großen Generalkommission dastehet. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu beschließen, damit wir eine immer machtvollere Waiseier bekommen. (Lebhafter Beifall.)

Mittels-Magdeburg: Die große Zahl der vorliegenden Anträge beweist, daß man draußen im Lande mit der Form und Art der Waiseier nicht mehr einverstanden ist. (Sehr richtig!) Ich stimme vollkommen mit Adler überein, daß der Parteivorstand vielleicht schon jetzt eine durchgreifende Aenderung treffen muß, wenn nicht Partei und Gewerkschaft Gefahr laufen wollen, daß die Waiseier beseitigt wird. Auf dem Wege dazu ist sie infolge der Wirrnisse, die durch die Vereinbarungen herbeigeführt sind. Dadurch ist die Sache arg verarramt, so daß niemand mehr aus noch ein weiß. Ich habe den Beweis dafür in Händen gehabt, daß bei der ersten Waiseier das Unternehmertum sich mit dem Gedanken abgefunden hatte; es sagte, nun gut, wenn die Arbeiter feiern wollen, dann fügen wir uns. Aber im Augenblick des ersten Bremsversuchs des Parteivorstandes drohte das Unternehmertum sofort, die Feiern zu entlassen, es trat eine allgemeine Verwirrung ein. Nun sind jetzt noch die großen Zentralverbände hinzugekommen, besonders ist es der Metallarbeiterverband, der ein dickes Buch herausgegeben hat, um zu beweisen, weshalb es unter den bestehenden Verhältnissen keine Waiseier mehr geben kann. Das wird ja nicht direkt gesagt, aber wer zu lesen versteht, der merkt, was damit gemeint ist. Man hat Argumente gefunden, um in einer guten Kon-

junktur die Waiseier als etwas nicht Wünschenswertes zu bezeichnen, man hat auch Argumente gefunden, um die Waiseier für die Zeit der Krisis als etwas durchaus nicht Schönes hinzustellen. Charakteristisch ist es, daß gerade aus Landkreisen so viel Anträge eingegangen sind, die ein korrekteres Vorgehen wünschen. Tatsächlich haben wir kleine Orte, die in bezug auf die Waiseier den Industrieorten vorangehen. Wenn nicht fortwährend in so unsichtbarer Weise gekemmt wäre, dann hätten wir auch schon Erfolge hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Wenn wir keine klaren Bestimmungen treffen wollen, dann ist es besser, Schluß mit der ganzen Geschichte zu machen. Aber das darf nicht sein, der Parteitag muß sich klar aussprechen, damit die Massen nie irreführt werden und an der Leitung der Partei und Gewerkschaften bezweifeln. (Bravo!)

Seeger-Leipzig: Fischer fordert die Zustimmung zur Abmachung des Parteivorstandes und der Generalkommission, weil erstens die Parteikasse zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht die Mittel habe und dann, weil die ober-schlesischen Arbeiter von der Arbeiterbewegung noch nichts verstehen und man von ihnen deshalb einen solchen Extrabeitrag nicht verlangen könne. Wenn das die Anschauung der leitenden Parteigenossen ist, dann verstehe ich nicht, wo sie den Mut zu ferneren Kämpfen hernehmen sollen; dann können wir überhaupt einpacken. (Sehr richtig!) Ein weiterer Grund Fischers ist, daß man 1889 bei dem Beschluß über die Waiseier die Konsequenzen nicht hat übersehen können; aber 1904 hat man das können und da hat der Internationale Kongreß in Amsterdam ausdrücklich den Pariser Beschluß von 1889 sanktioniert und noch verstärkt, indem er als die würdigste Feier die Arbeitsruhe in das Programm aufnahm. Weil die Zentralkasse der Partei nicht die Mittel hat, sagt Fischer, könne man es auch der Gewerkschaftskasse nicht zumuten. Dabei sind die Gewerkschaftsbeiträge sechs- bis siebenmal so hoch wie die Beiträge zur Parteikasse. Die Gewerkschaften geben ja auch viel Geld aus für Aus-sperrungen, die sie selbst nicht gewollt haben. Da ist es ein unberechtigtes Verlangen, daß die Parteikasse die Hälfte für die Waiseieropfer zu tragen hat. Einen Hauptmangel hat Fischer vergessen, der zu den neuesten vorliegenden Anträgen geführt hat: es ist doch nicht von ungefähr, daß sämtliche 19 Anträge die Waiseier eher noch verschärfen wollen. Freilich die Gegnerschaft gegen die Waiseier ist uns bekannt und wenn man derartige Demonstrationen lediglich vom Geldstandpunkt aus betrachtet, dann allerdings! Aber das ist bei der Arbeiterbewegung ja ganz unmöglich, da mühte sie auf die ganzen wirtschaftlichen Kämpfe verzichten, denn einer zieht den anderen nach sich und die Gewerkschaftskassen werden geleert werden, ob die Gewerkschaften es wollen oder nicht. Nun hat man auch auf dem Hamburger Kongreß gesagt, die Waiseier passe in die Taktik der Gewerkschaften nicht mehr hinein; man müsse den Kampf aufnehmen, wenn die Situation dafür gegeben sei. Dies Argument ist gegen die Waiseier absolut nicht anzuwenden. Im Gegenteil, gerade in Krisenzeiten haben die Aus-sperrungen an Zahl und an Umfang zugenommen, was die Gewerkschaften also auch nicht verhindern können; dann wäre ja auch das ganze Unterstützungswesen nicht möglich, das ja den Gewerkschaften unendlich mehr kostet und lediglich die Staats- und Armentkosten erleichtert. Also den Vorschlägen des Vorstandes kann unter keinen Umständen zugestimmt werden. Ich bitte dem Frankfurter Antrag zuzustimmen.

Engler-Freiburg: Wenn etwas die Kalllosigkeit zeigt, so waren es die Ausführungen der meisten Redner von heute. Man kritisiert die Abmachung des Parteivorstandes, ohne etwas anderes an die Stelle zu setzen. (Sehr gut!) Wenn die Waiseier von der Unterstützung abhängig gemacht wird, so ist sie abgewürgt, darüber müssen wir uns klar sein. (Sehr richtig!) Die Waiseier

kann das, was sie nach dem Beschluß des Pariser Kongresses sein soll, nur dann sein, wenn der einzelne die Verantwortung übernimmt. Diesen Zustand werden wir aber nicht mehr erreichen. Da die örtlichen Organisationen es sind, die über die Form und Art der Märfeyer zu beschließen haben, muß man ihnen auch die Verantwortung zuschieben. Wir haben in Freiburg dieses Jahr von einer Märfeyer abgesehen, nicht wegen der Unterstüßungsfrage, denn wir hatten jedes Jahr gefeiert ohne Unterstüßung, aber es bestand eine Lohnbewegung und dazu eine Krise. Die Hamburger können ja feiern wie alle Jahr; wenn sie die Unterstüßungsfrage nicht regeln wollen, dann mögen sie es ruhig bleiben lassen. (Sehr gut!) Die Abmachung soll der Märfeyer ein Ende bereiten, meint Genossin Luxemburg. Nun, freiwillig ist der Parteivorstand an die Generalkommission nicht herangetreten, sondern die Märfeyer ist nicht das geworden, was die, die sie beschlossen haben, erwartet haben, und jetzt sucht man nach Mitteln. Nun sagt Genossin Luxemburg, das beste Mittel, den Aussperrungen zu entgehen, ist die immer weitere Ausdehnung der Märfeyer. Ja, darüber bin ich mir auch klar: Wenn erst alle Arbeiter oder wenigstens dreiviertel sich an der Märfeyer beteiligen, dann werden die Unternehmer die Aussperrung nicht mehr wagen. Wie die Anarchisten sagen, wenn alle Arbeiter beschließen, nicht länger als acht Stunden zu arbeiten, dann haben wir den Achtstundentag. Dann sagt sie: Durch die zaghaften Schritte der Generalkommission seien die Unternehmer ermutigt worden. Gut, ich glaube, wir haben aus der Gewerkschaftsbewegung doch auch Beispiele genug, daß durch allzu scharfes Vorgehen man sich äußerst schaden kann. Außerdem sind es doch nicht die Zentralvorstände, sondern die Delegierten, die zu Hause recht radikal reden, aber auf den Generalversammlungen der Gewerkschaften reden sie anders. Darin hat Seger recht; ziehen wir in der Partei das Bewußtsein groß, daß bei allen Kämpfen und bei allen Demonstrationen sogar zuerst die Unterstüßungsfrage geregelt werden soll, dann können wir einpaßen. Lassen Sie es bei der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission.

Muel-Stranfurt: Eine andere Regelung der Märfeyer muß unbedingt und so bald wie möglich Platz greifen. Es wäre wünschenswert, wenn über diese Frage unter Ausschaltung der Unterstüßungsfrage diskutiert werden könnte, aber die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen mich, zu sagen, daß ohne die Unterstüßungsfrage die Märfeyer nicht zu regeln ist, weil der Arbeiter nicht Rücklagen machen kann und jeden Feiertag möglichst vermeiden muß. Ueber den Bremsartikel vor zwei Jahren haben die Parteigenossen die Köpfe geschüttelt. Dann kam der Parteitag in Essen, der den Parteivorstand beauftragte, mit der Generalkommission in Verbindung zu treten. Und was war das Produkt der Verhandlungen? Eine Vereinbarung, die wohl an Länge nichts zu wünschen übrig ließ, aber in keiner Weise den Erwartungen der Partei- und Gewerkschaftsossen entsprach. Die Parteigenossen von Frankfurt a. M. haben eine wesentlich kürzere Ausdrucksweise für diese Vereinbarung gefunden, die lautet: Ihr sollt die Märfeyer begehen, aber tragt selbst die Verantwortung. Es ist mir ganz unverständlich, wie man die Regelung jedem einzelnen Orte zuschieben kann, wo es gerade auf eine große einheitliche Kundgebung ankommt. Ich bitte um Zustimmung zum Frankfurter Antrag. Man sagt, wir wissen nichts an die Stelle zu setzen. Nun ist es doch leicht festzustellen, wie die Sache in den einzelnen Gewerkschaften liegt und wie man das noch ausbauen kann. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die Generalkommission in Verbindung mit dem Parteivorstand derartige Mittel noch finden wird. Sodann nehmen Sie den Antrag an über die Abgabe eines Tagesverdienstes der Beamten und der Parteimitglieder, welche durch die Märfeyer keinen Lohnausfall erleiden. Man wird zwar einwenden und hat

dieses auch schon getan, das sei ein Eingriff in die persönlichen Rechte, in das Portemonnaie des einzelnen. Nun wir aber nicht dasselbe, wenn wir zu den Parteigenossen, zu den Arbeitern sagen, Ihr müßt die Märfeyer durch Arbeitsruhe begehen und dadurch auf den Lohn von einem Tag verzichten.

Bubel-Berlin: Wenn gesagt wurde, daß die Märfeyer nicht das geworden ist, was sie werden sollte, so liegt das daran, daß schon im Jahre 1890, als die Arbeiter Deutschlands die Vorbereitungen für die erste Märfeyer trafen, die Warnung des Parteivorstandes wie eine Bombe in die Vorbereitungen fiel, und so ist es geblieben bis auf den heutigen Tag. Wie soll eine Märfeyer werden, was sie werden sollte, wenn man jetzt seit 18 Jahren fortwährend die Pferdetur an ihr ausübt? Ich sehe deshalb auf dem Standpunkte der Magdeburger: Man sollte, wenn man sie so weit herabwürdigt, wie es jetzt durch die Vereinbarungen geschehen soll, auch den Mut haben und die Märfeyer für ein verehrtes Unternehmen erklären. So wie jetzt, kann es unter keinen Umständen weitergehen. Adler meinte, wir können das der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber nicht verantworten. Nun, die bürgerliche Gesellschaft ist in der Märfeyerfrage schon den Rückgang von uns geteilt, und nicht mit Unrecht konnte auf dem Arbeitertag der Holzindustriellen ausgerufen werden: Die Märfeyer ist für uns Arbeitgeber ein fast überwundener Standpunkt, die Aussperrungen haben so gewirkt, wie wir es kaum für möglich gehalten haben. Kann es da noch ein weiteres „Zurück“ geben? Von dem Augenblick an, wo die Unterstüßungsfrage in den Vordergrund gerückt wurde, mußte die Märfeyer rückwärts gehen. Die Vereinbarungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission sind völlig unannehmbar, sie können nur getroffen sein, um die Märfeyer zu erstickern. Was heißt es denn, die Unterstüßungen, ja die ganze Frage der Märfeyer den einzelnen Orten zu überweisen. Das heißt in den meisten Orten einfach, die Parteigenossen gebunden in die Hände der Gewerkschaften zu geben. (Sehr richtig!) In den meisten Orten ist die gewerkschaftliche Organisation doch doppelt so stark wie die politische, und die Macht der Gewerkschaften wird dazu benutzt werden, daß überhaupt an eine Märfeyer nicht mehr gedacht werden kann. Und wie ist es denkbar, daß man die Unterstüßungsfrage den einzelnen Orten überläßt? Nicht nur die Kleinsten, sondern auch die Mittelstädte werden dazu gar nicht imstande sein. Durch den Stuttgarter Kongreß schien eine Hoffnung erweckt zu sein, es schien als ob ein frischer fröhlicher Zug Eingang findet, und heute haben wir nun das Resultat dieses frischen fröhlichen Zuges, heute haben wir die Hoffnung, die auf Stuttgart gesetzt wurde, begraben für jetzt und immerdar. Deshalb wäre es weit besser, den Schritt zu wagen und die Märfeyerfrage einfach von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Eine Blamage für die Partei ist heute schon die Art, wie die Arbeitsruhe durchgeführt werden soll. Auch ich bin der Meinung, daß wir keinen der vorliegenden Anträge annehmen können; aus einer Zurückverweisung an Parteivorstand und Generalkommission kommt absolut nichts Vernünftigeres heraus, als was uns jetzt vorliegt. Der einzige Antrag, der vielleicht die Märfeyer galvanisieren könnte, wäre der Antrag Hamburg, aber auch mit dem darin verlangten Fonds wird es nicht mehr möglich sein, die Märfeyer zu dem zu machen, was sie werden sollte. (Beifall.)

Robert Schmidt-Berlin: Genossin Luxemburg hat gesagt, daß die Vereinbarungen in der Märfeyer ein Produkt des dualistischen Verhältnisses seien, das in Mannheim zwischen Partei und Gewerkschaft begründet ist, und zwar ein trauriges Ergebnis dieses Verhältnisses. Ich höre diesen Ausspruch sehr gern, ich weiß ja, daß die Genossin Luxemburg sich sehr bemühte, die Vereinbarungen in Mannheim zu tören, sie hat mehr für einen Standal inflamiert als für eine Verständigung (Unruhe); sie bedauert es, daß ein gedeihliches

Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften besteht. Eine Organisation wie die Generalkommission kann sich mit dem Parteivorstand nur verständigen auf Grundlage einer Koordination, nicht aber einer Subordination. Das haben wir in Mannheim ausgesprochen und daran halten wir auch heute fest. Sachlich wäre ich geneigt, wenn ich die Mairfeier beseitigen wollte, der Genossin Luxemburg zuzustimmen; wir brauchten uns dann mit dem Parteivorstand nicht zu unterhalten, wir brauchten keine langen Auseinandersetzungen zu pflegen und auch hier auf dem Parteitag die Diskussion über die Mairfeier nicht lange hinauszuziehen, wenn wir darin einig wären, daß es keiner Unterstützung für die Mairausgesperrten bedarf. Aber jeder vernünftige Gewerkschaftsführer weiß, daß die Ausgesperrten ohne Unterstützung nicht auskommen, daß wir keine Mairfeier begehen können, ohne uns der Opfer anzunehmen, und deshalb sind wir der Meinung, daß die Unterstützungsfrage eine der wichtigsten ist, die von der Frage der Arbeitsruhe nicht losgelöst werden kann. Genossin Luxemburg meint, wenn alle feiern, dann kann doch niemand mehr ausgesperrt werden. Ja, wenn der Himmel einfällt, sind alle Spaten tot. (Weiterkeit.) Allerdings, wenn alle feiern, kann keiner ausgesperrt werden, aber weil wir es in der Arbeiterbewegung noch mit einer großen Zahl Indifferenten zu tun haben, weil wir mit einer sehr beachtenswerten christlichen Bewegung zu rechnen haben, die uns extrem gegenübersteht, und die leider erheblich an Umfang zunimmt und die einheitliche Aktion der Gewerkschaften stört, deshalb kommen wir nicht dazu, daß alle Arbeiter an der Mairfeier teilnehmen, und damit die Aussperrung unmöglich machen. Ich wäre der Genossin Luxemburg sehr dankbar, wenn sie den Berliner Holzarbeitern im nächsten Jahre einmal auseinandersetzen würde, daß sie ohne Unterstützung feiern müssen. Es würde mich freuen, wenn es ihr gelänge, einen solchen Beschluß herbeizuführen. Vom ersten Tage ab, solange wir in Berlin die Mairfeier begehen, erhalten die ausgesperrten Holzarbeiter eine Unterstützung, und sie verzichten auf keine Mark, sie haben ja auch ein Recht, zu verlangen, daß sie unterstützt werden. Wenn man aber sagt, die Mairfeier ist nicht nur eine gewerkschaftliche Frage, sondern auch eine politische Frage, eine Kundgebung, an der Partei und Gewerkschaften gleichmäßig interessiert sind, und wenn Sie der Überzeugung sind, diese Kundgebung entspricht nicht mehr dem, was Sie wünschen, dann haben wir den einzig richtigen Weg zu gehen und zu sagen: Bitte, nicht Euer Rat kann uns nutzen, sondern Ihr müßt auch mittätig sein und nach allen Richtungen hin die Verantwortung übernehmen. Mit bloßen billigen Nebenarten darf man sich dieser Verpflichtung nicht entziehen. Es ist früher oft gesagt, die Gewerkschaften hüten ihre Kaszen, und jetzt klopfen wir an den Beutel der Partei und finden eine ganz überraschende Zurückhaltung. Ich habe das Gefühl, daß auch in der Partei im allgemeinen die Auffassung vorhanden ist, wir können uns der Verpflichtung der materiellen Mithilfe nicht entziehen. Dafür sprechen die zahlreichen Anträge.

Die Lösung der Frage ist ja sehr schwer; wir sind in der Generalkommission von vornherein der Überzeugung gewesen, daß wir nicht der Partei und den Gewerkschaften je die Hälfte der Lasten auferlegen können, denn die finanzielle Leistungsfähigkeit ist eine viel zu ungleiche. Was wir wollen, ist, daß wir es vermeiden, in Zeiten wirtschaftlicher Krisen in unerlöste Kämpfe zu kommen. Die Annahme der Genossin Luxemburg, daß die Holzarbeiter in diesem Jahre nicht in Mitleidenschaft gezogen sind, ist unrichtig. Die Berliner Holzarbeiter hatten in diesem Jahre eine Aussperrung zu verzeichnen, wie seit langen Jahren nicht. (Sehr richtig!) Allein die Berliner Zahlstelle hat annähernd 70 000 Mk. für Aussperrte gezahlt. (Hört! hört!) Wir hatten über 1000 Ausgesperrte, darunter Leute, die bis zu 20 Wochen

arbeitslos gewesen sind. (Hört! hört!) Wollen Sie von diesen Leuten verlangen, daß sie im nächsten Jahre wieder 20 Wochen ausgesperrt sind? (Sehr gut!) Solche Leute müssen doch unterstützt werden, es wäre eine Brutalität und Rücksichtslosigkeit, wenn wir das nicht wollten. (Zustimmung.) Mit unseren Kaszen müssen wir dahinter stehen, aber auch mit unserer Verantwortung. So schön die Beispiele sind, die uns Rußland geboten hat, so viel Begeisterung wir für das russische Proletariat haben, für die großen Opfer, die es gebracht hat, so sind doch die historischen Betrachtungen der Gewerkschaftsbewegung in Rußland durch die Genossin Luxemburg uns zu wenig sicher, weil sich ergeben hat, daß ihre Auffassung über die russische Gewerkschaftsbewegung völlig unrichtig war. Ich erinnere nur daran, daß sie einmal den Buchdruckern zurief: Wir in Rußland haben den Achtkundentag erreicht, was habt ihr? (Hört! hört!) Die ganze russische Bewegung ist vollständig gerümmert, zu meinem großen Bedauern. (Sehr richtig!) Aber wie können Sie diese plötzliche elementare Bewegung vergleichen mit der stetigen und fortschreitenden und ruhigen Arbeit der deutschen Gewerkschaften? Haben wir in Deutschland andere Verhältnisse, so haben wir auch andere Erfolge. Es ist durchaus nicht unsere Absicht, die Mairfeier zu erdroffeln, wir haben uns loyal den Beschlüssen der Parteitagung gefügt und gesagt, eine Aenderung in der Mairfeier kann nicht herbeigeführt werden, wenn eine so erhebliche Zahl von Parteigenossen nichts davon wissen will. Zu einer solchen Aktion ist Einheitlichkeit notwendig. Da ist es auch notwendig, daß die Minorität sich der Majorität fügt. Aber wie gesagt, mit bloßem Meiden ist das nicht getan. So angenehm es mir auch wäre, wenn die Genossin Luxemburg den Arbeitern beigeistert vor Augen führen würde, daß sie feiern müssen, ohne Unterstützung zu bekommen, so genügen die Meiden allein doch nicht. Wir verlangen, daß man auch in Taten seine Pflichten erfüllt. (Lebhafte Beifall.)

Bielefeld-Bremen: Als ich gestern das Treiben von Genossen kennzeichnete, die systematisch die Arbeiter vom richtigen Wege abbringen wollen, wurde mir das Wort „Unverschämtheit“ zugerufen. Ich habe eben die Unverschämtheit eines Genossen gehört, der an erster Stelle der proletarischen Bewegung steht (Unruhe) und der einer anderen Genossin den Vorwurf gemacht hat, daß es ihr nur darauf ankomme, Skandal zu probozieren. Einen schwereren Vorwurf kann man einer Genossin, die schon den Beweis geliefert hat, daß sie jederzeit bereit ist, ihr Leben für den proletarischen Kampf in die Schanzen zu schlagen, nicht machen. (Unruhe.) Ich fühle nicht die Verpflichtung in mir, die Genossin Luxemburg zu verteidigen, dazu ist sie selbst in der Lage, ich möchte damit nur den Ton kennzeichnen von Leuten, die (große Unruhe, Glocke des Präsidenten): . . . ich nehme den Ausdruck „Leute“ zurück, aber ich kann versichern, daß ich vor den Genossen, die ich damit kennzeichnen will, nicht die geringste Achtung als Parteigenosse habe. (Große, andauernde Unruhe, Ruf: Ist das der Erfolg der Parteischule? Psuirufe.) . . .

Vorsitzender Dorn: Ich bin gezwungen, den Redner zur Ordnung zu rufen. (Die Unruhe hält an.) Ich habe den Redner zur Ordnung gerufen, die Angelegenheit ist also wohl erledigt.

Bielefeld (fortfahrend): Ich füge hinzu, daß ich meine Art zu reden, nicht auf der Parteischule gelernt habe. (Lachen.) Ich habe schon vor dem Besuch der Parteischule in dieser Weise polemisiert. (Lachen.)

Nun zur Sache selbst. Die Frage der Mairfeier scheint auf einen toten Punkt gelangt zu sein. Es ist begreiflich, wenn einzelne Genossen unter diesen Umständen sagen, es ist besser, wir beseitigen die Mairfeier überhaupt. In der Vereinbarung ist es sicherlich ein Fehler, daß die Unterstützung von den örtlichen Fonds geleistet werden soll. Das hat einmal zur Folge, daß an dem

Orten, wo die Organisation schwach ist, die Mäifeier überhaupt nicht begangen wird, weil die Mittel zur Unterstützung nicht zur Verfügung stehen. Andererseits reizt gerade die Unterstützung aus den örtlichen Fonds die Unternehmer in den großen Industriezentren, zu Aussperrungen zu greifen, um die örtlichen Klassen der Arbeiter zu sprengen. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Unterstützung der Ausgesperrten nicht Sache der Partei, sondern Sache der Gewerkschaften sein muß, die auf das Unterstützungsweesen eingerichtet sind. Ich verstehe nicht, wie man Partei und Gewerkschaften scheiden will, beide sind doch Organe der gesamten Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften das Organ für den wirtschaftlichen, die Partei das Organ für den politischen Kampf. Führen unsere politischen Kämpfe nicht immer mehr dazu, daß die Unternehmer zu Aussperrungen greifen? Hätten die preukischen Arbeiter den Wahlrechtskampf durch einen Massenstreik unterstützt, und die Unternehmer hätten daraufhin Aussperrungen, wenn auch von kurzer Dauer, verhängt, hätten dann die Gewerkschaften sagen dürfen, jetzt muß die Partei auch für die erforderlichen Mittel sorgen?

Wiederholt wird der Einwand von den Gewerkschaften laut, die Mäifeier bringe ihnen keinen Vorteil, sondern eher Schäden. Aber gerade die Aussperrungen der Unternehmer zeigen, welche Vorteile die Mäifeier der Arbeiterbewegung bringt. Würden denn die Unternehmer zu Aussperrungen greifen, wenn sie nicht gerade das gewaltige Agitationsmittel der Mäifeier so fürchteten? Nicht einverstanden bin ich mit der Art und Weise, wie Kommissionen und Deputationen zu den Unternehmern gesandt werden, um sie zu bitten, die Mäifeier gütigst zu gestatten. Den Arbeitern muß klar werden, daß sie nicht erst mit Genehmigung, sondern auch gegen den Willen der Unternehmer den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern haben. Wenn die Mäifeier nicht den Umfang angenommen hat, den wir wünschen, so ist es zurückzuführen auf die Gemüthsbesuche und Widerstände in den Gewerkschaften. Nehmen Sie den Antrag 104 an, der eine nochmalige Prüfung verlangt; schließlich haben die Massen bisher noch immer einen Ausweg aus allen Schwierigkeiten gefunden. Die Hauptsache ist, nicht ängstlich vor dem Unternehmertum zurückzuweichen, auch wenn die Unterstützung nicht vom ersten Tag ab an Gemäßregelte gezahlt wird. Die Arbeiter sind gern bereit, dieses Opfer auf sich zu nehmen. Wenn wir die Unterstützung erst vom dritten oder sechsten Tage an eintreten lassen, dann ist auch der Reiz für das Unternehmertum beseitigt, die Klassen der Arbeiter vom ersten Tag der Aussperrung an zu schwächen.

Simon-Münberg: Die Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission mußten bei jedem Parteigenossen ein schmerzhaftes Gefühl auslösen, denn sie bedeuteten die Einsparung der Mäifeier. Man sagt, daß die Gefahr großer Kämpfe infolge der Mäifeier die Gewerkschaften schwäche. Durch die endlosen Artikel aber, in denen dargelegt wurde, daß die Mittel der Gewerkschaften nicht ausreichen, um die Ausgesperrten zu unterstützen, sind die Unternehmer geradezu darauf hingewiesen worden, daß sie nur auszusperren brauchen, um die Mäifeier zu beseitigen. Ziffernmäßig läßt sich der Erfolg der Mäifeier natürlich nicht berechnen, aber ich wage zu behaupten, daß ohne die Arbeitsruhe am 1. Mai die Gewerkschaftsbewegung nicht den Umfang angenommen hätte, den sie angenommen hat. Das wird jeder zugeben, der weiß, wie aufreizend es auf die Arbeiter wirkt, wenn ein Teil der Betriebe den ersten Mai feiern kann und ein anderer Teil durch die Unternehmer daran verhindert wird.

Ich bin überzeugt, daß, wenn durch diese Abmachungen die Arbeitsruhe am 1. Mai mehr und mehr verhindert wird, dann auch die Beteiligung an den Abendversammlungen nicht mehr so groß sein wird wie heute. Wenn wir

nur immer nach den augenblicklichen Erfolgen sehen wollten, so müßten wir auch manche andere Aktionen der Partei ebenso einzufügen, z. B. die Beteiligung an den Wahlen. — Schon an der Tatsache, daß Fonds für die Mäifeier gebildet werden sollen, wird die Feier scheitern. In Offenbach wird seit achtzehn Jahren der 1. Mai gefeiert, ohne daß es einem Fabrikanten einfällt, dagegen irgend etwas zu unternehmen. In diesem Jahre drohten die Fabrikanten zum ersten Male mit einer Aussperrung: die große Masse der Arbeiter feierte aber doch und infolgedessen kam es nicht zur Aussperrung. An solchen Orten, wo man bisher ungehindert die Mäifeier begangen hat, wird man sich an dem Verlangen, einen Fonds zu bilden, sehr stoßen. Es ist sehr verkehrt bei unseren Aktionen, daß man sich immer fragt, ob wir auch stark genug sind, sie durchzuführen. Die Welt ist bei uns eigentlich umgedreht: Weil wir stark sind, deswegen fühlen wir uns schwach. Solange wir schwach waren, fühlten wir uns immer stark. (Sehr gut!) Der Verbandsrat der Schuhmacher hat sich in schärfster Weise gegen die Abmachungen und für die Beibehaltung der Mäifeier in der alten Form erklärt. (Richard Fischer: Können Sie ja!) Die infolge der Feier Ausgesperrten sollen den anderen Streikenden in bezug auf die Unterstützung gleichgestellt sein. Wir werden dann so handeln, wie bei jeder Lohnbewegung. Wir dürfen den Arbeitern schon zutrauen, daß sie in der Zeit der Krise keine großen Forderungen stellen. Ich ersuche Sie deshalb, den Resolutionen zuzustimmen, die die Mäifeier in der alten Form bestehen lassen wollen. (Beifall.)

Antrag 192, genügend unterstützt, ist eingegangen

Wipinski-Relzig: Fischer spricht zu meiner großen Ueberraschung aus, der Parteitag habe über das Abkommen gar nicht zu beschließen, weil es mit der Generalkommission eine Vereinbarung darstellt. Das ist Kabinettspolitik. Das bedeutet, daß der Parteitag dazu nichts sagen darf, sondern der Parteivorstand selbständig entscheiden soll. Wo steht das im Organisationsstatut? Der Parteitag ist die letzte Instanz, die auch über diese Vereinbarung endgültig zu befinden hat. Die Auffassung Fischers wird noch dadurch gestützt, daß uns ein Antrag zur Beschlussfassung nicht vorgelegt worden, sondern auf das Protokoll hingewiesen worden ist. Die Ausführungen Fischers stehen auch in direktem Gegensatz zu den in Stuttgart getroffenen Vereinbarungen. Auf der Stuttgarter Delegation ist beschlossen: die Art, wie die Partei und Gewerkschaften die Mittel aufbringen, bleibt einer Verständigung der Instanzen der Partei und Gewerkschaften vorbehalten. Ich frage Sie nun: Ist der Parteivorstand die letzte entscheidende Instanz für die Partei oder der Parteitag? Der Essener Parteitag hat dem Parteivorstand gar nicht die Vollmacht gegeben, die Verhandlungen abzuschließen, sondern sie nur weiterzuführen. (Fischer: Es handelt sich doch um zwei Kontrahenten.) Was ist der Angelpunkt der ganzen Mäifeier? Der, daß die Gewerkschaften die Opfer der Aussperrungen von sich abwälzen wollen und sie auf andere zu übertragen versuchen. Wie kam dieser Delegationsbeschluss in Stuttgart eigentlich zustande? Ich will zugunsten des Parteivorstandes annehmen, daß er von den Dingen überrascht worden ist. Es war vereinbart worden, daß Partei und Gewerkschaften durch je 150 Delegierte in Stuttgart vertreten sein sollten. Die Delegierten der Gewerkschaften sind einen Tag zuvor nach Stuttgart gekommen, haben eine Vorbesprechung über die Mäifeier gehabt und unter sich einen Beschluss gefasst. Die Delegierten der Partei sind in keiner Weise davon unterrichtet worden, daß in Stuttgart über die Mäifeier gesondert gesprochen werden sollte. Die Folge war, daß wir auf dieser internationalen Delegation 110 bis 120 Parteidelegierte waren, während die Gewerkschaften voll vertreten waren und so die Mehrheit hatten. Wir befinden uns mit diesem Beschluss tatsächlich

im Schlepplau der Gewerkschaften, und die heutigen Ausführungen Fischers, daß wir gar nicht in der Lage wären, an dem Abkommen irgend etwas zu ändern, bestärken mir die Laufsache, daß die Partei auf einen falschen Weg gedrängt werden soll. Ich bin der Letzte, der nicht ein inniges Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaften wünschte; aber so kann es nicht geben, daß die Gewerkschaften uns vor die vollendete Laufsache stellen. Man hat erklärt: jetzt hat der Gewerkschaftslongreß beschlossen, jetzt habt Ihr überhaupt nichts mehr zu reden. Und jetzt hat man die ganze Frage auf den Pfennigstandpunkt gestellt und sagt: die leistungsfähigen Zentralklassen können die Unterstützung nicht tragen, aber die schwachen Lokalklassen sollen sie tragen. Dabei haben die Parteigenossen in den einzelnen Orten auf die Beschlüsse über die Arbeitsruhe am 1. Mai gar keinen Einfluß, weil die Beschlüsse in den einzelnen Betrieben gemacht werden, wo die politische Organisation gar nicht hineinreden kann. Sehen Sie sich als Beispiel das Statut des Metallarbeiterverbandes an. Die Partei hat also nicht den geringsten Einfluß auf die Feier, soll aber die Kosten tragen. Das Organisationsverhältnis von Partei und Gewerkschaft ist ebenso wie die materielle Leistungsfähigkeit sehr ungleich. In Leipzig haben die Gewerkschaften 58 000 Organisierte, die Partei nur 26 000; schon das beweist, daß in der Praxis dieser Beschluß gar nicht ausgeführt werden kann. Ich sehe in dem Vorschlag den Hintergedanken, daß die Arbeitsruhe ausgeschaltet werden soll, darum kann ich dem Vorschlag nicht zustimmen.

Sonrath-Nachen: Ich begrüße die Vereinbarung zwischen Generalkommission und Parteivorstand als ersten Schritt, um in der Regelung der Unterstützungsfrage und der Durchführung der Maifeier zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Die Bedingungen, unter denen die Arbeitsruhe in den einzelnen Gewerkschaften und Betrieben beschlossen wird, sind heute so, daß es wesentlich der Geschicklichkeit einzelner Personen überlassen bleibt, in diesem oder jenem Betriebe die Arbeitsruhe zur Annahme zu bringen, während es in anderen nicht der Fall ist. Das führt zur Desorganisation. Heute stehen der Durchführung der Arbeitsruhe wesentlich andere Hemmnisse gegenüber als 1899. Heute haben wir die starken Organisationen der Arbeitgeber, heute haben wir die Tausende von Tarifverträgen. Es treten jedes Jahr Erscheinungen bei der Maifeier zutage, die wir einfach nicht ertragen können. Damals waren es wesentlich jugendliche Kreise, die die Gewerkschaftsorganisationen bildeten und auch das Gros der Parteigenossen; heute sind in den meisten industriellen Gegenden die älteren Jahrgänge der Arbeiterschaft sehr stark an der Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaft beteiligt. Wir können auf die Dauer unseren alten Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern nicht zumuten, daß sie sich jedes Jahr für die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai aussperrten lassen, den Leuten, die in tausenden von Fällen alt und grau geworden sind, häufig auf einer einzigen Arbeitsstelle, deren Arbeitskraft zerschiffen ist, sich einer Maßregelung aussetzen. Das ist zubielt von diesen Parteigenossen verlangt, das geht auf die Dauer nicht. Wir haben die Pflicht, auch dieser Wahrheit ins Auge zu schauen. Und wie geht es denn zu bei einer mißglückten Demonstration? Wir haben Erfahrungen auf diesem Gebiete. Da sind wir, wenn unser Organisationsstatut in Anwendung gebracht werden soll, unter Umständen gezwungen, Parteigenossen, die 20, 25 Jahre treu und redlich der Partei gedient haben, aus der Partei herauszuwerfen. Da ist die Arbeitsruhe nicht mehr von so großer Bedeutung, daß wir uns dem aussetzen müßten. Unsere alten Jahrgänge in der Partei sind uns zu schade, als daß wir sie dieser Gefahr fortwährend aussetzen. Die Arbeitsruhe ist aber auch nicht entfernt im Verhältnis zu den Organisationen gewachsen. Seit dem ersten Pariser Beschluß ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen um das Vierfache, die

Zahl der gewerkschaftlich Organisierten um mehr als das Achtfache gestiegen. Wenn die russischen Parteigenossen, Genossin Lugenburg, die Arbeitsruhe ein, zwei, drei Jahre lang durchgeführt haben, so sind dort wesentlich andere Bedingungen. Wenn unsere deutschen Arbeiter in den vierziger Jahren mit den Unternehmern demonstriert haben, so waren es damals vielleicht ähnliche Verhältnisse wie heute in Rußland. In Rußland hatten doch bis zur Revolution auch die Unternehmer in der Verfassung nichts mitzujagen. So war das bei uns bis 1848. Erst nachher haben sich hier die Geister geschieden. Es kommt das aber auch für die deutsche Arbeiterbewegung nicht so in Frage. Was in spontanem Angriff gelingt, ist nicht immer von bleibendem Wert, das haben wir in Deutschland genügend erfahren, im Saargebiet, im Rheinland. Hier bedarf es der zähen organisatorischen Arbeit, wie wir sie in den beruflichen Organisationen zu verzeichnen haben. Mit der vorliegenden Vereinbarung kommen wir dahin, daß die Beschlüsse, ob Arbeitsruhe oder nicht, in den einzelnen Betrieben mit größerer Verantwortlichkeit entschieden wird.

Krupsch-Dortmund: Der Genosse Adler-Riel hat auf die Protestresolutionen hingewiesen, die von Gewerkschaftskartellen gegen die Abmachungen angenommen wurden. Protestresolutionen sind aus den Gewerkschaftskartellen an die Zentralvorstände allerdings ergangen, aber ich bin überzeugt, weniger um die Maifeier zu halten, als weil auf Grund der Abmachungen die Unterstützung nicht aufgebracht werden kann. Gewiß wollen wir dafür eintreten, daß die Arbeitsruhe immer größer wird. Aber Schmidt hat schon darauf hingewiesen, daß, wenn das Wenn nicht wäre, manches anderes wäre. Genossin Lugenburg fordert mehr Idealismus; nun ich habe mit gut organisierten Leuten zusammen gearbeitet, denen die Arbeitsruhe schwer geworden ist, nicht weil es ihnen an Idealismus fehlte, sondern weil ihnen die Familie am nächsten stand. (Sehr wahr!) Falls Sie den Antrag Adler-Riel annehmen, so überweisen Sie auch den Dornmunder Antrag dem Parteivorstand und der Generalkommission. Notwendig ist es auch, die Parteiangestellten zu verpflichten, am 1. Mai ihren Tageslohn abzuliefern, was ich eigentlich für selbstverständlich halte, aber leider bis heute nicht überall geschehen ist. Hoffentlich machen sich auch Gewerkschaften diesen Beschluß zu ihrem eigenen. Wenn wir so den breiten Massen mit etwas mehr Idealismus vorangehen, werden wir am besten fördernd für die Maifeier wirken.

Die Diskussion wird geschlossen.

Richard Fischer (Schlußwort): Aus den Ausführungen der einzelnen Redner ging vor allem der Gedanke hervor, daß durch die Vereinbarung mit der Generalkommission die Maifeier Schaden gelitten habe. Ich frage Sie, ob Sie nicht der Meinung sind, daß der Gedanke der Maifeier niemals mehr geschädigt worden ist, als durch die heutige Diskussion, durch die Uebertreibungen, die hier vom Stapel gelassen worden sind. (Zustimmung.) Was müssen Fernstehende von einer Partei halten, die ihre eigene Leitung der Dinge beschuldigt, wie wir sie heute im Laufe des Nachmittags hier gehört haben: die bremende Art des Parteivorstandes und der Generalkommission könne nicht im Interesse der Maifeier und zur Förderung der Arbeiterbewegung sein; die Unterstützungsfrage sei die Sackgasse, in der die Maifeier erwürgt werden soll. Es scheint, als ob man diese Vereinbarungen getroffen habe, um der Maifeier ein Ende zu bereiten! So kann man nur reden, wenn man so ganz ohne jedes Verantwortungsgefühl ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe Zubeil beneidet, daß er heute so mit dem ganzen Feuerreifer der Jugend gesprochen hat. Ich hätte nur gewünscht, daß er sein Alter zu Rate gezogen und sich gefragt hätte: was wird man wohl draußen dazu sagen, wenn ich so daher rede, ich, einer der ältesten Parteigenossen in Deutschland! (Lebhafte Zustimmung.) Da wird

so gesprochen, als ob es ein feststehendes Dogma in der Partei sei, Arbeitsruhe und Märfeyer sei ein gleichbedeutender Begriff! Und seit zwanzig Jahren ist die Partei nahezu einstimmig der Meinung, daß die würdigste Form der Märfeyer die Arbeitsruhe sei, daß sie aber nur durchgeführt werden könne, wo es ohne Schädigung der Arbeiterklasse möglich sei. Und nun wird hier so operiert, als ob die ganze Abmachung zwischen Parteivorstand und Generalkommission ein Verrat wäre dem Grundsatz der Arbeitsruhe gegenüber! Wenn man den Gedanken der Märfeyer, die Propagandafähigkeit dieses Gedankens hätte schädigen wollen, so hätte man es beinahe nicht anders tun können, als durch diese absolut verantwortungslosen Redensarten, wie wir sie heute gehört haben. Durch die Unterstüßungen soll die Märfeyer erzwängt werden! Das kann nur jemand sagen, der vom Wesen der Gewerkschaften keine Ahnung hat. (Lebhafte Zustimmung.) Jahrzehntelang sind die Kämpfe darüber gegangen, ob der Kampfescharakter der Gewerkschaften unter dem „Unterstützungsballast“ leide. Wir haben die Erfahrung für uns in dem Augenblick sind die Gewerkschaften aktionsfähig, kampfesfähig geworden, wo sie das Unterstützungswesen ausgebildet haben. (Lebhafte Zustimmung.) Als es den Gewerkschaften gelungen war, es zu hohen Beiträgen und infolgedessen zu hohen Leistungen zu bringen, von der Stunde an datiert der Aufschwung der Gewerkschaften, und von da an sind sie der englischen Gewerkschaftsbewegung ebenbürtig geworden. (Sehr richtig!) Ich verstehe wirklich nicht, daß man diese Dinge, die man sich eigentlich an den Schühjohlen hätte ablaufen sollen (Sehr wahr!) heute wieder so eingehend erörtern würde: ja, wenn — wenn — ich will das bekannte Sprichwort nicht zitieren. Aber wenn man sagt: wenn die Märfeyer so gefeiert wird, daß keine Maßregelungen stattfinden können, dann denken auch die Unternehmer nicht mehr an Maßregelungen, so ist das ebenso gescheit, als wenn man sagen würde: es gibt keine Armen mehr, wenn jeder ein Millionär ist, oder wie der alte Bräsig umgekehrt sagte: Die verfluchte Armut kommt von der Powerlei, (Große Heiterkeit und Sehr gut!) Das sind Selbstverständlichkeiten, die nur dadurch einen Glanz bekommen, daß sie hier mit schöner, geistreicher Rhetorik vorgetragen werden; wenn man sie aber prüft, so bleibt nur eine Wolke übrig und weiter nichts. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Man sagt, die Demokratie ist in Gefahr: Fischer habe gesagt, das sind Abmachungen, an denen nichts zu ändern ist. Ich habe zum Schluß meiner Ausführungen gesagt: Ich bitte Sie, diesen Abmachungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand Ihre Zustimmung zu geben und habe hinzugefügt, daß alle Anträge auf Ueberweisung an den Parteivorstand zur nochmaligen Beratung keinen Sinn haben, wenn man nicht zugleich bestimmte Vorschläge machen kann, deren Durchführung möglich ist. In einem halben Duzend Sitzungen und stundenlangen Beratungen haben Generalkommission und Parteivorstand über die mögliche Form der Unterstützung sich unterhalten und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß eine andere Vereinbarung nicht möglich ist. Es handelt sich, wie gesagt, um eine Vereinbarung; der Parteivorstand hat nichts zu beschließen, sondern mit der Generalkommission zu beraten: wie weit könnt ihr gehen in der Frage der Unterstützung, wie weit können wir gehen? Und wenn die Generalkommission erklärt: wir können nicht weiter gehen, so war der Parteivorstand nicht in der Lage, der Generalkommission zu sagen: du mußt das aber tun, weil die und die Redner es wollen! Sie müssen zugeben, wenn Sie gerecht sein wollen, daß der Parteivorstand den in Essen erhaltenen Auftrag mit gutem Gewissen und der Treue und Ehrlichkeit, die er den Parteigenossen schuldet, zu erfüllen versucht hat. Es müßte denn sein, daß Sie dem Parteivorstand einen Auftrag überwiesen haben,

an dessen Erfolg Sie vielleicht selber gezweifelt haben. (Hört, hört!) In der Tat haben Sie dem Parteivorstand einen Auftrag erteilt, der nach Lage der Dinge beinahe unlöslich war, wenn man die Lösung in dem Sinne erzielen will, wie es hier von einzelnen Rednern angegeben worden ist. Genosse Ried hat es sich freilich leicht gemacht, wenn er sagte: Die Gewerkschaften müssen sich daran gewöhnen, daß fortwährend Aussperrungen aus politischem Anlaß erfolgen. Gewiß, aber ist damit auch zugleich die Möglichkeit gegeben, zu sagen: deshalb haben die Gewerkschaften alles zu tun, was wir von ihnen verlangen? Die Gewerkschaften sind selbständige Organisationen, die, wie jeder sagen muß, im Geiste der Sozialdemokratie treu und kameradschaftlich, und wo es große Kämpfe gilt, Hand in Hand mit uns arbeiten; aber es sind eigene Organisationen, die ihren Mitgliedern für ihre Massenverwaltung, für ihre Aktionen verantwortlich sind. Wenn Sie sich das vergegenwärtigen, können Sie nichts Unmögliches vom Parteivorstand verlangen. Man kann vielleicht daran zweifeln, ob der Parteivorstand diplomatisch, klug und geschickt genug war, aber an seinem guten Willen, alles zu erreichen, was möglich war für die Partei und für die Märfeyer, ist unmöglich. Es ist auch nicht wahr, was Ripinski Ihnen über den Hergang der Abmachungen in Stuttgart erzählt hat, daß es sich um eine Ueberrumpelung gehandelt hat oder eine Situation, in der die Parteigenossen durch Unachtsamkeit des Parteivorstandes vielleicht nicht genügend unterrichtet waren. Wie lagen die Dinge in Stuttgart? Wir wissen, daß zwischen einzelnen Gewerkschaftsangehörigen, Führern und Mitgliedern, und einzelnen Parteigenossen über die Form der Märfeyer seit Jahren gewisse Gegensätze bestehen. Man hat in Gewerkschaftskreisen öfter davon gesprochen, die Entscheidung über die Form der Märfeyer einem neuen internationalen Kongreß zu überlassen, hat aber gleichzeitig auch darüber gesagt, daß da auch häufig kleinere Nationen mit die radikalsten Beschlüsse fassen, aber in ihrem Lande nichts für deren Durchführung tun. Daher standen die Gewerkschaften von ihrem Beschlusse, die Frage der Märfeyer dem Stuttgarter Kongreß zu erneuter Beschluffassung zu unterbreiten, ab und suchten die Frage in dem Sinne zu lösen, daß sie sich über die Unterstützungfrage mit der Partei verständigten. Die Gewerkschaftler unterbreiteten ihre Vorschläge. Die Parteidelegation erklärte, daß von einer Halbierung der Kosten keine Rede sein könne, das sei eine ungerechte Verteilung. Dann gelangte man zu der Meinung, man sei überhaupt nicht kompetent und beschloß, daß Generalkommission und Parteivorstand beraten und dem Essener Parteitag einen Vorschlag vorlegen sollten. In Essen mußte der Parteivorstand erklären, die Materie sei so schwierig, daß sie nicht so schnell zu regeln war, und die Sache wurde vom Essener Parteitag dem Parteivorstand überwiesen: er solle mit der Generalkommission sich über Vorschläge einigen und diese gemeinsam herausgeben. Von einer Ueberrumpelung kann also keine Rede sein.

Simon verwies auf die Vorgänge in Offenbach. Wer die Vorgänge bei den letzten Wahlen in Offenbach beobachtet hat, wird vielleicht doch dazu kommen, daß die Dinge nicht mit den Führern, die angeblich keine Märfeyer mehr wollen, zusammenhängen, sondern mit dem ganzen Zusammenschluß des Ordnungsklüngels bei den Gemeinde- und den Reichstagswahlen gegen die Sozialdemokratie. Was beweist aber das Beispiel Simons? Er sagt, je stärker wir werden, desto mutloser werden wir; weil wir stark sind, deshalb sind wir schwach! Ach, werft einen Blick auf die Partei- und Gewerkschaftsbewegung vor 10, 20 Jahren, und vergleicht sie mit der heutigen: wer hat dann noch den Mut, zu sagen, daß Partei- und Gewerkschaftsbewegung schwächer geworden sind, seitdem sie erstarkt sind? Das sind Redensarten, die klingen

interessant, sie können noch etwas, aber es ist nichts dahinter. Mühsenswert wäre es gewiß, wenn alle Gewerkschaften genau so handeln würden wie die Schuhmacher. Ich habe ja bereits gesagt, daß durch unsere Vereinbarungen den Gewerkschaften gar keine Schranken auferlegt sind; die Vereinbarungen enthalten nicht etwa ein Maximum, über das nicht hinausgegangen werden darf, sondern nur ein Minimum der Verpflichtungen.

Weiter sagte man, die soziale Regelung ist nicht möglich, und Adler erklärte: früher hatten wir in Schleswig-Holstein große Maidemonstrationen, in diesem Jahre haben wir nur in zwei, drei Orten demonstrieren können! Ach, glauben Sie das denn selbst, daß infolge der Abmachungen zwischen Partei und Gewerkschaften auch nur ein Ort verhindert ist, die Maidemonstration zu machen? (Adler: Das kann ich beweisen!) Schön, schade, daß Sie das nicht bewiesen haben, das wäre ein interessanter Beweis gewesen. (Heiterkeit.) Aber vielleicht ist Adler auch geneigt, die Frage unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, daß die Maifeier von jeher eine Demonstration war, deren Höhe abhängig ist von der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Situation. (Sehr gut!) Die Maifeier entspringt nicht einer Begeisterung, die man auf Flaschen ziehen kann, um am 1. Mai loszuknallen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Und wenn nun gar der Genosse Nietsch aus Magdeburg uns erzählt, im Jahre 1890 habe das Unternehmertum sich bereits mit dem Gedanken der Arbeitsruhe abgefunden, hätte seinen Widerstand geleistet — ach, da muß man ein sehr kurzes Gedächtnis haben, da muß man das große Hamburg vergessen haben, wo die Arbeiter durch die Maifeier auf ein halbes Jahrzehnt kampfunfähig gemacht worden sind. Da muß man vergessen haben, daß die Frage sich feinerzeit darauf zugespitzt hat, ob die Herrschenden einen letzten Kampf wagen wollen, ob Bismarck seinen Willen durchsetzen und, mit dem bekannten „Gaubegen“ an der Spitze der Regierung, das Wort von der Fronte, die schießt, und dem Säbel, der haut, wahrmachen wollte; da muß man vergessen haben, daß man davon die Fortdauer des Sozialistengesetzes abhängig machen wollte. (Sehr gut!) Wer das nicht weiß, der soll doch hier nicht so reden. Daß wir den Arbeitern keine Opfer mehr zumuten können, habe ich mit keinem Worte gesagt. Ich habe lediglich erklärt, daß bei unseren Verhandlungen auch die Frage erörtert wurde, ob es nicht möglich sei, durch Abführung des Lohnes derjenigen, die am 1. Mai nicht feiern können, vielleicht auch nicht den Mut dazu haben, einen Fonds anzusammeln, und daß die Generalkommission erklärt hat, daß sie damit auf große Schwierigkeiten in den einzelnen Gewerkschaften stoßen würde, weil man so etwas den Indifferenten, die eben erst gewonnen sind, nicht zumuten könne. Daraus macht Seger, ich hätte gesagt, wir können den Arbeitern in Schlesien und Ostpreußen dies Opfer nicht zumuten!

Man spricht von lokalen Schädigungen. Wenn aus kleineren Orten, z. B. Finsterwalde oder Lützenwalde, solche Klagen kommen, so kann ich das verstehen; es mögen da nur einzelne große Fabriken sein, so daß infolge dessen die lokale Organisation nicht imstande ist, die Mittel aufzubringen. Aber wenn Hamburg, Berlin oder Leipzig sich auf diesen Standpunkt stellen — nehmen Sie mir es nicht übel —, dann glaube ich an solche Argumentierung nicht. Das heißt ja geradezu die Genossen von Berlin, Leipzig und Hamburg beleidigen, wollte man sagen, sie sind nicht opferwillig genug, aus lokalen Mitteln für die Opfer des 1. Mai einzutreten. (Sehr richtig!) Die ganze deutsche Parteigeschichte ist doch ein fortgesetzter Beweis dafür, daß, wenn in einem großen Kampfe gegen die Unternehmer eine schwache Mitgliedschaft zu Boden geschlagen wird, die gesamten Parteigenossen auch ohne bindenden Be-

schluß für ihre Brüder eintreten. (Sehr richtig!) Es heißt geradezu sich an der Partei versündigen, wenn man mit solchen Argumenten kommt. Wenn schließlich auf Warschau und Rußland verwiesen wird, so hat ja schon Robert Schmidt das Nötige in dieser Beziehung gesagt. Ich unterschreibe Wort für Wort von dem, was er über die russische Gewerkschaftsbewegung und über die Erfolge der deutschen Gewerkschaftsbewegung gesagt hat. Ich bin der erste, der Hochachtung vor dem russischen Proletariat hat; aber es ist doch vielleicht ein Unterschied zwischen Warschau und Deutschland. Was in Warschau notwendig ist, kann in Deutschland schädlich sein. In Deutschland wäre die völlige Arbeitsruhe am 1. Mai den Scharfmachern vielleicht die bequemste Gelegenheit, ihren Willen durchzusetzen. Wir begehen die Maifeier nicht, um Warschau zu halten, um eine Kraftprobe zu entfallen, sondern um den Gedanken der Arbeitsruhe und der Arbeiterschutzgesetzgebung zu propagieren. Und wenn die Regierungen versucht haben, diese Frage zu einer Machtprobe zu gestalten, so haben wir das immer abgelehnt. Warschauer und Machtproben sind unsere Maßkämpfe, da stehen wir unseren Mann, aber in wirtschaftlichen Kämpfen, wo das Unternehmertum über alle Machtmittel verfügt und wir nur über den elenden Fleberwisch des Koalitionsrechtes, das noch dazu nur allzuoft von der Willkür der Polizei abhängt — nein, den Kampf nehmen wir nicht auf, wenn es nicht sein muß. Aber wenn der letzte Kampf einmal auf diesem Gebiete gekämpft werden muß, dann wird er auch gekämpft werden. Die Begeisterung, die uns Jahrzehnte geleitet hat, und von der wir auch heute noch durchdrungen sind, wird niemals aus unseren Reihen verschwinden. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Adler wünscht, daß der Parteivorstand zu abermaligen Verhandlungen mit der Generalkommission beauftragt wird, und zwar unter Streichung der Punkte 3 und 4. Ich kann die Stellung des Parteivorstandes zu diesem Antrage nicht präzisieren, weil ich keine Gelegenheit hatte, mit ihm Rücksprache zu nehmen. Aber meine persönliche Meinung geht dahin, daß durch die Annahme des Antrages die getroffene Vereinbarung hinfällig und eine andere nicht möglich ist. Dann wäre es besser, den Antrag anzunehmen, der die Maifeier in alter Form bestehen lassen will, und auf die Frage der Unterstützungspflicht zu verzichten. Die Annahme des Antrages Adler wäre ein Beschluß, der der Sache nicht würdig ist, ein Herumgehen um die Dinge, die kritisch sind. Wenn Sie dem Parteivorstand die Sache überweisen wollen, so können Sie das nur tun, wenn Sie die Möglichkeit schaffen könnten, eine andere Regelung herbeizuführen. Der Parteivorstand erklärt aber, daß eine andere Form unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich sei. Also entscheiden Sie. (Drabot!)

Es wird abgestimmt.

Ein Antrag, über die Vereinbarung namentlich abzustimmen, findet nicht die genügende Unterstützung.

Von der Vereinbarung werden die Ziffern 1, 2 und 3 unter Streichung der Worte „vom Beginn der zweiten Woche“ (letzte Ziffer mit 191 gegen 122 Stimmen) sowie die Ziffer 5 angenommen, Ziffer 4 dagegen abgelehnt.

Die so geänderte Vereinbarung wird gegen einige Stimmen angenommen.

Damit ist der erste Teil des Antrages 182 erledigt; der zweite Teil wird angenommen.

Die Anträge 88, 89, 92—94, 98, 101 Absf. 1, 103 und 104, die sämtlich die Unterstufungsfrage regeln wollen, werden dem Vorstand als Material überwiesen.

Zu den Anträgen 86, 95—97, 100 und 102, die sich entweder ausschließlich oder doch überwiegend mit der Frage einer stärkeren Propagierung der Mafseier beschäftigen, erklärt

Dorn: Ich glaube wohl sagen zu können, daß durch diese Anträge ausgesprochen werden soll, daß für die Folgezeit eine intensivere Agitation für die Mafseier entfaltet werden soll, als bisher. (Zustimmung.)

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Antrag 90 wird angenommen. Antrag 101 Absf. 2 ist dadurch erledigt. Ebenso die Anträge 87 und 99.

Dorn: Selbstverständlich muß nun auch dafür gesorgt werden, daß der Antrag 90 durchgeführt wird. (Seiterkeit. — Zuruf: Wer soll das kontrollieren?)

Bömelburg (zur Geschäftsordnung): Ich möchte doch festgestellt wissen, was sein soll, bevor eine andere Vereinbarung zustande gekommen ist. Deshalb beantrage ich, daß die Vereinbarung so lange bestehen bleibt, bis eine andere getroffen ist. (Seiterkeit und Widerspruch.)

Richard Fischer: Ein solcher Schluß, wie ihn Bömelburg zieht, ist unmöglich. (Sehr richtig!) Durch Ihre Abstimmung haben Sie der Vereinbarung die Zustimmung verweigert, es existiert also keine Vereinbarung. (Sehr wahr!)

Konrath-Nachen erhebt Einspruch dagegen, daß über den geschäftsordnungsmäßig unzulässigen Antrag Bömelburg abgestimmt wird.

Lipinski-Leipzig: Auch ich bin der Meinung von Fischer, daß keine Vereinbarungen bestehen. Wir müssen es der Entwidlung der Dinge überlassen, ob es möglich ist, vor der nächsten Mafseier andere Vereinbarungen zu treffen. (Sehr richtig!)

Dorn: Die Vereinbarungen haben keine Annahme gefunden, sie bestehen also nicht. (Allseitige Zustimmung.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Lipinski-Leipzig erklärt, er habe nicht, wie Fischer behauptet habe, den Gewerkschaften den Vorwurf der Treulosigkeit gemacht.

Abler-Niel: Ich habe nicht gesagt, wie Fischer es darstellte, die Mafseier in Schleswig-Holstein wäre nur an drei, vier Orten möglich gewesen, sondern: unter diesen Vereinbarungen würde die Mafseier in Zukunft nur an drei, vier Orten möglich sein.

Richard Fischer: Ich will Abler zugeben, daß ich mich geirrt haben kann. Im übrigen habe ich nicht gesagt, daß Lipinski den Gewerkschaften den Vorwurf der Treulosigkeit gemacht habe, sondern er sprach von einer Ueberrumpelung oder mangelnden Unterrichtung des Parteivorstandes und dieser Vorwurf der Ueberrumpelung schließt den Vorwurf der Treulosigkeit in sich.

Lipinski: Ich habe mit keinem Worte von Treulosigkeit der Gewerkschaften gesprochen, sondern nur bemängelt, daß der Parteivorstand die Delegation zum Internationalen Kongreß nicht von der Tatsache verständigt hat, daß über die Mafseier verhandelt werden soll.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Mittwoch 9 Uhr verlagert.

Schluß 7 1/2 Uhr

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 16. September 1908 — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit der Mitteilung von dem gestrigen Wahlsieg in Ludwigshafen-Speyer. (Stürmischer Beifall.)

Die Budgetbewilligung.

Es wird in die Verhandlung der Frage der Budgetbewilligung eingetreten. Dazu liegt vor die Resolution 126 und die Anträge 74 bis 86, die sämtlich mit zur Verhandlung gestellt werden. Der Parteitag hat beschlossen, daß nach dem Referenten Nebel einem badijschen und einem bayerischen Genossen das Wort mit unbeschränkter Redezeit gegeben wird. Es liegt ein Antrag des Genossen Wöhle-Strasbourg vor, nachdem die Frage auch der württembergischen Zustimmung zum Budget in die Resolution des Parteivorstandes aufgenommen ist, auch einem württembergischen Abgeordneten das Wort mit unbeschränkter Redezeit zu geben.

Wöhle begründet kurz den Antrag. Der Parteitag stimmt zu.

Nebel: Parteigenossen! Ich hoffe, daß der stürmische Beifall, dem Sie der Verkündigung des Wahlergebnisses bei der Nachwahl in Ludwigshafen soeben gezollt haben, etwas beruhigend auf unsere Debatten, in die wir jetzt eintreten, einwirken wird. Denn das Resultat zeigt doch uns allen, daß die Partei in glänzender Weise marschiert, aber auch vor allem, daß wir alle Kräfte in gemeinsamer Arbeit daran zu setzen haben, um unser Ziel zu erreichen. (Lebhaftes Bravo!)

Ich habe vor 14 Jahren, als ich in Frankfurt auf dem Parteitag ebenfalls zu der vorliegenden Frage das Wort nahm, ausgesprochen, daß ich noch nie in einer so unerfreulichen und gedrückten Stimmung die Tribüne betreten hätte, als damals in Frankfurt. Und ich sage Ihnen ganz offen, es wäre mir der größte Gefallen erwiesen worden, wenn wir nicht in die Lage gekommen wären, heute abermals, und zwar zum dritten Male, über diese Frage zu verhandeln. Ich hatte geglaubt, daß, nachdem in Lübeck mit so großer Mehrheit, und zwar auch unter wesentlicher Zustimmung der süddeutschen Genossen, die damalige Resolution angenommen worden war, ein Weg gefunden worden sei, der es für die Zukunft überflüssig mache, uns noch einmal mit dieser Frage zu beschäftigen. Das ist leider nicht der Fall gewesen. Vor den Parteitagen von Frankfurt und Lübeck hatte diese Frage in der Parteipresse und Partei kaum irgendwelche große Erregung hervorgerufen. Ganz anders diesmal. Wir sind in Diskussionen in der Presse und in Versammlungen eingetreten, die von einer Erregung Zeugnis abgelegt haben, die man bei dieser Frage kaum für möglich gehalten hätte. Wenn man sich fragt, was denn eigentlich die Ursache war, daß von vornherein eine so mächtige Erregung einsetzte, so muß ich sagen, das war die außerordentliche Ueberraschung, als wir auf einmal erfuhren, daß unsere süddeutschen Landtagsgenossen in Stuttgart zusammengetreten wären und sich verständigt hätten, für dies Jahr für das Budget zu stimmen. Und da schon Monate über diese Verständigung vergangen waren, ohne daß die weiteren Kreise der Parteigenossen das geringste davon gehört hatten, war die Erregung um so größer. Man war aus diesem Grunde der Meinung, es handle sich hier um eine Art Bronzungamento gegen einen Parteibeschuß. (Sehr richtig!) Es ist nicht meine Absicht, auf die Diskussionen in der Presse und in Vereinen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, über die hier zu erörternde Frage irgendwie einzugehen. Ich möchte dringend bitten, daß das auch die Redner nach mir soweit als möglich unterlassen. Es ist kein Zweifel, daß in diesen Diskussionen herüber und hinüber in der schärfsten

Weise geschaffen worden ist, daß sehr heftige und, wie ich gar nicht ansehe, zu erklären, auch teilweise sehr ungeduldfertige Angriffe und Beschuldigungen erhoben worden sind. Wenn wir diese hier zum Gegenstand der Erörterung machen sollten, dann könnten wir wohl die ganzen Tage, die dem Parteitag noch zur Verfügung stehen, uns ausschließlich mit dieser Frage beschäftigen. (Sehr richtig!)

Der Lübecker Beschluß war eine Art Kompromiß. Ich hatte dort eine Resolution eingebracht, die verschiedentlich von unseren süddeutschen Landtagsgenossen heftig angegriffen und für unannehmbar erklärt wurde. Wir traten in Verhandlungen ein, und das Endergebnis war, daß ich zu der Ueberzeugung kommen mußte, es könnten Fälle eintreten, wo eine strikte Ablehnung des Landtagsbudgets der Partei zum großen Schaden gereichen müsse, und daß man in solchen Fällen unseren Landtagsgenossen eine gewisse Freiheit der Entscheidung geben müsse. Die Lübecker Resolution lautet:

„In Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaates tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht einräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisationen der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind,

spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundfähen des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.“

Und in der Rede, mit der ich meinen Antrag begründete, führte ich aus:

„Nach meiner Auffassung sind es nur ganz ausnahmsweise Fälle, für die einmal der letzte Satz der Resolution in Frage kommen könnte. Da man sich doch, wenn man einen solchen Satz vorschlägt, fragen muß, wann könnte das sein?, so will ich Ihnen die zwei Fälle anführen, die dabei für mich in Betracht gekommen sind. Der eine Fall, der infolge der eigentümlichen Budgettechnik, die ja nicht überall gleich ist, eintreten kann, und der auch in Hessen bereits eingetreten ist, ist der, daß ein für die Steuerzahler günstigeres Budget fallen und ihnen ein ungünstigeres aufgehalten wäre, wenn unsere Genossen nicht für das erstere gestimmt hätten. Man zieht dann das kleinere Übel dem größeren vor. Der andere Fall ist folgender: Im Gölhaer Landtag saßen neun Genossen von uns und zehn Gegner. Nehmen wir an, nach der nächsten Wahl ist es umgekehrt! Dann verlangen wir selbstverständlich, daß unsere Genossen in Anbetracht ihrer Majorität das Budget nach ihrer Auffassung gestalten, und dann müssen sie doch auch dem Budget zustimmen.“

Das waren die beiden Fälle, die ich damals als mögliche Fälle der Zustimmung zum Budget angeführt habe. Nun sagt ja der dritte Absatz der Resolution von diesen Fällen nichts, weil es überhaupt nicht üblich ist, daß man die Motive in eine Resolution aufnimmt; und so könnte ja der Fall eintreten, daß unsere süddeutschen Freunde erklären: ja, der Satz, wie er hier steht, gibt uns das Recht, auch andere Fälle als gegeben anzusehen, und danach zu handeln. Ich will mich für einen Augenblick auf diesen Standpunkt stellen; ich will annehmen, es soll auch ein dritter außerordentlicher Fall, an den wir gar nicht gedacht haben, vielleicht auch nicht denken konnten, vorgekommen sein. Ja, Parteigenossen, bedenken Sie dann die Gründe, die diesmal von unseren Freunden in Baden und Bayern für die Zustimmung zum Budget als maßgebend erachtet werden, auch nur irgendwie mit dem dritten Absatz der Lübecker Resolution? Ich bestreite das auf das allerentschiedenste. (Sehr richtig!) Wir

werden das sofort sehen, wenn wir die Gründe, wie sie von unseren Freunden in Baden und Bayern uns angeben sind, uns ansehen. Die badischen Genossen haben durch den Mund des Genossen Frank erklären lassen:

„Mit Rücksicht darauf, daß für die kommende Budgetperiode verhältnismäßig erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert werden, stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Etatsgesetz.“

Diese Abstimmung soll kein Vertrauensvotum für die Regierung sein. Die Politik des Ministeriums wird vielmehr, wie bisher, von der Fraktion energisch bekämpft werden, da die Regierung wiederholt in Wort und Tat, wie z. B. im Falle des Eisenbahnarbeiters Schäufele, den Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichheit gegenüber Angehörigen der sozialdemokratischen Partei verletzt und durch ihre Haltung im Bundesrat, namentlich auch bei Verzögerung der Reichsfinanzreform, wichtige Volksrechte schädigte.

Nachdem die sozialdemokratische Fraktion am Zustandekommen der Beamtengesetze nach besten Kräften mitgearbeitet hat, hält sie sich für verpflichtet, mitzuwirken bei der Beschaffung der Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig sind. Nur aus diesem Grunde hat die Fraktion es unterlassen, ihr Mißtrauen gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamtetats zum Ausdruck zu bringen.“

Parteigenossen! Als ich diese Erklärung gelesen habe, war ich im höchsten Grade erkaunt, denn ich mußte annehmen, daß nach der Kritik, die der Redner der Sozialdemokratie an der Handlungsweise der badischen Regierung gehabt hatte, ihr gar nichts anderes übrig blieb als ein glattes „Nein“. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist mir schier unbegreiflich, wie man bei einer so scharfen Kritik an dem Verhalten des badischen Ministeriums gegenüber der Sozialdemokratie und auch sonst dazu kommen konnte, dem Budget ein Ja zu geben. Überall in der Welt, wo parlamentarisches Leben existiert, gilt die Zustimmung zum Budget als Vertrauensvotum für die Regierung (Hör! hört), und wenn unsere Parteigenossen in Baden geglaubt haben, dieses durch eine Reihe kritischer Bemerkungen abschwächen zu sollen, so will ich ihren guten Willen anerkennen, aber logisch ist ihr Verhalten in keinem Fall. (Sehr richtig!) Der Hauptgrund und sozusagen der einzige im Gegensatz zu den bayerischen Genossen, deren Erklärung ich nachher besprechen werde und die eine Reihe weiterer Gründe anführen, ist für die Badenser, daß erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert waren. Deswegen stimmt man zu. Nun, Parteigenossen, haben die Bayern seit 13 Jahren, so oft die Landtagsperiode wiederkam, regelmäßig gegen das Budget gestimmt und die Badenser mit Ausnahme des Jahres 1901, welches Veranlassung gab zu unserer Verhandlung in Lübeck, gleichfalls. Wäre die Auffassung richtig, daß, indem man gegen das Budget stimmt, man damit auch alle Beamtengehälter und Arbeiterlöhne verweigert, ja, so haben Sie das doch auch schon früher getan. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.) Dann bitte ich, mir zu erklären, wie man jetzt auf einmal zu einer entgegengesetzten Ansicht kommt, nach 14 Jahren. In jedem Parlament, sogar im deutschen Reichstag kommt es vor, daß eine Reihe von Forderungen gestellt wird, denen auch wir als Sozialdemokraten unsere Zustimmung geben. Wir stimmen mit Rücksicht auf das ganze System, das der deutsche Reichstag repräsentiert, in der Schlußabstimmung gegen das Budget. Als 1863 in Preußen Herr von Bismarck Ministerpräsident geworden war mit dem Auftrag, den Konflikt mit der Kammer herbeizuführen, erklärte die Budgetkommission des preussischen Landtags, daß sie dem Budget ihre Zustimmung nicht gebe, daß sie aber damit nicht ausspreche, daß sie im einzelnen die Positionen für Gehälter verweigere, son-

bern daß sie den Männern, die an der Regierung ständen, nicht das nötige Vertrauen entgegenbringe für die Verwaltung des Budgets. (Hört! hört!) Bei uns kommt zu der Sache noch etwas anderes. Wir sind prinzipielle Gegner der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Wir sind aus diesem Grunde Sozialdemokraten. Unsere ganze Tätigkeit ist darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben, das heißt, eine Tätigkeit zu entfalten, bei der wir die Zustände in Staat und Gesellschaft den Massen in einer Weise Marzuzumachen suchen, daß sie zum Bewußtsein kommen, daß das unnatürliche, ungerechte, sie schwer belastende Zustände sind, an deren Stelle notwendigerweise andere, naturgemäßere, gerechtere zu treten hätten. Aus diesem Grunde können wir prinzipiell einer Regierung, deren Aufgabe es ist, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung gegen jeden Angriff von sozialdemokratischer Seite aufrechtzuerhalten, unter keinen Umständen ein Budget bewilligen. (Lebhafte Zustimmung.)

Das ist die prinzipielle Seite der Sache. Nun steht hier die Frage aber noch etwas anders. Wie kam es denn, daß die Regierung nicht bloß in Baden, nein, auch in Bayern, jetzt auch in Preußen, das nächste Mal im Reich, das übernächste Mal in Württemberg (Zurufe bei den Süddeutschen!) — Vorsitzender Singer bittet um Ruhe) . . . die Beamtengehälter und Arbeiterlöhne erhöhten? Die Belastung des deutschen Volkes durch den Polltarif, die Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel ist die Ursache. (Sehr richtig!) Ich habe den Gewinn für die Agrarier aus den Wucherzöllen auf 1250 Millionen Mark jährlich berechnet — niemand hat mich widerlegt — heute nehme ich an, daß er eher größer als kleiner ist. Als die Konstellation der Verhältnisse es mit sich brachte, daß im Dezember 1906 der Reichstag aufgelöst wurde und wir zu den Wahlen von 1907 kamen, da haben die Regierungen, um die kleinen Beamten von der Sozialdemokratie abzurücken, ihnen Gehaltserhöhungen versprochen. (Lebhafte Zustimmung.) Nachher ließ sich auch eine Erhöhung der Löhne der Staatsarbeiter nicht vermeiden, zumal die freie industrielle Arbeiterschaft ihre Lohnverhältnisse durch Lohnkämpfe zu verbessern gesucht hat. Wie wir in dieser Situation, die die Regierung geschaffen und für die sie allein die Verantwortung trägt, nun die Pflicht haben sollen, für das Budget zu stimmen, weiß ich wiederum nicht. (Lebhafte Zustimmung.)

Noch ein anderes. Die Wirtschaft des Deutschen Reiches hat die Finanzverhältnisse der Einzelstaaten ganz außerordentlich beeinflusst. In den meisten Staaten fehlen die notwendigsten Mittel für Kulturaufgaben. Nun steht die Sache so, daß durch die Mehrforderungen, welche die Einzelstaaten für die Beamtengehälter und Löhne zu stellen gezwungen sind, auf der anderen Seite eine Steuererhöhung eintreten muß; also die Arbeiter werden mit doppelten Nutzen gepeinigt: erst haßt man ihnen den Polltarif auf, verteuert ihnen die notwendigsten Lebensmittel, und wenn dann aus dieser Situation heraus die Beamten und die Staatsarbeiter höher bezahlt werden müssen, werden die Arbeiter auch noch zu höheren Steuern herangezogen. Ich habe den Eindruck, als wenn unsere Parteigenossen im Süden ihre Tätigkeit etwas zu eng auffassen, daß sie sich gewissermaßen Scheuklappen anlegen und nur auf das nächste Feld blicken, aber den Zusammenhang mit dem großen Ganzen verlieren. (Lebhafte Zustimmung.) Nur so ist eigentlich diese ganze Budgetzustimmung zu erklären. Wir können bei einer derartigen Frage die Regierungen der Einzelstaaten nicht ausschalten in bezug auf die Reichspolitik. Die Reichspolitik hat es herbeigeführt, daß wir in 20 Jahren von 720 auf 4500 Millionen Mark Schulden gestiegen sind, daß die eigenen Einnahmen des Reichs eine gewaltige Steigerung erfahren haben, weil nicht nur die Bölle auf Lebensmittel bedeutend

erhöht sind, sondern auch weil noch eine Reihe anderer Lasten für die Arbeiter entstanden sind. Militär, Marine, Kolonialpolitik sind von sämtlichen deutschen Regierungen unterstützt und bewilligt worden, wir sollen gegenwärtig wieder 500 Millionen neuer Steuern aufbringen, wir wissen alle, einerlei, wie das Steuerbudget sich schließlich gestaltet, daß doch der größte Teil der Summe, die aufgebracht werden muß, auf die Arbeiter abgewälzt wird. Da müssen wir doch fragen: Wie steht ihr süddeutschen Regierungen dazu? Wenn ihr solche Politik unterstützt, die in erster Linie gegen die Arbeiter gerichtet ist, so ist es doch ein starkes Stück, daß ihr von uns noch ein Vertrauensvotum haben wollt. (Sehr gut!) Und wir haben noch über ganz andere Maßnahmen zu klagen gehabt. Wir haben seit dem Fall des Sozialistengesetzes die Umsturzvorlage, einige Jahre später die Buchhausvorlage und dann die Vorlage betreffend die sogenannte Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gehabt. Alles das waren Ausnahme Gesetze gegen die Arbeiterklasse. Ich habe aber nicht gehört, daß die süddeutschen Staaten gegen eine derartige Gesetzgebung je protestiert hätten. (Zuruf: Doch, Bayern!) Wogegen denn? (Zuruf: Gegen die Buchhausvorlage!) Gegen die Buchhausvorlage 1899? — Nun, dann freut es mich; aber, das kann Euch noch immer nicht veranlassen, der bayerischen Regierung ein besonderes Vertrauensvotum zu erteilen. (Sehr richtig!) Dazu kommt weiter, daß wir im nächsten Jahr wieder eine neue Militärvorlage bekommen werden — das ist ganz zweifellos. Es geht nicht an, daß wir da quasi eine schwarze und eine weiße Seele konstruieren, die schwarze sitzt in Berlin und die weiße in den süddeutschen Staaten. (Heiterkeit.) Ich glaube ja ganz gern, daß die süddeutschen Regierungen, weil diese ganze Entwicklung ihre Existenz als selbständige Staaten immer prekärer macht, weil sie dazu führt, daß man mit den vielen Regierungen, all den Ministerien usw. die ungeheure Summen erfordern, aufräumen will, kurz, weil die zentralistische Idee dadurch gefördert wird, nur mit sauerlicher Miene solche Forderungen aufheizen: aber sie heißen sie gut. (Sehr richtig!) Die bayerische Regierung sitzt in dem sogenannten Ausschuß für auswärtige Politik, wir haben aber nicht gehört, daß sie gegen die auswärtige Politik, die für das Reich schon so ungeheuer schädlich geworden ist und weiter werden wird, irgendeine Verwahrung eingelegt hat. Sie ist also mit dafür verantwortlich zu machen. (Sehr selbst hat den Zusammenhang dieser Dinge vollständig anerkannt dadurch, daß Ihr bei den verschiedensten Gelegenheiten Interpellationen und Anträge eingebracht habt, wodurch Ihr Eure Regierungen nötigen wolltet, ihre Haltung zu ändern. Jedemfalls muß man bei diesem engen Zusammenhang des Reichs und der Einzelstaaten, wenn es sich um die Frage der Budgetbewilligung handelt, immer doch fragen, ob sie nach allen Richtungen hin ihre Schuldigkeit getan haben, und das wird niemand von ihnen zu behaupten wagen. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun ist in der Erklärung der Badener Genossen auf den Fall Schäußele hingewiesen worden. Er ist Eisenbahnarbeiter in den großherzoglichen Eisenbahnwerkstätten und ist in Karlsruhe von unseren Genossen als Kandidat für die Stadterordnetenwahlen aufgestellt. Das hat die Regierung nicht gebuldet. Zweifellos war das ein Faustschlag ins Gesicht der badischen Arbeiterklasse, und ganz mit Recht hat damals auch Kolb erklärt, daß man nach einem solchen Vorgang unmöglich ein Budget bewilligen könne. (Hört! hört!) Der Fall ist nicht rückgängig gemacht worden; trotzdem aber erklärt man nun durch die Bewilligung des Budgets der Regierung sein Vertrauen! Das sind aber nicht die einzigen Fälle. Ich erinnere unsere badischen Genossen daran, wie die Regierung vor drei Jahren in Konstanz gegen unsere auswärtigen Genossen Dr. Adler, Greulich und Todeschini vorgegangen und ihnen das Leben verboten hat. (Sehr richtig!)

Nun hat man ja gesagt, die innere Lage in Baden erfordere, daß man der Regierung durch eine solche Handlung entgegenkomme und namentlich auch den liberalen Parteien, mit denen wir bei der nächsten Wahl wieder zusammenzugehen-gedenken, um keine Zentrumsmehrheit auskommen zu lassen! Ich habe gegen ein derartiges Taktelmecht immer meine großen Bedenken und namentlich in diesem Falle bin ich sehr im Zweifel, ob die von unseren Genossen geplante Taktik die richtige ist. Soviel ich weiß, haben in Baden die verschiedenen liberalen Parteien 28 Mitglieder mit einigen Demokraten, im ganzen wohl 32 oder 33. Zentrum und Konserbatibe zählen etwa ebenso viele und den Ausschlag geben immer die 12 Sozialdemokraten. Das wird meines Erachtens auch dann der Fall sein, wenn bei den nächsten Landtagswahlen keinerlei Bündnis für die engeren Wahlen mit einer anderen Partei zustande kommt. Auch dann werden unsere Genossen in dieser dominierenden Stellung im Landtag verbleiben. (Zuruf: Das ist noch sehr zweifelhaft!) Dann ist das jedenfalls eine Doktorfrage und die kann hier nicht durch eine Abstimmung in dem von Ihnen beliebten Sinne entschieden werden. Das wäre noch schöner, wenn wir auf eine derartige Konjunkturalpolitik hin unsere ganze Taktik vollständig ändern wollten; dann verlieren wir ja allen Boden. (Lebhafte Zustimmung.) Nun ist es unseren badischen Genossen nicht gerade übelzunehmen, wenn sie eine Zentrumsmehrheit nicht mögen, aber in Bayern ist das Ding ganz anders, da scheinen unsere Parteigenossen zur Zentrumsmehrheit ganz gut zu stehen. (Heiterkeit.) Sie haben all die kleinen Bewilligungen, die sie erlangt haben, mit Hilfe des Zentrums erlangt — ich werde später nachweisen warum. In Baden aber hat man einen wahren Horror vor der Zentrumsmehrheit. Da soll der badische Staat vor den Ultramontanen gerettet werden. Die Regierung empfindet offenbar nicht dies Bedürfnis; denn die Art, wie sie das Entgegenkommen unserer Genossen behandelt hat, beweist doch alles andere, als daß sie mit einer derartigen Taktik von unserer Seite einverstanden ist. Kolb hat erklärt, daß die Budgetabstimmung zu den Dingen gehöre, mit denen man sein Entgegenkommen gegen die Regierung betätigen wolle. Er hat weiter sehr offenherzig — wie er immer offenherzig ist — gesagt, daß auch der Gang zum Begräbnis des alten Großherzogs, den er und Frank gemacht haben, bereits zu dem Zweck unternommen sei, um zu beweisen, daß die Sozialdemokraten in Baden nicht die schlimmsten Leute sind, für die man sie hält. (Hört! hört!) Wenn das politische Tätigkeit ist, wenn das die Mittel sind, mit denen wir politische Eroberungen machen, dann hören wir auf, Sozialdemokraten zu sein. (Sehr wahr! Lebhaftige Zustimmung.) Es ist dann auch in der Tat in Prekäußerungen, die ich hier nicht vorführen will, dahin gekommen, daß man als Endresultat ansehen kann: es handelt sich nicht mehr um eine einmalige ausnahmsweise Zustimmung zum Budget, nein, man will regelmäßig dafür und nur ganz ausnahmsweise dagegen stimmen. (Sehr wahr!) Und wenn es nun gar so weit geht, wie in Baden, daß man sagt, die ganze Taktik der Partei bewegt sich in unzulässigen Widersprüchen, so will ich diese Frage heute nicht erörtern, bin aber bereit, sie jeden Augenblick auf einem anderen Parteitag zu erörtern, weil ich mir sage, daß diejenigen, die eine grundrüttende andere Taktik von uns verlangen, aufhören, Sozialdemokraten zu sein, und daß die Partei, wenn sie diese Taktik billigte, aufhört, sozialdemokratisch zu sein, daß sie ihren Namen in den einer sozialreformistischen Arbeiterpartei umwandeln müßte. (Lebhafte Zustimmung.) Und nun noch ein Drittes. Ganz anders wie in Bayern und Baden liegt es wieder in Hessen, denn dort sehen wir, daß augenblicklich die Nationalliberalen und das Zentrum im trauten Verein gemeinsame Sache machen, um unsere Freunde Ulrich, David usw. aus dem hessischen Landtag hinauszudrängen. (Sehr richtig! und Zuruf.) Das gehört allerdings hierher, weil es beweist, welcher Verlaß auf die bürgerlichen Par-

teien ist. (Singer bittet dringend, die Zwischenrufe zu unterlassen, die die Verhandlungen nur aufhalten.) Als der Genosse Weck als Vizepräsident der badischen Kammer aus formalen Gründen sich weigerte, bei dem Begräbnis des Großherzogs zu erscheinen, hat man ihn in der Kammer den Stuhl vor die Türe gesetzt. Ich finde das in der Ordnung. Die bürgerlichen Parteien, die auf dem Boden der bürgerlichen Welt stehen, sagen sich, daß ein Mann, der seine republikanische Gesinnung in der Monarchie dokumentiert, nicht mehr ihr Vizepräsident sein dürfe. Ueber die Frage der Abjehung Wecks vom Vizepräsidentium ist es zu Auseinandersetzungen in der Kammer gekommen. Unsere Parteigenossen haben namentlich den Minister des Innern, Freiherrn v. Bodmann, scharf angegriffen, weil er sich in diese Angelegenheit eingemischt habe. Dabei waren unsere Genossen zweifellos im Recht. Darauf verteidigte sich Herr v. Bodmann in folgender Weise: ihm sei vor allem die Ausschaltung der Sozialdemokratie aus dem Präsidium erwünscht erschienen, und er habe sich der Sache wegen ihrer großen politischen Bedeutung angenommen. Aber in einer Beziehung, fährt er dann fort, muß seitens der Regierung zwischen Ihnen (den Sozialdemokraten) und den bürgerlichen Parteien ein Unterschied gemacht werden. Ich bin der Ueberzeugung, daß ein Sozialdemokrat nicht Staatsbeamter sein kann, und ich finde es tief bedauerlich, daß bürgerliche Parteien sich zur Wahl eines Sozialdemokraten in den Landtag entschließen, sei es auch nur aus taktischen Erwägungen und zur Erreichung eines höheren Zieles.“ (Hört! hört!) So geht die Rede weiter. Das ist die stärkste moralische Ohrfeige, die unseren Parteigenossen erteilt werden konnte, und schon das Gefühl der Manneswürde hätte sie veranlassen sollen, einer Regierung, deren Minister eine solche Sprache führt, unter keinen Umständen das Budget zu bewilligen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber nicht allein dieser Minister, sondern auch die Staatsminister von Marschall und von Busch haben sich in ganz ähnlicher Weise gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen. Um nicht mißverstanden zu werden, will ich ausdrücklich erklären: Ich bin nicht erbost darüber, daß diese Minister das getan haben, ich finde es im Gegenteil ganz in der Ordnung. Ich bin nur im äußersten Grade darüber aufgebracht, daß unsere Parteigenossen nicht so viel Mannesgefühl und parteigenössische Würde hatten, um den Ministern einer derartigen Provokation entsprechend zu antworten. (Stürmische Zustimmung.) — Der Redner der badischen Genossen wird ja nachher darauf Bezug nehmen, daß die Regierung keineswegs von der Motivierung, die die badischen Genossen ihrer Zustimmung zum Budget gegeben haben, erbaut gewesen sei, denn der Minister habe sich sehr bitter darüber beschwert. Ich stehe nicht an zu erklären, daß Herr von Honsell ein sehr ungeschickter Herr ist. Für ihn war die gebotene Antwort die, daß er sagte: aus welchen Motiven ihr Sozialdemokraten das Budget diesmal bewilligt habt, ist mir gleich, die Hauptsache ist, daß ich durch Eure Zustimmung das Budget erhalte. (Sehr richtig!)

Auf die früheren Vorgänge in Baden will ich nach dieser Richtung nicht eingehen. Ich komme nun zu der Erklärung unserer bayrischen Genossen. Da wird gesagt:

„Das vorliegende Budget enthält außer den Mitteln zur Erfüllung einer größeren Anzahl von Kulturaufgaben, u. a. für den so wichtigen Ausbau unserer Wasserkräfte und die Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken, auch erhebliche Beträge für die Aufbesserung der Arbeiter in Staatsbetrieben, der Lehrer und Beamten. Wenn nun auch diese Aufwendungen in zahlreichen Einzelheiten selbstverständlich keineswegs genügen können, so erblicken wir doch in ihrer Gesamtheit einen Fortschritt und haben ihnen deshalb zugestimmt.“

Obwohl wir keinen Anlaß haben, unsere grundsätzliche Stellung dem herrschenden System gegenüber zu ändern und diesem irgendwelches Vertrauen auszusprechen, erkennen wir doch an, daß durch Erwerbenschaften, wie die des direkten Wahlrechts für den Landtag, der Verhältniswahl für die Gemeinden und die Anerkennung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie in Bayern, sich Ansätze zu einer besseren Entwicklung zeigen, die wir im Interesse des bayerischen und des deutschen Volkes mit allen Kräften fördern wollen.

Deshalb werden wir, ohne damit vor dem Volke die Verantwortung für die Regierungspolitik oder den Gesamtinhalt des Budgets zu übernehmen und ohne damit unserer künftigen Stellung irgendwie vorzugreifen, dem vorliegenden Finanzgesetz unsere Zustimmung geben."

Die bayerischen Genossen haben ähnlich wie die badischen sich auf die Aufwendungen der Beamten und Arbeiter bezogen. Darüber habe ich das nötige schon gesagt. Wenn sie weiter auf den Ausbau der Wasserkräfte, die Elektrifizierung der Eisenbahnen usw. hinweisen — ja, Parteigenossen, das sind doch ganz selbstverständliche Dinge, auch für einen bürgerlichen Staat; es ist nichts weiter als die Entwicklung der ökonomischen und physikalischen Kräfte, die in einem Lande vorhanden sind, um die Wirtschaft des gesamten Landes zu heben. Das hat mit Sozialdemokratie absolut nichts zu tun. Wir sind nicht allein für derartige Dinge, wie sie jetzt in Bayern ausgeführt werden, für uns werden gar nicht genug Eisenbahnen gebaut, gar nicht genug Kanäle, gar nicht genug Telegraphen usw. errichtet. Wir sehen in einer derartig kulturellen Tätigkeit eine indirekte Förderung unserer Bestrebungen, insofern uns damit erleichtert wird, an die Massen heranzukommen. Wie man dies also zum Gegenstand eines besonderen Vertrauensabstimmens machen kann, verstehe ich nicht. Denn wenn das in der Tat ein Grund sein soll — damit komme ich wieder auf die Frage der regelmäßigen Budgetbewilligung —, wenn das ein Grund sein soll, dann kommt man überhaupt niemals mehr in die Lage, gegen ein Budget zu stimmen. (Sehr richtig!) Denn derartige Forderungen kommen in jedem Landtagsstat vor, das eine Jahr mehr, das andere Jahr weniger. Es wird hingewiesen auf die Eroberung des direkten Wahlrechts. Es ist sehr schön, daß wir es in Bayern erobert haben, wir haben uns darüber gefreut. Aber seien wir doch ehrlich gegen uns selbst: Das haben wir nicht unserer eigenen Macht und Kraft zu danken. Wenn wir in Bayern und Baden das allgemeine Wahlrecht erlangten, so deshalb, weil die Konstellation der Parteiverhältnisse das Zentrum nötigte, es auch zu verlangen. Man hat den Norddeutschen vorgehalten: Ja, was habt Ihr denn erreicht, was habt Ihr denn jetzt in Preußen? Seht uns mal an, was wir erlangt haben! Eure Tätigkeit in Ehen, Ihr habt Euch durchaus brav und mader gehalten und alles getan, was in Euren Kräften stand, um den Staatskassen vorwärts zu schieben, aber auf der anderen Seite soll man doch nicht mehr behaupten, als billigerweise gerechtfertigt werden kann. Ich weiß nicht, wann wir in Preußen das allgemeine Wahlrecht bekommen werden, ich fürchte, es wird erst zu haben sein, wenn wir mehr als das allgemeine Wahlrecht erobert (Sehr gut!), dort sind aber ganz andere Kräfte zu überwinden. Dort haben wir im Osten das Junkertum, in Rheinland-Westfalen und Schlesien eine starke Bourgeoisie, wir haben in Preußen keine bürgerliche Partei, die wirklich für das allgemeine Wahlrecht eintritt, denn auch das Zentrum ist nur platonisch dafür zu haben. (Sehr richtig!) Die Konstellation der Parteiverhältnisse ist im Norden eine andere als im Süden. Im Süden hatte das Zentrum ein Interesse am allgemeinen Wahlrecht, weil es nur auf diese Weise seine Macht voll entfalten konnte. Aber Ihr habt auch hohe Preise

dafür zahlen müssen, Ihr habt eine Wahlkreiseinteilung gutheißen müssen, die auf lange Zeit hinaus dem Zentrum die absolute Herrschaft im bayerischen Landtage gewährleisten, Ihr habt zugeben müssen, daß das Wahlrecht vom 21. auf das 25. Lebensjahr hinaufgeschraubt ist. Ich mache Euch daraus keinen Vorwurf, ich gebe zu, daß die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts an sich diese Opfer wert war. Aber Ihr in Bayern und Baden habt niemals solche Kämpfe zu führen brauchen, wie wir sie in Preußen geführt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das war für Euch unnötig. Ganz anders bei uns, wo wir noch zu Kämpfen kommen werden, die weit über die jetzigen hinausgehen. Die Klugheit gebietet mir, nicht mehr zu sagen, aber in der glatten Weise wie in Süddeutschland geht es bei uns im Norden nicht, da wird eines Tages Kopf und Kragen daran gesetzt werden müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber alles zu seiner Zeit, die Dinge marschieren nicht nach unseren Wünschen, wir müssen uns nach den Dingen richten. (Sehr gut!) Wenn Ihr also in Bayern und Baden in eine günstigere Position gekommen seid, so ist das natürlich, das soll Euren Verdienst nicht abschwächen, aber man soll auch die Sache auf den richtigen Standpunkt stellen. Das Zentrum hat eben die Situation begriffen, und nur mit seiner Hilfe ist es gelungen, das allgemeine Wahlrecht durchzusetzen. Und wie steht es mit der Frage der Verhältniswahl bei den Gemeinden? Für das Dorf hat man sie abgelehnt. Ganz erklärlich, da dominiert das Zentrum. In den Städten hat das Zentrum nach seiner Meinung bisher zu wenig gehabt, da hat es also freudig Euren Antrag zugestimmt. Ich begrüße das, weil damit ein sehr wichtiges Prinzip wenigstens in einem Staate Deutschlands verwirklicht ist. Wir erkennen auch die sozialen Reformen an, die Ihr durchgeführt habt, z. B. die für die Bergarbeiter, aber wir wollen uns doch darüber nicht täuschen, daß auch diese Art von Konzeptionen ihre Schranken hat. In Bayern stehen heute in bezug auf sozialreformerische Fragen die Dinge ungefähr so wie Ende der vierziger Jahre in England zwischen Tories und Whigs. Den Zehnstundentag haben die Tories gegen die Whigs beschlossen, weil sie, die Konservativen, die Herrscher des platten Landes, den Liberalen, den Herrschern der Industrie, das Leben faul machen wollten. Ganz ähnlich ist es mit unserem Zentrum. Werbet Ihr mal den Versuch machen, mit Sozialreform für Landarbeiter und Dienstboten hervorzutreten, dann werdet Ihr vom Zentrum eine ganz andere Antwort bekommen. Das Zentrum ist naturgemäß industriefeindlich, es tut alles, um der kapitalistischen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Wie war es z. B. 1877 in der Schweiz? Die gesamten Bauern stimmten für Verkürzung der Arbeitszeit für die Industriearbeiter und eine Reihe anderer Reformen. Aber als sie dann sahen, daß dadurch die Arbeiter in Scharen vom Lande in die Städte fliehen, wollten sie nunmehr von weiteren Sozialreformen nichts mehr wissen. Mit einem Wort: heute ist in Bayern Zentrum Krumpf.

Aber abgesehen von den angeführten Gründen gab es auch eine Reihe anderer Umstände, die unsere bayerischen Genossen hätten bewegen müssen, gegen das Budget zu stimmen. Da ist vor allem das Kultusbudget, da ist Herr von Wehner, der Kultusminister. Herr v. Wehner in Bayern und Herr Solle in Preußen sind von der gleichen Farbe, beide sind reaktionär bis in die Knochen (Lebhafte Zustimmung), und in bezug auf die Befriedigung von Kulturbedürfnissen in Bayern ist das Zentrum die rückständigste Partei, die man sich denken kann. (Sehr richtig!) Wie kann man einem solchen Ministerium den Kultusetat bewilligen? Genosse Timm hat in einer Versammlung gesagt: „Wir haben in unserer Kritik der Regierung gegenüber nicht zurückgehalten; dies trifft besonders zu auf den Etat Anion v. Wehners, genannt der Unterhachinger, mit dem wir manchen ernsten Kampf aus-

zusehen hatten, weil er als getreuer Schildknappe des gegenwärtigen übermächtigen Zentrums handelte.“ Linum erwähnte auch das Verhalten des Ministers gegenüber dem Lehrer Wehl und sagte, wir haben deshalb Wehner als Reaktionsär rücksichtslos bekämpft. Schöne große Worte! Aber dann stimmt man für das Budget? (Heiterkeit und Sehr gut!) Glaubt einer von Ihnen, daß ein anderes Ministerium einen Beamten, der so austritt wie Wehl, nicht ebenso behandeln würde, vielleicht noch schlimmer als Herr v. Wehner? (Sehr richtig!) Ihr sprecht von der allgemeinen Gleichberechtigung, Ihr beruft Euch darauf, daß ein Minister gesagt hat, es sei jetzt kein Verein vorhanden, dem anzugehören einem Beamten verboten ist. Das hat ein Minister gesagt. (Zuruf: Namens der Regierung!) Namens der Regierung? Wenn ich nicht irre, ist Euer Ministerpräsident Freiherr von Rodewils. (Zuruf.) Hier möchte ich eins bemerken: Wenn man so inimik mit den Ministern verkehrt, wenn man förmlich Hausfreund bei den Ministern geworden ist (Stürmische Heiterkeit), wenn man ihren Einladungen folgt, wenn man der Frau Minister die Hand küßt (Erneute große Heiterkeit), wenn solche Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Ministern bestehen, dann wird allmählich der Oppositionsgeist eingelulkt, dann kommt man allmählich in eine ganz andere Stimmung, dann darf man sich über nichts mehr wundern. (Lebhafte Zustimmung und Zuruf.)

Was ich hier sagte, trifft unsere Genossen ohne Unterschied, einerlei, wo sie stehen und sitzen. (Heiterkeit.) Herr v. Rodewils sagte also am 18. Oktober 1907 — es handelte sich um den Fall Kothaupt, auch ein Eisenbahnarbeiter, dem im Gegensatz zu Baden die Regierung für die Ausübung seines Mandats nichts in den Weg legte —: Das Verhältnis der Staatsbeamten im Gegensatz zum Staatsarbeiter sei öffentlich-rechtlicher Natur. Der Staatsbeamte sei durch feierlichen Eid gebunden. Ein Staatsbeamter, der sich zu einer politischen Richtung bekenne, die die Grundlage der monarchischen Verfassung verneint, setze sich dadurch in unläßlichen Gegensatz zu seinem ganzen Dienstverhältnis, namentlich zu seinem Eid. (Hört! hört!) Nun, Parteigenossen, dieser Standpunkt des Herrn v. Rodewils ist durchaus korrekt vom Standpunkt eines monarchischen Ministers. Dagegen läßt sich nichts sagen. (Zurufe.) Ich will nicht anfangen, Vergleiche zu ziehen; aber ich habe die Ueberzeugung, daß diese Grundsätze auch künftig die maßgebenden sein werden bei der bayerischen Regierung — es müßte denn sein, daß die Sozialdemokratie in Bayern allmählich so zahm wird, daß man von seiten der Regierung absolut nichts mehr gegen sie einzuwenden hat (Heiterkeit); dann läßt man die Beamten auch in sozialdemokratische Vereine. Aber wenn Ihr als Sozialdemokraten auftrittet, und ein Beamter seiner oppositionellen Gesinnung in diesem Sinne Ausdruck gibt, so bin ich überzeugt, daß er einen leichten Gang nach seinem Bureau gemacht hat. (Heiterkeit und Zustimmung.) Also auch nach dieser Richtung ist die Auffassung, die unsere Genossen in Bayern von der Sache haben, durchaus falsch. Parteigenossen, wir wollen auch einige Jahre nach Nürnberg-Fürth zurückgehen. Als wir die großen Arbeiterausstände hier vor zwei Jahren hatten, als die Polizei in der gewalttätigsten, rücksichtslosesten Weise gegen unsere Leute vorging, was habt Ihr denn da für eine Genugthuung bekommen? (Sehr richtig!) Keine! Glaubt Ihr denn, daß dieselbe Polizei bei gleichem Anlaß nicht in ganz derselben Weise vorgehen wird? Da irrt Ihr Euch ganz gewaltig! Und wenn das als selbstverständlich erachtet werden muß, dann kann man ein solches Regierungssystem unter keinen Umständen unterstützen. Ich komme noch auf einen Fall. Ich war erkant, als im Frühjahr dieses Jahres Genosse Segitz in der Kammer an den Minister des Innern die Frage stellte, ob er dem Magistrat von Fürth nicht

wieder die Rechte in bezug auf die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts einräumen wolle, die jede andere Stadt in Bayern habe. Die Sache ist kurz folgende: Ich habe 1881 in Fürth eine Versammlung gehalten, also unter dem Sozialistengesetz, gegen die der Fürther Magistrat, der damals demokratisch war, nichts einzuwenden hatte. Darauf wurde dem Fürther Magistrat von der Regierung das Recht genommen, künftig in Vereins- und Versammlungssachen noch zu entscheiden, das wurde an die Kreisregierung übertragen. Es war ein Gewaltstreich, eine unerhörte Maßregel. Ich habe geglaubt, die Sache sei längst zu Ende. Da höre ich zu meinem größten Erstaunen aus der Anfrage von Segitz, daß nach 27 Jahren dem Magistrat von Fürth noch die Rechte vorenthalten waren. Und Segitz hat nicht etwa eine zustimmende Antwort bekommen, sondern der Minister hat den Zustand gerechtfertigt. (Zuruf von Segitz; Heiterkeit.) Nun, Ihr habt wahrhaftig keine Ursache, darüber zu lachen! 14 Tage danach ist endlich der Erlass aufgehoben worden, aber daß ein solcher Zustand 27 Jahre bei Euch dauern konnte, ist ein Skandal, eine Schande! (Segitz ruft: Daß er aufgehoben ist, ist ein Erfolg!) Die Sache ist also jetzt beseitigt, sie hat aber volle 27 Jahre gedauert, und daß der Skandal endlich aufhört, nennt Ihr einen Erfolg. (Sehr gut!) Und da meine ich allerdings, Parteigenossen, daß das Dinge sind, die unsere Parteigenossen beranlassen müßten, von einer Zustimmung zum Budget Abstand zu nehmen. Eine Erklärung, die Ihr stets als maßgebend für die diesmalige Abstimmung angegeben habt, kann bei jeder neuen Budgetperiode wiederkehren, und sie wird wiederkehren. Die Bewilligung würde also permanenz.

Parteigenossen! Es ist in der Verhandlung in einer jede Zweideutigkeit ausschließenden Weise gesagt worden: Wir müssen Freiheit der Bewegung haben in Süddeutschland, wir können sie uns in der Weise, wie es der Lübecker Beschluß tut, nicht mehr nehmen lassen, wir müssen nach unserem Gutachten entscheiden können, wie wir handeln wollen! (Zuruf.) Bitte, ja! — Ihr habt erklärt, den Lübecker Beschluß wollen wir haben, wenn eine ähnliche Deutung möglich ist, wie Ihr sie ihm jetzt gegeben habt. (Zurufe von den Süddeutschen: Sehr richtig!) Ja, sehr richtig! Das heißt, die ganze Bindung hört auf. (Widerspruch der Süddeutschen.) Na, natürlich, Ihr könnt machen, was Ihr wollt. Wir würden Jahr für Jahr derartige Debatten wieder haben. Parteigenossen! Ich kann Euch sagen, ich habe an den drei Malen mehr als genug. Noch einmal dieselbe Debatte zu haben — da möchte ich dafür sorgen, daß das ein für allemal unmöglich ist!

Nun müssen wir doch in der Tat bei all den Dingen uns einmal fragen: Was ist denn seiner ganzen Natur nach der heutige Staat? Darüber kann doch gar kein Zweifel bestehen: der heutige Staat ist die politische Organisation zum Schutze der bürgerlichen Gesellschaft und zur Aufrechterhaltung des bürgerlichen Eigentums. Der heutige Staat ist der Schützer der bürgerlichen Produktionsweise, d. h. des Rechts der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Aufrechterhaltung des Lohnsystems, der Lohnslaverei in der heutigen Gesellschaft. Das ist die Aufgabe, die der Staat zu erfüllen hat, um, sobald daran gerüttelt wird, mit all seinen Mitteln, all seiner Macht, all seiner Kraft dem entgegenzutreten. Nun, Parteigenossen, was ist denn für uns das Entscheidende: die kleinen sozialen Erfolge oder das Endziel? (Lebhafte Zustimmung.) Doch zweifellos das Streben nach der Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft, nach der Umwandlung des heutigen Staats in einen sozialistischen Staat. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Das müssen wir unausgesetzt im Auge haben. Diesem Streben treten die Regierungen als Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft naturgemäß entschieden entgegen.

Die Bewilligung des Budgets heißt unter solchen Umständen nicht nur Anerkennung, sondern auch Unterstützung und Aufrechterhaltung des Systems, dem Sie laut Programm entgegenzutreten haben. (Sehr richtig!) Nun sagt man: Ihr habt da leicht Theorien entwickelt, aber draußen bei der Masse sieht es anders! Das haben wir vor 14 Jahren gehört, das haben wir vor 7 Jahren gehört, das hören wir heute wieder. Nun möchte ich fragen: was hat es denn den Bayern geschadet, daß sie 14 Jahre lang das Budget verneint haben? (Lebhafte Zustimmung.) Was den Badensern? Was den Württembergern? Wir haben seitdem verschiedene Reichstagswahlen gehabt, Landtagswahlen, Gemeindevahlen. Überall haben wir Fortschritte gemacht. Der Genosse Kolb hat mit vollem Recht, mit besonderer Emphase nach dem Ausfall der letzten Hottentottenwahl erklärt, daß gerade in dem revisionistisch versuchten Baden die Sozialdemokratie verhältnismäßig am stärksten zugenommen habe. Das war zu einer Zeit, wo sie beständig gegen das Budget gestimmt hatten. (Sehr richtig!) Also keinerlei Schaden, keinerlei Nachteil ist eingetreten. Aber zu verlangen, daß wir dem Vorurteil der Masse Rechnung tragen sollen, das geht gegen unser Prinzip, das geht gegen unsere Grundzüge. (Lebhafte Zustimmung.) Wir kämpfen seit 45 Jahren gegen die Vorurteile der großen Masse, gegen die Vorurteile der bürgerlichen Gesellschaft, die der großen Masse eingepflanzt worden sind in der Schule, in der Kirche, in der Presse, durch alle möglichen Veranstaltungen. Wir kämpfen unausgesetzt dagegen und mit außerordentlichem Erfolg. Wir sind in immer größere Kreise gedrungen, nicht nur im Norden, auch im Süden. Wenn Ihr den Massen unser Programm entwickelt, im bayerischen Wald oder sonstwo, wenn Ihr ihnen auseinandersetzt, was unser Endziel ist, wenn Ihr von der allgemeinen Expropriation sprecht, von der kapitalistischen Produktionsweise, die beseitigt werden soll, um gerechtere Zustände zu ermöglichen, — so sind das doch alles Fragen, die der Arbeiter viel schwerer versteht, aber ihn weit mehr interessieren, als die Frage des Budgets. Nach allen diesen Richtungen haben wir unsere prinzipielle Auffassung zu vertreten. Stoßen wir auf Massen, die unseren Standpunkt nicht begreifen, so haben wir es ihnen klarzumachen. Und, Parteigenossen, es gibt im Deutschen Reich keinen Arbeiter, der auf die Dauer unseren Lehren und Gründen widersehen könnte. (Stürmischer Beifall.) Ich, der ich heute vor Ihnen stehe, ich war vor 45 Jahren und noch später einer der grimmigsten Gegner der Sozialdemokratie und war doch auch wahrscheinlich damals kein dummes Kerl. (Heiterkeit.) Und so unendlich viele. Wir sind alle aus Saulussen Paulusse geworden. Wir haben im Kampf mit der Sozialdemokratie die sozialistischen Schriften lesen, studieren müssen, und da wurden wir ganz allmählich umgewandelt. Und so wie uns ist es Millionen ergangen und wird es weiteren Millionen ergehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Unser Ziel erringen wir nicht durch kleine Konzessionen, durch Ariecken am Boden, indem wir zu den Massen heruntersteigen, sondern indem wir die Massen zu uns emporheben, indem wir sie begeistern für unsere großen Ziele. (Lebhafte Beifall.) Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, bleibt uns der Sieg sicher, nicht aber, wenn wir glauben, wir müßten nach allen Richtungen Rechnungsträgererei treiben. (Sehr richtig!) Gewiß, kein Mensch kann mit dem Kopf durch die Wand. (Sehr richtig!) Auch im Reichstage tun wir alles, was wir nur tun können, um eine Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse herbeizuführen. Wir tun es nur nicht in dem Glauben, daß es in besonderem Maße geschehen wird. (Sehr wahr!) Wir tun es, um die Arbeiterklasse kampffähiger, leistungsfähiger für den Kampf um unser großes Ziel zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Das erreichen wir aber nicht dadurch, daß wir durch Vertrauensboten für die herrschenden Gewalten den Glauben der Massen an

unsere eigenen Prinzipien erschüttern. (Lebhafte Beifall, Widerspruch.) Das ist der Fall! Ihr (zu den Süddeutschen) weist hin auf die Leute im Walde, auf die Leute in entfernten Gegenden. Nun, wir haben im Norden auch solche Gegenden, wir haben Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen . . . (Zuruf eines Süddeutschen: Auch in Berlin! Heiterkeit und große Unruhe.) Das ist ein schlechter Witz. Die Partei ist den Berlinern ungeheuer viel Dank schuldig. (Lebhafte Zustimmung.) Den verlangen sie gar nicht, aber gesagt muß es werden, wenn Ihr solch elende Witze macht. (Heiterkeit und Beifall.) Wir haben also auch im Norden Arbeiter, deren Aufklärung schwer ist. Aber deswegen dürfen wir unser großes Ziel nicht aus den Augen lassen, indem wir der bürgerlichen Regierung Entgegenkommen betreiben. Ich kann Sie, Parteigenossen, nur dringend bitten, daß Sie die vom Parteivorstande und der Kontrollkommission vorgelegene Resolution mit möglichst großer Majorität annehmen. (Stürmischer Beifall.)

Die Debatte wird eröffnet.

Für die bayerische Landtagsfraktion erhält das Wort:

Timm-München: (Zuruf: Berliner Bayer!) Ebenso wie in dieser Frage, ohne uns gehört zu haben, die Parteipresse vorzeitig Stellung genommen hat, tun Sie (zu den Zwischenrufern) es auch. Ich würde es für richtig halten, wenn Sie mit solchen Anreden wie „Berliner Bayer“ so lange zurückhalten wollten, bis Sie gehört haben, was ich zu sagen habe. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Ich gestehe Ihnen offen, Parteigenossen, daß es kein erhebendes Gefühl für mich ist, hier eine Sache vertreten zu müssen, die sich bei ruhiger, nüchterner und leidenschaftsloser Beurteilung als selbstverständlich ergibt. Vom Arbeiterstandpunkt aus habe ich das Gefühl, daß in einer Zeit wie gegenwärtig, wo sehr wichtige allgemeine politische Fragen, die Reichsfinanzreform, die Verschlechterung der Arbeiterversicherung usw., an uns herantreten, wir eigentlich Wichtigeres zu tun hätten, als uns über Dinge zu unterhalten, die eigentlich für erledigt gelten sollten. Die umgestaltende Kraft der Sozialdemokratie muß geschlossen auf das Ziel losarbeiten, durch gemeinsame große Aktionen in praktischer Arbeit für die Interessen des Volkes, der Arbeiterklasse zu kämpfen und die Kreise zu gebirnen, die noch nicht zu uns gehören. Statt dessen verschwenden wir einen sehr erheblichen Teil unserer kostbaren Zeit auf Auseinandersetzungen, deren Wert im umgekehrten Verhältnis zu dem Zeitaufwand steht, den sie kosten. (Sehr richtig!) So wenig erhebend meine Aufgabe mir also auch vorkommt, so werden Sie es doch verstehen, wenn ich als Vertreter der Angegriffenen sehr ausführlich spreche. —

Es handelt sich um die Auslegung der Lübecker Resolution, besonders in dem Absatz 3. Es handelt sich darum, ob wir bei unserer Zustimmung zum Finanzgesetz in Bayern zwingende, in den Verhältnissen liegende Gründe hatten, ebenso wie die badischen Genossen in diesem und die württembergischen Genossen im vorigen Jahre sie zu haben glaubten. Wir haben dem Finanzgesetz zugestimmt. Genosse Weber hat gemeint, daß die Gründe, wie sie im Absatz 3 der Lübecker Resolution verlangt werden, für uns nicht vorgelegen haben. Aber bevor ich darauf eingehe, möchte ich eines noch besonders hervorheben. Im schärfsten Gegensatz zu der ruhigen, sachlichen Auseinandersetzung Webers, die ich im höchsten Maße anerkenne, über die Budgetabstimmung der Süddeutschen, hat der „Vorwärts“ als verantwortliches Zentralorgan die Leidenenschaften gegen die süddeutschen Abgeordneten in einer Weise aufgeschachtelt, die als unerhört bezeichnet werden muß. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.) Wir müssen das hier zur Sprache bringen, schon um in Zukunft schlimmere Sachen zu verhüten. Seit einigen Jahren reißt in unserer Partei eine eigen-

tümliche Kampfweise ein, die wir früher nicht gekannt haben. (Sehr richtig!) Sehr unverantwortliche Personen in unserer Partei hatten vor einigen Jahren das löbliche Bestreben, die verantwortungsvollen Gewerkschaftsführer von der Masse loszulösen, die Masse gegen die Führer aufzuheben. Dieses Respektieren gegen die Gewerkschaftsführer ist nur der Vorläufer für die Kampf-methode gegen die süddeutschen Parteigenossen gewesen. (Sehr richtig!) Aber kein geringerer als Bebel hat wiederholt auf Parteitaggen den Appell an die schweigende Masse auf sich entschiedenem beurteilt. Auch der jetzige Kampf gewisser Parteigenossen gegen die Süddeutschen ist nichts anderes als die ziellose Auffachelung der Genossen gegen ihre parlamentarischen Vertreter. (Große Unruhe. Lebhafter Widerspruch. Rufe: Das hat ja gar nichts damit zu tun!) Ich habe verschiedenes zu sagen, was Ihnen vielleicht unangenehm ist, und werde mich darin durchaus nicht stören lassen. (Sehr richtig!) Wir alle von der bayerischen Landtagsfraktion sehen unser Tätigkeitsgebiet nicht hauptsächlich im Parlament. Ich habe in 10 Monaten 20 Versammlungen in allen Distrikten Bayerns abgehalten, und meine übrigen Kollegen haben es ebenso gemacht. Da könnten Sie uns doch wohl zutrauen, daß wir mit unseren Massen im engsten Kontakt sind. Schon deshalb sollten Sie den Kampf unterlassen. Aber es liegt System darin. Ich habe die Empfindung, daß unsere theoretisch gebildeten Parteigenossen zu wenig mit der Masse in Berührung kommen. Ich habe Hochachtung vor aller wissenschaftlichen Arbeit. Aber wenn eine Wissenschaft sich loslöst von der Praxis, muß sie zu sehr einseitige Ergebnisse führen. Und ich habe den Eindruck bei bestimmten Personen, daß ihre Theorie zu wenig Verbindung mit der Praxis hat.

Bei dem Ernst, den die Behandlung der Sache erfordert, muß ich Euch alle dringend bitten, Euch in der sachlichen Prüfung unserer Gründe durch nichts beeinflussen zu lassen. Sollte es wirklich der Fall sein, daß jemand mit einem fertigen Urteil zu dem Parteitag gekommen ist, so appelliere ich an ihn, es zurückzustellen, bis er unsere Gründe gehört hat. Diesen Appell richte ich besonders an die Theoretiker, die bereits den Stab über uns gebrochen haben. Wenn kein anderer Grund zu einer sachlichen Prüfung für Sie vorhanden ist, so doch der, daß Sie es hier nicht mit einzelnen Personen zu tun haben. Mit verschwindenden Ausnahmen stehen die bayerischen Parteigenossen hinter uns trotz aller Treibereien, die erfolgt sind, um uns von der Masse zu trennen. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.)

Zunächst einiges zur formellen Seite der Streitfrage. Wie kam die Lübecker Resolution zustande? In Frankfurt lag eine Resolution vor, die da besagte, daß unsere Fraktionen, da die Gesamtbewilligung des Budgets als Vertrauensvotum gilt, gegen das Budget zu stimmen haben. Hierzu wurde ein Amendement Stadthagen angenommen, statt „da“ „soweit“ zu sagen. Die so veränderte Resolution wurde abgelehnt, es kam kein Beschluß zustande, die Fraktionen waren frei.

Im Jahre 1901 nahm dann der Lübecker Parteitag wieder Stellung zur Budgetfrage. Es kam ein Kompromiß zustande; die Formulierung des Absatzes 3 der Resolution erfolgte auf Grund eingehender Beratungen mit den Landtagsabgeordneten, und zwar wurde die Resolution nur deshalb angenommen, weil Absatz 3 die notwendige Bewegungsfreiheit einräumte. Wer entscheidet nun über die Auslegung? Auch hierüber hat der Parteitag in Lübeck entschieden. Singer, der sich gegen Absatz 3 wandte, hat erklärt: „Wer entscheidet denn, was besondere Verhältnisse, was zwingende Gründe sind?“ Er fügte hinzu: „Das entscheiden dann diejenigen, die die Abstimmung vorzunehmen haben.“ Es bestand also Einigkeit darüber, daß die zuständigen Fraktionen entscheiden. (Widerspruch. Zuruf: Das war die Ansicht von

Singer!) Singer hat zweifellos als Mann, der die Geschäftsführung in Händen hat, seine Anschauungen zum Ausdruck geben wollen darüber, wer entscheidet. (Zuruf: Seine Anschauungen!) In der Debatte hat sich niemand dagegen gewendet, es entstand Einstimmigkeit darüber, daß die Landtagsfraktionen nach pflichtmäßigem Ermessen zu entscheiden haben. (Widerspruch.) Wollte man eine andere Meinung zum Ausdruck bringen, dann hätte man das klar entscheiden und festlegen müssen. Ich bin also vollständig berechtigt, zu behaupten, daß die beteiligten Fraktionen zunächst vollständig frei und unabhängig darüber zu entscheiden haben, ob die besonderen Verhältnisse gegeben sind. Wenn damals irgendeine andere Deutung und irgendeine andere Meinung zum Ausdruck gekommen wäre, dann hätten sich die beteiligten Genossen der in Betracht kommenden Staaten ganz entschieden dagegen gemeldet, weil eine andere Deutung unmöglich ist und auch für die Zukunft — das betone ich schon jetzt — die Freiheit der in Frage kommenden Vertreter vollständig gewahrt werden muß. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Also die Fraktionen hatten zu entscheiden; das haben wir in Bayern, das haben unsere Genossen in Baden gemacht.

Kritik an den Handlungen der parlamentarischen Vertreter zu üben, ist ein selbstverständliches Recht der Presse. Aber wir konnten wohl verlangen, daß die Kritik in sachlichen Formen erfolge. Wenn man zu schärferen Mitteln übergehen wollte, dann mußte man zunächst doch einmal unsere Gründe hören. Aber was schreibt das Zentralorgan? Es spricht von Disziplinbruch, von parlamentarischem Kreterismus (Hört! hört! Psui! Lachen), von Büdingen des Dankes an die Vertreter des Klassenstaates, von einem System des Partikularismus; es erhebt den Vorwurf, man wolle an Stelle des proletarischen Klassenkampfes das bürgerliche liberale System des Parlamentarismus, des Abschmiegelns und des Abschmeichelns von Zuständigkeiten setzen; es sagt ferner, die süddeutschen Abgeordneten hätten sich nicht wie demokratische Volksvertreter, sondern wie Mitglieder einer höfischen Fronde benommen. Ja, das verantwortliche Zentralorgan der Partei steigert seine Angriffe soweit, daß es uns Parteifrondeure nennt. Kann eine solche Sprache der Partei förderlich sein? (Zuruf: Nein!) Auf die „Leipziger Volkszeitung“ gehe ich nicht ein. Das ist Sache der sächsischen Genossen selbst. Ich bin auch nicht so ethisch-ästhetisch — ich glaube, so heißt die Lesart jetzt — veranlagt, daß ich persönlich mich durch den Ton verletzt fühle. Namentlich nicht über die Art des Kampfes der „Leipziger Volkszeitung“. Aber das will ich sagen: wenn ich Geschäftsleiter des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wäre, so würde ich im stillen wünschen, daß diese Leute, die an der Parteipresse in Leipzig sind, der Partei noch lange erhalten bleiben. (Widerspruch, Zustimmung und Gelächter.) Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie — das spreche ich in aller Ruhe aus — kann sich gar keine besseren Leute wünschen, als die, die solche Antwürfe gegen uns gerichtet haben. (Zustimmung und Widerspruch.) Aber so ganz vogelfrei sind wir denn doch nicht; die Partei hat sich gültige Grundsätze geschaffen, die noch heute für den Vertreter der Parteigenossen untereinander maßgebend sind. In der Taktik-resolution des Erfurter Parteitages, die Bebel eingebracht hat und die noch heute zu Recht besteht, heißt es:

Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist; er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt wird, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Teil ermöglichen. Er fordert insbesondere, daß kein Parteigenosse persönliche Anschuldigungen oder An-

Hagen öffentlich erhebt, bevor er sich nicht von der Wichtigkeit der erhobenen Anschuldigungen oder Vorwürfe überzeugt und alle ihm nach der Organisation zustehenden Mittel erschöpft hat, um Abhilfe zu schaffen. Endlich ist der Parteitag der Ansicht, daß der in den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation von 1864 ausgesprochene Grundsatz, daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Weltkenntnis oder Nationalität anzuerkennen sei, auch heute noch die Richtschnur für die Handlungen der Parteigenossen sein muß.

Man könnte ja sagen, die Verhältnisse im Verkehr haben sich seitdem verändert. (Heiterkeit.) Nun in seinem Wahlauftritt vom 15. Dezember 1906 empfiehlt der Parteivorstand den Parteigenossen bringend:

Vor allem raten wir Euch, führt den Wahlkampf sachlich. Unserer prinzipielle und taktische Stellung ist so, daß wir nicht zu persönlichen Verunglimpfungen der Gegner zu greifen brauchen. Ueberläßt diese Kampfesweise den bezahlten Agenten des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie!

Die Genossen, die dagegen gekündigt haben, könnten ja sagen, das war den Gegnern gegenüber gemeint (Heiterkeit), innerhalb der Partei gelten solche Grundsätze nicht, da ist jeder vogelfrei, alldieweil wir ja eine Partei der Brüderlichkeit sind. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wer so argumentiert, den möchte ich an den weiteren Aufruf des Parteivorstandes vom 9. Februar 1907 erinnern. Dort heißt es: „Es soll ferner auch nicht verstriegen werden, daß die vielfachen Meinungsverschiedenheiten und Differenzen, die wir in den letzten Jahren hatten, in der Presse und in Zusammenkünften aller Art oftmals in einer Weise ausgetragen wurden, die unseren Gegnern Stoff zu Angriffen liefert. Hier haben wir künftig ohne Ausnahme uns die größte Mäßigkeit aufzuerlegen. Müssen Meinungsverschiedenheiten im Interesse der Partei ausgetragen werden, so darf dies nur in der streng sachlichsten Weise geschehen, wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß wir Parteigenossen sind und jeder von uns das Recht hat, zu verlangen, daß seine abweichende Meinung als ehrlich gemeint und im Interesse der Partei geltend gemacht angesehen wird.“ Ich frage Sie, wenn in diesem Aufruf zugegeben wird, daß die Auseinandersetzungen, die wir früher hatten, mit Schuld an der ungeschickten Wahlniederlage getragen haben, ist es dann nicht unverantwortlich, daß jetzt wieder in der gleichen Weise vorgegangen wird? (Lebhafte Zustimmung.) Es sind leider die alten Parteitraditionen bei den jüngeren Leuten etwas in Vergessenheit geraten. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an die Erklärung, die die Reichstagsfraktion im Jahre 1885 zur Zeit der Differenzen über die Dampfersubventionen veröffentlicht hat, wo es hieß: „In der letzten Zeit waren im „Sozialdemokrat“ offene und verdeckte Angriffe gegen die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags zu lesen. Die Angriffe gingen teils von der Redaktion, teils von Korrespondenten des Blattes aus und bezogen sich vorzugsweise auf das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder in der Frage der Dampfersubventionen. Auch ist eine Resolution der Züricher Genossen, die sich gegen die Haltung der Fraktion in dieser Sache ausdrückte, nicht bloß im Parteiorgan veröffentlicht, sondern auch in einzelnen Abzügen in Deutschland verbreitet worden, offenbar in der Absicht, eine Art Entrüstungsbewegung gegen die Fraktionsbegriffe hervorzurufen. Wenngleich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion weiß, daß durch derartige Angriffe ihre Stellung nicht erschüttert werden kann, so betrachtet sie doch ein solches Verfahren als durchaus unge-

hörig. Sie bestreitet der Redaktion und dem Korrespondenten des Parteiorgans keineswegs das Recht der Kritik, sie erachtet es aber für eine schwere Schädigung der Parteinteressen, wenn die Beschlüsse der Abgeordneten in einer Weise besprochen werden, welche geeignet ist, die Fraktion in den Augen der fernstehenden Parteigenossen herabzusetzen. Das Parteigefühl unserer Genossen, an welches wir appellieren, muß ihnen sagen, daß ein solches Verfahren geeignet ist, die Aktionsfähigkeit der Partei zu vermindern und in wichtigen Momenten sogar zu lähmen. Statt den gewählten Vertretern der Arbeiter in solcher Weise den schwierigen Kampf gegenüber dem mächtigen Feind noch zu erschweren, sollte jeder Parteigenosse bestrebt sein, den Reim der Zwietracht zu ertöden und das vereinigende Band fester und fester zu knüpfen.“ Die Fraktion war also damals der Meinung, daß es ein frivoles Beginnen sei, wenn das Vertrauen zu einer parlamentarischen Körperschaft in dieser Weise erschüttert wird. Ich frage Sie, ob nicht wir, die wir in der gleichen verantwortlichen Stellung sind, nicht den gleichen Anspruch auf eine sachliche Würdigung unserer Tätigkeit haben und ich frage Sie, ob es innerhalb der Parteigenossenschaft soweit gekommen ist, daß im zügellosen Tone jeder für vogelfrei erklärt wird, und daß man keine Rücksicht mehr zu nehmen hat auf die Schlagfertigkeit der Partei? (Sehr gut!) (Sehr gut!) Ich klage aber auch den Parteivorstand an. Ich klage ihn an, daß er nicht eingegriffen hat. Ich verlange, daß der Parteivorstand — und nur so kann es für später Ruhe geben —, wenn irgendeine Kleinigkeit in der Partei darauf hindeutet, daß eine große Aktion daraus gemacht werden soll — und es genügen ja bei uns Kleinigkeiten dazu, den Zündstoff zu zünden —, ich verlange also, daß der verantwortliche Parteivorstand, seine sämtlichen Mitglieder, dann zusammentritt und daß sie mit ihrer Erklärung nicht erst kommen, wie nach Dresden, wie nach den Reichstagswahlen, wenn der Schaden angerichtet, das Haus angezündet ist. Sondern ich verlange, daß man vorher sich nicht scheut, sondern den Mut hat, mit einer solchen Erklärung voranzugehen. Und ich verlange, daß das auch gegenüber den „Vorwärts“-Redakteuren geschieht und nicht nur gegenüber Leuten, wo man meint, man könne den Mut dazu nehmen. (Unruhe.) Der „Vorwärts“ hat die Meinung vertreten, daß das System der gebundenen Mandate mit Recht auf die Parteitage angewendet werde, ein System, das jeder Demokratie ins Gesicht schlägt. Warum hat der Parteivorstand nicht den Mut gefunden, so sagen: so geht es nicht, wir dürfen aus dem Parteitag keine Aktion von Terroristen machen (Wachen und Drabol), sondern von Parteigenossen, die sich untereinander aufzuklären haben durch sachliche Gründe. (Sehr richtig!)

In diesem Zusammenhange ist auch die berühmte Stuttgarter Geheimkonferenz zu beleuchten. Wie war denn die Sache? Genosse Webel hat gegen die bayerische Fraktion den Vorwurf erhoben, sie hätte Scheuklappen vor den Augen, wir kennen die allgemeinen Zusammenhänge nicht. In aller Ruhe muß dem Genossen Webel gesagt werden, daß diese seine Auffassung eine durchaus irrige ist. Das geht daraus hervor, daß die erste Konferenz, die wir nach Würzburg einberufen hatten, gerade den Zweck hatte, über den Rahmen der bayerischen Interessen hinaus eine Aktion mitunterstützen zu helfen, von der wir uns sagten, daß sie für die Vertiefung der Demokratie in Deutschland gegen das System des Junkerabsolutismus in Preußen gerichtet war und der Gesamtpartei zugute kommen sollte. Wir haben bei dieser Gelegenheit den Parteivorstand um seine Meinung gebeten, haben ihn als eine kollegiale Instanz angesehen, haben ihm gesagt, daß wir bereit sind, die preussischen Genossen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln in ihrem schwierigen Wahlrechtskampf zu unterstützen. Ist das Partikularem, ist

das eine zu enge Tätigkeit? Der Parteivorstand hat damals uns mitteilen lassen, wenn einer abkommen könnte, würde die Konferenz beschickt werden. Ich will auf die einzelnen Verhandlungen der Konferenz nicht eingehen; insbesondere — das halte ich für wichtig — haben wir angeregt, ob es nicht gehen würde, daß wir unsere Redner austauschen, daß die süddeutschen Genossen ihre Redner nach Norddeutschland dirigieren und die norddeutschen die ihrigen nach Süddeutschland. Wir glaubten, daß sich dann eher eine gewisse Verständigung ergeben ließe und daß Unstimmigkeiten, die sich immer wieder auch bei uns zwischen Nord und Süd ergeben, am besten ausgeglichen würden, wenn wir uns gegenseitig mehr verstehen lernen. Es ist kein Gebrauch von dieser unserer Anregung gemacht worden. In dieser Konferenz ist bereits die Frage der Budgetabstimmung beraten worden. Auf diesen Konferenzen, die immer tagen, werden selbstverständlich keine Beschlüsse gefaßt; aber es haben dort die verschiedensten Redner, zuerst Genosse Segitz und dann auch Vertreter der badischen und württembergischen Genossen, zu der Frage gesprochen. Von unserer Seite wies ich darauf hin, daß wir gegenwärtig unter besonders schwierigen Verhältnissen stehen und daß, wenn die Entwicklung weiter so ihren Lauf nehmen würde, wir ernstlich zu überlegen haben würden, ob nicht die besonderen zwingenden Gründe für die Zustimmung zum Finanzgesetz vorliegen, und ich habe schon damals den Standpunkt vertreten, daß wir innerhalb des Lübecker Beschlusses den nötigen Spielraum haben. Genosse Pfannkuch hat seine abweichende Meinung dahin geltend gemacht, daß er der Ansicht ist, es könne erst dem Budget zugestimmt werden, wenn die sozialdemokratische Fraktion ausschlaggebend sei. Aber gleichviel, welche Auffassungen vertreten wurden, wenn man als Freunde diese Dinge miteinander bespricht, dann frage ich Sie, konnte es in irgendeiner Weise überraschen, welche Strömung bei uns in Süddeutschland vorhanden war? Hat denn der Genosse Pfannkuch — dazu war er doch delegiert — den übrigen Mitgliedern des Parteivorstandes nicht berichtet? Wir waren vollständig baff, als man kurz vor unserer Abstimmung getan hat, als ob man gar nicht informiert wäre. — Und noch ein weiteres. Auf dieser Konferenz wurde aus Gründen, die mit der Budgetabstimmung nicht zusammengehören, sondern mit der bayerischen Politik und mit Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und den Württembergern, angeregt, ob nicht eine nochmalige Konferenz stattfinden könne. Und es wurde dabei auch ausdrücklich betont, man könne sich dann weiter über die Budgetfrage unterhalten. Es wurde den Württembergern überlassen, die Konferenz einzuberufen, und ausgesprochen, daß sie innerhalb drei Monaten stattfinden sollte. Alles im Beisein des Parteigenossen Pfannkuch vom Parteivorstand. Wenn Pfannkuch nur den Wunsch ausgesprochen hätte, auch an der zweiten Konferenz teilzunehmen, so wäre selbstverständlich dagegen nichts zu sagen gewesen. Ich frage alle, die dort anwesend waren, ob irgendeine Strömung gegen den Parteivorstand dort herrschte? (Zuruf: Aber nicht im geringsten!) Wir haben uns freundschaftlich, kollegial beraten. Ich bin überhaupt der Meinung, daß manche Dinge, die zu einer öffentlichen Staatsaktion zum Schanden der Sozialdemokratie gemacht werden, besser erliegt würden, wenn man sich kollegial zusammenfindet. Allerdings nicht von dem Standpunkt der Herrscher und Beherrschten, sondern von dem Standpunkt der kollegialen Gleichberechtigung. (Sehr gut! bei den Süddeutschen!) Die württembergischen Parteigenossen haben dann zu der Konferenz eingeladen, und während wir bayerischen Abgeordneten an der ersten Konferenz, wo es sich um die Aktion für den preussischen Wahlkampf handelte, vollständig anwesend waren, haben wir zu der zweiten Konferenz, auf der keine Beschlüsse gefaßt werden sollten, 7 Mitglieder von unseren 21 für eine genügende Delegation

gehalten; 5 sind schließlich nur dagewesen. Das beweist Ihnen schon, daß wir die Frage der Budgetabstimmung durchaus nicht als eine Haupt- und Staatsaktion aufgefaßt haben und daß bei uns alle anderen Motive vorhanden waren, als uns in irgendeiner Weise gegen Parteitagebeschlüsse aufzulehnen, sondern wir haben immer gesagt, wir müssen uns im Rahmen der Lübecker Resolution halten. Ich behauere, daß ich so ausschließlich auf diese Dinge eingehen mußte, aber nachdem diese Dinge in der Preßpolemik eine so bedeutungsvolle Rolle gespielt haben, muß ich Gelegenheit nehmen, sie so darzustellen, wie sie sich in Wirklichkeit abgespielt haben, weil ich noch immer überzeugt bin, ich habe nicht die Aufgabe, den Parteikonflikt zu erweitern, sondern dahin zu wirken, daß wir uns nach Möglichkeit zusammenfinden.

Ich muß nun begründen, weshalb die bayerische Landtagsfraktion dem Finanzgesetz diesmal die Zustimmung gegeben hat. Zunächst betone ich: die treibenden Elemente bei dieser Zustimmung waren nicht unsere akademisch gebildeten Genossen, sondern die Arbeiter. (Hört! hört!) Der Ausfall der Wahlen in Bayern brachte uns eine Anzahl Mandate, die uns selbstverständlich eine höhere Verantwortlichkeit auferlegten. Schon in der ersten Fraktions-sitzung haben wir unseren Aktionsplan festgestellt. Wir haben es darauf angelegt, die Regierung zu zwingen, jetzt bei der direkten Wahl und der für uns günstigen Situation so viel wie möglich für die Arbeiter zu bewilligen. Die Lohn erhöhungen, die sonstigen sozialen Verbesserungen, die Ausgestaltung der Pensionskasse usw. betragen in dem diesmaligen Finanzgesetz eine Summe von etwa 8 Millionen Mark. Ich habe gar keine Veranlassung, in irgendeiner Weise die bayerische Regierung zu loben. Es ist mir das von dem politischen Standpunkt aus unangenehm, daß ich hier Tatsachen feststellen muß, die ich und die Sie für selbstverständlich halten müssen. Aber es kann gesagt werden, daß es nicht ganz so liegt, wie Bebel auseinandergelegt hat, daß alle diese Sachen bewilligt werden mußten, weil infolge der Zoll- und Aushungerungspolitik die Regierung auch entsprechende Zulagen geben muß. Das ist gewiß richtig, aber es kommt doch darauf an, ob nicht durch das Antreiben einer Gruppe, hinter der eine Macht steht wie die Sozialdemokratie, die Regierung vorangetrieben werden kann. (Sehr richtig!) Segitz war Vorsitzender des sozialen Ausschusses, der die sämtlichen Arbeiterfragen vorzubereiten hat, und er hat es verstanden, in 27 Sitzungen so zu disponieren, daß bei jedem einzelnen Etat die Ergebnisse des sozialen Ausschusses vorlagen und die finanziellen Konsequenzen gezogen werden konnten. Früher wurden die Arbeiterangelegenheiten so verschleppt, daß erst am Schlusse der Session Beschlüsse zustande kamen, die nur den Wert hatten, nach außen hin zu prangen, ohne daß die finanziellen Konsequenzen gezogen wurden. Diesmal, wie gesagt, bei jedem Etat. So gelang es zum Beispiel beim Etat der Jagd-, Forst- und Triestverwaltung der geschickten Führung unserer Leute, noch eine Summe von 667 000 Mk. mehr einzustellen, als beabsichtigt war. Auch beim Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung haben wir eine größere Summe mehr einsetzen können. Es kommen da viele Parteigenossen in Betracht, die in den Betrieben arbeiten und unsere Tätigkeit genau verfolgen. Es ist doch bei uns ganz anders, wo die Staatsarbeiter organisiert sind, als in Preußen, wo das nicht möglich ist. Unsere Staatsarbeiter verfolgen unsere Tätigkeit viel mehr kritisch. Wir haben in Versammlungen ihre Stimmung kennen gelernt. Wir haben es verstanden, als eine Petition der christlichen Arbeiter, die der Regierung zunächst zur Berücksichtigung überwiesen war, dem Finanzausschuß überwiesen wurde, durchzusetzen, daß ein weitere Summe von 82 000 Mk. für Urlaubsgewährung an Arbeiter, die über zehn Jahre im Betriebe sind, eingestellt wurde. Es mag

zunächst kleinlich erscheinen, aber es ist immerhin für die in Betracht kommenden Arbeiter ein bedeutender sozialer Fortschritt.

Dann kam diesmal die wichtige Frage des Gehaltsregulativs und des Beamtengesetzes; und hier geht Nebel auch irrig, wenn er meint, daß die Beamtenaufbesserung ohne weiteres erfolgt wäre. Die Sache liegt vielmehr so: Seit 1893, wo die Sozialdemokratie im bayerischen Landtag tätig ist, hat die Frage eines Beamtengesetzes und eines vernünftigen Gehaltsregulativs eine außerordentliche Rolle gespielt und die sozialdemokratische Fraktion war immer der Treiber. Diesmal lag das Gehaltsregulativ und das Beamtengesetz vor; es hat in der Budgetperiode 18% Millionen gefordert. Wir haben im Ausschuss drei Genossen gehabt und es ist uns da insbesondere gelungen, die Verhältnisse der niedrigsten Schichten bedeutend günstiger zu gestalten, als es die Regierung beabsichtigt hatte. An den Gehältern der Klasse 1—12, das sind die oberen Beamten, wurden 870 470 Mk. gestrichen; bei der Klasse 13 bis 17, das sind die mittleren, 528 200 Mk. zugelegt; in der Klasse 18—30, das sind die unteren Beamten, darunter unsere Parteigenossen, die auf uns gerechnet haben, ist es gelungen, eine Summe von 1 112 730 Mk. mehr einzustellen. Und wie haben sich die Sachen im einzelnen gestaltet? Ich muß das hier sagen, denn die Detailverhältnisse sind von unserem Zentralorgan vollkommen verfehlt berichtet worden. (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Ich weiß nicht, aus welchen Gründen, aber es sind da Mitteilungen in die Welt gegangen, die vollständig unrichtig sind. Die Sachlage ersehen Sie aus einigen Beispielen. In der Klasse 18 z. B., die Bahnmeister, Werkführer usw., betrug das Anfangsgehalt 2115 Mk. und stieg in 26 Dienstjahren auf 3015 Mk.; jetzt von 2215 Mk. in 19 Dienstjahren auf 3115 Mk. In der Klasse 25, die Boten, Diener usw., statt wie früher von 1231 Mk. in 27 Dienstjahren auf 1555 Mk., jetzt von 1500 Mk. in 19 Dienstjahren auf 2100 Mk. Dann die Klasse 30: Bahnwärter, Straßenwärter, Waldwärter usw., bisher Anfangsgehalt 730 Mk., nach 26 Dienstjahren Höchstgehalt 1080 Mk.; jetzt haben sie ein Anfangsgehalt von 1200 Mk. (Hört! hört!) nach 19 Dienstjahren ein Gehalt von 1700 Mk. (Hört! hört! bei den Bayern.) Für die untersten Beamtenklassen hatte die Regierung 1100 Mk. eingesetzt; unserem Eintreten ist es mit zu danken gewesen, daß das Anfangsgehalt auf 1200 Mk. heraufgesetzt wurde. (Hört! hört!) Ich frage Sie, Parteigenossen, sind das Dinge, die von selbst entstehen? Und sind das nicht Sachen, die auch von unseren theoretisch gebildeten Genossen beachtet werden müssen? (Hört! hört! Segiz: Ach!) Sind das nicht alles Sachen, die für die große Masse unserer Bevölkerung von außerordentlicher Wichtigkeit sind? Wir als Sozialdemokraten haben also, im Rahmen unseres Parteiprogrammes stehend, alles ausgeboten, die sozialen Verhältnisse zu verbessern, das möglichste zu tun, was notwendig war. Bei der Lehreraufbesserung haben wir mitgewirkt, daß eine Summe von 3 565 000 Mk. bewilligt wurde. Wir haben unsere Hand geboten, daß bei allen anderen Kulturfragen vorgegangen wurde. Nebel sagt, ja in der Frage der Wasserkräftgewinnung, das ist selbstverständlich, das muß die Regierung machen! Das ist nicht selbstverständlich. Wer die Sache einmal studiert und verfolgt, wie die Regierung in Bayern zu der jetzigen Auffassung gekommen ist, daß mit der Gewinnung der Wasserkräfte vorangegangen werden muß, der wird finden, daß es der Stellung unserer Parteigenossen, insbesondere der planmäßigen Tätigkeit, die unser Parteigenosse Adolf Müller auf diesem Spezialgebiet entfaltet hat, zu danken ist, daß man endlich diesen Standpunkt einnimmt. (Gelächter.) Nicht um unserer schönen Augen willen (Auf: Heil!) — ganz sicher nicht, sondern weil man die Macht, die hinter uns steht, respektieren muß. (Lachen.) Wir müßten ja eine traurige sozialdemokratische

Partei sein, überhaupt eine traurige Kulturpartei, wenn wir verneinen wollten, daß wir umgestaltet auch auf den gegenwärtigen Klassenstaat schon einwirken. (Zustimmung. Lachen. Widerspruch und Bewegung.) Ist denn die Sozialdemokratie politisch so machtlos in Deutschland, daß wir nicht erklären sollen, es ist vieles in Deutschland, was kulturell besteht nur dem Einfluß der Sozialdemokratie zu danken. (Lebhafter Beifall. Zuruf: Selbstverständlich!)

Es ist dann von Anfang an gesagt worden, der Disziplinbruch der bayerischen Abgeordneten qualifiziere sich um so schärfer, weil in Bayern der Militäretat mit in dem Budget enthalten ist und sie ihm zugestimmt haben. Das war eine besondere Anklage gegen uns, und Parteigenossen, nicht ohne Absicht hat der „Vorwärts“ sie gebracht; er hat gewußt, daß das die Empörung am ersten aufschkeln wird, wenn man sagt: der Militäretat war dabei und so weit sind die Leute schon gesunken, daß sie auch dem mit zugestimmt haben! Parteigenossen, die Sache wäre ja abgetan nach der lokalen Notiz, die der „Vorwärts“ hinterher gebracht hat, daß er sich geirrt habe, wenn nicht nachher ein anderes Parteiorgan, ein wissenschaftliches Parteiorgan, wie es sich so gerne nennt, wiederum mit dieser Behauptung aufgetreten wäre, mangels besserer Mittel. Ich muß deshalb erklären: wir haben geschlossen und in namentlicher Abstimmung am 31. Januar gegen den bayerischen Militäretat gestimmt. Der bayerische Militäretat ist ein Quotenetat, er wird aus dem allgemeinen Reichsetat herausgeschnitten. Es geht daraus hervor, daß er in keinerlei Zusammenhang mit dem Zivilfinanzgesetz steht, weil er am 1. April beginnt und der andere Etat vom 1. Januar angeht. Er ist ein einjähriger Etat, der andere ein zweijähriger. Der „Vorwärts“ aber, der das zurückgenommen hat, der „Vorwärts“, der es vorher uns als das größte Verbrechen anrechnete, sagte hinterher ganz gelassen, es sei das übrigens herzlich belanglos. (Hört! hört!) Parteigenossen, ich muß Ihnen doch schon sagen: Ein Parteiorgan, das sich Zentralorgan nennt, das besteht ist mit 11 Redakteuren, sollte über diese einfachen Finanzgesetze doch die nötige Kenntnis haben. Es sollte sich nicht nach außen hin so blamieren, daß es in den einfachsten Dingen nicht Bescheid weiß.

Wissen viele von Ihnen, die uns verurteilt haben, überhaupt was ein Budget ist? (Stürmisches Lachen.) Dann freue ich mich über den Fortschritt, den unsere Parteibewegung seit 1894 gemacht hat. Ich bekenne Ihnen offen, ich, der ich damals eine Resolution mit unterschrieben habe aus allgemeiner Ueberzeugung und pflichtgemäßem Parteigefühl, ich habe mir später, als ich mit dem Budget zu tun hatte, doch gesagt, du hast damals die Sache ziemlich leicht genommen. Sie können mir das als Schwäche auslegen, aber ich habe damals tatsächlich nicht gewußt, was ein Budget ist. (Heiterkeit und Sehr gut!) Ich scheue mich nicht, das zu sagen, ich habe den Mut, zu bekennen. Wie ist denn das Budget in Bayern zusammengesetzt? Das Zivilbudget besteht aus einem ordentlichen und einem außerordentlichen Etat. Im ordentlichen Etat belaufen sich die direkten Steuern auf 46 Millionen. Diesem Etat haben wir selbstverständlich zugestimmt, ebenso einer Reihe anderer Etats, zum Beispiel dem Etat für die Verwaltung der Bergwerke, Güten und Salinen, für die Verwaltung der Post und Telegraphen, dem Eisenbahnetat, auch dem Etat für besondere Betriebe des Staates — unter diesen besonderen Betrieben befindet sich auch das königliche Hofbrauhaus München — (Heiterkeit). Für den Etat der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern haben wir natürlich nicht gestimmt. Zu neun Zehnteln mußten wir den Einnahmen unsere Zustimmung geben, und zwar steht diese unsere Haltung in vollem Einklang mit der unserer Parteigenossen in den übrigen gesetzgebenden Körperschaften. Von den Ausgaben ist zunächst der Etat des königlichen Hauses und

Sofes mit 5,4 Millionen Mark zu nennen. Es ist gar nicht darüber zu reden, daß unsere Verwaltung in Deutschland mit den 44 Millionen, die die verschiedenen Monarchen bekommen, außerordentlich teuer ist. Natürlich haben wir gegen diesen Etat gestimmt. Zugestimmt haben wir unter anderem dem Etat für das Staatsministerium des Inneren, unter den die so wichtige Fabrik- und Gewerbeinspektion fällt. Zum Etat der Justiz hat Genosse Sühheim in vierstündiger Rede ausführlich den Standpunkt unserer Partei dargelegt, hier haben wir die Ausgabe für den Scharfrichter zu streichen beantragt, im übrigen haben wir zugestimmt, denn es ist uns gelungen, unseren Einfluß auch auf das Gebiet des Strafvollzuges usw. auszuüben, was ja später selbst der „Vorwärts“ anerkannt hat. Es kommt dann der Etat des Staatsministeriums des Innern, unter ihn fällt das wichtige Gebiet der Arbeitervertretung, auf dem große Fortschritte errungen sind. Dann kommt wieder ein betrüblicher Etat, der Etat des Staatsministeriums des Innern für Kirchen und Schulangelegenheiten, wir haben zwar dafür gestimmt, aber den Standpunkt unserer Partei dem Kultusminister gegenüber vollständig gewahrt. Es ist richtig, daß Herr von Wehner unter den bayerischen Ministern einer der rücksichtslosesten, rüchständigsten ist, und daß wir ihn auf das schärfste bekämpft haben, aber bei unserer jachlichen Abstimmung müßten wir unterscheiden, ob der Etat in seinem größten Teil Ausgaben für Kulturzwecke enthält oder nicht. Der ganze Etat beträgt 38 Millionen, während allein die Ausgaben für Erziehung und Bildung sich auf 26 Millionen belaufen. Wir haben circa 8 Millionen dieses Etats abgelehnt und 30 Millionen zugestimmt. Unter den 39 Kapiteln dieses Etats enthält eines die Ausgaben für die Landesuniversität. Nach Kautsky müßten wir allerdings dem Klassenstaat die Mittel für Universtitäten verweigern, aber wir kommen da in einen Widerspruch. Kautsky hat doch auch die Grundlagen seiner theoretischen Bildung auf den Universtitäten des Klassenstaates geholt. Freilich, wenn alle Akademiker, die zu unserer Partei kommen, so wie Kautsky nur in grauer Theorie machen, ohne Berücksichtigung der realen Verhältnisse, dann ließe sich vielleicht im Parteiinteresse darüber reden, ob wir nicht dem Klassenstaat die Mittel für Universtitäten verweigern wollen. (Große Heiterkeit.) Auch dem Etat des Staatsministeriums für Finanzen haben wir zugestimmt und natürlich auch der Neuregelung der Besoldungsverhältnisse für Staatsbeamte und der Aufbesserung des Einkommens der Geistlichen und Volksschullehrer. In seinem Artikel in der „Neuen Zeit“ schreibt Kautsky, die Gehälter der Beamten seien bereits vorher bewilligt gewesen. Dabei ist ihm eine grobe Entgleisung passiert, diese Ausgaben stehen nämlich im Finanzetat. Ähnlich ist das außerordentliche Budget zusammengeleht. Ich frage Sie nun bei ruhiger, nüchterner Betrachtung: Sieht ein Biludget des bayerischen Staates nicht doch etwas anders aus, wie es sich der eine oder der andere gedacht hat? (Zurufe: Nein!) Dazu kommt, daß wir in Bayern das direkte Wahlrecht errungen haben, ich gehe nicht darauf ein, aus welchen Gründen, ich möchte nur erklären, daß sowohl die Auffassung von Bebel als auch die von Kautsky hierüber vollständig irrig ist. Ich nehme es Kautsky durchaus nicht übel, man kann ein großer Mann der Wissenschaft und ein großer Theoretiker sein, aber doch dadurch, daß man dauernd verurteilt ist, an einem Platz zu sitzen, wichtige Unterströmungen übersehen. Ich begreife es sehr wohl, daß Kautsky darüber nicht informiert ist. Wir haben dann in Bayern den Gemeindeproporz errungen, wir haben eine Vertretung in der Zentralfstelle für Handel und Industrie und im Eisenbahnrat, wir haben die Teilnahme der Arbeiter an der Bauaufsicht, wir haben den Aktivistentag und das Verbot des Nullens in den Gruben, wir haben das Koalitionsrecht für alle Staatsarbeiter. Der Verkehrsminister mußte ausdrücklich erklären,

daß er an die Dienststellen eine Weisung erlassen würde, daß sie mit unseren Organisationen zu verhandeln haben. Eine solche Weisung ist tatsächlich ergangen. Weiter ist von der Regierung erklärt worden, daß es in Bayern keinen Verein gäbe, dem beizutreten den Staatsbeamten verboten sei, der Finanzminister hat wiederholt erklären müssen, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter in keiner Weise geschmälert werden soll, und als wir ihn über einen Fall interpellierten, wo ein Beamter von dem Vorgesetzten gezwungen wurde, aus dem sozialdemokratischen Verein auszutreten, da erklärte der Minister, daß er das Verhalten des Vorgesetzten nicht billigen könne. (Hört! hört!) Diese Tatsachen müssen wir doch anerkennen, wir wollen die Regierung nicht loben, wir wollen aber feststellen, was ist, und das soll doch nach Laßalle immer noch ein politischer Grundsatz der Sozialdemokratie sein. Dann kommt der Fall Hofhauer, das ist ja auch etwas Selbstverständliches, aber manches, was wir als selbstverständlich ansehen, ist anderswo nicht selbstverständlich. (Sehr richtig!) Hofhauer hat in rücksichtsloser Weise den sozialdemokratischen Standpunkt vertreten, er hat in keiner Beziehung der Regierung gegenüber geschwankt, er hat aufs schärfste verurteilt, daß die Gehälter der Minister so gewaltig erhöht wurden, er ist nicht gemahregelt worden. Wir halten es für selbstverständlich, daß ein Abgeordneter seine Meinung zu vertreten hat und daß die Sozialdemokratie es anstreben muß, eine gleichberechtigte Partei zu sein. Das wollen wir ja auch nach dem zweiten Teile unseres Programms. Western ist der Bürgermeisteradjunkt Binder als Reichstagsabgeordneter für Ludwigshafen gewählt worden, er ist im gewissen Sinne Beamter. Es wird zum Landtag als Nachfolger für Ehschart wahrscheinlich ein bayerischer Lehrer aufgestellt werden, wir halten es für ganz selbstverständlich, daß er in seinem Amte bleibe; wir wollen nicht, daß ein Sozialdemokrat gemahregelt wird, wenn er seinen revolutionären, Klassenbewußten, sozialdemokratischen Standpunkt vertritt. (Sehr gut!) Wir haben alle Veranlassung, mit aller Schärfe und Worte, ohne unser Endziel aus den Augen zu verlieren, auch für politische Freiheiten in Deutschland zu kämpfen. (Sehr richtig!) All das spielte natürlich bei der Frage, wie wir uns in der Gesamtabstimmung verhalten sollen, eine Rolle. Es ist richtig, daß sich unter dem System von Feilich Zustände in Bayern entwickelt hatten, die durchaus rüchständig waren. Feilich hat vielen Genossen unter dem Sozialistengesetz trübe Stunden bereitet, er ist derjenige, dem Grillenberger in seiner wuchtigen Anflagerede den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Und Feilich war auch für die von Bebel mit Recht verurteilten Ausnahmezustände in Fürth verantwortlich. Aber als der neue Minister Brettreich kam — ich lobe keinen Minister, ich stelle nur Tatsachen fest —, da waren die alten Zustände, nachdem sie in der Abgeordnetenlammer von Segitz scharf gerügt wurden, nach 14 Tagen beseitigt. Wenn Sie die Verhandlungen nachlesen, dann werden Sie finden, daß speziell Segitz das Verdienst dafür reklamieren kann, daß mit diesen Zuständen aufgeräumt ist. Natürlich stehen unsere praktischen Erfolge weit hinter dem zurück, was wir für nötig halten. Auch die Regierung und die herrschenden Parteien in Bayern haben ihren Standpunkt gewahrt, aber die neue Ministergarnitur hat doch eine andere Haltung einnehmen müssen als die alte. Wenn wir nun unter diesen anderen Verhältnissen eine andere Stellung einnehmen, ist das nicht das Gleiche als wie bei unserer Reichstagsfraktion? Hat Sie nicht auch gegenüber einem Berlepsch, gegenüber einem Posadowsky in der letzten Zeit eine andere Haltung eingenommen wie früher? Genau so haben auch wir politisch unterschieden, und wenn wir das nicht tun wollten, dann wären wir unfähig für unsere Stellung. Es wird jetzt gewiß über Arbeiterdiplomaten. Das ist ja auch eine Methode mit einer gewissen Absicht. Wenn ein Arbeiter

Kenntnisse erlangt, wenn er unabhängig denken lernt, dann kommen solche Angriffe, dann appelliert man an die Arbeiterinstinkte, um ihn von der Masse zu trennen. Wenn wir Wert darauf legen, immer neue Anhänger in allen Schichten der Bevölkerung zu gewinnen, dann dürfen wir uns nicht an die Zwinskfäden bloßer Formalitäten hängen und deshalb haben wir uns gesagt: Der Fortschritt unserer Parteibewegung und das Interesse der Arbeiter muß für unsere Haltung ausschlaggebend sein.

Auf dem Lübecker Parteitag hat Bebel auf das Beispiel von Gotha hingewiesen und gemeint, wenn wir die Mehrheit haben, dann könnten wir dem Budget zustimmen. Auch Kautsky akzeptiert das als etwas Selbstverständliches. Nehmen wir nun einmal an, wir hätten im bayerischen Landtag die Mehrheit, dann würde das Budget auch noch kein sozialdemokratisches sein, denn außer uns hätte dann doch auch die Regierung und die Kammer der Reichsräte mitzureden. (Sehr richtig!) Wie liegt es denn in Bayern? Nehmen wir an, daß kein Budget zustande kommt, dann gilt das frühere Budget, die Ausgaben können aber nur insoweit realisiert werden, als sie die Natur eines vorher zu überhebenden Staatsbedürfnisses waren, und wenn die Mittel nicht ausreichen, dann befriedigt die Regierung zunächst jene Staatsbedürfnisse, die auf gesetzlicher oder rechtlicher Verpflichtung beruhen und dann die, die ihr als die dringendsten erscheinen. Erst durch das Finanzgesetz wird die Regierung gebunden. Wenden wir den Grundsatz von Bebel auf Bayern an, so würde, wenn wir gegen ein Finanzgesetz stimmen, das den Arbeitern Vorteile bringt, das andere Budget in Kraft treten, und würden wir das tun, dann wäre es mit unserer Vertretung vorbei. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß das alte Budget ungünstiger ist, und daß da dann die Aufbesserungen der Lehrer und Beamten unter den Tisch gefallen wären. Die Arbeiter würden das einfach nicht verstehen, die Christlichen würden daraus Kapital gegen uns schlagen. Selbst Kautsky sieht ja auf dem Standpunkt, daß das kleinere Übel vorzuziehen ist, und wie die Verhältnisse in Bayern liegen, ist es das kleinere Übel, dem wir zugestimmt haben. Kautsky läßt ja sogar den „ernsthaften Politiker“ zu. Das hat mich eigentlich gewundert, denn seiner Auffassung nach hätte er, da er jeden Parlamentarismus verurteilen muß, doch auch die ernsthaften Politiker verurteilen müssen. (Heiterkeit und Widerspruch.) Für die Auslegung der Lübecker Resolution ist nicht nur die Auffassung von Bebel maßgebend, sondern auch die anderer Redner. So hat Zoos-Gotha Bebel gegenüber den Standpunkt vertreten, daß man auch ohne die Majorität zu haben, unter Umständen den Etat bewilligen müsse. Er sagte:

„Ich will Ihnen einmal das vorführen, was wir bisher dank unserer Stärke erreicht haben: die Entschädigung unschuldig Verurteilter nicht nur, sondern auch der unschuldig Verhafteten; eine Gewerbeaufsichtspräsidentin; eine Erhöhung der Löhne der Domänenarbeiter von 1,20 Mk. auf 3 Mk., die in den Etat eingestellt sind; die Bewilligung von 2000 Mk. für das Arbeiterssekretariat ohne jede andere Bedingung, als der Ueberwachung der unparteiischen Auskunftsverteilung durch einen Regierungsvertreter. Wir haben den zum mindesten moralischen Erfolg erreicht, daß unser Vizepräsident geworden ist und zugleich auch in den Verwaltungsgerichtshof, des höchsten Gerichtshofes, auch über die Regierung, gewählt und sofort bestätigt worden ist. Nicht eine einzige Versammlung wird mehr von der Polizei überwacht. — Alles Zugeständnisse, weil man wußte, daß wir eine so starke Macht sind. Diesmal ist der Etat einfach verlängert worden, weil ein neues Steuergesetz in Vorbereitung ist. Wenn wir nun zu unseren Wählern gekommen wären und ihnen gesagt hätten, das alles haben wir

erreicht, aber dann den Gesamtetat verweigert, glauben Sie, unsere Wähler hätten ein solches Verhalten begriffen?“

Interessant ist es, daß nach Zoos eine große Anzahl von Rednern gesprochen haben, darunter Bebel und Wurm, daß ihm aber kein einziger entgegengetreten ist. (Hört! hört!) Waren wir also nicht vollständig berechtigt, dem Etat zuzustimmen? Dazu kommt noch ein anderes. Die Gothaer Genossen haben im nächsten Jahre tatsächlich die Konsequenz gezogen, sie haben dem Etat zugestimmt, aber keiner hat sich darüber aufgeregt. (Hört! hört!) Da kann man sehen, wie Unterschiede gemacht werden. (Sehr richtig!) In die Resolution des Parteivorstandes hat man sein lächerlich eine Mißbilligung der süddeutschen Abgeordneten hineingebracht, Württemberg, Bayern und Baden sollen verurteilt werden, aber Gotha und Sachsen hat man herausgelassen. Ueber Sachsen will ich nicht reden. Geper hat ja erklärt, daß die sächsischen Abgeordneten weder aus taktischen noch aus prinzipiellen Gründen dem Budget zugestimmt haben, aber zugestimmt haben sie. In Breslau hat Bebel gesagt, wie er über die denkt, die nicht wissen, was sie im entscheidenden Moment zu tun haben. Lesen Sie es einmal nach. Es ist charakteristisch, daß die Sachsen, die bei welterschütternden Ereignissen eigentlich geschlafen haben (Heiterkeit), die nicht wissen, was sie tun, doch ganz genau wissen, daß wir, weil wir wissen, was wir tun, aus der Partei ausgeschlossen werden sollen. (Sehr gut! Heiterkeit und Unruhe.) Es wäre die Pflicht des Parteivorstandes und der verantwortlichen Parteiorgane gewesen, nach dem ersten Sündenfall in Gotha einzugreifen. Wenn die Budgetfrage diese Wichtigkeit hat, die man ihr beimißt, dann hätte man damals schon an Gotha ein Exempel statuieren müssen, aber man ist still gewesen, und auch die Resolution des Parteivorstandes enthält keine Mißbilligung. Im vorigen Jahr haben die Württemberger gesündigt, aber sie haben Gnade gefunden vor dem Herrn. (Heiterkeit.) Unsere württembergischen Genossen haben dem Budget aus ganz gleichen Gründen zugestimmt wie wir. Das geht aus dem Bericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion deutlich hervor. Der Internationale Kongreß hat nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt, und ich muß offen erklären, daß wir uns zu einer solchen Konzeptionspolitik nicht herbeilassen dürfen. (Sehr richtig!) Wir haben uns bei unserer Zustimmung zum Budget von politischen Rücksichten im Interesse der Partei, im Interesse der Wähler, im Interesse der Arbeiter leiten lassen, nicht aber von anderen Gesichtspunkten. Wir müssen auch die Organisationen berücksichtigen, mit denen wir in Bayern zu tun haben, die christlichen Organisationen der Eisenbahner, der Salinenarbeiter, des Postpersonals, und die übrigen christlichen Organisationen, in denen Staatsarbeiter organisiert sind. Die christlichen Agitatoren sind uns immer nachgefahren nach unseren Versammlungen und haben dargelegt: Ja, die Sozialdemokratie ist zwar diejenige, die im einzelnen etwas gibt, aber im großen lehnt sie ab. Wenn wir die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Bayern für die Sozialdemokratie gewinnen wollen, dann darf es uns nicht gleichgültig sein, wie wir von diesen Leuten beurteilt werden, und es darf uns auch nicht gleichgültig sein, inwieweit diese reine Formsache uns bei der Gewinnung neuer Anhänger schadet. Bebel wirft heute die Frage auf, was entscheidend sei, die Sozialreform oder das Endziel, und er stellt sich auf den Standpunkt, kleine Konzeptionen darf man nicht machen. Aber so steht die Frage nicht, sondern so führt nicht eine durchgreifende Sozialreform zum Endziel? Dann aber frage ich, ob wir auf diesem wichtigen sozialen Gebiete irgend etwas vernachlässigen dürfen? Auf dem Münchener Parteitag hat Bebel der Tätigkeit der bayerischen Genossen Lob gespendet, er hat erklärt, daß wir mit unserer Haltung zur Sozialreform die Massen gewinnen. „An solchen praktischen

Fragen läßt sich zeigen, daß die Sozialdemokratie gewillt ist, den Unterdrückten zu helfen.“ Auch Liebknecht hat seinerzeit bei der Auslegung des zweiten Teils unseres Parteiprogramms gesagt, man solle sich nicht in das Volkensuduckshorn des Zukunftsstaates flüchten, sondern auch im Gegenwartstaat mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln das, was für die Arbeiter von Vorteil ist, herauszufischen suchen. Es ist bei uns in der Partei so, daß, wenn wir irgend etwas Vernünftiges vertreten, immer gesagt wird, wir haben unseren Standpunkt gewechselt, und leider muß man sich schon immer mit Zitate hervorragender Parteigenossen bewaffnen. Was hat Bebel zum Beispiel vor 20 Jahren auf dem Internationalen Arbeiterkongress in Paris gesagt? Am 17. Juli 1889 sagte er: „Es ist eines der allerwichtigsten Symptome für den Gang unserer Entwicklung, daß man heute die Frage einer internationalen Arbeiterschutzhilfsgebung erörtern muß. Vor noch kaum 20 Jahren wäre es unmöglich gewesen, mit einem solchen Programm Verhandlungen zu eröffnen, die Arbeiterbewegung beschäftigte sich damals weniger mit der Praxis als mit der Theorie. Die Diskussion der Prinzipienfragen legte die Vorstellung nahe, daß die Umgestaltung der Gesellschaft unmittelbar vor der Tür steht. Seitdem hat man eingesehen, daß die bürgerliche Ordnung der Dinge zwar unwiderstehlich zum Untergang verurteilt ist, für den Augenblick aber noch Widerstandsfähigkeit genug besitzt, um sich eine Zeitlang aufrechtzuerhalten, und daß andererseits die Kräfte der Arbeiterklasse noch nicht genügend erstarkt sind, um die notwendige Umgestaltung der Gesellschaft herbeiführen zu können. Die praktischen Fragen, die Fragen nach dem, was soll gleich geschehen, um den unmittelbaren Nutzen zu schaffen, drängen sich in den Vordergrund und sie haben dazu um so mehr ein Recht, als sie eine eminenten Werkkraft besitzen, die Arbeiter mehr und mehr in die sozialistische Strömung ziehen und so dem Sozialismus die Wege ebnen.“ (Hört! hört!) Decken sich unsere Gründe nicht vollständig mit dem, was Bebel gesagt hat? (Widerspruch und Zustimmung.) Galt nicht die bürgerliche Gesellschaft auch heute noch Widerstandsfähigkeit? Liegt es nicht heute noch so, daß wir nicht die genügende Macht besitzen, und liegen die Dinge nicht heute noch so, daß wir mit allen Mitteln der taktischen Ueberlegung die großen Schichten der Arbeiterklasse gewinnen müssen? Diese Ausführungen von Bebel waren nicht etwa eine Entgleisung, sondern systematisch verfolgt er diesen Gedanken weiter. In Halle sagt er: „Den ungeheuren Anhang und das Vertrauen der Arbeitermasse haben wir nur, weil diese sehen, daß wir praktisch für sie tätig sind und sie nicht auf die Zukunft des sozialistischen Staates verweisen, von dem man nicht weiß, wann er kommen wird.“ (Hört! hört!) Die Arbeiter erkennen in unserer Partei ihre politische Vertretung, weil sie sehen, daß wir schon jetzt nach Kräften dahin wirken, die Lage der Arbeiter, soweit es auf dem Boden der heutigen Gesellschaft möglich ist, zu verbessern. Auf diesem Standpunkt haben wir stets gestanden und müssen wir ferner stehen bleiben, wenn wir als Partei überhaupt fortbestehen sollen.“

Diesen Gedanken hat er dann weiter gesponnen auf dem Parteitag in Erfurt: „Wir wissen, daß alle die Hunderttausende, Männer und Frauen, wie wir heute mit Stolz sagen können, zumeist nicht kamen, weil sie sofort erkannten, das letzte Ziel der Sozialdemokratie ist auch unser Ziel, darum schließen wir uns ihr an, sondern sie kommen, weil sie sehen, unsere Partei ist die einzige, welche die Leiden der Arbeiterklasse zur Sprache bringt und für die Verbesserung ihrer Lage sacht.“ . . . „Das sind die Erwägungen, welche die Massen bestimmen, sich uns zuzuwenden.“ Und sind sie erst zu uns gekommen, sagt Bebel, dann ist es selbstverständlich, daß sie, die sich anfangs nur der Hoffnung auf direkte Vorteile aus vielleicht mehr nebensächlichen Ursachen sich uns

angeschlossen haben, mehr und mehr von uns erobert werden, daß sie schließlich volle und ganze Sozialdemokraten sind. „Wollen Sie denn mit den verhältnismäßig wenigen, die sich vollkommen klar sind, Staat und Gesellschaft erobern? Das ist doch eine reine Unmöglichkeit. Wenn Sie das glauben, sind Sie nichts als politische Toren.“ (Hört! hört!) Das sage nicht ich, sondern immer wieder unser Genosse Bebel. Und ich sage, daß die Fragestellung: Sozialreform oder Endziel? ganz verkehrt gestellt ist, sondern logisch muß es heißen: durch die Sozialreform zum Endziel. (Sehr richtig!) Durch die Gewinnung der Massen zum Endziel! Die Massen müssen gewonnen werden dadurch, daß wir systematisch praktisch für sie tätig sind und diese systematische praktische Politik haben wir getrieben, ohne das wir das Endziel vermissen haben. Es soll einer auftreten und uns anfragen, daß wir nicht bei jeder Gelegenheit den sozialistischen Standpunkt vertreten haben. (Sehr richtig!) Jetzt soll nach Karl Kautsky die Budgetbewilligung eine Anerkennung des Klassenstaates sein. Das verstehe ich nicht recht, ich mag vielleicht in solchen Dingen nicht so beschlagen sein. Den Klassenstaat müssen wir doch anerkennen, der ist doch da. (Auf: Sehr gut!) Ich muß die Mauer anerkennen, die da ist. Der Begriff ist meines Erachtens nicht ganz richtig konstruiert. Man macht dann die Formel noch weiter und sagt: ja, zwar Mitarbeit im Parlament, zwar Wahlen, und man hat vollkommen den früheren anarchischen Standpunkt aufgegeben, und angeblich bekämpft man auch jetzt den sogenannten anarcho-sozialistischen Standpunkt; aber das muß ich sagen: Klarheit besteht nicht in den Ausführungen, die zum Beispiel Kautsky in der „Neuen Zeit“ entwickelt hat. Schon dadurch, daß wir in das Parlament eintreten, anerkennen wir doch den Klassenstaat (Auf: Sehr richtig!), das läßt sich doch absolut nicht bestreiten. Wir sollen doch nicht bloß regieren, protestieren, sondern auch praktisch arbeiten. Der Standpunkt des reinen Regierens ist aufgegeben worden, und da muß man sich doch die wirkungsvollste politische Macht sichern, man darf sich nicht an formalistische Gründe halten, sondern wir müssen auch die Konsequenzen ziehen, die zum Beispiel die Württemberger, Badenser, Gothaer, Weimarer usw. gezogen haben. Das ist aber unter den gegebenen Verhältnissen notwendig. Will man das Gegenteil, dann soll man offen und klar auftreten. (Sehr wahr!) Dann soll man reinen Tisch machen, dann soll man sagen: der bisherige Standpunkt der Partei ist nicht mehr aufrechtzuerhalten und dann soll man — und die ganze Art scheint darauf hinauszuweisen —, dann soll man den sogenannten radikalen Standpunkt vertreten und soll sagen: Gegen jeden Parlamentarismus! (Stürmische Zustimmung.) Das ist die einzige logische Konsequenz. (Auf: Da geht es auch hin!) Und ich habe das Gefühl, wenn ich die Tatsachen heranziehe, es sieht eine große Anzahl der Parteigenossen, die 1890 und 91 gegen die sogenannte Unabhängigkeitsbewegung gekämpft haben, heute auf demselben Standpunkt, den damals die Unabhängigen eingenommen haben. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.)

So liegen die Dinge in der Praxis. Und da sagt Kautsky: Dem Klassenstaat keine Mittel bewilligen! Ja, was macht denn unsere Reichstagsfraktion? Wie steht denn die zu den einzelnen Etatspositionen? Genosse Singer, der sicher nicht im Verdacht steht, irgendwie rechts oder links zu tanzen, sondern der gerade durchgeht, hat am 18. Januar den Standpunkt vertreten; für eine vernünftige Gestaltung der Erbschafts-, Reichseinkommen- und Vermögenssteuer würde er die Hand bieten. Bebel hat wiederholt der Klassenregierung Mittel angeboten. Sie wissen, daß seinerzeit in der Auseinandersetzung mit den Unabhängigen eine breite Debatte eingenommen hat seine Handlungsweise am 25. Juni 1890 im Reichstag, wo er sich bereit erklärte, für rauchloses Pulver

und für bessere Uniformen Mittel zu bewilligen. (Hört! hört!) „Weil“, sagte er, „weil ich überzeugt bin, daß in Wahrheit eine produktivere Ausgabe nicht gemacht werden kann.“ Und als er sich den Unabhängigen gegenüber in Halle zu verteidigen hatte, da sagte er: wenn ich verhindern will, daß Ihr durch äußere Kennzeichen eine Zielscheibe für die Feinde werdet, habe ich damit irgend etwas getan, was vom Parteistandpunkt aus betrachtet wäre? Dann habe ich nichts weiter getan als meine Bereitschaft zu erklären, dafür zu sorgen, daß im nächsten Kriege nicht Tausende unserer Genossen durch die Ungeschicklichkeit der Regierung zwecklos auf die Schlachtbank geführt werden. (Hört! hört!) Singer hat am 13. März 1908 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß der Standpunkt dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unserer Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) — Singer hat die Bereitwilligkeit erklärt, zwei Millionen für Zeppelin zu bewilligen. (Hört! hört!) Er hat dabei ausgeführt: „Wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn auch vorläufig überwiegend militärische Zwecke mit dem Luftschiff verbunden sind (Hört! hört!), das Werk Zeppelins über den militärischen Zweck hinaus wissenschaftlichen und Verkehrsinteressen dienen und damit zu einem Kulturwert für die ganze Welt werden wird.“ Also keine Rede von dem nur verneinenden Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen. Und der Genosse Bebel: In der Reichstagsverhandlung am 3. Februar dieses Jahres wurde die Frage, unter welchen Umständen die Sozialdemokratie im Reichstag den Etat bewilligen würde, von ihm in folgender Weise beantwortet. Die sozialdemokratische Partei hatte beantragt, die Löhnung der Mannschaften zu erhöhen und Graf Oriola hatte gesagt, das sei rein agitatorisch; die Sozialdemokratie lehne ja doch schließlich den Etat ab. Darauf antwortete Bebel: Wenn Sie für dringende und notwendige Ausgaben Einnahmen in einer Form beantragen, die unsere Willigung finden, so werden wir für sie stimmen, und auf das Hört! hört! und die Heiterkeit fuhr er fort: ja, wohl, wir werden aber niemals einem Etat unsere Zustimmung geben, der in der Hauptsache Einnahmen aus Lebensmittelzöllen und indirekten Steuern auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse der großen Masse entkühlt (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), für einen solchen Etat wird niemand von der sozialdemokratischen Partei eintreten können und eintreten dürfen bei Strafe ihrer Vernichtung durch ihre Wählerschaft.“ (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) „Wenn Sie also in anderer — sagt Bebel —, gerechterer Weise, einerlei, ob im Wege einer Einkommen-, Vermögens- oder Erbschaftsteuer, mit einem Worte im Wege einer direkten Steuer, so daß auch den reichen Leuten empfindlich gemacht wird, was der Militarismus dem Deutschen Reich kostet, wenn Sie auf diese Weise die Lasten des Reiches für Militärzwecke aufbringen wollen, werden Sie stets unsere Unterstützung finden.“ (Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Ich habe vorausgeschickt, das ist nichts neues. Das ist immer Tradition der Partei gewesen. Aber wenn Karl Kautsky sagt, wir dürfen dem Klassenstaat überhaupt keine Mittel bewilligen, so beweise ich, daß der Standpunkt, den Kautsky als theoretischen vertritt, weit entfernt ist von der praktischen Handlung unserer Partei. (Sehr richtig!) Damals hat der „Vorwärts“ einen Bericht gebracht, in dem er Bebel sagen läßt: „dann werden wir auch für den Etat stimmen.“ Es hat damals keine Entrüstung in der Berliner oder sonstigen Arbeiterschaft gegeben; man hat diesen Standpunkt offenbar für ganz richtig gehalten. Auch hier der praktische Bebel gegen den theoretischen Kautsky: Kein Wort davon, daß dem Klassenstaat die Mittel zu seiner Existenz verweigert werden sollten. Und heute tritt man auf und nimmt uns gegenüber einen ganz anderen Standpunkt ein! Als Vertreter des Volkes im Parlament müssen wir das Vertrauen beanspruchen, nach bestem

Wissen und Können die Interessen der Wähler zu vertreten. Unsere Fraktionen können nur als eine Körperschaft selbständiger Männer wirken, während jede Direktive von außen ihnen den notwendigen Einfluß und die notwendige Bewegungsfreiheit nehmen müßte. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Entweder eine selbständige parlamentarische Vertretung oder gar keine! (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Damit steht nicht im Widerspruch, daß die parlamentarischen Vertreter sich keiner Kritik auszuweichen haben; sie unterstehen der Kontrolle ihrer Wähler und den zuständigen Organen, die dafür geschaffen sind. Aber wenn sie wirken sollen, dann darf die Entrüstung nicht in der Weise geschehen, wie sie von den verantwortlichen Organen der Partei erfolgt ist. Und Parteigenossen, wenn Sie irgend eine Direktive schaffen wollen, die dahin gehen soll, daß die parlamentarischen Vertreter in irgendeiner Weise in ihrer verantwortlichen Stellung eingeschränkt werden sollen, dann sage ich, gleichviel in welcher Form es geschieht, ist es unannehmbar. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Persönliche Verständigung mit allen Parteigenossen, ein persönliches Insbrennensehen, Verständigung in loyaler Weise, aber keine Herrscher- und Beherrschtchen. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.) Keinen Einfluß, gleichviel von wem er auch sei! Dagegen werden wir uns aus demokratischen Gründen auf das äußerste wenden. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.) Der verstorbene Dreesbach hat unmittelbar nach Lübeck die Unterstellung, als ob seine Fraktion durch den Parteitag gezwungen gegen das Budget stimmen werde, im badischen Landtag mit Entrüstung zurückgewiesen. Dreesbach hat damals namens seiner Fraktion erklärt, sie würde kein Mandat annehmen, für das sie eine Direktive von außen bekäme, noch einen Beschluß fassen, der gegen ihre Ueberzeugung sei. Unter der ganzen Fraktion war damals auch der Parteigenosse Adolf Beck (Hört! hört!) Wir alle stehen auf demselben Standpunkt und dieser Standpunkt liegt im Interesse der Partei und im Interesse der Arbeiterklasse. Er steht auch nicht im Widerspruch mit der Theorie des Klassenkampfes. Wir wollen die politische Macht erobern. Schon in der Taktikresolution des Erfurter Parteitages wird scharf betont, die Eroberung der politischen Macht kann nicht das Werk eines Augenblicks, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Ueberrumpelung des Gegners sein, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege, die sich der Propaganda unserer Ideen bieten. Wer sich zu diesen Grundsätzen bekennt, muß seinen politischen Einfluß einsetzen, er muß daran arbeiten, daß von innen heraus schon eine Umgestaltung des Klassenstaates stattfindet. Ich habe früher auch auf einem anderen Standpunkt gestanden, habe die Resolution auf dem Frankfurter Parteitag mitunterzeichnet, das kann man mir aber doch nicht zum Vorwurf machen. Auch Mattutat, der auch in Berlin war, hat sich in Württemberg überzeugen müssen, daß sein Standpunkt falsch war, auch Auer hat mit unterschrieben, hat den schärfsten Standpunkt eingenommen und hat den Standpunkt dann geändert. In Dresden stellte Bebel fest, daß in Frankfurt die härteste Rede gegen Volkmar Auer gehalten hat; heute, meinte Bebel, würde er diese Rede wohl nicht mehr halten, und Auer sagte dazu: sehr richtig! Also Auer, der doch ein kühler Kopf war, dem Sie doch alle das Zeugnis ausstellen werden, daß er suchte, was er wollte, hat später diesen Standpunkt nicht mehr aufrechterhalten können. Und Parteigenossen, wenn ich Ihnen erkläre, aus der Erkenntnis der Verhältnisse habe auch ich ihn nicht mehr aufrechterhalten können, dann ist das eine Sache der politischen Ehrlichkeit, daß ich das hier erkläre. (Beifall bei den Süddeutschen.) Es wird jeder seinen Standpunkt in diesen Dingen ändern können, und wenn ich das tue, so vermag ich mich dagegen, Partikularist in irgendeiner Weise zu sein, ich wüßte nicht wie und

ich wüßte nicht wo. Ich sage nur das: gleichviel in welchem Staate, ob in Hinterpommern oder Mecklenburg — wo ich politisch wirken würde, unter solchen Verhältnissen, wie sie in Bayern liegen, gibt es nichts anderes als den Standpunkt einnehmen, den wir eingenommen haben.

Die vom Parteivorstand vorgelegte Resolution ist für uns einfach unannehmbar. (Sehr richtig!) Ich sehe ganz von dem Mißtrauensvotum ab. Eine Mehrheit kann sagen, eure Gründe erkennen wir nicht an, wir müssen sie mißbilligen. Das begreife ich, aber der Schwerpunkt liegt darin, daß die Resolution sachlich unhaltbar ist. Sie kann nur so aufgefaßt werden, daß die Sozialdemokratie nur dann, wenn sie die Mehrheit hat, einem Budget zustimmen kann. Nehmen Sie folgenden Fall: es gelingt uns, im bayerischen Budget eine große Anzahl von Forderungen durchzusetzen, für deren Ablehnung wir nicht die Verantwortung übernehmen können. Nun müssen wir doch wissen, wie unsere Gegner stimmen. Bekanntlich haben wir die größten Schwierigkeiten mit den Bauernbündlern, nach deren Meinung die Arbeiter schon viel zu viel erhalten. Diese könnten beschließen, gegen das Budget zu stimmen, um die Ertrugenschaften für die Arbeiter zu Fall zu bringen. Sie werden sich sagen: die Sozialdemokraten müssen mit uns stimmen, sie sind durch Nürnberg gebunden. Können Sie uns ehrlicherweise so binden? Und würden wir wirklich dafür stimmen, dann würde — es wird ja wie wir gesehen haben, von den Parteikritikern doch nicht geprüft, was die Angegriffenen nicht erst zum Wort kommen, es wird gleich beurteilt von dem Zentralorgan, wo doch Leute mit juristischer Bildung sitzen, die eigentlich wissen müßten, daß man erst den anderen Teil hören muß — dann würde man uns also wieder Parteifreunde und schlimmeres nennen, und wir hätten wieder denselben Krach. Diese Sache machen wir nicht noch einmal mit. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Deshalb ist diese Resolution für uns völlig unannehmbar, ob sie nun verbessert oder verböhrt wird. Der einzige Weg, auf dem wir uns finden können, ist, daß Sie in loyaler Weise die Lübecker Resolution mit der Auslegung, die sie sachlich hat, bestehen lassen. Sie müssen absehen von dem Verlangen der Unterwerfung und von der ewigen Resolutionsmacherei, die nur immer zu neuen Schwierigkeiten führt, von den flüchtigen Kompromissen, die auf allen Parteitagungen zustande kommen. Wir müssen endlich zum gegenseitigen Vertrauen kommen. Das Vertrauen in der Partei ist wesentlicher als alle Resolutionen. (Zustimmung.) Sie dürfen die Sache nicht vom Standpunkt der Herrschenden auflassen, sondern Sie müssen uns als gleichberechtigte Körperschaft betrachten. Es darf bei uns nicht alles nach augenblicklichen Strömungen gehen, danach, wie der oder der aufgelegt ist. Unsere Politik geht ja auch häufig nach den Stimmungen, die hier und da herrschen. Die ganzen Debatten entstehen dadurch, daß von irgendeiner unverantwortlichen Seite die Brandfackel angezündet wird, und dann haben wir den Parteikraakel, heute wegen der Budgetfrage, morgen vielleicht wegen der Konsumvereinsfrage, einer Gewerkschaftsfrage oder der Raiffeier. Und das alles in so verbissener Form, daß dagegen keine Resolution schützen kann. Die Dinge werden erst anders werden, wenn wir zueinander Vertrauen gewinnen. Liebknecht hat in Erfurt mit Recht gesagt: „Das Revolutionäre liegt nicht in den Mitteln, sondern im Ziel . . . Der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Taktik ist ihr Erfolg, und unsere Taktik hat sich herlich bewährt.“ Die Budgetablehnung stellt man als etwas besonders Radikales hin, während sie doch eine Waffe ist, die wir, wie das Eintreten für den Freihandel, den Liberalen entlehnt haben. Nein, sie ist nichts Radikales, sie ist einfach eine Frage der Taktik. (Sehr richtig!)

Das hat auch Genosse Bebel in Frankfurt zugestanden, als er sagte, „man kann sehr wohl, das verstehe ich, zu der Ansicht kommen, daß es sich hier nur um eine Frage der Taktik und nicht um eine Frage des Prinzips handelt. Gatten wir doch in Sachsen ursprünglich eine andere Taktik geübt als gegenwärtig.“ Und in Lübeck hat sich auch die Genossin Petkin namentlich auf den Standpunkt gestellt, daß es sich um eine taktische Frage handelt. Taktische Sachen aber entscheidet man nach ihrer Zweckmäßigkeit. Darauf legt man sich nicht fest und läßt sich nicht darauf festlegen, solange man überhaupt noch im Interesse der Arbeiterschaft für die Partei tätig sein will. (Sehr richtig!) Die Gestaltung der parlamentarischen Tätigkeit in den einzelnen Ländern muß man den zuständigen Landesorganisationen überlassen; sie allein verfügen über die Kenntnis der Verhältnisse. Der Parteitag sollte sich darauf beschränken, Ratschläge zu geben. Ich bin selbst dafür, daß wir alle im innigsten Kontakt bleiben, und wenn der Parteivorstand seine Tätigkeit für die Partei ernst auffaßt, so sollte er ein Interesse daran haben, sich über die Fortschritte und Taktik in den verschiedenen Landesteilen stets zu informieren. Eine solche freundschaftliche Fühlung ist gewiß sehr wünschenswert und viel wichtiger als alle Resolutionen. (Sehr richtig!)

Ich bin gewiß kein Partikularist, die Sache ist ja beinahe ins Lächerliche gezogen worden. Ich habe in meiner Tätigkeit in Preußen so viel erfahren, daß ich voll die große Opferwilligkeit unserer norddeutschen Genossen anerkenne, obwohl die Bayern auch opferwillig sind. Ich habe den bayerischen Genossen oft die Berliner als Muster der Opferwilligkeit vorgehalten. Es ist nicht zu verkennen, daß die Norddeutschen unter schwierigeren Verhältnissen leben. Aber auch an der Berliner Taktik gefällt mir manches nicht. Als zum Beispiel bei dem Landtagswahlkampf von gewisser Seite von Schulstreik und Steuerverweigerung gesprochen wurde, da habe ich doch einige Fragezeichen dahinter gemacht. Ich habe das Gefühl, daß vielleicht doch eine andere Aktion hätte herauskommen müssen, aber ich mache mir darüber kein entgeltliches Urteil an. Keiner von uns hat es für angebracht gehalten, die Berliner wegen ihrer Taktik irgendwie anzugreifen; aber auch die Berliner Genossen müssen lernen, daß bei der Vielgestaltigkeit der Verhältnisse in den verschiedenen Staaten mit ganz anderen taktischen Mitteln gekämpft werden muß. Sie tun unserer großen Sache einen viel besseren Dienst, wenn Sie, was an demokratischen Ertrugenschaften in den süddeutschen Staaten erkämpft worden ist, auch für Ihre Staaten durchführen. Sie sollten es nicht machen wie Kautsky, der, vielleicht in der besten theoretischen Meinung, förmlich mißleidig von oben herab über die süddeutschen Ertrugenschaften geurteilt hat, als ob das gar nichts wäre.

Wenn diese Auffassung von der politischen Gemütslichkeit im Süden die richtige wäre, dann hätte ja der Junker Oldenburg in Preußen und der liberale Hehl in Hessen recht, wenn sie sich gegen die politischen Freiheiten wenden. Unsere Fortschritte im Süden haben doch dazu geführt, daß der Staatsstreik bei uns in Deutschland vermieden ist. Die Brutalität der preussischen Junker würde ohne diese Fortschritte viel weiter gehen. (Sehr richtig!) Auf denselben Standpunkt steht auch Bebel, den ich wieder gegen Kautsky auspielen muß. Am 27. März hat er im Reichstag erklärt, Bülow sei kein Staatsmann, aber Prinz Ludwig von Bayern sei einer. (Heiterkeit.) Am 24. März hat Bebel gesagt: Ohne Preußen wäre Deutschland das fortgeschrittenste Land der Welt. (Große Heiterkeit.) Wenn das richtig ist, muß Ihre politische Taktik eine andere werden. Sie darf sich nicht darauf beschränken, nur zu kommandieren, sondern sie muß unsere politischen Fortschritte gegen Preußen auspielen. Sie müssen mit uns zu einer Verständigung kommen. Ja

unserem Wahlrechtskampf in Süddeutschland haben wir auch große Schwierigkeiten durch die Haltung der Norddeutschen bekommen, die unsere Haltung nicht verstehen konnten. Damals haben unsere liberalen Gegner uns immer den vernünftigeren Vebel vorgehalten. (Sehr richtig!)

All diese Umstände sollten zu einer ruhigen, vernünftigen Beurteilung der Sachlage zwingen. Aus unseren Erfolgen geht doch klar hervor, daß auch wir etwas vom Sozialismus im allgemeinen und auch etwas von den Bedingungen des politischen Kampfes verstehen. Wir können uns deshalb nicht Ihren Willen zum Schaden unserer Bewegung aufzwingen lassen.

Eine Resolution wie diese, die Sie uns aufzwingen, würde — ich spreche das in aller Ruhe aus — für uns unannehmbar sein. Hier gibt es keine Unterwerfung, sondern nur den entschiedensten Widerstand. Wir hoffen aber, daß Sie es nicht bis zum äußersten kommen lassen werden. Unsere Ausführungen werden Ihnen eine andere Kenntnis von den Dingen gegeben haben. Sie dürfen in diesem Augenblick, wo es sich um die fernere Geschlossenheit der Partei handelt, sich nicht darauf stützen, daß Sie bereits gebunden sind. Sie müssen als freie Vertreter der Sozialdemokratie handeln und den Mut haben, Ihre nach reiflicher Erwägung gewonnene, vielleicht andere als bisherige Beurteilung der Streitfrage vor Ihren Genossen zu vertreten. Wenn Sie der Partei einen Dienst bereiten und wenn Sie den mutwillig heraufbeschworenen Parteistreit (große stürmische Linien, sehr richtig! bei den Süddeutschen) — (mit erhobener Stimme) den mutwillig heraufbeschworenen Parteistreit (stürmischer Beifall bei den Süddeutschen; erneuter stürmischer Widerspruch) und den damit begangenen Fehler wieder gutmachen wollen — das sage ich in aller Ruhe —, so setzen Sie die Partei keiner Strafpöbe aus. Vertrauen Sie vielmehr uns, wie wir Ihnen vertrauen, daß wir, wie Sie, das Beste der Partei im Auge haben, und daß jeder Teil am besten die einzelnen taktischen Maßnahmen kennen und treffen wird, die unserer gemeinsamen großen Sache dienen sollen. (Lebhafte wiederholter Beifall bei den Anhängern der Budgetbewilligung und einem Teil des Publikums.)

Singer: Ich bin jetzt in der Lage, dem Parteitag Mitteilung zu machen von dem zahlenmäßigen Resultat der gestrigen Wahl in Speyer-Ludwigshafen. Der Genosse Binder hat 2197 Stimmen bekommen, der bürgerliche Kandidat Wuhl 12607. (Lebhaftes Bravo!) Die Sozialdemokratie hat mehr als 3000 Stimmen gewonnen, der Block 1000 Stimmen verloren. (Erneutes lebhaftes Bravo!)

Hierauf wird beschlossen, auf den von den Nürnberger Genossen geplanten Ausflug, wenn nötig, mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Parteitages dankend zu verzichten.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr und bringt zunächst zwei geschäftsordnungsmäßige Anträge zur Abstimmung. Ein Antrag Rudolphs-Frankfurt a. M. verlangt eine Abzettel von 90 Minuten für je einen Vertreter der Minorität der bayerischen und badischen Landtagsfraktion. Der Antrag wird angenommen. Es werden das die Genossen Simon-Nürnberg und Eichhorn sein. Der andere Antrag, von Weiss-Berlin gestellt, verlangt, daß in der Diskussion abwechselnd je ein Befürworter und ein Gegner der Vorstandsresolution zum Wort kommt.

Weiss führt aus, daß bis zum Schluß der Vebelschen Rede bereits 76 Wortmeldungen vorlagen, davon die ersten 31 mit ganz geringen Ausnahmen von Anhängern der Budgetbewilligung.

Selig-Jülich: Ich hätte an sich gar nichts dagegen, kann mir aber nicht vorstellen, wie das gemacht werden soll. Wer entscheidet, ob für oder gegen? Es gibt auch noch andere Resolutionen wie die Vorstandsresolution.

Singer: Die Redner selbst erklären durch Meldung beim Bureau, ob sie für die Annahme der Vorstandsresolution sind oder nicht. Dabei haben sie volle Freiheit, in ihrer Rede auch die anderen Resolutionen zu behandeln. Ulrich-Offenbach: Wenn es sicher ist, daß die Reihenfolge der Rednerliste sonst maßgebend ist, können wir den Vorschlag akzeptieren.

In dieser Voraussetzung wird der Antrag angenommen.

Für die badische Landtagsfraktion erklärt das Wort:

Dr. Frank-Mannheim: Daß so viele Abgeordnete und Vertrauensleute der Partei aus Süddeutschland nahezu einmütig in der vorliegenden Streitfrage vor Ihnen stehen, hat manchen unter Ihnen — ich weiß das — bedenklich gemacht und zur Vorsicht gemahnt. (Zuruf: Oder nicht!) Denn jedes Wort der Beschimpfung oder Bedrohung, das gegen uns sogenannte Disziplinbrecher geschleudert worden ist, fiel und fällt mit voller Wucht zurück auf die Arbeiterklasse selber. (Zuruf: Machen Sie uns bloß nicht graulich!) Das Proletariat will eine Welt gewinnen und gestalten und soll nach der Meinung mancher Leute nicht einmal imstande sein, ein paar Duzend Abgeordnete und Vertrauensleute richtig auszuwählen. Wenn man bloß die „Leipziger Volkszeitung“ liest, muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß in Süddeutschland planmäßig lediglich die Verräter und Ketzer in den Landtag geschickt werden, während die Klassenbewußten daheim bleiben. Wie erklärt sich denn die Einmütigkeit der süddeutschen Genossen? Ein Teil jener Leute, die das Gras des historischen Materialismus wachsen hören, hat es sich in dieser Frage sehr ideologisch leicht gemacht.

Man sprach von Winterern und Verschwörern, die ihren Einfluß geltend gemacht hätten. Die „Neue Zeit“ hingegen hat versucht, uns wissenschaftlich gerecht zu werden. Sie hat unsere Rückständigkeit zu erklären versucht aus der Betriebsstatistik. Ich will auf dieses Gebiet, das manchen von uns als wissenschaftliche Spielerei betrachtet (Sehr richtig!), heute nicht folgen. Ich will auch nicht in den Streit darüber eintreten, welche Kultur die wertvollere ist, die norddeutsche oder die süddeutsche; denn darüber sind wir alle uns einig, daß das Proletariat im Norden wie im Süden sich seinen Anteil an der Kultur erst erobern muß. Es waren, ich versichere Sie, keine revisionistischen Verschwörer, die uns beinflusst haben. Wir sind nicht wie die Kinder hinter dem Rattenfänger von Hameln hinter irgendeinem Menschen mit dämonischem Einfluß hergelaufen, und es war auch kein bayerischer oder Berliner Diefel, der uns den Dolk auf die Brust gesetzt hat. Ich versichere Sie, unser Entschluß ist hervorgegangen aus ernstlichen sachlichen Beratungen. Wir waren der Meinung, um ein Wort des alten Liebknecht zu gebrauchen, daß das Parteiprogramm mit den erläuternden Parteibeschlüssen kein papierener Papst sei, sondern daß wir berechtigt und verpflichtet seien, selber zu denken und zu prüfen, dann aber auch zu handeln. (Sehr gut!) Und deshalb haben wir an Sie den Anspruch, daß Sie anerkennen, wir hätten mit unserem Vorgehen keinerlei Disziplinbruch getan oder beabsichtigt. Was wir gewollt oder getan haben, war der Ausfluß unseres parteigenösslichen Pflichtbewußtseins, und deshalb werden wir zu unserem Beschluß und zu unserer Ueberzeugung stehen wie die Männer. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.) Unser Handeln ist nach unserer Ueberzeugung der Ausfluß unserer Au-

teiligung am parlamentarischen Leben überhaupt (Sehr wahr!), und deshalb haben diejenigen, die uns bekämpfen, ganz Insequent dazu kommen müssen, daß sie zunächst den Wert und die Bedeutung des Parlamentarismus überhaupt betrautzuehen suchten. (Sehr richtig!) Es ist dieselbe Weise und derselbe Text, wie er im Jahre 1890 und 1899 von den Berliner Jungen gesungen worden ist (Sehr richtig!); dieselbe Kampfmethode auch. Es wird zunächst proklamiert, daß die Versumpfung der Partei eintrete, und außerdem werden die Massen mißtrauisch gemacht gegen die Führer in gehobener Lebensstellung. (Sehr richtig!) Ein Unterschied, ein wichtiger: 1890 richteten die Berliner ihre vergifteten Pfeile gegen die Genossen Liebknecht und Bebel und die ganze Parteileitung. (Stadhagen: Die Berliner?) — Die damaligen Berliner, ja (Stadhagen: Donnerwetter!) — heute ist leider der Parteivorstand der Fahnenträger der Berliner geworden. (Lachen.) Ich habe mich, wenn Ihnen das komisch klingt, mild ausgebrüdt; es gibt auch Leute, die meinen, der Parteivorstand sei der Gefangene der Berliner. (Stürmisches Gelächter, lebhaftes Zustimmung.) Wenn wir zu der Auffassung gekommen sind, daß das so ist, so will ich das nicht zum Anlaß nehmen, hier Vorwürfe gegen den Parteivorstand zu erheben, aber eins muß und wird gesagt werden:

Diese Debatte ist hauptsächlich deshalb so vergiftet worden, weil ein Teil der Genossen, und nicht der schlechteste, der irrtümlichen Meinung war, es handle sich um ein Komplott gegen die Einheit der Partei. Gerade Leute, die in der Sache uns Recht gaben, haben gesagt, sie ließen in dem Punkt nicht mit sich spähen, wenn die Partei, mit der sie verwachsen seien, angegriffen werden solle. Es ist im „Vorwärts“ und in anderen Blättern fort und fort die Rede gewesen von der Geheimkonferenz, in der unser schwarzer Plan ausgeheckt sei, und da haben wir nun erwartet und erwartet, daß aus der Mitte des Parteivorstandes heraus, der es besser wußte, ein Wort dagegen gesprochen würde. (Zuruf von Mollenbuhr.) Sie haben keine Auskunft von uns gebracht, Genosse Mollenbuhr, wenden Sie sich nur an Ihren Vorstandskollegen Pfannkuch. Ich frage wiederholt den Genossen Pfannkuch, waren Sie nicht dabei in Würzburg auf der Abgeordnetenkonferenz, als in Ihrer Anwesenheit ohne Ihren Widerspruch beschlossen wurde, daß die süddeutschen Abgeordneten in Stuttgart zusammenkommen sollten, um die Budgetfrage zu erörtern? Gleichzeitig wurde beschlossen, daß auf dieser Stuttgarter Konferenz lediglich eine Aussprache stattfinden würde, daß aber keinerlei Beschlüsse gefaßt werden dürften. Das hat Pfannkuch gewußt, das hat der Parteivorstand gewußt, und wir sind der Meinung, daß ein Parteivorstand, der die Einheit und Geschlossenheit der Partei unter allen Umständen als das höchste anseht, die Pflicht gehabt hätte, von dieser wichtigen Tatsache dem „Vorwärts“, dem er nahe steht, Mitteilung zu machen. (Pfannkuch: Haben Sie beschlossen, wann die Konferenz stattfinden sollte? — Müller: Sind wir eingeladen worden?) Ich habe mich deutlich genug ausgebrüdt. Wenn Pfannkuch auch nur entfernt den Wunsch geäußert hätte (Lebhaftes Mha!) . . . es war in Würzburg, als wir den Parteivorstand beigezogen haben, eine preussische Angelegenheit und damit eine deutsche Angelegenheit zu besprechen, für die, wie wir glaubten, der Parteivorstand mit uns Interesse hat. Was hat er geantwortet? Wenn „einer von uns abkommen kann“, wird er da sein. (Hört! hört!) Wir konnten nach dieser hingeworfenen Bemerkung nicht ahnen, daß der Parteivorstand Wert darauf legt, unseren Auseinandersetzungen beizuwohnen. (Lebhaftes Zurufe aus der Mitte der Berliner Delegierten.) Ich gebe es vollständig auf, Ströbel vom Gegenteil zu überzeugen, aber es würde mich interessieren, zu erfahren, ob die „Vorwärts“-Redaktion und auch Ströbel von dieser Tatsache etwas gewußt hat. (Zuruf:

Ströbel hat ja gar nichts gesagt! — Ströbel ruft: Es ist eine Infamie, mir das zu unterschieben!

Singer: Ich kann nur dringend raten, die Verhandlungen nicht durch unnütze Zwischenrufe lebendiger zu gestalten. (Zurufe: Nicht probozieren!) Bis jetzt hat der Redner nichts gesagt, was Anlaß zum Einschreiten gegeben hätte. Ich bitte also Ruhe zu halten und die Situation nicht noch zu verschärfen.

Frank (fortfahrend): Von der Gewohnheit, scharfe Worte gegen Parteigenossen zu gebrauchen, ist der „Vorwärts“-Redakteur Ströbel auch hier nicht abgegangen, er hat mir Infamie vorgeworfen, weil ich ihn gefragt habe, ob er von dieser meiner Meinung nach wesentlichen Tatsache etwas gewußt hat. Ich hätte lieber ein Nein gehört. Das Gedankenschema, nachdem man die Süddeutschen beurteilt und verurteilt hat, ist sehr einfach. Man sagt, der heutige Staat ist ein Herrschaftsinstrument der bestehenden Klassen, das Parlament dient dem gleichen Zweck, also kann für die unterdrückte arbeitende revolutionäre Klasse das Parlament wesentlich nur den Zwecken der Agitation und der Demonstration dienen. Wenn Sie diese Anschauungen wirklich beherrschten, dann hätten Sie bitter Unrecht getan, als Sie die Anarcho-Sozialisten aus der Partei herausdrängten. (Sehr richtig!) Denn dann wäre ihr geistiger Vater der frühere Genosse Dr. Friedberg; wir anderen aber könnten dann nicht verstehen, wie Sie für diesen wertlosen Parlamentarismus Opfer bringen wollen. (Sehr gut!) Wir können dann nicht begreifen, warum Sie auf die Straße steigen und Freiheit und Leben wagen wollen, bloß um die Bahn freizuhalten für parlamentarischen Kretinismus. (Sehr gut!) Wir sind überzeugt, daß die Masse der deutschen Arbeiter anders denkt, wir sind überzeugt, daß Lassalle die Stimmung der deutschen Arbeiter viel besser getroffen hat, wenn er den Leipziger Arbeitern und damit den deutschen Arbeitern zugerufen hat: „Ihnen, meine Herren, den leidenden Massen, gehört der Staat, denn aus Ihnen besteht er“. Lassalle hat weiter gesagt, daß allgemeine gleiche direkte Wahlrecht sei die Grundbedingung aller sozialen Hilfe und das einzige Mittel, um die materielle Lage des Arbeiterstandes zu verbessern.

Wir wissen heute, daß durch die außerparlamentarische Betätigung der Arbeiterschaft in Gewerkschaften und Genossenschaften, der parlamentarischen Arbeit erst Rückhalt und Kraft gegeben wird, aber wir sind auch überzeugt, daß durch das Zusammenwirken dieser drei Faktoren die materielle und geistige Lage der Arbeiterklasse gehoben werden kann und zum Teil schon gehoben worden ist. (Sehr richtig!) Die zähe rastlose Kleinarbeit der Gewerkschaften wäre überflüssig und sinnlos, wenn sie der Ansicht wären, daß es geschichtlich unmöglich ist, die Löhne der Arbeiter über das unbedingt notwendige Existenzminimum herauszuheben. Das eiserne Lohngesetz hat sich als unhaltbar erwiesen. Wenn Sie aber sagen, es sei in den Parlamenten geschichtlich unmöglich, wesentliche Vorteile für die Arbeiterklasse zu erreichen, so würden sie damit das überwundene eiserne Lohngesetz aus dem Gebiete der Ökonomie übertragen auf das Feld der Politik. (Sehr richtig!) Wenn Sie aber mit uns der Ueberzeugung sind, daß eine gewisse Besserung, also sogenannte positive Arbeit möglich ist, dann dürfen Sie uns nicht unerträgliche Fesseln dadurch anlegen, daß Sie einen dauernden Zwang zur Ablehnung des Gesamtbudgets statuieren. Ich appelliere an diejenigen, die den Klassenkampf täglich führen — nicht bloß im Munde führen —, an die Gewerkschaften. (Sehr gut!) Sie verhandeln noch so lang, monatlang mit den Unternehmern um Pfennige, und am Ende ihrer Tätigkeit prüfen Sie die Gesamtlage des Gewerbes, die wirtschaftliche Lage überhaupt und untersuchen, ob Sie zu dem

Tarifvertrag „Ja“ oder „Nein“ sagen. Wenn ihnen nun jemand zumuten wollte, sie dürften zwar den Tarif Posten für Posten durchberaten, wären aber gezwungen, am Schluß unter allen Umständen „nein“ zu sagen. (Große Heiterkeit. Rufe: Lächerlich!) Man sagt uns, durch die Annahme des Gesamtbudgets würden wir den Klassenstaat anerkennen und ihm Mittel bewilligen. Mein Freund Timm hat Ihnen schon gesagt, daß der Staat eine Tatsache ist, mit oder ohne Anerkennung. (Sehr gut!) Wir wollen diesen Staat umformen und erobern. Das geschieht nicht dadurch, daß man mechanisch von Zeit zu Zeit „Nein“ sagt, sondern durch stete ausdauernde Arbeit. (Sehr richtig!) Mein Beispiel über den Tarifvertrag hat Ihre Heiterkeit erregt. Aber vergessen Sie nicht, so sinnlos die Zumutung wäre, die ich als Bedingung Ihnen vorgebracht habe — Leute, die das unbedingte Neinsagen bei Tarifverträgen verlangen, gibt es nach wie vor, und es läßt sich nicht leugnen, daß jeder Gewerkschaftler, der einen Tarifvertrag mit den Unternehmern abschließt, damit die Tatsache anerkennt, daß für die Vertragszeit die auf Ausbeutung beruhende Gesellschaftsordnung noch besteht, daß sie eine Tatsache ist. (Sehr richtig!) Der Kampf gegen die Ausbeutung aber wird deshalb doch nicht aufgegeben.

Nach unserer Meinung ist das, was wir eben tun, ein echt deutscher Streit um eine Peremonie, um ein Nichts. Es soll der Staat gewissermaßen in der Idee beruht werden. (Lachen.) Als wenn dadurch von dem Gebäude des Staates auch nur ein Steinchen verrückt würde! (Sehr wahr!) Wiegt es dem gegenüber nicht schwerer, wenn eine so große Zahl süddeutscher Parteigenossen von dem Zwang zur Ablehnung des Budgets schwere Nachteile befürchtet? Ist es nicht merkwürdig, daß gerade diejenigen deutschen Länder, in denen man Erfahrungen gesammelt hat, gegen die Bindung aufzutreten? In Preußen haben Sie es leicht gehabt. Ihren Landtagsabgeordneten ist der innere und äußere Kampf erspart geblieben, Sie haben keine gehabt. (Lachen.) Sie wissen, daß uns Süddeutschen Ihr preussischer Wahlkampf eine ernste Sache ist, über die wir nicht lachen. Und wenn ich eben konstatierte, daß es Ihnen leichter geworden sei, in dieser Frage radikal aussehende Regeln aufzustellen, so bitte ich Sie, daß Sie das als Ausfluß eines ersten Bestrebens um das Gedeihen der Partei auffassen. (Sehr gut!) Wir haben die feste Ueberzeugung, daß der Konflikt, in dem wir stehen, lediglich ein Ausfluß der Tatsache ist, daß die Preußen bisher ein allgemeines gleiches Wahlrecht nicht besitzen. Hätten Sie ein anständiges Wahlrecht, und eine der Stärke des preussischen Proletariats entsprechende Vertretung, dann würde zweifellos auch für die Preußen der Tag von Damaschus kommen, dann würde aus dem Saulus-Singer ein Paulus-Singer werden. Sie haben sich und andere in eine Aufregung hineingerebet durch die Behauptung, daß wir einen Disziplinbruch begangen hätten, und von Leipzig aus kam die Anklage des Parteihochverrats — man merkt die Nähe des Reichsgerichts. (Große Heiterkeit.) Wenn wirklich ein Disziplinbruch vorgelegen hätte, es wäre nichts so Unerhörtes gewesen. Die ganze Geschichte unserer Partei, der ganze Weg, den wir gemacht haben, ist geradezu besät mit Disziplinbrüchen. (Sehr richtig! Frohme: Von Anfang an!) Sie wissen, daß der Parteileitung in Halle von den Jungen der Vorwurf gemacht wurde, daß sie einen zwingenden Parteitagbeschuß von St. Gallen nicht gehalten hätten, durch den Kompromisse zur Unterstützung bürgerlicher Parteien verboten waren. Die Fraktion hat das Gegenteil getan, und damals waren die Angeklagten Webel, Liebknecht usw. sogar geständig. Sie haben sich gar nicht geschämt, vor dem Parteitag zu erklären: ja, wir haben gegen den Parteitagbeschuß gehandelt, aber wir glaubten, damit den Interessen der Partei zu dienen. (Sehr gut!) Dann weiter, 1893 haben wir in München nach einer sehr leidenschaftlich hingenden Rede unseres Genossen Webel beschlossen, den

bürgerlichen Kandidaten, die sich um unsere Stimmen bewerben, eine ganze Anzahl verhänglicher Fragen vorzulegen. Was ist denn daraus geworden? Zeigen Sie mir doch den bürgerlichen Abgeordneten, dem diese Fragen wirklich vorgelegt worden sind! Sie werden es nicht können. Sinegen können wir Ihnen bürgerliche Abgeordnete zeigen, die damals mit Hilfe unserer parteigenössischen Stimmen gewählt worden sind unter Verletzung des Münchener Beschlusses. (Sehr richtig!) Und ist nicht weiter von einem Parteitag beschlossen worden, daß die Leipziger Genossen die Pflicht hätten, sich an ihren Landtagswahlen zu beteiligen? Wer war es denn, der diesen Parteitagbeschuß mißachtete und die Fahne der Rebellion dagegen aufgefplanz hat? Das waren die Leipziger Genossen. (Zuruf.) Ich weiß schon, daß es etwas anderes ist, ob ein Disziplinbruch in Leipzig geschieht oder in Süddeutschland. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Wir sind überzeugt, daß wir einen Disziplinbruch nicht begangen haben, sondern daß zwingende Gründe im Sinne des Lübecker Parteitagbeschlusses für uns vorlagen. Welche Gründe das waren, will ich Ihnen kurz auseinandersetzen. Das meiste hat Timm schon gesagt. Eins will ich vorausschicken. Das, was an dieser Parteidebatte das Bedauerlichste ist, ist die Tatsache, daß wir durch die Angriffe provoziert und gezwungen werden, so ungern wir es tun, in gewissem Maße unsere Regierung zu loben. (Sehr richtig!) Unsere temperamentvollen Genossinnen von der Frauenkonferenz, die uns Männer auf den rechten Weg führen sollen, mögen es mir nicht übelnehmen, wenn ich ein sehr ungalantes russisches Sprichwort anwende: Behandle deine Frau wie einen Apfelbaum, schüttle sie. Wir wenden dieses Wort auf unsere Regierung an: Man muß sie schütteln, damit Früchte herabfallen, und deswegen bedauern wir eben, daß wir gezwungen sind, sie im gewissen Rahmen hier zu loben. Sie wissen, daß wir der badischen Regierung nicht unser Vertrauen, sondern unser Mißtrauen ausgesprochen haben, aber wir bestreiten nicht, daß durch manche politische Vorkommnisse und Zugeständnisse die Stimmung für die Budgetbewilligung geschaffen worden ist. Ich will ein für allemal vorausschicken: wir wissen, daß es beschiedene Erungenschaften sind, und daß ein beschiedener bürgerlicher Staat, wenn er seine Interessen recht versteht, tausendmal mehr bewilligen müßte. Aber wir wissen auch, daß kein bürgerlicher Staat der Arbeiterschaft etwas von allein herausgibt. Nein! Alles muß erst erkämpft werden. (Sehr richtig!) Wir haben in Baden während dieser Tagung erreicht, daß die Organisationen der Staatsbahnarbeiter ausdrücklich anerkannt worden sind. Die Regierung hat sich verpflichtet, in wichtigen Fällen sich direkt mit den Organisationsleitern in Verbindung zu setzen, während sie früher jahrelang erklärt hat, sie verhandele lediglich mit ihren Arbeitern oder deren Ausschüssen. Gewiß wird dadurch der Klassenstaat noch nicht aus den Angeln gehoben, aber wenn wir damit vergleichen, daß in Preußen die Eisenbahnarbeiter verhindert werden, sich einer Organisation anzuschließen, daß nicht einmal die Frauen der Eisenbahner einem Konsumverein angehören dürfen (Hört! hört!), dann haben wir doch Grund, zu sagen, daß etwas erreicht ist. Weiter ist uns die Zusage gemacht, daß in den Eisenbahnrat, der allerdings nur beratende Stimme hat, Arbeiter, Gewerkschaftsvertreter zugezogen werden. Das ist jedenfalls ein Ausfluß der Erkenntnis, daß die Macht der Arbeiterklasse Gleichberechtigung und Berücksichtigung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens fordert. Es ist weiter von seiten der Regierung bei wichtigen Fragen, zum Beispiel dem Entwurf über die Arbeitslammern, das Gutachten der Freien Gewerkschaften eingeholt worden. Unser Fabrikinspektor und der Minister v. Bodman, der gegen uns die Forderung gehalten hat, hat sich in der Kammer ausdrücklich auf den Standpunkt gestellt,

den die Freien Gewerkschaften dem Entwurf gegenüber eingenommen haben. Er hat sich für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Arbeiter vom 21. Jahre an, ohne Unterschied des Geschlechts, erklärt (Hört! hört!) und hat diesen Standpunkt zweifellos auch im Bundesrat vertreten. Es ist weiter in der Kammer durch den Fabrikinspektor unter Zustimmung des Ministers erklärt worden, daß er es ablehnen müsse, die christlich-nationale Arbeiterbewegung zu empfehlen auf Kosten der Freien Gewerkschaften. (Hört! hört!) — Endlich können wir seit einigen Monaten auf den badischen Bahnhöfen die Parteipresse verkaufen. Ich weiß, daß bei der Wertschätzung, die unsere süddeutschen Parteiblätter in manchen Kreisen genießen, Ihnen das nicht besonders wertvoll erscheinen mag. (Weiterkeit.) Aber für uns hat es den Wert, daß wir dadurch beweisen: wir sind auf dem Wege zu voller bürgerlicher Gleichberechtigung.

Nun war aber der Grund zur Budgetbewilligung nicht zu suchen in dem kleinen Zugeständnissen bei unserer Landtagstätigkeit, sondern der Grund, den wir angaben, war der: Wir haben im letzten Landtag eine wesentliche Erhöhung der Beamtengehälter und der Arbeiterlöhne durchgesetzt. Es ist nicht so, daß bloß Gendarmen und Staatsanwälte davon Nutzen haben, wie ein norddeutsches Blatt schrieb, es waren Tausende von Eisenbahnarbeitern, Wegarbeitern, von Bureaudienern usw., lauter arme Teufel, Proletarier, die zu uns gehören und die wir gewinnen wollen und gewinnen können. Im einzelnen gewiß nicht Riesensummen, aber, wenn zum Beispiel die Weichensteller früher ein Anfangsgehalt von 600 und Höchstgehalt von 900 Mk. hatten, während sie jetzt ein Anfangsgehalt von 1000 und Höchstgehalt von 1400 Mk. haben, so werden Sie mit Recht sagen: Das sind immer noch erbärmliche Gehälter, aber für eine Arbeiterfamilie bedeutet das etwas und das werden die Genossen verstehen, wenn sie gezwungen waren, bis jetzt mit 600 Mk. auszukommen und über Nacht wird ihr Jahresbudget auf 1000 Mk. erhöht. Wir haben es für wichtig, für durchschlagend gehalten, daß wir den Anteil der Arbeiter am Gesamteinkommen des Landes erhöht haben.

Aber ich sage ganz offen und Nebel hat es auch schon angedeutet, wir haben noch einen Grund gehabt, der durchschlagend war bei unseren Fraktionsberatungen. Wir haben diesen Grund bei den Erklärungen nicht mit angegeben, weil wir uns nicht für verpflichtet gehalten haben, unseren Gegnern die Motive unseres politischen Handelns mitzuteilen; Sie, Parteigenossen, haben einen Anspruch darauf, es zu hören. Wir haben in Baden eine parlamentarische Konstellation, wie sie wohl ziemlich selten vorkommt. Es besteht keine Mehrheit einer bürgerlichen Partei; wir zwölf Sozialdemokraten sind das rote Ringlein an der parlamentarischen Wage und wir haben diesen parlamentarischen Zustand dadurch herbeigeführt, daß wir bei den vorigen Landtagswahlen 1905 im zweiten Wahlgang den sogenannten Großblock bildeten, daß wir zusammengegangen sind, offen zusammengegangen mit den Liberalen aller Schattierungen, auch mit den Nationalliberalen. Nun, Genossen, wir haben dadurch erreicht, daß das Land bewahrt geblieben ist vor einer liberalen Mehrheit, die sonst unter allen Umständen eingetreten wäre und wir sind stolz darauf, daß wir das erreicht haben. (Lachen und Zurufe: Bayern? und Wätern?) Genossen, ich sage Ihnen aber, nach meiner Ansicht wäre unsere Haltung dieselbe gewesen, wenn die Liberalen im Begriff gewesen wären, sich eine Mehrheit zu erkämpfen. Wir hielten es im Interesse des Landes für notwendig, zu verhindern, daß eine einzelne bürgerliche Partei die Mehrheit erreichte, weil wir glaubten, dadurch den Einfluß der Arbeitervertreter zu erhöhen. (Sehr richtig!) Nun haben wir für die Neuwahlen, die im nächsten Jahre bevorstehen, uns die Hände in keiner Richtung gebunden. Welche Partei

bei den nächsten Wahlen eingeschlagen wird, das ist Sache der badischen Parteigenossen, deren zuständige Organisationen darüber die Entscheidung treffen werden. Aber wir haben eins getan: es wurde von unseren Gegnern, vom Zentrum im Parlament und außerhalb des Parlaments, als Haupttrumpf gegenüber der Regierung und gegenüber den Liberalen ausgespielt: was wollt ihr Liberalen denn machen: die Sozialdemokraten sind durch ihre Parteibeschlüsse gebunden, das Budget abzulehnen; wenn wir nun, wir verfolgten Zentrumsleute einmal den Spieß umdrehen und auch das Budget ablehnen, dann sitzt ihr da ohne Budget! Ob das Zentrum diesmal von dieser wiederholt vorgetragenen Drohung Gebrauch gemacht hätte, weiß ich nicht und ich glaube es nicht; aber wir haben uns für berechtigt und für verpflichtet gehalten, dem Zentrum diese Waffe aus der Hand zu schlagen und uns den Weg frei zu machen, unsere Entschlüsse mögen lauten wie sie wollen.

Nebel hat gesagt, wir hätten die Manneswürde verleugnet dadurch, daß wir einer Regierung, in der ein Minister v. Bodman sitzt, die Mittel bewilligten. Nebel hätte hinzufügen können, falls er unterrichtet worden ist, daß wir dem Minister v. Bodman kein Wort schuldig geblieben sind, daß wir ihn in der rücksichtslosesten und offensten Weise sofort und später bekämpft haben. Wenn wir am Schluß aus den Erwägungen, die ich hervorhob, zur Annahme des Budgets gekommen sind, so wollten wir diesem Minister v. Bodman ein Vertrauensvotum am allerwenigsten ausstellen, aber eins darf doch gesagt werden: Auch dieser Minister v. Bodman hat in den wenigen Monaten seiner Amtstätigkeit erheblich Wasser in seinen Wein hineinschütten müssen. Es ist uns gegenüber damit operiert worden, daß der Eisenbahnarbeiter Schäußle von der Regierung gemäßregelt wurde, weil er eine Kandidatur der Sozialdemokraten für das Karlsruher Rathaus angenommen hatte. Ich meine, in Norddeutschland, in Preußen — ich mache daraus keinen Vorwurf — wäre der Konflikt nicht möglich (Sehr richtig!); dort können Sie, wenn Sie wollen, jeden Tag derartige Fälle haben, dort wird gar nicht mehr darüber geredet, dort regt man sich gar nicht darüber auf. (Sehr richtig!) Aber betonen muß ich doch: seit dieser Fall Schäußle vorgekommen ist und die schärfste Kritik im Karlsruher Rathaus und im Landtag gefunden hat, seitdem ist diese Praxis von der badischen Eisenbahnverwaltung aufgegeben. (Hört! hört!) Wir haben damit nicht in der Presse renommieret. In der gleichen Eisenbahnwerkstätte, aus der Schäußle hätte ausgestoßen werden sollen, wenn er sich von uns wählen ließe, sind eine ganze Anzahl Werkstättenarbeiter, die seitdem von der sozialdemokratischen Partei als Gemeindevorteiler gewählt worden sind. (Hört! hört!) Auch für das Karlsruher Rathaus.

Es wird gesagt, wenn Ihr zustimmt, dann geht der Klassencharakter unserer Partei verloren. Wir sind nicht dieser Ansicht. Wenn es jemals Sozialdemokraten geben würde, die den Klassenkampf aufgeben wollten, dann würde der Klassenkampf sie doch nicht aufgeben, denn der Klassenkampf ist nicht begründet in den Anschauungen eines Vertrauensmannes oder eines Abgeordneten, sondern in den Verhältnissen, und er ist nicht auszurotten durch Parteibeschlüsse. (Sehr richtig!)

Am was handelt es sich? Ein großer Teil von Ihnen ist hierhergekommen, nicht um uns zu überzeugen, sondern um uns zu überstimmen. (Widerspruch.) Ich freue mich, daß Widerspruch erfolgt. Es hat Zeiten gegeben in den letzten Wochen, wo dieser Widerspruch nicht erwartet werden konnte, sondern wo die Parole ausgegeben wurde, es solle dafür gesorgt werden, daß überstimmt werden kann. (Zustimmung und Widerspruch.) Ich weiß nicht, was Sie tun wollen und was Sie tun werden. Aber was ist damit gewonnen, wenn Sie eine Bindung auf den Weg geben, die wir nicht annehmen können? Was ist für Sie

und was ist für die Partei gewonnen, wenn wir vielleicht nach einem Beschluß von Ihnen das nächste Mal in den Landtag kämen und das Budget ablehnen würden, obwohl die Gegner wissen, daß das vielleicht gegen unsere Ueberzeugung geschieht. Wäre damit der Partei oder der Arbeiterbewegung ein Dienst erwiesen? Würde damit der Massenstaat erschüttert werden? Vielleicht durch das Gelächter, mit dem man uns empfangen würde! (Sehr gut!) Das können Sie nicht wollen, wir halten Sie heute noch für unsere Kampfgenossen, für unsere Brüder, die mit uns zusammen schaffen wollen. Sie dürfen uns nicht in eine Situation bringen, die nach unserer Kenntnis der Verhältnisse den Einfluß der Arbeiterklasse zurückdämmen würde. Unser bester Genosse Auer, der uns heute leider fehlt, hat einmal uns Süddeutschen den Rat gegeben, wie wir uns in solchen Fällen zu verhalten haben. Er sagte, wir sollten denken: Esel seid ihr zwar, aber ich füge mich! Dieser gutgemeinte Rat, dessen eine Hälfte vielleicht manchem sympathisch ist (große Heiterkeit), entspricht nicht der heutigen Situation. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie im Namen der Einigkeit, die wir brauchen, und die wir wollen: Treiben Sie es nicht zum Äußersten! Wenn die Partei zerrissen würde (Zuruf: Wer will denn das? Das wollt Ihr vielleicht!) — wir sind doch keine Kinder, die sich gegenseitig die Schuld zuschultern wollen, wir sind hier beisammen, um ernst zu beraten, was geschehen soll, um ein Unglück abzuwenden. (Sehr richtig! Zuruf: Sie wollen, daß es nach Ihrem Kopf geht!) Wir würden mit Ihnen eine Zerreißung der Partei für ein Unglück halten, nicht bloß für den Norden und den Süden, nicht bloß für die Sozialdemokratie, sondern für die ganze politische Entwicklung von Deutschland und von Europa. (Sehr richtig!) Die Debatte, wie sie bisher geführt ist, und die Resolution entspricht nicht dem Geist, der sich des Größtes der Lage bewußt ist. Wir alle gehen davon aus, daß der Feind draußen steht und nicht unter uns. (Sehr wahr!) Man hat eine Resolution vorgelegt, die man sogar noch für milde hält (Sehr richtig!), von der man gemeint hat, wir Süddeutschen würden direkt verblüfft sein über die entgegengesetzte und gütige Form. (Sehr richtig!) Wir betrachten die Resolution als das Gegenteil des Entgegengesetzten, sie ist für uns durchaus und unbedingt unannehmbar. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Es ist schon hervorgehoben, daß wir es nicht verstehen, warum in der Resolution nicht auch andere Staaten mit aufgezählt sind. Warum haben Sie Gotha vergessen? Die Gothaer haben noch nach Lübeck für das Budget gestimmt. In einer Situation, die nicht den beiden von Bebel angeführten Fällen entspricht. (Widerspruch.) Voch hat öffentlich und bei unseren Besprechungen erklärt, man habe in dem einen Fall für das Budget gestimmt, um die Stellung eines Ministers zu stärken, weil ein reaktionärer Minister vor der Tür gestanden habe. (Hört! hört!)

Im anderen Falle wurde dem Budget zugestimmt, um die Vorteile eines guten Domänenkaufs für den Staat einzufaden. Diese beiden Fälle, die Ihnen beweisen, wie mannigfaltig die Möglichkeiten sind, die dem parlamentarisch tätigen Genossen entgegenzutreten können, werden weder von der Lübecker Resolution in der ersten Auslegung, die Sie ihr geben wollen, noch in der heutigen Resolution vorgeesehen. Ist es nun Ihre Meinung, daß künftig die Gothaer Genossen, wenn sie durch ihre Abstimmung einen etwas freier gestellten Minister am Ruder erhalten können, das nicht mehr tun dürfen? In der Resolution ist gesagt, wenn man eine Verschlechterung verhindern kann, dann darf man den Grundsatz der Ablehnung des Budgets fallen lassen; wenn man aber etwas Gutes erreichen kann, dann darf man das nicht tun! Das verstehe wer kann. Den Bedürfnissen des parlamentarischen Lebens wird die Resolution nicht gerecht. Bei der Besprechung hat einer unserer Delegierten

erklärt, die Lübecker Resolution hat für die Vernunft noch eine Spalte gelassen, die Resolution des Parteivorstandes höchstens noch eine Rippe. Der Fall, den die Resolution ausnimmt, ist ein Fall, der vielleicht alle hundert Jahre in Hessen einmal vorkommen könnte. Damit wollen Sie verschleiern, daß künftig für alle Fälle und unbedingt die Zustimmung zum Budget unmöglich gemacht wird. Nun wird uns entgegengehalten: Ihr habt doch früher jahrelang das Budget abgelehnt und habt Fortschritte gemacht! Wir haben in Baden eine Zunahme der Stimmen der Reichstagswähler von 29 Proz. gehabt, wir stehen damit an erster Stelle unter allen deutschen Staaten und Provinzen, Sachsen z. B. hat um 6 Proz. abgenommen. Aber darauf kommt es gar nicht an, sondern darauf, ob wir den Zwang mitnehmen sollen, das Budget ablehnen zu müssen. Das ist etwas Neues. 1894 wurde in Frankfurt überhaupt kein Beschluß gefaßt, die Lübecker Resolution von 1901 ließ die nötigsten Möglichkeiten offen und Dreesbach hat ja auch damals trotz des Beschlusses im Landtage erklärt, daß er eine Bindung nicht anerkenne; es konnte uns also von der Regierung und den gegnerischen Parteien nicht entgegengehalten werden, daß wir den Etat unbedingt ablehnen müssen, gleichviel, wie er sich gestaltet. Die heutige Resolution aber würde unsere parlamentarische Stellung untergraben. Auf dies Exempel ist bisher eine Probe noch nicht gemacht worden, weil eben bisher eine vollständige Bindung nicht bestand.

Ich verkenne nicht die Unterschiede zwischen Süddeutschland und Norddeutschland. Wenn Süddeutschland eine fast hundertjährige parlamentarische Tradition hat, so dürfen wir das nicht übersehen, aber wir überschätzen es nicht. Im Gegenteil, wir wissen, daß durch die Entwicklung des Kapitalismus über die Eigenart der deutschen Stämme förmlich eine Nebelkammer hinübergeht. Hier handelt es sich nicht in erster Reihe um einen Gegensatz zwischen Nord und Süd, denn wir haben — das erkenne ich gern an — sehr gute süddeutsche Parteigenossen, die aus dem Norden kommen, ebenso wie Sie in Berlin sehr viel Süddeutsche haben, die dort Berliner geworden sind. Nein, der Gegensatz ist ein anderer. Was die Verbitterung und Erbitterung geschürt hat, war die Tatsache, daß ein Ueberstimmen droht von seiten derjenigen Staaten, die kein Landtagswahlrecht haben. Wir haben ja oft Parteitagbeschlüsse gefaßt, mit denen einzelne von uns nicht einverstanden waren. Ich erinnere an die Kämpfe über die Kaiserfrage. Wie wurde da mit Erbitterung herüber- und hinübergeschossen! Aber damals hatten die Beschlüsse ihre Wirkung auf das ganze Reich ohne Unterschied erstreckt, und das war das Versöhnende, das gab dem Parteitag auch das moralische Recht, unter allen Umständen die Disziplin scharf anzuziehen und durchzuführen. Hier aber liegt es anders. Ein Beschluß in der Budgetfrage würde nur diejenigen Staaten treffen, die ein Wahlrecht, die eine Vertretung der Arbeiter haben, und die Staaten, die ein Wahlrecht noch nicht oder nicht mehr haben, wie Sachsen und Preußen, die liefern die Stimmen für einen Beschluß, dessen Wirkung sie nicht selbst spüren, sondern dessen Wirkung die Staaten fühlen, deren Vertreter sich gegen den Beschluß gemeldet haben. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Das ist der Kernpunkt. Ich bitte Sie nochmals: Ueberlegen Sie sich Ihre Abstimmung! Die Resolution des Parteivorstandes darf nicht angenommen werden. Wir wissen, daß ein Parteikörper Disziplin haben muß. (Lebhafter Sehr richtig!) Das ist die Mutter der Siege, aber die Staaten ohne Landtagswahlrecht dürfen nicht die anderen Staaten majorisieren. (Zuruf: Wo bleibt dann die Einheit der Partei?) Ich sage ja, es soll Disziplin sein, aber das schließt nicht aus, daß in dem durch Parteistatut gegebenen Rahmen Eigenarten bestehen. Schauen Sie hinaus auf die alten Dome in Auenberg, wie da die Steine jeder einzelne verschieden gestaltet sind und wie sie doch alle höher-

wärts streben. Und wenn Sie ein paar Schritte zurückgehen, dann sehen Sie nur mächtige Quadern, dann haben Sie den Eindruck der Geschlossenheit. Ich glaube, es ist möglich, Disziplin zu halten und doch die Eigenart nicht zu töten. (Sehr richtig!)

Wenn Sie auf unser einzelstaatliches Verhältnis einwirken wollen, so kann man darüber reden, aber dann wäre zunächst nötig eine Aenderung des Parteistatus, es wäre nötig, daß die Einzelstaaten und Provinzen dem Parteivorstand gegenüber eine geordnete Vertretung hätten, damit er nicht angewiesen wäre auf unverantwortliche Zwischenträger. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Es ist in den letzten Tagen oft hingewiesen auf den Nürnberger Vereinstag von 1868, und von mancher Seite wurde in nicht mißzuberechender Weise mit dem Gedanken gespielt, daß vielleicht Nürnberg, wo der Geburtstag der Partei gefeiert wurde, eine traurige Bedeutung erhalten könnte. Ich bitte Sie auch in der Geschichte zurückzublicken, aber nicht so weit, ich bitte Sie zurückzublicken auf das Jahr 1875, auf das Jahr, in dem die deutsche Arbeiterklasse, die bisher getrennt marschierte, sich vereinigt hat. Ich bitte Sie daran zu denken, daß damals ein Programm angenommen wurde gegen den Rat unseres großen wissenschaftlichen Führers Karl Marx, ein Programm, das sicherlich wissenschaftlich mangelhaft gewesen ist. Aber damals haben unsere Genossen Liebschnecht und Bebel das unvergängliche historische Verdienst gehabt, daß sie der Wissenschaft gegenüber die Forderungen der Praxis und der deutschen Arbeiterschaft durchgesetzt haben. (Bravo!)

Ich hoffe, ich wünsche und erwarte vom Nürnberger Parteitag, daß auch heute wieder die Genossen etwaige wissenschaftliche Bedenken zurückstellen gegenüber der Forderung, daß die deutsche Arbeiterklasse einig bleiben muß und soll. (Lebhafter Beifall der Anhänger der Budgetbewilligung.)

Singer teilt mit, daß zum Antrag 136 der Zusatzantrag eingegangen ist, im Absatz 2 der Lübecker Resolution die Worte „Normaler Weise“ zu streichen.

Für die württembergische Fraktion erhält das Wort mit unbeschränkter Redezeit

Süddeutscher-Stuttgart: Parteigenossen, wir Württemberger sind dem Parteivorstand außerordentlich dankbar, daß er uns in seine Resolution mitgenommen hat, daß er dem Parteitag vorschlägt, auch uns zu verurteilen, weil wir diesem Entgegenkommen es verdanken, unser Verhalten vor der deutschen Sozialdemokratie zu rechtfertigen und weil uns dadurch auch Gelegenheit wird, unsere volle Solidarität mit den anderen Fraktionen der süddeutschen Staaten auszudrücken. (Bravo bei den Süddeutschen.) Es ist ja etwas auffallend, daß der Vorstand in diesem Jahre uns einen Müffel zu erteilen beantragt, nachdem er im vorigen Jahre durch Nichtansprechen der Frage in Eilen zweifellos zum Ausdruck gebracht hat, daß er unsere Gründe als zwingend anerkannte. Auch aus der Rede Bebels, der mit keinem Wort unsere Zustimmung zum Budget irgendwie kritisiert hat, geht hervor, daß wir uns im Rahmen des Lübecker Beschlusses gehalten haben. Ganz falsch aber wäre die Anschauung, als ob unser Verhalten von dem Verhalten der anderen Fraktionen Süddeutschlands zu unterscheiden wäre. Im Auftrage meiner Fraktion muß ich erklären, daß wir eine Ausnahmestellung für uns nicht in Anspruch nehmen. Es waren zum großen Teil dieselben Gründe, die uns zu unserer Stellung veranlaßt haben. Die Anklage gegen uns geht auf Disziplinbruch und Parteiberrat. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat unsere Stellungnahme als parlamentarischen Kreinismus bezeichnet. Ich habe seit Jahren berichtet, die „Leipziger Volkszeitung“ ernst zu nehmen. (Unruhe.) Ich glaube, daß meine beschiedene Ansicht auf die Redaktion keinen sonderlichen Eindruck machen wird. Ich glaube, wir werden, solange den Leipziger Partei-

genossen eine solche Kampfesart ihrer Redaktion recht ist, uns in Geduld darenin finden müssen, daß jeder anständige Mann in der Arbeiterbewegung von der „Leipziger Volkszeitung“ angespuckt wird. (Große Unruhe, Widerspruch, Zustimmung.) Wir sind nicht die ersten, denen die „Leipziger Volkszeitung“ angekündigt hat, daß sie mit glühendem Eifer aus der Partei ausgebrannt werden müßten. Aber deshalb reklamiere ich doch, als Parteigenosse anerkannt zu werden, vielleicht mit größerem Recht als Leute, die sich gewöhnt haben, die Parteigenossen zu beschimpfen. Ich nehme die „Leipziger Volkszeitung“ nicht ernst. (Zuruf: Das merit man!) Etwas anderes ist es mit dem „Vorwärts“. Der „Vorwärts“ ist das offizielle Zentralorgan, der Parteivorstand hat die moralische Verantwortung für den „Vorwärts“, er hat sie dokumentiert, als er entgegen dem Willen und den Intentionen des Parteitages in Jena seine Allmacht durch eine Neubefetzung der Redaktion gezeigt hat. (Unruhe.) Ich will darüber hier nicht streiten. Genug, er hat die Verantwortung, und er übernimmt sie auch mit seiner Resolution. Wir tut es leid, daß ich hier vor der Öffentlichkeit Dinge berühren muß, von denen ich voraussetze, daß unsere Gegner sie uns später in den parlamentarischen Verhandlungen entgegenhalten werden. Es ist das für Sie, die Sie nie in der Lage sind, in verantwortungsvoller Stellung die Partei den Gegnern gegenüber zu vertreten (Lebhafter Widerspruch und Lachen), vielleicht unverständlich. Ich nehme es Ihnen nicht übel, wenn Sie lachen. Wir ist es nicht gleichgültig, wenn uns in der parlamentarischen Verhandlung ein Gegner mit solchen Waffen gegenübertritt kann. Man hat versucht, die württembergische Zustimmung zum Etat als eine Entgeißlung hinzustellen. Unsere Zustimmung war keine Entgeißlung. (Hört! hört!) Ich glaube, daß kaum in der deutschen Sozialdemokratie, auch im Parteivorstand nicht, ein Beschluß je gefaßt worden ist, der Gegenstand so gründlicher Beratungen gewesen wäre, als unsere Zustimmung zum Etat im vorigen Jahre. Keine Parteiinstanz kann gewissenhafter, ja ängstlicher die Wirkung eines Beschlusses auf die Partei prüfen, als wir es in diesem Falle getan haben. Und ich will noch mehr verraten; schon um nachzuweisen, wie wenig es sich um eine planmäßige Aktion handelt. Nach tagelangen Beratungen fand in der Fraktion die Sache so, daß die Mehrheit sich für die Zustimmung zum Budget und eine Minderheit sich für die Ablehnung erklärte. Da hätten wir nun, dem Beispiel des Nürnberger Parteitages folgend, von unserem Mehrheitsrecht Gebrauch machen und die Minderheit bergewaltigen können. Wir haben uns aber gesagt, daß eine Budgetabstimmung einen Parteifraßeel nicht wert sei. (Vielfache Rufe: Sehr richtig!) Wir haben es mit den Berlinern gehalten, die seither der Budgetabstimmung keinen Wert beigemessen haben und haben gesagt: nein, die Mehrheit tritt von ihrem Standpunkt zurück unter der Bedingung, daß mit dem Parteivorstand und den anderen süddeutschen, Fraktionen beraten wird, ob wir überhaupt gezwungen sind, regelmäßig die Budgets abzulehnen. Durch dieses Nachgeben der Mehrheit war zwei Tage vor der Abstimmung die Ablehnung des Budgets beschlossen. Am Tage der Abstimmung selber sind auch Genossen der Minderheit zu der Auffassung gekommen, daß die Gründe für die Bewilligung nicht leichterhand abzuweisen seien, daß die Rücksicht auf die Agitation, auf die Propaganda im Lande, auf die Entwaffnung der Gegner nicht zu unterschätzen seien; dazu kam die Kenntnis, daß unsere Abstimmung nicht ohne Einfluß sein würde auf die Haltung der Regierung dem internationalen Kongreß gegenüber, und da waren wir uns des Ernstes der Situation durchaus bewußt. Das kann doch die Partei mit dem Lübecker Beschluß nicht gemollt haben, daß wir einer reinen Formalität wegen unsere guten Gründe propagandistischer Art preisgeben müssen. In dieser Situation haben wir vielleicht eine Stunde vor der Abstimmung

unseren früheren Beschluß verändert und haben geglaubt, im Dienste der deutschen Sozialdemokratie, im Dienste der Partei, der ganzen Bewegung keinen Fehler zu begehen und keinen Schaden herbeizurufen, wenn wir entgegen unserem vorher gefaßten Beschluß in diesem ausnahmsweisen Falle einmal das Budget annahmen. Wir waren sicher, daß damit keine Aenderung unserer Stellung zum Klassenstaat und auch nicht eine solche der Regierung unserer Partei gegenüber irgendwie eintreten könne.

Also ich glaube Ihnen bewiesen zu haben, daß wir nicht beabsichtigt hatten, die Partei zu verraten oder die Disziplin leichtfertig zu brechen, und daß von einer wohlüberlegten Schädigung der Partei und Mißachtung der Parteitagebeschlüsse nicht die Rede sein kann. Nun die Gründe, die bei der ersten Beratung schon entscheidend waren: daß es nicht richtig sein kann, daß die Sozialdemokratie, die Partei des Lebens, des wirtschaftlichen und politischen Lebens auf eine Schablone jahrzehntelang festgelegt wird (Sehr gut!); die Meinung, daß es der Sozialdemokratie gar nicht entspricht, diese Budgetablehnung zu einer Kapitalfrage, zu einer Prinzipienfrage, zu einer Frage des Seins oder Nichtseins der Partei zu machen. Der Parteivorstand drückt in seiner Resolution aus, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß. Ich habe mir Mühe gegeben, in der einschlägigen Literatur zu finden, ob unsere Partei oder eine andere Partei überhaupt offen auf dem Standpunkt steht, daß die Abstimmung über das Gesamtbudget eine Vertrauens- oder Mißtrauensfrage sei. Es ist mir in unserer Literatur kein Fall bekannt geworden, wo das irgendwie einmal beschlußmäßig oder sonst festgelegt worden wäre: wenn man nicht den Lübecker Beschluß so auffaßt. Und ich kann Ihnen sagen, bei uns in Württemberg ist kein einziger Politiker, der bis jetzt gedacht hätte, daß die Zustimmung zum Finanzgesetz den Ausdruck eines besonderen Vertrauens darstellt. Man hat bei uns in den politischen Parteien auch nicht daran gedacht, die Ablehnung zu einer besonderen Mißtrauensstundegebung zu benötigen. Keinesfalls aber gilt das Umgekehrte. Unsere Zustimmung zum Budget, das ist die Annahme, daß die vorgelegte Verteilung der Steuereinnahme und Darstellung der Ausgaben ohne weitere Beanstandung akzeptiert wird. Aber die Ablehnung ist kein Mißtrauensvotum. Wenn die Ablehnung des Budgets eine Mißtrauenserklärung darstellt, so kann sie nicht wirkungsvoll sein, wenn sie einem Katechismusprüfungs gleich alljährlich ohne Rücksicht auf die politische Konstellation schablonenmäßig angewendet wird. (Sehr richtig!) Sie wird nur eine wirksame und entscheidende Waffe sein, wenn sie zur besonderen Betonung eines Mißtrauens benutzt wird, sobald ein besonderer Grund dazu vorliegt. Wir haben in Württemberg 12 Jahre hindurch das Budget abgelehnt und dadurch den Weisfall aller Parteigenossen, auch aller Radikalen gefunden. Glauben Sie aber nicht, daß das an uns Beteiligten ebenso vorübergegangen ist, wie an Ihnen, die Sie der Sache fernstanden. Ich weiß aus persönlicher Beobachtung, daß unsere Gegner — und wir haben in unserem Landtag nicht zu unterschätzende Gegner für unsere Propaganda — in diesen ganzen Jahren immer mit dem Mittel haussieren gegangen sind, daß sie den Arbeitern erklärt haben: Gewiß, die Sozialdemokraten haben für die Arbeiter wunderschöne Reden gehalten, sie haben immer mehr verlangt als die anderen, aber was nützen alle Reden und Forderungen und die großartigste Ankündigung von höheren Löhnen, wenn am Schluß durch die Ablehnung des Budgets die dazu notwendigen Mittel verweigert werden. (Lachen.) Glauben Sie nicht, daß Sie damit eine besondere Intelligenz beweisen, wenn Sie darüber lachen. Das haben wir auch getan und haben jahrelang in Versammlungen und im Parlament das zu widerlegen gesucht. Aber immer sind die Gegner gekommen und haben gesagt: Glauben Sie doch

keine großen Reden; Ihr ganzes Gebaren ist ja lächerlich, Sie lehnen am Schluß ja doch die Mittel ab; wenn wir alle so handeln würden, würden wir gar keine Fortschritte machen. (Zuruf.) Mein lieber Genosse Ledebour, Herr Hieber geniert sich auch vor Ihnen nicht, und wenn sich auch manche vor Ihnen genieren. Es ist mir unverständlich, daß Sie mir ins Wort fallen, wo Sie doch als mein Kollege wissen, daß ich noch nie im Reichstage daran gedacht habe, daß auch nur der Gedanke in Erwägung gezogen werden könnte, im Reichstag das Budget anzunehmen. Die Verhältnisse im Reich und in den Einzelstaaten sind eben doch grundverschieden. Wenn wir in Württemberg der preussischen Regierung gegenübergestanden hätten, wären wir wahrscheinlich mit einer Fraktionslösung von einer Minute fertig geworden. Einer Regierung wie der preussischen hätte keiner von uns Lust, auch nur die leiseste Konzession zu machen. Aber ich kann die württembergische Regierung nicht mit derselben Peitsche schlagen, mit der die preussische geschlagen zu werden verdient. (Sehr gut!) Ich will das kurz begründen. Sie haben ja nachher das Recht, zu prüfen, ob ich noch innerhalb oder außerhalb der Partei stehe, wenn ich Ihnen nicht radikal genug bin. In der Lübecker Resolution ist als besonderes Kriterium zum Ausdruck gebracht, daß der Staat von heute unter allen Umständen die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie gegenüber den anderen Parteien prinzipiell ablehne. Ich weiß, daß auch bei uns noch nicht in allen Detailpunkten die Sozialdemokratie diese Anerkennung errungen hat, aber ich fordere Sie alle auf, mir nachzuweisen, wo die Gleichberechtigung der Arbeiter in politischer Beziehung durch die württembergische Regierung ausdrücklich verlekt worden ist. Infolge unserer Tätigkeit und unseres Einflusses, den wir durch die hinter uns stehenden Massen zum Ausdruck bringen konnten, hat man bei uns den in früheren Jahren eingenommenen Standpunkt der Sozialdemokratie gegenüber von Grund aus reformiert. Ich rede nicht davon, daß es in der Justiz in Württemberg heute anerkannt ist, daß die politische Gesinnung als Sozialdemokrat kein Grund zum Ausschluß vom Amt eines Schöffen oder Geschworenen ist. Wir haben aber seit Jahren durch die Arbeiter gewählte Vertreter in der Zentralstelle für Handel und Gewerbe, einem Institut, das für die Fabrikinspektion bei uns von ungeheurer Bedeutung ist. Wir haben Organisationen der staatlichen Eisenbahnarbeiter, in denen bekannte Parteigenossen an leitender Stelle stehen — alles Dinge, die Sie vielleicht nicht als nennenswert bezeichnen, die aber bei Ihnen jedenfalls absolut ausgeschlossen sind. (Sehr richtig!) Wir haben vor zwei Jahren durch unsere Initiative für die Werftstättenarbeiter der Staatsbetriebe den neunstündigen Arbeitstag erreicht. Und dieses Vorgehen ist der zwingende Grund für die preussische Verwaltung gewesen, uns auf diesem Gebiete zu folgen. (Hört! hört!) Wir haben uns außerordentlich gefreut, daß durch unsere parlamentarische Tätigkeit es möglich war, auch den Arbeitern in Preußen diese Wohltat zuteil werden zu lassen. Wir haben in der letzten Periode eine Aenderung der Steuergesetzgebung, eine Aenderung unserer Verfassung erhalten, haben das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht, ergänzt in einem Teil des Landes durch das Proportionalwahlrecht. Und wenn es uns nicht gelungen ist, bis jetzt eine Mehrheit im Landtage zu erreichen, so ist nicht das Wahlrecht schuld, sondern die noch zu geringe Zahl unserer Anhänger. Es ist in den letzten zehn Jahren kein Fall bekannt geworden, wo bei irgendeiner Wahl die Regierung oder ein Vertreter derselben irgendwo die Beeinflussung eines staatlichen Angestellten oder eines Privaten bei irgendeiner Wahl versucht hätte. Alle diese Gründe haben nicht als einzelne für sich, sondern in ihrer Gesamtheit einen gewissen Einfluß auf die Stimmung ausgeübt, und sie wurden unterstützt durch die Tatsache,

daß auch bei uns im vorigen Jahre eine allgemeine Arbeiter- und Beamtenaufbesserung durchgeführt wurde, die mit unserer Hilfe um über 1½ Millionen vergrößert und wesentlich zugunsten der Arbeiter abgeändert wurde. (Hört! hört!) Bei unseren Beratungen war ein Parteigenosse, der nicht in den Verdacht revisionistischer oder opportunistischer Anschauungen kommen kann, aber durch die Erfahrungen der letzten Reichstagswahlen nachdenklich geworden war, der erste, der erklärt hat: wir müssen aus Gründen des agitatorischen Bedürfnisses daran denken, daß uns nicht aus der Haltung in dieser Frage in der Propaganda Nachteile zugefügt werden können. (Hört! hört!) Die Arbeiter der staatlichen Anstalten und auch die übrigen seien gar zu leicht geneigt, die Behauptung, daß wir durch Ablehnung des Budgets alle früheren Annahmen illusorisch machten, als richtig anzuerkennen, ja, sie betrachten diese Stellungnahme als Interesslosigkeit, als Falschheit. Aus diesen rein praktischen Erwägungen und aus dem Bedürfnis heraus, der Partei keinen Schaden zuzufügen, ist in einem großen Teil unserer Fraktion der Gedanke wachgeworden, daß es notwendig sei, unsere Stellungnahme zum Budget zum Ausdruck zu bringen. Also von einem absichtlichen Disziplinbruch, von einem Parteiverrat kann bei uns nicht die Rede sein. Wer auf diesem Parteitage durch Annahme der Parteivorstands-Resolution das Mißtrauensvotum gegen uns zum Ausdruck bringt, der will nicht anerkennen, daß unsere Erwägungen und unsere Beschlußfassung aus dem guten Herzen für die Partei entspringen ist, sondern er erklärt, daß wir gewissenlos unter Nichtbeachtung der Parteitagsbeschlüsse der Partei absichtlich Schaden zufügen wollten. Das müssen Sie sich bei Ihrer Abstimmung überlegen.

Ich habe vorher gesagt, wir sehen in der Budgetabstimmung keine prinzipielle Frage, keine Staatsaktion, und habe betont, daß wir damit ganz der Meinung sind wie die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Berlin. Der Berliner Etat ist wesentlich größer und umfangreicher als unser württembergischer Etat, und Sie werden zugeben, daß auch die Berliner Kommunalverwaltung eine wesentliche Einrichtung des Klassenstaates darstellt. Die Berliner haben aber bis jetzt nie daran gedacht, das Budget abzulehnen. (Wohlfaste Zurufe der Berliner: Wir haben ja nie zugestimmt!) Parteigenossen! Für wie dumm müssen Sie mich halten, wenn Sie annehmen, daß ich, ohne etwas in der Hand zu haben, den Berliner Stadtverordneten hier einen solchen Vorwurf machen werde. Ich weiß aus langjährigen Erfahrungen, daß mit den Berlinern auf den Parteitagen schlecht Kirschen essen ist, wenn man nicht beschlagen ist. Ich hätte auch diese Berliner Gesandte nicht zum Gegenstand der Erörterung gemacht, wenn sie nicht gar so interessant gewesen wäre. (Hört! hört!) Die „Münchener Post“ hatte vor längerer Zeit sich einmal das Vergnügen gemacht, den Anfang des Berliner Etats festzustellen, und hatte dann bemängelt, warum denn die Berliner, die so kritisch seien gegenüber den Bayern und Wadenfern, doch selbst gar kein Verständnis dafür gezeigt hätten, daß die Budgetabstimmung eine große Staatsaktion sei. Da hat sich natürlich der „Vorwärts“ riesig entzündet: eine solche Verleumdung, eine solche Gemeinheit und Niedertracht wie die der „Münchener Post“ gibt es nicht wieder. (Seiterkeit bei den Süddeutschen.) Die „Münchener Post“ aber hat sich erlaubt, noch auf ihrem Standpunkt stehen zu bleiben — dies verächtliche Blatt. (Seiterkeit bei den Süddeutschen.) Die Redaktion des „Vorwärts“ ist natürlich über Berliner Verhältnisse genau instruiert, und so schrieb er folgendes:

„Unüberwindliche Abneigung gegen die Wahrheit. Die „Münchener Post“ wiederholt in ihrer Sonntagsnummer: Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins haben das Budget nie abgelehnt. Der „Vor-

würts“ hat . . . festgestellt, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins niemals für den Etat der Stadt Berlin gestimmt haben . . . Ist es der „Münchener Post“ nicht möglich, ihre die süddeutschen Genossen irreführende Behauptung richtigzustellen?“

Die „Münchener Post“ hat bis heute ihre Behauptung nicht richtiggestellt. Das hat mich außerordentlich interessiert. Ich habe mir gedacht: sind die Münchener wirklich genau so schlechte Kerle wie die vom „Vorwärts“? (Große Seiterkeit.) Ich habe hier den stenographischen Bericht der Stadtverordnetenversammlung vom 31. März 1906, den Abschluß der Etatsberatung. Da werden eine ganze Reihe von Einzelakten angenommen. Verschiedene unserer Redner beteiligten sich mit großer Schärfe daran; ich habe dabei gesehen, wie die Berliner Parteigenossen im Rathause uns zum mindesten nicht nachstehen in der Vertretung der Interessen der Arbeiter, daß sie ganz wie wir in derselben revisionistischen und opportunistischen Weise suchen, Kleinigkeit um Kleinigkeit der kapitalistischen Klassenstaatlichen Organisation abzurufen. Und dann sagt nach dem amtlichen Bericht der Stadtverordnete Liebenow: „Nachdem wir nunmehr mit sämtlichen Etats fertig sind, schlage ich Ihnen vor, den Stadthaushalt für 1906 im ganzen festzustellen in Einnahme und Ausgabe mit 18/467 646 Mk.“ Und dann heißt es weiter: „Die Versammlung beschließt demgemäß. . .“ (Zurufe der Berliner.) Parteigenossen! So ungefähr könnten wir es auch haben, wenn wir das wollten. Aber Sie verlangen ja von uns, daß wir nicht stillschweigen, wenn diese große Staatsaktion sich vollzieht. Sie verlangen nicht nur, daß wir nicht geduldi und vergnügt der Annahme des Gesamtbudgets durch die anderen zusehen, ohne etwas dazu zu sagen, sondern Sie verlangen von uns, daß wir das Budget ausdrücklich in der Form einer besonderen Mißtrauenskundgebung ablehnen. (Sehr richtig! Wurm: Weil Sie namentliche Abstimmung haben!) Ich gebe zu, daß meine Intelligenz bei weitem nicht heranreicht an die Intelligenz der Berliner Stadtverordneten, aber so weit glaube ich doch die Berliner parlamentarischen Verhältnisse zu kennen, daß es auch dort möglich ist, daß die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag auf namentliche Abstimmung stellen kann, und daß der nicht abgelehnt wird. Wenn der Antrag dann zur Abstimmung kommt, könnten die Berliner mit derselben demonstrativen Wucht, die sie von uns verlangen, den Etat von Berlin ablehnen und ihre Gegnerschaft zum Klassenstaat drastisch zum Ausdruck bringen. (Sehr gut!) Ich bin nun der Meinung, daß dadurch der Klassenstaat um keinen Zentimeter verdrückt würde, aber was dem einen recht ist, muß auch dem andern billig sein. Ich habe Ihnen damit nur demonstrieren wollen, daß die Berliner mit uns der Meinung sind, daß die Annahme des Budgets nicht eine Frage von prinzipieller, grundlegender Bedeutung ist (Widerspruch), sondern eine Frage formaler, geschäftlicher Behandlung, die lediglich aus taktischen, aus Zweckmäßigkeitsgründen zu einer Demonstration benutzt werden kann oder nicht.

Die Resolution des Parteivorstandes schlägt nun eine Verschärfung der Lübecker Resolution vor. Ich will noch einmal kurz an die Parteigeschichte dieses Falles erinnern. Im Jahre 1894, als sie zum erstenmal erörtert wurde, hatten die Süddeutschen das Glück, Grillenberger und Rollmar zu Wortführern zu haben. Es ist zweifellos, daß jene viel wirksamer all die Argumente zusammengetragen haben, als es uns möglich ist. Aber die Parteigenossen von damals waren sich wohl des Ernstes der Situation bewußt, was es bedeutet, einen Teil der Partei in gewisser Beziehung zwangsweise zu fesseln, und haben es abgelehnt, diesen Zwang auszusprechen; sie haben keinen Beschluß gefaßt. In Lübeck war die Situation etwas verändert. Aber die süddeutschen Abgeordneten von damals fanden beim Parteivorstand

noch soviel Gehör, daß sich der Genosse Bebel dafür einsetzte, ihnen die gewünschte Freiheit nach Möglichkeit zu erhalten.

Der Parteitagbeschluss erklärt ja die Abstimmung für eine prinzipielle Frage, setzt aber sofort in der Resolution eine Ausnahme fest, und der Beschluss hört damit auf, ein Prinzip darzustellen. Wir haben in der Zwischenzeit seit Lübeck eine Veränderung unserer politischen Situation in verschiedenen Staaten erlebt. Die sozialdemokratische Partei ist stärker und kräftiger geworden. Die Parteigenossen, die unter schwierigen Verhältnissen uns in der parlamentarischen Vertretung die Wege geebnet haben, waren schon damals der Meinung, daß dieser parlamentarische Weg uns zu praktischen Resultaten führen soll und daß, wenn wir einmal die Gelegenheit haben, Vertrauensmänner in die Parlamente zu schicken, daß wir diesen dann auch das Vertrauen zukommen lassen, daß sie nach Pflicht und Gewissen die Partei fördern und ihr dienen. Genosse Timm hat die Frage ganz auf den richtigen Nenner zurückgeführt. Es handelt sich um die Frage des gegenseitigen Vertrauens und um weiter nichts. Uns haben diejenigen, die in den Vorwochen gegen uns Stellung genommen haben, ohne unsere Gründe zu kennen, dieses Vertrauens von vornherein für unwürdig erklärt. Sie haben das Vertrauen innerhalb der Partei und innerhalb unseres Landes bereits heute in einer Weise untergraben, daß wir schwer zu tun haben werden, das wieder gut zu machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Wir sind gezwungen, bei jeder Wahl diejenigen, die wir vorschlagen, den Wählern als vertrauenswürdige Männer zu empfehlen, und in Ihren Diskussionen sprechen Sie denen, welchen das Volk glauben soll, auch nur das einfachste Vertrauen ab, daß sie imstande sind, zu prüfen, ob ihre Haltung für oder gegen die Budgetablehnung im Interesse der Partei liegt oder ihr zum Schaden gereicht. Die Vorstandsresolution enthält die programmatische Erklärung des Mißtrauens gegenüber Parteigenossen, die seither parlamentarisch gewirkt haben, und wenn Sie uns mit diesem Mißtrauen belasten, geben Sie unseren Gegnern eine Waffe in die Hand, die sie bei jeder Gelegenheit gegen uns benützen werden, indem sie uns vorhalten: was wollen Sie, Sie sind ja von Ihrem eigenen Parteitag als Männer proklamiert, die gar nicht verdienen, eine solche Stellung einzunehmen. Parteigenossen, es geht mir wider die Natur, Ihnen zu sagen: wenn Sie die Resolution annehmen, dann wird dadurch ein Unglück geschehen. Lieber, sage ich, verzichte ich persönlich auf die Mitarbeit, als daß ich proklamieren wollte, die Partei soll Schaden leiden. Aber das kann ich Ihnen sagen: Mit der Vorstandsresolution belastet, ist es mir und meinen Genossen nicht mehr möglich, im Parlament wirksam für die Arbeiter einzutreten. Das können Sie nicht wollen, und das dürfen Sie in Norddeutschland schon aus dem Grunde nicht wollen, weil Sie uns dann ein Unrecht tun, dessen Tragweite Sie nicht ermessen können, weil Sie selber nicht darunter zu leiden haben. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.) Ich weiß nicht, ob wir auseinandergehen sollen von diesem Parteitage, ohne daß es uns möglich wäre, in dieser Frage zu einer Verständigung zu kommen. Die Rede des Genossen Bebel heute früh war, wie die Rede eines Parteiführers sein muß, in verständlichen und ausgleichenden Töne gehalten. (Sehr richtig!) Ich bedaure nur, daß wir nicht einen Viktor Adler in unserem Parteivorstand haben, der sich auf den Standpunkt stellt: in parlamentarischen Fragen wird gehandelt und nicht geredet und Resolutionen gefaßt. Der Parteivorstand weiß — und das ist das Gefährliche an der Situation —, daß er es in uns mit alten Parteigenossen zu tun hat, die wie er mit ganzer Seele an der Partei und ihrer Tätigkeit in der Partei hängen. Weil er das weiß, deshalb vertraut er darauf, daß wir auch mit dem Stigma des Mißtrauensvotums belastet weiter

mitkämpfen und mitarbeiten werden. Parteigenossen, am Tische des Präsidiums sitzt der Genosse Singer. Er hat uns gestern in unserer Konferenz, als wir den Versuch gemacht haben, einen Ausgleich zu schaffen, zu verstehen gegeben, daß es endlich Zeit sei, mit dem Verschleiern und Verkleinern ein Ende zu machen. (Hört! hört!) Wenn das einer von uns sagt, die wir hier gegen eine Anklage uns verteidigen und mit den schweren Vorwürfen der verschiedensten Art belastet, wie sie uns in den letzten Wochen entgegengetreten sind, aus dem Gefühl beleidigter Ehre heraus sich so verteidigen würde, so würden Sie uns das sicher übel nehmen. Aber der Mann, der an der Spitze unserer Partei steht, hat die Aufgabe, zu vereinigen und nicht zu trennen. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.) Die Anklage auf Parteiberrat, auf Disziplinbruch weise ich weit von mir. (Bravo!) Wenn ich Sie auffordere, uns zu schützen vor diesem Stigma, so, sage ich, wäre es die allererste Aufgabe des Parteivorstandes und seines Präsidenten, daß er auf unserer Seite stehen und daran denken würde, daß, wenn wir uns heute auch noch so erregen über diese Frage, doch wieder ruhigere Zeiten kommen. (Sehr richtig!) Ich erinnere daran, wie es gegangen ist, als wir uns seinerzeit über die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen unterhielten. Da habe ich zu denen gehört, die der Meinung waren: was ist das für eine Situation? Ein Land wie Preußen, mit einer solchen Arbeiterkraft, mit einer solchen Organisation soll stillstehen, soll dabei schlafen, wenn die Geschicke des Volkes in der Gesetzgebung beraten werden? Ich habe damals dafür gestimmt, daß die preussischen Genossen sich an den Landtagswahlen beteiligen sollten, und wir sind genau wie heute als dumme Kerle, als halbe Parteigenossen behandelt worden, die es gar nicht erst meinen mit der Partei. Mit großer Geschäftigkeit wurden damals die Beratungen geführt, und als wir zu Hause waren, war alles ruhig. Heute aber schreibt die „Vorwärts“-Redaktion Jubelartikel darüber, daß es gelungen ist, in den preussischen Landtags Abgeordnete zu wählen. Wir haben den Preußen diesen Beschluss aufgedrängt, und so gut sie damals unserem Beispiel gefolgt sind, ist es noch heute mit einer Reihe anderer Dinge gegangen. Ebenso haben wir uns in der aufregendsten Weise über die Frage der Annahme des Vizepräsidentenpostens unterhalten. Der es gewagt hatte, dafür zu stimmen, war ein halber Parteigenosse, ein Revisionist. Die Oesterreicher haben es einfacher gemacht, sie haben nicht geredet, sie haben es gemacht. (Sehr gut!) Die Leute, die auch wieder den Budgetskandal auf dem Gewissen haben, sind zum großen Teil Leute, die noch niemals daran gewöhnt waren, für ihre Tätigkeit innerhalb der Partei eine Verantwortung zu tragen, und das beleidigt uns, das kränkt uns, daß der Parteivorstand nicht imstande ist, zu verhüten, daß all diese Kämpfe in erster Linie von Leuten veranlaßt werden, die gar nicht in die Lage kommen können und wollen, dieselbe Verantwortung wie wir zu übernehmen und dann auch die Konsequenzen aus solchen Beschlüssen zu tragen. (Bebel: Das ist ja unmöglich!) Ja, das ist sehr möglich, Genosse Bebel, darüber denken nicht nur ich, sondern auch andere Leute so. Es gibt keine Partei in der Welt, die sich ihre taktische Beschlussfassung, ihre ganze Richtung vorschreiben läßt von Leuten, die nicht mitten im Kampfe stehen, die uns nur dirigieren wollen, aber nicht mit uns arbeiten. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen; große Unruhe.) So geht es eben mit solchen Kämpfen, da kommen auch solche Dinge zur Sprache, die dem einzelnen unangenehm sind, die aber bei solchen Gelegenheiten auch zum Ausdruck gebracht werden müssen, um mit Lässigkeit zu sagen, was ist. Es sind dieselben Parteigenossen, die uns vor wenigen Jahren zu überzeugen versuchten, daß es notwendig sei, durch den Parteitag beschließen zu lassen, daß der Massenstreik angewendet werden

müsse — in Jena haben wir uns ja darüber die Köpfe beinahe zerfchlagen! (Bebel: Unglaublich!) Genosse Bebel, ich habe Ihre Rede von damals jetzt vor dem Nürnberger Parteitag noch einmal durchgelesen. Auch die der Genossin Luxemburg. (Pfannkuch: Auch die von Sims?) Auch die. Es war nicht die schlechteste. (Pfannkuch: Nein, aber die rüdeste. Heiterkeit.) Ich will nur feststellen, wir haben uns erhitzt, und die, die die Resolution abgelehnt haben, wurden damals auch nur als halbe Genossen, als zweifelhafte Charaktere hingestellt. Unser Jenaer Parteitag ist vorübergegangen, der Mannheimer ebenso, und ich bin der Meinung, wenn wir den Massenstreik machen, dann beschließen wir ihn nicht vorher. (Zuruf Bebels.) Ja, darüber sind wir verschiedener Meinung, Genosse Bebel. Ich bin der Meinung, Massenstreik muß man machen, aber nicht an die Wand malen. So wie es mit diesen Dingen gegangen ist, geht es mit der Budgetabstimmung auch. Ich kann ja nicht das Verdienst in Anspruch nehmen, schon einmal prophezeit zu haben, aber das will ich doch prophezeien, daß einmal die Zeit kommen wird, wo in der Budgetfrage eine andere Abstimmung auf dem Parteitag notwendig wird. Es tut mir leid, daß wir so viel Kraft und so viel Nerven und Energie an die Beratung dieser Budgetfrage hier setzen müssen. (Sehr richtig!) Sie wären sehr viel nötiger anzuwenden gegen andere Leute und nicht gegen Parteigenossen. (Sehr richtig!) Heute erregen wir uns, und trotz dieser Erregung kann ich verschichern, gehe ich getrostes Mutes von Nürnberg nach Hause, denn ich weiß, daß ich in diesem Falle zu denjenigen Besiegten gehöre, deren Anschauungen in späterer Zeit einmal anerkannt und durchgeführt werden. Die Frage wird eben so lange Frage des Prinzips sein, als sie sich auf einzelne beschränkt; sie wird aufhören, es zu sein, sie wird zur tatsächlichen und praktischen Frage werden, sobald auch die anderen mit darunter zu leiden haben.

Die Resolution ist für uns unannehmbar, wenn der Parteivorstand nicht eine Verenderung macht. Und wenn Sie von Ihrer Mehrheit Gebrauch machen — das Recht haben Sie ja dazu —, so haben Sie uns einen Beschluß aufgebrängt, der uns nach unserer Ueberzeugung unsere Stellung erschwert, unsere Erfolge verhindert. Und deshalb ist er unannehmbar. Ich habe keinen Auftrag, Ihnen zu sagen, was wir tun, wenn Sie von Ihrer Mehrheit Gebrauch machen; aber ich für meine Person kann Ihnen sagen, nehmen Sie die Resolution an, so haben Sie uns damit nicht von der Pflicht entbunden, bei jeder nächstjährigen Budgetberatung zu überlegen, ob es das Interesse der Partei, das Interesse der Arbeiter und das Ansehen der Partei erfordert, dagegen oder dafür zu stimmen. Wir werden dabei selbstverständlich, soweit ich dabei in Frage komme, etwas vorsichtiger sein. Wir sind jetzt etwas gewisiger geworden, wir werden die Kollegen vom Parteivorstand vor die Frage stellen, mit uns vorher zu beraten, um nicht eine Situation à la St. Gallen zu schaffen. (Zuruf: Na also!) Also nehmen Sie unsere Keuzerungen nicht als Drohung, als eine Absicht zur Spaltung der Partei, aber erkennen Sie daraus, daß wir überzeugt sind, daß Sie versuchen, uns in unserer Stellung, in unserer politischen Ehre zu kränken, und das sollten Sie nicht tun, im Interesse der Einigkeit, im Interesse der Geschlossenheit. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.)

Simon-Nürnberg: Ich will auf die Polemik in der Presse nicht eingehen; auf beiden Seiten ist gefehlt worden. Und niemand als ich verurteilt schärfer, daß über das Ziel hinausgeschossen wurde. Ganz unnötig verschärft aber wurde die Behandlung der Frage von vornherein durch den Landesvorstand der badischen Parteigenossen, die dem Parteivorstand erklärt haben, hier haben wir ein Schweigegebot. (Sehr richtig!) Wäre das nicht geschehen, so wäre die Diskussion nicht in dieser Schärfe geführt worden.

(Sehr richtig!) Es wurde in der „Fränkischen Tagespost“ die Meinung ausgesprochen, daß wir aneinander vorbeireden, und es ist so. Aber warum reden wir aneinander vorbei? Weil eben die Parteigenossen, die für das Budget gestimmt haben, von Voraussetzungen ausgegangen sind, die wir nicht billigen können. Es wurde hier gesagt, das Parteiprogramm ist kein papiererner Papst. Und auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir nicht Beschlüsse fassen können, die Gültigkeit haben sollen für immer und ewig. Aber wenn man zu der Auffassung gelangt ist, daß Beschlüsse nicht mehr aufrecht erhalten werden können, dann soll man den Weg gehen, der bisher stets gegangen worden ist! (Sehr richtig!), dann soll man auf den Parteitag gehen und soll die Abänderung zu erlangen suchen. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb wären alle die wunder schönen Auseinandersetzungen hier viel angebrachter gewesen vor einem Parteitag, den man nicht vor das Forum der Budgetbewilligung gestellt hätte, sondern auf dem man beraten hätte, aus welchen Gründen man die Abstimmung beim nächsten Male ändern müsse. (Sehr richtig!) Das wäre der richtige Weg gewesen, der uns vor solchen Erschütterungen, vor solchen parteischädigenden Diskussionen bewahrt hätte. Meine Kollegen in der Fraktion des bayerischen Landtages, die für das Budget gestimmt haben, waren der Auffassung — und ich will gern zugestehen, daß das nicht nur vorgehoben, sondern tatsächlich ihre Auffassung war —, daß sie sich mit der Zustimmung zum Budget im Rahmen der Lübecker Resolution bewegten. Die Ausführungen Singers kann Timm für seine Auffassung nicht heranziehen. Es sind da auch noch Ausführungen von anderen Genossen und Genossinnen in dieser Frage, und da ist doch außerordentlich charakteristisch das, was die Genossin Petzin angeführt hat, um eine Verschärfung der Resolution abzuwehren. Sie sagte, und zwar war das gegen einen Antrag Singers auf Streichung des letzten Absatzes der Lübecker Resolution gerichtet: Nehmen Sie den Antrag Bebel einstimmig an. Ich fürchte nicht, daß der Passus zum Hintertürchen führt, mittels dessen die Genossen den Beschluß umgehen. Ich fürchte keine Sophisterei. Gegen Mollathilt hilft uns auch die feingeschliffenste Resolution nichts. Betrachtet man die Frage von dem Gesichtspunkt aus der Begründung der Lübecker Resolution, und wie die Mehrheit für diese Resolution zustande gekommen ist, so muß man sagen, die Auffassung der Genossen war irrig. Die Zustimmung zum Budget in Bayern läßt sich unter die zwingenden Gründe nicht zusammenfassen. Es wurde so viel davon gesprochen, daß, wer im praktischen Leben steht, wer die Fühlung mit der Masse nicht verloren habe, zu einer ganz anderen Auffassung kommen müsse. Ja, man soll sich doch nicht so hinstellen und tun, als wenn man allein noch in Fühlung mit der Masse steht. (Sehr gut!) Aber so ist es ja gar nicht, wir waren gar nicht die Geschobenen, ich möchte den bayerischen Parteigenossen sehen, der an uns herangereten ist und von uns verlangt hat, wir sollten für das Budget stimmen. (Hört! hört!) Sechs Wochen vor der Budgetabstimmung fand der bayerische Parteitag statt und hier wurde von keinem Delegierten die Budgetfrage erwähnt. (Lebhaftes Hört! hört!) Daß die Genossen sich jetzt hinter ihre Abgeordneten stellen, ist erklärlich, aber geschoben haben sie uns nicht. Ja, ich wage zu behaupten, daß, wenn wir gegen das Budget gestimmt hätten, nicht ein einziger Widerspruch bei der Berichterstattung in den Versammlungen laut geworden wäre. (Lebhaftes Hört! hört!) — Zuruf: Beweisen! Ich werde es beweisen. Wir haben bisher in Bayern das Budget abgelehnt und es ist außerordentlich charakteristisch, womit diese Ablehnung in dem Handbuch begründet ist, das den agitatorisch tätigen Genossen mit auf den Weg gegeben wird. Da heißt es:

„Die Sozialdemokratie hat vom ersten Tage ihrer Anwesenheit im bayerischen Landtag an unbeskritten eine eminent praktische Tätigkeit ent-

faltet und auf einer ganzen Reihe von Gebieten sich als die hauptsächlichste Triebfeder des Fortschrittes erwiesen. So hat denn auch der bestigste Gegner nicht vermocht, unserer Landtagsfraktion den sonst so beliebten Vorwurf eines Mangels an positiver Arbeit zu machen. Anstatt dessen sucht man aber ab und zu, wenn alle anderen Kampfmittel versagen, mit einem anderen Einwande gegen sie Stimmung zu machen. Man anerkennt zwar notgedrungen, daß sie für alle möglichen notwendigen und kulturellen Dinge, für Bildung und Erziehung, für Verkehr und Industrie, für Gewerbe und Landwirtschaft, für Arbeiter und Staatsangestellte mit Eifer eingetreten ist und bei den einzelnen Abschnitten des Staatshaushalts die dafür erforderlichen Mittel bewilligt hat. Aber — fügt man hinzu —, indem die Sozialdemokraten bei der Schlußabstimmung über das Finanzgesetz sich ablehnend verhielten, „verweigerten sie doch alle Mittel für die Staatsbedürfnisse“. Diese Behauptung ist aber grundfalsch und zeugt — soweit es sich nicht um eine verwerfliche absichtliche Irreführung der Wähler handelt — von einer ungewöhnlich geringen Kenntnis des inländischen und ausländischen Parlamentarismus. Denn es ist eine alte Art auch bei bürgerlichen Parteien, wenn sie sich in einer scharfen Oppositionsstellung befanden, daß sie die Gesamtabstimmung über das Budget dazu benützten, um ihre ablehnende Haltung gegen das herrschende System zum Ausdruck zu bringen.“

(Lebhaftes Hört! hört!) Ich wage weiter zu behaupten, daß wir uns in Bayern noch niemals in einer günstigeren Situation befunden haben. Wenn man schon einmal die Gründe billigt, die für die Bewilligung des Budgets angeführt werden — ich billige sie nicht —, dann, ich wiederhole es, war die Position für uns niemals günstiger als diesmal, um das Budget abzulehnen. (Hört! hört!) Wir haben dem Kultusminister Behner Verfassungsbruch vorgeworfen, unser Freund Segitz hat in einer geharnischten Rede nachgewiesen, daß der Minister die Verfassung verletzt hat, und er hat seine Rede mit den Worten geschlossen: „Die Frage — nämlich die, ob der Minister ein Recht gehabt habe, auf Grund der Verfassung den Lehrer Befehl zu maßregeln —, diese Frage muß mit allem Nachdruck verneint und scharf hervorgehoben werden, daß in dieser Sache die Staatsregierung sich einer Verletzung der Verfassung schuldig gemacht hat. Meines Erachtens wäre es Aufgabe des Landtages, daraus die Konsequenzen zu ziehen, den Versuch zu machen, ein Verfahren zur Ministeranfrage gegen die Staatsregierung einzuleiten.“ (Hört! hört!) Wenn wir in der Erklärung, die wir gegen das Budget abgegeben hätten, gesagt hätten, wir erkennen zwar an, daß auf den und den Gebieten Fortschritte erzielt sind, daß uns auf manchen Gebieten Entgegenkommen gezeigt ist, wir lehnen aber das Budget ab, weil wir einem Ministerium, das den Verfassungsbruch eines seiner Mitglieder deckt, kein Vertrauen entgegenbringen können — da hätten wir auch dem Indifferentesten unsere Haltung klar machen können. (Lebhaftes Sehr richtig!) Also auch nach der Richtung hin bestand kein zwingender Grund, das Budget zu bewilligen. Daß gewisse Ansätze zur Gleichberechtigung vorhanden sind, erkenne ich an, aber auch nur Ansätze, das Beamtengesetz, das von uns in seinen einzelnen Artikeln auf das entschiedenste bekämpft wurde, und gegen welches ich mehrere Male in Fraktionsführungen gesprochen habe, ebenso wie Adolf Müller und Schmidt, dies Gesetz, welches ich als ein Ausnahmegesetz gegen uns selbst bezeichnet habe — ich habe mich trotzdem dem Beschluß der Mehrheit gefügt, weil ja hier kein Parteitagbeschuß vorlag, ich kann mich selbst, wenn ich Gegner eines Gesetzes bin, einem Beschluß der Fraktion fügen, wenn dem nicht ein Beschluß des Parteitages entgegensteht (Sehr richtig!) —, dies Gesetz sagt in seinem Artikel 11: „Der Beamte hat alle Obliegenheiten des ihm übertragenen

Amtes, den Befehlen, Verordnungen und Dienstvorschriften entsprechend gewissenhaft wahrzunehmen und sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, die sein Beruf erfordert, würdig zu erweisen.“ Artikel 16 lautet: „Die Teilnahme an einem Vereine, dessen Zwecke oder Bestrebungen den staatlichen oder dienstlichen Interessen zuwiderlaufen, ist den Beamten untersagt.“ (Hört! hört!) Und in Artikel 24 heißt es: „Die Vorschrift in dem Artikel 11 über das Verhalten außer dem Amte, sowie die Vorschriften der Artikel 14, 17, 20 finden auch auf die einstweilen oder zeitlich in den Ruhestand versetzten Beamten entsprechende Anwendung. Auf die im dauernden Ruhestand befindlichen Beamten finden lediglich die Vorschriften in dem Artikel 11 über das Verhalten außer dem Amte, sowie die Vorschriften der Artikel 14, 20 entsprechende Anwendung.“ (Lebhaftes Hört! hört! Zuruf: Ist ja desabouiert!) Mir wird zugerufen, das ist von Pfaff desabouiert, da er erklärt habe, in Bayern bestehe zurzeit kein Verein, dem ein Beamter nicht angehören könne. Demgegenüber steht aber die programmatische Erklärung des Ministerpräsidenten Bodewils, die Bebel vorher verlesen hat. Warum hat man sich denn geweigert, diese Artikel zu streichen? (Zuruf: Wegen der Staatsbeamten!) Wir wollen uns doch darüber nicht streiten. Wenn man einem Lehrer Befehl wegen einiger kräftiger Worte die Disziplinierung androht, dann wird, wenn der Lehrer, den wir als Nachfolger für Ehrhart als Kandidaten aufzustellen beabsichtigen, der in Versammlungen unsere programmatische Forderung auf Trennung der Kirche vom Staat und der Kirche von der Schule begründet, Herr von Behner erklären: Was fällt denn dem Menschen eigentlich ein? (Sehr gut!) Man glaube doch nicht, daß man, wenn man schon jemand zu disziplinieren sucht, der nur einige kräftige Worte gefunden hat im Interesse seiner Berufskollegen, daß man dann einen Sozialdemokraten, der wirklich sozialdemokratische Propaganda entfaltet, ungehorsam läßt. (Lebhaftes Zustimmung.) Aber noch ein anderes. In derselben programmatischen Erklärung, die Herr von Bodewils über den Fall Koffhauer abgab, äußerte er sich auch über die Reichstagsauflösung, und zwar sagte er, in erster Linie sei nur das Urteil der militärischen Autoritäten, nicht aber das Ermessen des Parlamentes als ausschlaggebend anerkannt worden. „Es durfte nicht der Eindruck hervorgerufen werden, als ob die Truppenzahl durch das Parlamentiffermächtig eingeschränkt werden könnte. Es durfte nicht ein Präzedenz geschaffen werden, das eben nicht bestehen darf. Aus diesen Gründen hat die bayerische Regierung sich mit der Auflösung des Reichstages einverstanden erklärt für den Fall, daß der Reichstag den Nachtragsetat ablehne oder die Truppenzahl zur Beendigung des Aufstandes durch Aufstellung einer Ziffer einschränken sollte.“ (Hört! hört!) Also die Reichspolitik wurde in diesem Falle vollständig gebilligt.

Ich kann nicht auf all das eingehen, was Frank gesagt hat, ich will nur eines hervorheben: wenn Frank Tarifabschlüsse mit der Budgetbewilligung verknüpft (Geiterkeit), dann beweist er höchstens, daß er von Tarifabschlüssen nichts versteht. (Lebhaftes Zustimmung.) Jetzt erleben wir das Schauspiel, daß in Versammlungen und auch auf dem Parteitage die Handlungen der Regierung und der Mehrheitsparteien unsererseits verteidigt werden, ein Schauspiel, das in der Geschichte der sozialdemokratischen Partei einzig dasteht. (Stürmischer Beifall.) Man nimmt Resolutionen an, worin man von außergerichtlichem Aufwendungen für die Staatsarbeiter spricht. Unser Neben im Landtag waren ganz anderer Art, dort haben wir nachgewiesen, daß die Zuwendungen gar nichts bedeuten, daß sie nicht einmal das ausmachen, um wieviel das Leben durch die Erhöhung der Lebensmittelpreise, durch Steigerung der Wohnungsmieten usw. verteuert ist. (Sehr wahr!) Und nun mit einem Male gibt man

dem Zentrum diese Waffe in die Hand, damit es hinausgehen und sagen kann: Seht, das haben wir gemacht, wir haben so Vortreffliches für die Arbeiter geleistet, daß selbst die Sozialdemokratie erklärt, das sind außergewöhnliche Leistungen, denen man zustimmen muß. Ein weiteres! Heute, nach 40 Jahren, nachdem wir 3/4 Millionen Stimmen im Reich auf uns vereint haben, heute, nachdem die Partei- und Gewerkschaftsbewegung eminent, vor Jahren noch ungeahnte Fortschritte gemacht hat, heute fragen wir uns, ob die Taktik, unter der wir unsere Siege erfochten haben, richtig war oder nicht. (Sehr gut!) Offen gesagt, das verstehe ich nicht. Ja, wenn es richtig wäre, daß wir den Genossen das nicht begreiflich machen könnten! Aber so liegen die Dinge nicht. Wollen wir unsere Handlungen und unsere Taktik so einrichten, daß uns die Gegner nicht angreifen können, daß uns die Indifferenten verstehen, dann behalten wir unser Parteiprogramm nur hübsch in der Tasche. (Sehr gut!) Nehmen wir aber einmal an, wir würden durch solche Taktik die Mehrheit gewinnen, dann wäre es doch unsere Aufgabe, unser Programm zur Durchführung zu bringen, die Regierung würde den Landtag auflösen — glauben Sie, daß die Massen uns dann noch einmal wählen würden? (Sehr richtig!) Ach, man soll doch nicht so töricht sein. Die Massen, denen wir gar nicht klar gemacht haben, warum wir so stimmen, die wir aufzuklären verabsäumt haben, diese Massen würden sagen: Donnerwetter, was fällt Euch denn ein! Dazu haben wir Euch doch nicht gewählt. Wir können der indifferenten Masse viel leichter begreiflich machen, warum wir den Etat ablehnen, als warum wir eine Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche herbeiführen wollen. (Lebhafte Zustimmung.)

Es wurde gesagt, wir können keine Mandate annehmen, wenn uns eine gebundene Marschroute mit auf den Weg gegeben wird. Ich möchte fragen, ob denn in der Dresdener Resolution keine gebundene Marschroute liegt, denn es wird doch dort ausdrücklich betont, daß die Zustimmung zum Etat unter allen Umständen zu verweigern ist. Ich war ja nicht dabei, aber ich hätte auch für diese Resolution gestimmt, und tatsächlich ist sie auch mit ganz wenigen Ausnahmen angenommen worden, und zwar mit Hilfe der Stimmen aller bayerischen Genossen. (Hört! hört!) Es ist weiter gesagt, es darf keine Herrscher bei uns geben. Nein, wir sind Gleiche unter Gleichen, und wenn der Parteitag zu der Auffassung gelangt, daß in irgendeiner Frage nicht so gehandelt ist, wie es der Auffassung der Gesamtpartei entspricht, dann war es bisher so, daß die Minorität sich gefügt hat. (Sehr richtig!) Sehen wir, daß ein Beschluß nicht haltbar ist, dann arbeiten wir dahin, auf dem nächsten Parteitag einen anderen Beschluß herbeizuführen. Also ich sehe nicht ein, daß zwingende Gründe vorhanden gewesen sind, die es uns unter allen Umständen unmöglich gemacht hätten, gegen das Budget zu stimmen. Ich habe schon erklärt: ich habe die feste Ueberzeugung, meine Kollegen in der Fraktion waren der Auffassung, daß sie ihre Zustimmung mit der Lübecker Resolution vereinbaren könnten und da stehe ich nun auf dem Standpunkt, daß man diese ehrliche Auffassung auch auf Seite derer, die anderer Meinung sind, anerkennen soll. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir sollen anerkennen: Ihr konntet vielleicht diese Auffassung haben. Ihr habt aber der Resolution eine falsche Auslegung gegeben. Ist das der Fall, dann muß es doch einen Weg der Verständigung geben. (Sehr richtig!) So liegen die Dinge nicht, daß man sagen kann: Eure Entscheidung bedeutet ein Mißtrauen gegen uns und damit können wir nicht hinausgehen. Das wünsche ich nicht, und ich glaube, Sie alle können es nicht wünschen, daß es auf diesem Parteitage Besiegte und Sieger gibt. (Lebhafte Zustimmung.) Es muß ein Weg der Verständigung gefunden werden, und wenn ich auch nicht

in der Lage bin, einen praktischen Vorschlag zu machen, so muß es doch im Laufe der Diskussion dahin kommen, daß wir den Parteitag verlassen können mit der Erklärung: wir sind heftig auseinandergeplatzt, wir haben die Meinungen ausgetauscht, aber wir sind zu einem Resultat gelangt, auf Grund dessen wir nach wie vor brüderlich zusammenarbeiten können, um endlich den Sieg zu erringen. Wenn wir das wollen, wenn es uns allen darum zu tun ist, die Einigung herbeizuführen, wenn wir die Pflicht, für die Befreiung der Arbeiterklasse zu wirken, ernst nehmen, dann muß ein Weg der Verständigung gefunden werden und bei einigemmaßen gutem Willen dürfte das nicht unmöglich sein. (Lebhafte Beifall.)

Für die Minderheit der badischen Fraktion erhält das Wort

Sichler: Die Minderheit der badischen Fraktion erblickt in der Zustimmung zum Budget einen Verstoß gegen die Lübecker Resolution, einen Verstoß, der vielleicht im guten Glauben begangen wurde, weil man glaubte, daß sich die Haltung der Mehrheit bedenken ließe durch den Schlußsatz der Resolution. Ebenso wie Frank verlangt, daß man die Haltung der Mehrheit würdig nach dem Grundsatze, daß Erwägungen erstster Männer der Abstimmung zugrunde liegen, ebenso verlange auch ich, daß man die Haltung der Minderheit unter diesem Gesichtswinkel würdigt. Es ist in der badischen Fraktion von der sehr starken Minderheit — 5 unter 12 — nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Zustimmung zum Budget einen Verstoß gegen die Lübecker Resolution bedeutet. Es ist mit allem Nachdruck auf die Folgen einer solchen Abstimmung aufmerksam gemacht worden; alle Gründe der Mehrheit sind geprüft worden, und die Minderheit ist zu der Anschauung gelangt, daß diese Gründe nicht zwingender Natur sind und auch nicht unter die Ausnahmebestimmungen der Lübecker Resolution fallen. Man hat die Warnungen und Einwände der Minderheit in den Wind geschlagen. Hätte die Mehrheit der Fraktion loyal handeln wollen, dann hätte sie schon an den Essener Parteitag herantreten müssen, denn schon damals bestand die Meinung, daß die Lübecker Resolution ihnen zu enge Fesseln auferlegt. Wäre es nicht möglich gewesen, durch den Essener Parteitag eine Milderung der Resolution herbeizuführen, dann hätte man in diesem Jahre noch gegen das Budget stimmen und sich dann an den Nürnberger Parteitag wenden müssen. (Sehr richtig!) Man sagt, daß norddeutsche Genossen die Brandfackel erhoben hätten, daß unsere Verhandlungen probiziert seien von einigen unverantwortlichen Parteigenossen, die die Verhältnisse der einzelnen Parlamente nicht eingeweiht sind. Nein, wenn jemand die Verantwortung trägt für die unangenehmen Erscheinungen der letzten Wochen, dann sind es die Mehrheiten der Landtagsfraktionen Süddeutschlands infolge ihres illoyalen Verhaltens. Man spricht von Zwischenträgern, um der ganzen Debatte ein persönliches Gepräge zu geben und um Stimmung zu machen. Ich weiß nicht, was damit gemeint ist, ich weiß nicht, ob der Parteivorstand es nötig hat, Mitteilungen von unverantwortlichen Kreisen entgegenzunehmen in Formen, die man als Zwischenträgererei bezeichnen könnte. Die Genossen aber, die solche Vorwürfe erheben, sollten doch den Mut haben, zu sagen, wer die sogenannten Zwischenträger sind. (Sehr gut!) Wie lagen denn die Dinge? Auf der Würzburger Konferenz wurde die Frage der Budgetbewilligung zum ersten Male angeschnitten, aber die Verhandlung ist auf Einspruch unterblieben, vielleicht aus Mangel an Zeit, vielleicht auch, weil sich eine solche Frage nicht so ohne weiteres und unvorbereitet abtun läßt. Nebenbei bemerkt, ist es auch nicht besonders loyal, wenn man nicht alle Angeordneten über die Pläne verständigt. Ja, der ich allerdings in diesem Jahre verhindert war, oft im Landtage zu sein, der ich aber seit 1901 dem badischen Landtage angehöre und früher keine einzige Sitzung veräumt habe, ich würde

weder von der Würzburger noch von der Stuttgarter Konferenz unterrichtet. Erst am Tage vor der Stuttgarter Konferenz, als ich vom Reichstage heimkehrte, hörte ich zufällig, daß eine Konferenz stattfinden würde, die sich auch mit der Budgetfrage beschäftigen würde, und daß Kolb dazu delegiert sei. Früher kannte man Delegationen nicht. Da erging an alle Abgeordneten das Ersuchen, teilzunehmen. Man hat behauptet, die Stuttgarter Konferenz sei ganz belanglos gewesen, ich glaube, es war Ulrich, der gesagt hat, sie diene lediglich dazu, Druckfachen auszutauschen. (Geisterheit.)

Nun, am Montag nach der Konferenz kam der Genosse Kolb zu mir, begrüßte mich und sagte, indem er aus seiner Freude kein Geht machte — was ich an seinerstatt übrigens auch getan hätte: Ich kann Dir die Mitteilung machen, daß Bollmar festgestellt hat, am Schluß der Konferenz hätte volle Einmütigkeit darüber geherrscht, daß das Budget trotz der Lübecker Resolution bewilligt werden könne. (Hört! hört!) Und als besondere Verstärkung seiner Freude bezeichnete er, daß Genosse Keil, der bisher als Gegner gegolten hatte, derselben Meinung gewesen sei. (Hört! hört!) So liegt es in Wirklichkeit mit der Stuttgarter Konferenz. Es ist nicht richtig, daß besonders zwingende Gründe den Beschluß der badischen Fraktion herbeigeführt haben; ich glaube vielmehr, daß der Stuttgarter Beschluß den eigentlichen Anstoß gegeben hat für das Budget zu stimmen. (Hört! hört!) Nun wird behauptet, daß der Beschluß durch die Lübecker Resolution und die Bewegungsfreiheit, die sie gibt, gedeckt sei. Nachdem Nebel, der berufenste Interpret (David: Die Resolution rührt ja gar nicht von ihm her! — Nebel: Sie ist von mir eingebracht!) sich beklagt hat, verstehe ich nicht, warum man sich nicht in Lübeck mit aller Schärfe und Deutlichkeit gegen diese Deklaration gewehrt hat, wenn man sie nicht für richtig hält. Das ist jedenfalls nicht geschehen. Von den beiden Fällen, in denen die Nebelsche Resolution die Zustimmung zum Budget freigibt, trifft nicht einer für die Mehrheit der Badener Fraktion zu. (Lebhafte Zustimmung.) In einem solchen Konflikt, noch dazu wenn die Minderheit so stark wie in diesem Falle ist — es waren 5 unter 12 — hätte die Majorität einsehen müssen, daß die Abstimmung höchst bedenklich ist. Hätte man nicht so loyal sein wollen wie die Stuttgarter Fraktionsmehrheit, als sie von ihrem Beschlusse zurücktrat, so hätte man doch wenigstens an den Vorstand schreiben und sagen sollen, es schweben Differenzen in der Fraktion, wir fordern ein Gutachten darüber, wie die Lübecker Resolution auszuliegen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Das hat man nicht getan, denn man wollte es nicht. Damit fällt auch die Frohmesche Resolution. (Lebhafte Zustimmung.) Wir kommen damit nicht weiter. Man will eben den Parteivorstand nicht fragen; man erkennt ihn nicht als ausschlaggebenden Faktor an, weil er die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Landtagen angeblich nicht kennen soll. Ja, man kommt sogar und preißt es von der Tribüne des Parteitages herab, daß Parteigenossen sich schämen, die Mehrheitsbeschlüsse des Parteitages anzuerkennen. Timm und Frank haben den Schatten unseres verstorbenen Dreesbach herausbeschworen; es wäre besser gewesen, sie hätten es nicht getan. Seit wann ist es denn eine Schande, vor bürgerlichen Parteien im bürgerlichen Parlament einzugehen, daß man sich den Beschlüssen der Partei zu fügen hat? (Sehr gut!) Seit wann ist es denn Mode, es zu loben, daß jemand sagt nicht, weil der Parteitag etwas beschlossen hat, wie ich es, sondern aus anderen Gründen, ich lasse mich überhaupt nicht binden!? In einer Partei, und gerade einer Partei, die wie wir im heftigsten Kampfe steht und die die Disziplin so notwendig hat, gehört es zu den höchsten Pflichten eines Parteigenossen, Disziplin zu halten und zu zeigen, daß man versteht, sich Beschlüssen des Parteitages unterzuordnen. (Beifall.) Deshalb dürfen wir auch nicht auf die Resolution Frohme kommen,

die würde in Zukunft nichts bessern. Für uns in der Minderheit der badischen Fraktion und eine Zeilang für die Gesamtheit der Fraktion war binden der Lübecker Beschluß. Wir haben uns keinen Augenblick gekümmert, das christlich und offen anzuerkennen. Als Dreesbach 1902 in der badischen Kammer die Ausführungen machte, die Timm verlesen hat, habe ich nach ihm geredet. Die Gegner, der Zentrumsführer Wacker, ein nationalliberaler Parteiführer, und der Demokrat Muser, glaubten Dreesbach nicht, daß er nicht aus Rücksicht auf den Lübecker Beschluß, sondern aus anderen Gründen und aus innerer Uebereizung gegen das Budget stimmte. Ich habe dann natürlich aus parteigenösslichem Pflichtgefühl vor unseren Gegnern nicht polemisiert gegen meinen eigenen Parteigenossen; — kommt leider auch vor; wir haben das im letzten Winter leider erlebt im Reichstage! Ich habe aber ausgesprochen: wir fassen im Gegensatz zum Demokraten Muser die Bewilligung des Budgets als ein Vertrauensvotum auf, das darin liegt, daß man der Regierung des Staates die Mittel zum Weiterarbeiten bewilligt und ihr vertrauensvoll die Verfügung über das Budget in die Hände legt; und habe dann weiter ausgeführt: es kommt nicht allein auf die Ausgaben und Einnahmen des Budgets an, sondern darauf, wie die Politik der Regierung überhaupt beschaffen ist. Das ist auch in der Lübecker Resolution ausgesprochen, und ohne zu polemisieren, habe ich wenigstens in jener Sitzung den Gegnern gegenüber diesen Standpunkt auch damals gewahrt, den die Fraktion seitdem ununterbrochen eingenommen hat bis zur letzten Abstimmung. 1904 wurde ich beauftragt, im Namen der Fraktion eine Erklärung zum Budget abzugeben, die ganz kurz und bestimmt lautete: Weil wir dem heutigen Klassenstaat die Mittel nicht bewilligen wollen zu seiner Politik, stimmen wir gegen das Budget! Und 1906 — die Genossen Kolb und Frank gehörten damals der Fraktion schon an — hat Adolf Ged eine längere Erklärung abgegeben mit einer Begründung, die inhaltlich und prinzipiell genau dasselbe besagt. Das war beschlossen von der Mehrheit der Fraktion, einstimmig, wenn ich mich recht erinnere. Ich glaube, Kolb hat damals in der Fraktionsberatung schon seinen anderen Standpunkt vertreten, aber bei der Beschlußfassung hat er sich jedenfalls auf den Standpunkt gestellt: das Budget ist abzulehnen, und zwar unter den prinzipiellen Gesichtspunkten der Lübecker Resolution. Da hatten wir also die grundsätzliche Ablehnung von 1902 bis einschließlich 1906; für 1908 kam die Schwenkung. Nun sagt die Mehrheit unserer Fraktion: es ist ja gar keine Prinzipienfrage, es ist eine taktische Frage, und man ist noch weiter gegangen, man hat von leerer Zeremonie gesprochen, von einer leeren Formsache, die gar keine Bedeutung habe. Na, Parteigenossen, das eine werden doch auch die, die für die Bewilligung gesprochen haben, zugeben müssen, daß wir vorerst noch im Klassenstaate leben, daß nicht nur das ganze Reich als solches, sondern auch seine Bestandteile, die Bundesstaaten, Klassenstaaten in sich sind. Und man wird weiter zugeben, daß das Budget den Lebensnerv des Staates darstellt, daß es der rechtmäßige Ausdruck für die Herrschaftsverhältnisse im Klassenstaate ist. Wenn man das zugibt, wenn man zugibt, daß im Budget sich die Tendenz der Regierungspolitik verkörpert, da braucht man sich nicht zu wundern, daß die Haltung unserer Parteigenossen im Parlament, die jetzt für das Budget gestimmt haben, bei den einzelnen Budgettiteln eine ganz andere gewesen ist als bei der Schlußabstimmung. Daß wir im Klassenstaate leben und ihn sehr energisch bekämpfen, kann man auf jeder Seite der dicken stenographischen Berichte unserer Einzelanträge nachlesen. Auch in unserem badischen Landtage haben wir die Beweise dafür. So hat Kolb mit vollem Recht beim Justizetat die Klassenjustiz an den Pranger gestellt. Sein „Volksfreund“ hat ganz richtig in seiner Schlußkritik über den Landtag auf die Schwenkung der badischen Re-

gierung nach rechts und ihre Kriegserklärung gegen die Sozialdemokratie hin-
gewiesen. In seiner Schulrede sprach Kolb ganz richtig von dem Apfelbrödel
Volksschule im badischen Staat, und diese Kritik können sich die bayerischen
und württembergischen Genossen merken, denn bei ihnen liegen die Schul-
verhältnisse eher noch schlimmer. Und demgegenüber kommt nun Frank und
stellt die Theorie vom Apfelbaum auf, der nur geschüttelt werden müsse. Er
sagt uns, man könne eine ganze Menge schöner Früchte vom großherzoglich
badischen Apfelbaum schütteln, und diese Früchte stellten die zwingenden
Gründe für die Budgetbewilligung dar. Es ist richtig, die Eisenbahner-
organisation ist anerkannt, aber einstweilen ist es nur ein Versprechen. Bei
den Arbeiterkammern hat Minister v. Wobman eine Erklärung zugunsten
des gewerkschaftlichen Standpunktes abgegeben, aber ausdrücklich nur für seine
Person. Wie die Entscheidung im Gesamtministerium fällt und wie später die
Galtung der badischen Regierung sein wird, weiß man noch nicht. Und über-
dies hört man ja immer bei solchen Gelegenheiten vom Ministerium, daß es
im Bundesrat keinen Einfluß habe. Für die Erhöhung der Gehälter sind wir
auch in früheren Jahren eingetreten und haben das Budget doch abgelehnt.
Man hat endlich vergessen, daß der Apfelbaum auch sehr wurmstichige Früchte
trägt: Klassenurteile gegen Streikbrecher usw., Versammlungsverbote selbst
gegen Kolb. (Kolb: Ich habe den Vortrag doch gehalten!) Das ist ganz gleich-
gültig, aber die Regierung hat ihn Dir verboten. Ich erinnere an die Steuer-
gesetze, und auch im letzten Beamtengesetz haben wir nicht durchsetzen können,
daß Beamte wegen ihres politischen Verhaltens nicht gemahngelt werden
dürfen, haben wir eine Gleichstellung der Frauen nicht erreicht. Das muß
man doch alles mit berücksichtigen, wenn man von den Früchten spricht, die uns
zufallen, wenn man den großherzoglich badischen Apfelbaum schüttelt. Und
wenn gesagt wird, wir bilden das Zünglein an der Wage, nun, in vier Jahren
haben wir ein einziges Mal den Ausschlag gegeben. (Hört! hört!) Handelt
es sich darum, durch unsere Abstimmung die Gehaltsaufbesserung zu retten,
dann müßten wir ja dafür stimmen. Aber unsere Abstimmung war für das
Schicksal des Gesetzes ganz gleichgültig, eine große Mehrheit war ohnedies ge-
sichert. (Hört! hört!)

Ich bedauere, daß die Redezeit mir nicht ermöglicht, auf die inneren
Gründe, welche die Haltung der Fraktionsmehrheit bestimmen und die für sie
viel wichtiger sind als bisher angeführt, einzugehen. Vielleicht bietet sich mir
noch im Laufe der Diskussion die Möglichkeit. Hinter den Standpunkt der
Vorstandsresolution werden wir uns unter keinen Umständen zurückdrängen
lassen. Sie ist das mindeste. (Zustimmung.) Die Resolution spricht keinen
Tadel, keine Kritik aus, sie fordert nur Klarheit, und Klarheit müssen wir
haben, sollen wir nicht durch solche opportunistische Politik auf der schiefen
Ebene immer weiter abwärts gleiten, auf die Abwege einer korrumpierenden
Politik geraten, wie wir sie bei den liberalen Blockparteien in der letzten Zeit
gesehen haben. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird auf morgen vertagt.

Singer (persönlich): Ich habe gegen die Ausführungen von zwei Genossen
je eine persönliche Bemerkung zu machen. Timm hat meine Lübecker Aus-
führungen für seine Auffassung in Anspruch genommen. Ich will, da ich kein
Freund von harten Ausdrücken Parteigenossen gegenüber bin, es nur als eine
unbegreifliche Auffassung bezeichnen, die man sich nur erklären kann, wenn
jemand etwas anderes aus Äußerungen herausgehört will, als darin steht. Ich
habe in Lübeck gewarnt vor der Annahme des Absatzes 3 und habe als Motiv
für diese Warnung gesagt: Es werden dann diejenigen Genossen, die sich den
Absatz 3 für ihre Auffassung zurufe machen wollen, zu entscheiden haben, ob

das zwingende Gründe sind. Das halte ich für unrichtig, das führt zur Ver-
wirrung, zu Mißhelligkeiten. Diese Warnung legt Timm als Zustimmung
zum Absatz 3. aus, indem er sagt, ich hätte durch meine Äußerung
festgestellt, daß die Genossen ein Recht haben, auch außerhalb dieser beiden Be-
dingungen zu entscheiden, was die zwingenden Gründe sind! Das gerade
Gegenteil habe ich in Lübeck ausgeführt. (Sehr richtig!) Soweit eine Rich-
tigung der Timmschen Äußerung. (Bravo!)

Dann hat Hiltenbrand eine Mitteilung gemacht, die er entnommen hat
einer Äußerung, die ich gestern getan habe in einer Konferenz, die, wie ich
betone, auf Wunsch der süddeutschen Parteigenossen stattgefunden hat, ein
Wunsch, den Parteivorstand und Kontrollkommission bereitwilligst erfüllt
haben. Hiltenbrand hat mitgeteilt, ich hätte gestern gesagt, ich habe die Ver-
keinerung satt, es müsse Klarheit geschaffen werden. Das ist richtig. Ich
habe aber damit ganz dasselbe gesagt, was Segis eine Viertelstunde vorher
von seinem Standpunkte aus gesagt hat. Dann hat Hiltenbrand persönlich
gesagt, ein Mann in der Stellung, die ich habe, der hat zu einigen und nicht
zu trennen. Ich bemerke, daß ich in der Besprechung auseinandergesetzt habe,
daß diesen Grundsatz zu verfolgen gerade die Absicht der Resolution gewesen
sei. Ich habe ausgeführt, daß wir peinlich bemüht waren, aus der Resolution
jedes Wort herauszulassen, was als Mißachtung, als Vorwurf gegen unsere
süddeutschen Genossen ausgelegt werden kann. Das den Parteigenossen mit-
zuteilen, hat Hiltenbrand nicht für nötig gehalten. Ich überlasse es dem
Urteil des Parteitagcs, ob sein Angriff gegen mich berechtigt war und muß
denselben als gänzlich unzutreffend energisch zurückweisen. (Bravo!)

Schluß 6¼ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 17. September 1908 — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Die Diskussion über die Budgetfrage mit den dazu gehörigen Anträgen
wird fortgesetzt.

Frohne-Hamburg: Ich habe im Auftrage von 22 Genossen und für mich
selbst den Antrag 134 zu begründen. Er will in den hochgehenden Meinungs-
differenzen eine Vermittlungslinie gehen. Wir sind der Ansicht, daß der Reso-
lution des Parteivorstandes aus mehreren sehr gewichtigen Gründen nicht zu-
zustimmen ist. Es kommt dabei nicht darauf an, ob man generell die Budget-
bewilligung anerkennt oder nicht. Die Antragsteller halten es aber nicht für
angängig, ja für höchst bedenklich, der Lübecker Resolution irgendeine Ver-
schärfung zu geben, und sie halten es auch für unangebracht, in einer Reso-
lution den bayerischen, badischen und württembergischen Genossen irgendeinen
Tadel auszusprechen. Die Kritik mag sich mit den Anschauungen und den
Handlungen, auf die es ankommt, beschäftigen. Das ist ganz etwas anderes,
als wenn in einer Resolution ein formeller Tadel gegen die Vertreter ganzer
großer Landsmannschaften erhoben wird. Die Lübecker Resolution ist nach
unserem Dafürhalten völlig ausreichend, um die Grundlage abzugeben für eine
den Parteiiinteressen entsprechende Entscheidung der Budgetfrage. Man hat
hier und da in Privatgesprächen in Delegiertenkreisen gemeint, daß es nicht
wohl angängig sei, dem Parteivorstand mit einem anderen Vorlage ent-
gegenzutreten. Ich lasse gewiß das Ansehen des Parteivorstandes gelten,
muß aber auch in Anspruch nehmen, daß die Anschauungen anderer als wohl-
gemeint die gebührende Berücksichtigung und Würdigung finden. Nicht darauf

lann es ankommen, wie man hier und da den Wunsch zu haben scheint, ein Gericht mit unseren süddeutschen Genossen abzuhalten, sondern darauf, eine streitige Frage — und zwar eine Frage der allerhöchsten Wichtigkeit — so zu entscheiden, daß die Partei keinen Schaden leidet. (Sehr richtig!) Die Mehrheit der Antragsteller, die ich zu vertreten habe, ist allerdings der Ansicht, daß es eigentlich zwingende Gründe nicht gewesen sein mögen, die für die süddeutschen Vertreter unserer Partei in Betracht kamen. Jedenfalls nehme ich hier mit äußerster Entschiedenheit und volstem Nachdruck für unsere süddeutschen Genossen in Anspruch das Anerkenntnis, daß sie in der besten und rechtschaffensten Absicht so gehandelt haben, wie sie es haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Man soll doch nicht die Unvollkommenheiten, die in der Sache selbst liegen, eine ganze große Anschauungsrichtung entgelten lassen. Seht Euch doch die Lübecker Resolution an. Da heißt es — und das soll ja recht eigentlich der entscheidende Punkt sein — eine Zustimmung zum Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen erfolgen. Wer kann sich im geringsten darüber täuschen, daß mit dieser Bestimmung die Möglichkeit gegeben werden soll, für das Budget zu stimmen. Das ist ja von keiner Seite bestritten worden. Man streitet nur darüber, was denn nun gegebenenfalls zwingende Gründe sind. Im Gotthard Fall hat man die zwingenden Gründe ohne weiteres anerkannt. Wir dürfen die süddeutschen Genossen nicht hier mit einem Odium belasten, das zweifellos ihre berechnigte Autorität, ihr Ansehen in den Kreisen ihrer Wählerschaft ganz erheblich gefährden und erschüttern muß. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Frage der Budgetbewilligung leicht zu nehmen ist, o nein, aber das wiederhole ich auch hier wieder: für mich ist diese Frage keine prinzipielle. (Sehr richtig!) Sie ist lediglich eine Frage der Taktik. (Sehr gut!) Ach, Parteigenossen, wenn man will, kann man ja die möglichsten und unmöglichsten Gründe heranziehen, um zu beweisen, daß die Klassenkampftheorie, die Klassenkampfpraxis usw. in Gefahr ist. Wenn schon dadurch, daß unsere süddeutschen Genossen aus den beregten Gründen für das Budget stimmten, die Klassenkampftheorie gefährdet wird und das Interesse der Partei, ja bitte, dann sei man gefälligst konsequent: dann verwerfe man den Parlamentarismus überhaupt. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) In der Resolution des Parteivorstandes sind ganz erhebliche und mir ganz unfassbare Widersprüche und Inkonssequenzen. Da heißt es, daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden soll. Erschöpft sich denn das in der Bewilligung des Budgets? Ach nein, wenn wir im Reichstag oder sonstwo Arbeiterchutzgesetze machen und ihnen zustimmen, dann machen wir Konzessionen an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. (Sehr richtig!) Ich erinnere Euch nur daran, daß die reaktionären Verwalter und die mit ihnen verbündeten Parteien die governementale Sozialpolitik ausdrücklich stets begründet haben mit der Absicht, sie als Waffe gegen die Sozialdemokraten zu gebrauchen. (Sehr richtig!) Haben wir uns dadurch abhalten lassen, mit äußerster Entschiedenheit für die Sozialpolitik einzutreten? Niemals! Ich wende mich an Eure Vernunft mit meinem Appell. Ist das eine Konzession an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung oder nicht? Nun, dann soll man auch nicht so einseitig sein und sich gerade auf die Frage der Budgetbewilligung kaprizieren, um in ganz besonderen Fällen ganzen großen Landmannschaften daraus einen Strich zu drehen. (Sehr gut!) Und nun die Inkonssequenz in der Vorstandsresolution: es sei denn, daß die Ablehnung die Annahme eines ungünstigeren Budgets zur Folge hätte! Ich persönlich habe aus den Darlegungen unserer süddeutschen Genossen entnommen, daß für sie die Gründe, die sie zur Bewilligung des Budgets bestimmten, sehr wohl

als maßgebend und zwingend erachtet werden konnten, mindestens so zwingend, wie jeinerzeit in Gottha. (Sehr richtig!) Also bitte nicht zmerckel Maß! Man hat bei unserer Resolution gefragt: wer soll denn da die schließliche und endgültige Entscheidung treffen? Ich habe in Uebereinstimmung mit den Mit-antragstellern zu erklären, daß wir nichts dagegen haben würden, wenn etwa hinzugefügt wird: „Verneint eine der Körperschaften das Vorliegen zwingender Gründe, so darf die Zustimmung nicht erfolgen“. Wir kaprizieren uns nicht auf den Wortlaut der Resolution. Sie soll aber die große Vermittlungslinie bezeichnen, auf die wir treten müssen, wenn wir der Partei dienen und sie vor großen Schädigungen bewahren wollen. Da ergibt sich jetzt zum erstenmal eine Differenz bei der Auslegung der Lübecker Resolution und flugs weiß man nichts Besseres zu tun, als sie zu verschärfen! Das hat mich einigermaßen verblüfft. Statt die nötigen Kautelen zu schaffen, wie sie aus dem Geiste und der Tendenz der Lübecker Resolution sich von selbst ergeben, möchte man die Budgetbewilligung überhaupt unmöglich machen. Auf diesen Standpunkt kann ich nicht treten. Das eine erkläre ich ausdrücklich und mit vollem Ernst: so lange ich die Zunge und die Feder rühre, werde ich jeder Gefahr, die Partei durch unnütze, aufregende Diskussionen zu schädigen, zu zerrütten, mit äußerster Entschiedenheit entgegenzutreten. Ich denke, wir haben in vierzigjähriger Parteigeschichte genug gelernt. Zieht die gemachten Lehren zu Ratel (Beifall.)

Ged.-Offenburg: Ich bitte Sie, den Antrag Frohme abzulehnen. Von allem anderen abgesehen, enthält der Antrag nicht die Möglichkeit, einen Konflikt der Interessen befriedigend zu lösen, und zwar aus den formalen Gründen, die Frohme ja selbst anerkennt. Ich glaube, er wird denjenigen, denen er mit dem Antrag dienen will, keinen Gefallen tun, wenn nicht schon die Stellung des Antrages an sich und die dadurch hervorgerufene Verwirrung ein willkommener Anlaß sein sollte. Die Süddeutschen haben selbst zugegeben, daß sie sich in Stuttgart freie Bahn für die Budgetbewilligung schaffen wollten. (Widerspruch der Süddeutschen.) Der Antrag des Parteivorstandes und der Kontrollkommission scheint uns die richtige Lösung herbeizuführen im beiderseitigen Interesse und im Interesse der Partei. (Zustimmung und Widerspruch.) Es ist gemeint, wenn Ehrhart noch in der Kontrollkommission gewesen wäre, dann wäre es vielleicht nie zu dieser Resolution gekommen. (Sehr richtig!) Ehrharts Ueberzeugung in Ehren, ich gebe zu, daß er vielleicht gegen die Resolution gestimmt hätte, aber er hätte anerkannt, daß die Resolution getragen ist von wohlmeinender und ehrlicher Absicht (Gelächter und Lärm bei den Süddeutschen, Rufe von der anderen Seite: Ruhe da drüben!), daß sie nicht von unverantwortlichen Nomaden ausgeht, sondern von Parteigenossen, die Jahrzehnte in der Bewegung praktisch tätig sind. Sie dürfen uns glauben, daß uns jedes Mißtrauen fernlag, daß die Deklaration, die von Ihrer Seite der Resolution gegeben ist, eine falsche, eine gewaltsame ist, daß diese Interpretation, die Sie ihr geben, von uns nicht gewollt war. (Sehr wahr!) Sie sind, noch bevor die Resolution dem Haupte der Gottheit entsprungen war (Lachen bei den Süddeutschen), schon zur Verurteilung des Kindes geschritten. Lesen Sie nur, was der Karlsrührer „Volkstseund“ am 12. September schreibt: „Sobiel kann aber jetzt schon mit Sicherheit festgestellt werden, daß die Mitglieder der süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsfraktionen, welche für das Budget votierten, unmöglich einem Beschlusse zustimmen können, der die Zustimmung zum Finanzgesetz als mit den Grundfäden der Partei unvereinbar und daher grundsätzlich als verboten charakterisiert.“ (Sehr richtig!) bei den Süddeutschen. Zuruf: Das hast Du ja auch gesagt! Gut, also, wenn Sie lediglich die grundsätzliche Verweigerung des Budgets beurteilen, dann

Haben Sie hier eine Resolution, die Ihnen die Möglichkeit gewährt, das Budget zu bewilligen unter Bedingungen, die bisher auch vom Lübecker Parteitag anerkannt sind. Sie vergessen, daß auch Dresden vorhanden ist. (Zuruf: Leider!) Dort ist mit Ihrer Zustimmung eine Resolution angenommen, an der Sie nicht vorübergehen dürfen. Was Simon gestern hier im bayerischen Sinne ausgesprochen hat, das kann ich von Baden aus nur unterstützen. Man braucht statt Bayern nur Baden zu setzen, und es trifft alles zu. Auch in Baden hatten wir die Absicht, die Regierung in Anlagenzustand zu versetzen, weil sie einen offenen Verfassungsbruch durch ihre Stellung zur Sozialdemokratie begangen hatte, aber wir sind davon abgekommen, weil dieser Antrag gegen unsere Stimmen abgelehnt und unsere Stellung dadurch geschwächt worden wäre. Es wurde aber beschlossen, dies nachzuholen und der Regierung durch Ablehnung des Budgets ein Mißtrauensvotum zu erteilen. (Hört! hört!) Parteigenossen aus Bayern, Sie haben uns mitgeteilt, daß man in Ihren Kreisen Kenntnis davon gehabt hat, daß die bayerische Regierung es war, die die Elektrizitätssteuer bereits in Berlin gebilligt und dadurch die süddeutschen Staaten am meisten gefährdet hat. Sie haben Zuflucht genommen zu uns und uns gesagt: Geht Ihr voran, Eure Regierung ist die schlimmste. (Lebhafte Zurufe bei den Süddeutschen: Das ist nicht wahr!) Ja, dann hat Eisner uns eine Unwahrheit geschrieben. Wir haben die Regierung interpelliert, aber sie hat sich hinter das Schweigeverbot verborgen. Wir sagten: Qui tacet consentire videtur. Und dieser Regierung sollten wir das Budget bewilligen? Wir verlangen in unserem Programm die Aufhebung aller Ausnahmegefetze, wir haben stets beschlossen, für die Beseitigung der noch bestehenden Maiegesetze zu stimmen, aber als es vor 2 Jahren zur Abstimmung kam, da verläßt Kolb den Saal und sagt: Da stimme ich nicht mit. (Hört! hört!) In dem Augenblick, wo es möglich ist, durch eine Vermögenssteuer die Kapitalisten zur Deckung der Staatsausgaben heranzuziehen, predigt unser Kollege Kolb für eine Anleihepolitik, eine Schuldenpolitik, so daß wir genötigt sind, von der Fraktion aus eine derartige Interpretation sozialdemokratischer Grundsätze zu verhindern. (Lebhaftes Hört! hört! und Widerspruch.) Wir haben schließlich für die Erhöhung der Einkommensteuer statt des Vermögenssteuerfußes gestimmt, weil die Mehrzahl der Fraktion so beschloß gemäß der Stellung in der Kommission. Hier hat sich die Minderheit der Mehrheit gefügt. — Und dann das Beamtengezet, der Elow, an dem die ganze Budgetbewilligung hängt. Vor zwei Jahren, als die Arbeitergabe darin war, hat kein Arbeiter uns Mißtrauen entgegengebracht, weil wir damals das Budget abgelehnt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Heute sagen uns nachträglich die kleinen Beamten: Was! Ihr habt für dieses Beamtengezet gestimmt, das oben die Gehälter der Minister um 50 Proz. erhöht und unten die der Arbeiter menn es hoch kommt, um 10, 12, 15 Proz. (Lebhaftes Hört! hört!) Selbst in der Rentrapresse haben die Leute zum Teil erklärt, wir bekommen ja weniger als vorher. Eine große Kategorie der kleinen Bediensteten ist durch das Gezet nicht beglückt, und diejenigen, die es sind, sind es nur scheinbar. Sie werden in der nächsten Zeit die Wirkung dieser Finanzpolitik erkennen, wie sie Bebel geschildert hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Damit komme ich zum Schluß. Der letzte Absatz unserer Resolution entspringt einem Bedürfnis und der Wahrheit. Eine Auflösung der Köpfe über das, was wahrhaft die sozialistischen Prinzipien sind, ist notwendig, und nicht die Organisation einer Fronde zum Kampf für die Los-von-Nord-deutschland-bewegung, die jetzt injeniert werden soll. (Lebhafte Weisfall. Anruhe bei den Süddeutschen.)

Ulrich-Offenbach: Ich habe nicht Lust, mich in der aufgeregten Weise über diese Frage zu unterhalten, wie es teilweise von den anderen Parteigenossen

geschieht ist. Ich habe insbesondere nicht Lust, darauf einzugehen, was in dieser Sache der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ geleistet haben. Darüber wollen und können wir hier auf dem Parteitag nicht entscheiden, das wird die Geschichte entscheiden. Ich habe in den nahezu 39 Jahren meiner Tätigkeit in der Partei die Erfahrung gemacht, daß zu gewissen Zeiten immer mit einemmal eine große Prinzipienfrage auftaucht, die eine Weile traktiert wird, daß wir aber, wenn es vorbei ist, uns selbst sagen, jetzt haben wir uns die Köpfe abgefeilt, und es wäre gar nicht nötig gewesen. Es wird beliebt von einem Teil der Genossen, alles in den allerhöchsten Farben vorzutragen und dadurch eine Situation unter uns selbst zu schaffen, die wir später sehr bedauern. Selbst die Berliner. Ich bestreite ihnen gar nicht die Absicht, die Parteigrundsätze zu wahren und zu verhindern, daß das Proletariat in die Geise irgendeiner bürgerlichen Partei hinübergezogen wird. In diesem Falle aber haben sie über das Ziel weit hinausgeschossen und haben den Süddeutschen Motive untergeschoben, die nicht vorhanden waren, sie haben Töne angeschlagen, die ja bekannt sind: bei jeder Gelegenheit kann man sie ja von Berlin aus hören. Ich lache heute noch darüber, wie in einer Berliner Versammlung ein gewisser Genosse Juppenlah es für notwendig hielt, mich als der Partei unwürdig zu bezeichnen. (Zuruf von den Berlinern: Das ist ja gar kein Sozialdemokrat!) Er hat aber bei Euch die große Rolle gespielt. (Widerpruch der Berliner.) Wenn Ihr den Mann jetzt abschütteln wollt, so freue ich mich darüber; aber lest gefälligst im „Vorwärts“ und in anderen Blättern nach, dann werdet Ihr bewiesen sehen, daß es anders war. Ich unterstelle den Berlinern durchaus nicht irgendwelche böse Absichten, aber sie setzen fortgesetzt da Prinzipienfragen, wo es gar keine gibt, wo es sich um rein taktische Fragen handelt. Ich wundere mich darüber, daß auch mein guter Freund Adolf Ged in eine prinzipielle Aufregung geraten ist. Er selber hat ja in Frankfurt 1894 ausdrücklich den Antrag 113 mit unterschrieben, in dem es ganz richtig heißt: „In Erwägung, daß die Gesamtabstimmung über die Finanzgesetze der Einzelstaaten eine reine Zweckmäßigkeitsfrage ist.“ (Zurufe: Zimm!) Zimm ist heute noch der Meinung, daß er, von den damaligen Verhältnissen ausgehend, nicht anders handeln konnte. (Gelächter und Zurufe.) All den Zwischenrufen gegenüber bleibt doch bestehen, daß Ged die Budgetfrage in Frankfurt für eine reine Zweckmäßigkeitsfrage erklärt hat (Zehr richtig!) und auf diesen Boden stelle ich mich auch. Die ganze Frage ist nicht das Sackbündel wert, daß wir uns darüber aufregen. Ich habe in den nahezu 24 Jahren meiner Landtagsstätigkeit mich häufig nachdrücklich davon überzeugen müssen, daß meine Abstimmung doch nicht richtig gewesen war, wenn ich nachher sah, wie die Verhältnisse sich entwickelten. Das geht Euch allen so, das ist der ewige Jungbrunnen der Partei, der vorwärtstreibende Gedanke, der in uns lebt. (Zehr richtig!) Nun bin ich ja in der glücklichen Lage, vor Ihnen als Süddeutscher zu stehen, der nicht mit beurteilt ist. Wir haben im hiesigen Landtag gegen das Budget gestimmt, ja sogar außerdem noch eine besondere Mißtrauenserklärung gegen das Ministerium ausgesprochen. Also ich gehöre nicht zu denen, die verbrannt werden sollen, und trotzdem erkläre ich, daß ich vollständig solidarisch fühle mit den Württembergern, Badensern und Bayern (Bravo! bei den Süddeutschen), weil ich weiß, daß es den einzelnen Fraktionen überlassen werden muß, solche Fragen zu entscheiden. Ob zwingende Gründe gegeben sind, wenn man in München für das Budget zu stimmen sich entschließt, das kann man nicht in Berlin beurteilen, das muß man in München beurteilen lassen. (Ganz richtig! Zuruf Mollenbuhrs.) Genosse Mollenbuh, das muß man in Stuttgart entscheiden lassen. Die Bewegungsfreiheit der einzelstaatlichen Fraktionen muß in dieser Zweckmäßigkeitsfrage erhalten

werden. Wir bestreiten dem Parteitag nicht das Recht der Kritik und der Beschlussfassung, wohl aber das Recht, daß er uns auf alle Zeiten in einer Weise festlegt, die wir nicht verantworten können. (Sehr richtig!) Nun hat man die Stuttgarter Konferenz zum Ausgangspunkt der Angriffe gemacht. Die „Leipziger Volkszeitung“ hatte etwas gehört, und das mußte natürlich in entsprechender Sauce serviert werden. Als ich das las, habe ich meine Kollegen, mit denen ich zusammen in Stuttgart war, gefragt: Haben wir denn die Sache — so aufgefaßt, wie die „Leipziger Volkszeitung“ das bringt — überhaupt erörtert? Darauf wurde mir von allen Seiten bestätigt, daß gar keine Rede davon sein könnte, daß in der Weise, wie die „Leipziger Volkszeitung“ es gebracht hat, auch nur im geringsten eine Erörterung stattgefunden habe. Die Budgetfrage hatte in Stuttgart für uns lange nicht die Bedeutung, wie man es hinstellt. Das geht schon daraus hervor, daß wir gestützt auf den Lübecker Beschluß keinerlei Beschlüsse darüber fassen wollten und gesagt haben. Die vorliegende Resolution des Vorstandes sollte also von dem Gesichtspunkte aus abgelehnt werden, daß wir kein Kezengericht abhalten wollen, sondern daß wir freie Männer untereinander sind. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.)

Westmayer-Stuttgart: Timm hat erklärt, die Vorstandesresolution sei unannehmbar; wird sie angenommen, so unterwerfen wir bayerischen Parlamentarier uns dem Willen des Parteitages nicht. (Hört! hört!) Das war der Kern seiner Ausführungen. Der Sprecher der badischen Landtagsfraktion hat im Grunde das Gleiche erklärt und der der württembergischen hat die vollständige Solidarität seiner Fraktion mit der bayerischen und badischen verkündet. Ich weiß nicht, ob Hildenbrand nur für die hier anwesenden Parlamentarier oder für die ganze Fraktion diese Erklärung abgegeben hat. (Hildenbrand bejaht die Frage.) Anwesend sind Heymann, Fischer, Meichel, Schlegel, Feuerstein und Keil. Diese Erklärung, wir fügen uns der Mehrheit des Parteitages nicht, wenn sie gegen uns entscheidet, wird abgegeben, obgleich es sich, nach der Meinung Ulrichs, um das Sachbündel handelt. Es ist geltend gemacht worden, daß die Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokraten ihre Zustimmung direkt oder schweigend zum Verhalten der Fraktion gegeben habe. Danach könnte es scheinen, als ob die württembergischen Parteigenossen hinter der Landtagsfraktion stehen. Ich glaube doch, das ist ein Irrtum. Wie war die Sache? Als die Genossen in Württemberg dem Budget zugestimmt haben, hat es heftige Diskussionen gegeben in mehreren Versammlungen in Stuttgart. Es wurde eine Tadel- und eine Vertrauensresolution eingebracht. Hildenbrand stand auf und erklärte, wenn die Tadelresolution angenommen wird, lege ich meine Mandate nieder. (Lebhaftes Hört! hört! Gegenrufe von den Süddeutschen: Das ist doch selbstverständlich!) Durchaus nicht! Ich möchte Heymann sagen, daß der Parteigenossenschaft stets das Recht vorbehalten bleiben muß, über die Abstimmung der Parlamentarier zu entscheiden. (Stürmischer Beifall.) Ich möchte der Anschauung entgegenreten, als wenn die Parlamentarier über der Partei stehen. (Stürmischer Beifall, lebhaftes Gegenrufe von den Vänten der Süddeutschen.) Genosse Ulrich, ich lasse mich durch Zwischenrufe, auch wenn sie schön organisiert sind, nicht hören. (Lebhafte Beifall.) Auf der Landesversammlung in Ehlingen ist ebenfalls eine Tadel- und Vertrauensresolution eingebracht worden. Dort stand Dr. Lindemann, der Sprecher der Fraktion, auf und erklärte, die Tadelresolution ist für uns unannehmbar; (Zurufe: Derselbe Trick wie hier!) wir verzichten auch auf die Vertrauensresolution. Das war ungefähr der Sinn. Nun hatten wir drei schwere Wahlkämpfe hinter uns, Reichstags-, Landtags- und Gemeindevahl; da schredten die Parteigenossen natürlich vor einem Konflikt zurück

und lehnten die Tadel- wie die Vertrauensresolution ab. Ich behaupte, die Frage ist dort unentschieden geblieben; man hat also kein Recht, sich auf die Zustimmung der württembergischen Parteigenossen zu berufen. Frank, Timm und Hildenbrand haben in beweglichen Können uns beschworen, sie erst zu hören und dann zu urteilen; aber dieselben Genossen treten vor den Parteitag mit einem fertigen Urteil: Wir nehmen Euren Beschluß nicht an, wenn Ihr nicht so beschließt, wie wir wollen! (Lebhaftes Hört! hört!) Ist das noch Demokratie?

In tränenreichen Beteuerungen und Erklärungen hat Genosse Frank erklärt: „Parteigenossen, zerreißen Sie doch die Einheit der Partei nicht!“ Jeder ehrliche Parteigenosse wird mit voller Kraft dafür wirken, daß die Einheit der Partei erhalten bleibt. Sie aber glauben, sie könne nur erhalten bleiben, wenn sich die Mehrheit Ihnen unterwirft. (Stürmischer Beifall.) Es ist erzählt worden (Zurufe: Erzählt?) — gut, es ist uns gesagt worden, daß viel, sehr viel erreicht worden ist in Bayern und in Baden: Lohnerhöhungen sind durchgeführt worden, die staatsbürgerliche Gleichheit hat man, selbst der Minister v. Wehner — den heiligen Antonius von Unterhachingen nennt ihn die „Münchener Post“ — kann Mitglied des sozialdemokratischen Vereins werden. (Große Heiterkeit.) In Baden dürfen sogar sozialdemokratische Zeitungen an den Bahnhöfen verkauft werden (Heiterkeit), in Bayern auch und in Württemberg. Diese farbenprächtigen Schilderungen können aber doch nicht verhindern, daß auch zur Zeitzeit noch Tausende und Abertausende in Bayern, Baden und Württemberg auf dem Pflaster liegen und nicht wissen, woher Brot nehmen! So sieht die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aus! (Beifall.) Es ist uns vorgesungen worden von Nürnberger Sängern draußen im Festsaal:

Was ihr hebt ans Tageslicht,
Schätze sind es für den Reich,
Was ihr kleidet und beschuht,
Tritt auf euch voll Uebermut!

Das ist die staatsbürgerliche Gleichberechtigung! Kaum jemals ist der Mächtiger der Unternehmer, der Bourgeoisie, der Terrorismus dieser Klasse so stark gewesen, wie gerade in dieser Zeit; die besten Partei- und Gewerkschaftsagenossen fliegen auf die Straße, werden dem Hunger übergeben — und dann predigt man ihnen dieses! Einigkeit und Geschlossenheit der Partei ist sicherlich notwendig, aber merkwürdig nehmen sich diese Klagen des Genossen Frank aus, angesichts der Tatsache, daß sich neben diesem Parteitag ein anderer süddeutscher Parteitag konstituiert hat, ein Parteitag, zu dem nur die Budgetbewilliger geladen wurden, während diejenigen, die nicht für das Budget zu haben sind, ausgeschlossen waren (Hört! hört!), sowohl Abgeordnete als auch Delegierte. Stuttgart zählt 6600 organisierte Parteigenossen, es war nicht vertreten, der zweite württembergische Wahlkreis zählt 3600 Organisierte, er war ausgeschlossen. (Hört! hört!) Aus Göttingen mit 1500 Genossen hat man keinen Delegierten zugelassen, aber die drei Delegierten des Keutlinger Wahlkreises mit seinen 475 Genossen (Hört! hört!), die haben dort Württemberg repräsentiert. Das waren die Genossen Heymann, Meichel und Eugenheim. Die repräsentierten Württemberg! (Heiterkeit.) Außerdem waren auch noch andere da, zum Beispiel der Genosse Feuerstein, Landtagsabgeordneter mit einem formalen Mandat, der Genosse Keil, der auch ein formales Mandat gehabt hat, das ihm so angeboten ist. (Hört! hört!) Wir müssen endlich Klarheit schaffen, und ich will deshalb einen Vorschlag machen, den anzunehmen auch den Süddeutschen nicht schwer fallen kann, ich will ihnen entgegenkommen. (Lachen bei den Süddeutschen.) Um Klarheit zu schaffen und um zu verhindern, daß es wieder so kommt wie in Dresden, wo man die Resolution

unterschied und nachher dagegen handelte, beantrage ich, daß der Parteitag ausdrücklich die Zustimmung der bayerischen und badischen Landtagsfraktion zum Budget billigen möge. Ich bitte Sie, diese Resolution zu unterstützen und sie nachher mit glänzender Majorität abzuschließen. (Lachen bei den Süddeutschen, lebhafter Beifall auf der anderen Seite.)

Dr. Weill-Nürnberg: Der Grundton aller Reden und aller Angriffe, die gegen die Budgetbewilligung gerichtet worden sind, läßt sich in dem Satz zusammenfassen, der auch in der Vorstandesresolution zum Ausdruck kommt: Wir dürfen dem Klassenstaat kein Vertrauensvotum aussprechen. Im übrigen sind die Angriffe gegen die süddeutschen Landtagsfraktionen durchaus unwesentlich. Auch die Rede, die Simon in einer Parteiverammlung in Nürnberg gehalten und gestern an dieser Stelle wiederholt hat, trifft nicht den Kernpunkt. Die Budgetbewilligung braucht aber keineswegs ein Vertrauensvotum, die Abstimmung braucht nicht einmal immer eine Demonstration zu sein, wie es an besten die Beispiele von Berlin und Sachsen beweisen. Ich sage ausdrücklich Beispiele, denn dasselbe Schauspiel wiederholt sich in zahlreichen einzelnen Landtagen und Gemeinden. Niemals hat man den Eindruck von einer auch nur einigermaßen wirksamen Demonstration. Die Budgetabstimmung kann selbstverständlich eine Demonstration sein. Aber ist das dann wirklich eine Demonstration gegen den Klassenstaat, d. h. gegen die privatkapitalistische Organisation der Gesellschaft? Ich will gar nicht diese Auffassung in ihren letzten Konsequenzen durchdenken, ich will sie für einen Augenblick anerkennen, um Ihnen zu zeigen, zu welchen Konsequenzen sie führt. Dann sind nämlich die Ausnahmen, die von der anderen Seite vorge schlagen werden, auch unverständlich. (Sehr richtig!) Dann brauchen wir keine großen Resolutionen zu fassen, dann können wir uns sehr kurz und knapp ausdrücken. Namentlich wäre der Satz der Resolution ungreiflich, der die Zustimmung dann zuläßt, wenn die Ablehnung durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde. Wie soll man überhaupt einen vergleichenden Maßstab finden zwischen zwei Budgets? Es liegen doch nicht immer mehrere Budgets gleichzeitig vor! Der Satz bedeutet in Wirklichkeit die Proklamierung des Grundsatzes, daß man in der Minderheit anders zu stimmen hat, als man in der Mehrheit stimmen würde, eines Grundsatzes, dessen politische Ehrlichkeit ich hier nicht erörtern will. Die Proklamierung dieses Grundsatzes bedeutet aber auch eine Diskreditierung aller unserer Beschlüsse, eine Diskreditierung der Haltung unserer Abgeordneten zu jeder Frage, denn es kann zu jeder Zeit ihnen entgegengehalten werden, daß sie nur deshalb ablehnen, weil sie in der Minderheit sind. Die praktische Durchführung eines derartigen Grundsatzes ist schon deshalb unmöglich, weil wir gar nicht immer von vornherein die Abstimmung unserer Gegner kennen und weil sie uns infolgedessen einmal den guten Streich spielen könnten, die von uns im Ernst gar nicht gewollte Ablehnung zu verwirklichen. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Die im Ernst gar nicht gewollte Ablehnung! Denn gerade dieser Passus drückt aus, daß wir immer nur sagen: wir verweigern das Budget, wenn wir es nicht verweigern können, wir verweigern es aber nicht, gerade dann, wenn wir es verweigern könnten. (Sehr gut! bei den Süddeutschen. — Ironischer Auf: Ganz ausgezeichnet! — Gelächter.) Bebel hat in Lübeck als Beispiel für die Möglichkeit einer Zustimmung zum Budget den Fall erwähnt, daß wir etwa in Gotha zehn statt neun Mandate hätten. Timm hat schon darauf hingewiesen, daß dann ja noch die anderen gesetzgebenden Faktoren hinzukommen, aber selbst, wenn das nicht der Fall wäre, würde dadurch, daß wir die Mehrheit in Gotha haben, der Zukunftsstaat in Gotha eingeführt sein, würde dann der Klassenstaat nicht mehr

existieren? Freilich könnten wir das Budget mehr nach unseren Plänen gestalten, aber so weit werden wir innerhalb der privatkapitalistischen Gesellschaft wohl nicht gehen können, daß wir gerade im Herzogtum Coburg-Gotha den Zukunftsstaat einführen. Darin zeigt sich der ganze Wider Sinn dieser Argumentation, darin zeigt sich unwiderleglich, daß, wenn die Budgetabstimmung eine Demonstration sein will, sie unter keinen Umständen eine Demonstration gegen den Klassenstaat sein kann. Gewiß kann sie unter Umständen als Demonstration benutzt werden, aber nur im politischen Tageskampf. Wir betreten im Klassenstaat zahlreiche Forderungen, die der bürgerliche Liberalismus nicht erfüllt hat, diese Forderungen stehen sogar im Vordergrund unserer Politik. Ich erinnere an den Kampf um das Wahlrecht, an die Steuerreform, an die Forderung des Volksherees, an den Kampf gegen den Militarismus. Alle diese Forderungen der demokratischen und politischen Gleichberechtigung, die im Vordergrund des politischen Tageskampfes stehen, können durch eine Demonstration bei der Budgetabstimmung unterstützt werden. Die Notwendigkeit eines demokratischen Wirtens ist gerade in Deutschland gegeben wegen der Schwierigkeiten, von denen Bebel gesagt hat, daß sie sich den preußischen Genossen entgegenstellen. Aber auch Süddeutschland leidet unter dem preußischen Junkertum, Süddeutschland ist in vielen Fragen wehrlos der Uebermacht des preußischen Junkertums ausgeliefert. Diese süddeutsche Selbständigkeit haben wir schützen wollen. Deshalb haben die Parteigenossen in den Landtagen, als sie für das Budget stimmten, die Verschiedenartigkeit der politischen Verhältnisse in den süddeutschen Ländern von denen in Norddeutschland dokumentiert. Das war eine politische Demonstration für demokratische Verfassung gegen den preußischen Junkerstaat und niemand hier im Saal wird sagen können, daß das nicht einen Schritt vorwärts auf unserem Wege bedeutet, der zu unserem Endziel führt. (Beifall bei den Süddeutschen.)

Clara Zetkin-Stuttgart: Als ich gestern die Rechtfertigung der Mehrheitsvertreter der württembergischen, bayerischen und badischen Landtagsfraktionen für die Zustimmung zum Budget hörte, konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß wir eine Neuaufgabe der Verhandlungen von Frankfurt hörten. Allerdings eine Neuaufgabe, die nur beträchtlich vermehrt, aber was die Wucht der Gründe anbelangt, durchaus nicht verbessert worden ist. (Sehr richtig!) Es ist behauptet worden, daß die gegenwärtigen Parteaueinanderbeziehungen mutwillig heraufbeschworen seien. Das trifft nicht zu, sie sind der Mehrheit der Genossen durch die Situation aufgezwungen worden. Die drei Redner der betreffenden Fraktionsmehrheiten haben mit etwas anderen Worten erklärt: Der Liebe, gute, aber im übrigen, wie es scheint, schlecht informierte Parteivorstand ist der Gefangene der Berliner, ist das Opfer von unverantwortlichen Zwischenträgern. Daher seine Stellungnahme in der Streitfrage. Ich möchte gegen diese Auffassung protestieren. Unser Parteivorstand ist nicht das so willenlose und urteilsunfähige Organ (Sehr richtig!), als das er hingestellt worden ist. Es ist beleidigend für ihn und die ganze Partei, wenn der Schein erweckt wird, als ob er sich lediglich durch das bestimmen ließe, was er gelegentlich hört. Ich protestiere auch gegen die Auffassung, daß unverantwortliche Zwischenträger in der Partei ihr Unwesen treiben. Gerade mit Eurem Redewort, Genossen! (Lachen bei den Süddeutschen.) Wenn Ihr wißt, daß es solche Zuträger gibt, dann ist es Parteipflicht, sie hier namentlich zu nennen, nicht aber allgemeine Verdächtigungen zu erheben. (Lebhafte Zustimmung.) Ueberhaupt möchte ich mich mit allem Nachdruck gegen die Auffassung verwahren, daß es in unserer Partei verantwortliche und unverantwortliche Träger der Bewegung gibt (Sehr gut!), und als ob die verantwortlichen

lediglich in den Reihen der Parlamentarier und der Parteibeamten zu suchen seien. Ich erlaube mir, der unmaßgeblichen Ansicht zu sein, daß weder mit dem Mandat noch mit der Beamtstellung wie Verstand so Verantwortlichkeitsgefühl kommt. (Sehr gut!) Jeder einzelne von uns, der in die Öffentlichkeit geht, der ein Wort schreibt oder redet, ist der Öffentlichkeit und vor allem dem höchsten Richter, seinem eigenen Gewissen, verantwortlich. (Lebhafte Zustimmung.) Diejenigen irren, die da glauben, das Verantwortlichkeitsgefühl gehöre zu jenen himmlischen Gaben, die erst mit dem Mandat kommen. Wer als simpler Genosse kein Verantwortlichkeitsgefühl besessen hat, der bekommt es auch hinterdrein nicht durch das Mandat. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist behauptet worden, daß die Gegner der Budgetbewilligung auf demselben Standpunkt ständen wie die Jungen in Berlin und anderwärts. Wer das sagt, kennt die Geschichte der Partei und das Wesen der Streitpunkte nicht, um die es sich feinerzeit handelte, um die es jetzt geht. Die Genossen, die fortwährend erklären, unsere Taktik und unsere Grundsätze müssen revidiert werden, die sind es, die das Werk der Jungen fortsetzen, wenn auch nach dem entgegengesetzten Extrem hin. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ihre Haltung entspringt der gleichen Wurzel wie die Bewegung der Jungen, nämlich einer historisch falschen Einschätzung des Parlamentarismus und der Kräfteverhältnisse in der heutigen Gesellschaft. Die Jungen unterschätzen den Parlamentarismus und überschätzen die Kraft ihrer Jungen. Sie meinen, ohne den parlamentarischen Kampf könne die sozialistische Gesellschaftsordnung durch Posaunenblasen über den Haufen geworfen werden. (Seiterkeit.) Heute dagegen überschätzen manche Genossen den Parlamentarismus und unterschätzen dafür die Kraft des organisierten, Massenbewußt kämpfenden Proletariats. Statt von ihr erwarten sie sehr viel von der Einsicht, von dem Verständnis, von dem guten Willen der Herrschenden, denen wir nur durch freundliche gute Manieren entgegenzukommen brauchen. (Sehr gut!) Gegnerschaft zur Budgetbewilligung bedeutet durchaus nicht Verzicht auf den Parlamentarismus, Unterschätzung des Parlamentarismus. Es gibt niemand unter denen, die die Zustimmung zum Budget beurteilen, der nicht voll die Bedeutung der parlamentarischen Arbeit und des parlamentarischen Kampfes würdigt. Timm hat erklärt: durch Sozialpolitik zum Endziel! Es ist mir innerhalb 10 Minuten nicht möglich, die Auffassung zurückzuwerfen, als ob wir nur durch Sozialpolitik zum Endziel gelangen könnten. (Sehr gut!) Die Sozialpolitik ist gewiß ein wichtiger und unerläßlicher Faktor unserer Arbeit, um zum Endziel zu gelangen. Aber sie ist nicht der einzige Faktor. Ohne damit irgendwie der ungenau fleißigen, energischen und geschickten Arbeit unserer süddeutschen Landtagsabgeordneten zu nahe zu treten, müssen wir sagen: der springende Punkt ist, wie diese Arbeit geleistet werden soll, von welcher Auffassung aus. Es kommt darauf an, wo man ihre tragende, durchsetzende Kraft sucht, bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung oder draußen bei den proletarischen Massen. Wir suchen sie bei den Massen und können die Auffassung nicht teilen, als ob ohne die Zustimmung zum Budget jede parlamentarische Arbeit entwertet wird. Man sagt zwar, gerade die Massen würden uns ohne die Budgetbewilligung nicht mehr verstehen. Da tritt ein eigentümlicher Widerspruch zutage. Auf der einen Seite erklärt man, die Zustimmung zum Budget ist eine bloße Formalität, eine bloße Zeremonie, ein bloßer Zwirnsfaden, auf der anderen Seite aber behauptet man, unsere Arbeit im Parlament kann von der Masse nicht voll gewürdigt werden, wenn wir diese Zeremonie nicht mitmachen. (Sehr gut!) Nein, entweder das eine oder das andere. (Zuruf bei den Süddeutschen: Alles beides!) Die Zustimmung zum Budget ist unter

bestimmten Umständen eine Kampfswaffe, sie wird aber unter allen Umständen die Bedeutung eines Bekenntnisses haben, eines Bekenntnisses, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten mit der sozialdemokratischen Partei im schärfsten Gegensatz zum Klassenstaate stehen. (Lebhafte Zustimmung.) Gewiß, dies Bekenntnis legen unsere Genossen, in den Parlamenten bei jeder einzelnen Aktion ab, aber bei der Budgetablehnung muß all das zusammengefaßt werden, weil das Budget der zusammengefaßte Ausdruck des Klassenstaates ist. Ob man sagt, es handelt sich um eine taktische oder um eine prinzipielle Frage, ist ganz gleich, denn auch unsere Taktik muß prinzipiell sein. (Lebhafte Zustimmung.)

Was die Genossen so sehr erregt hat, das ist der Umstand, daß sie die Empfindung hatten, sie sollten seitens der süddeutschen Fraktionen vor eine bellendete Tatsache gestellt werden. (Sehr richtig!) Das ist der Umstand, daß Beschlüsse, die die ganze Partei gemeinsam gefaßt hat, und die bisher gemeinsam respektiert worden sind, zwar nicht durch einen formalen Beschluß aus der Welt geschafft werden sollten — so klug sind die süddeutschen Genossen, um das nicht zu tun —, nein, aber daß sie aus der Welt interpretiert werden sollten. (Lebhafte Zustimmung.) Keiner von uns wird den Genossen den guten Glauben daran absprechen, sich mit ihrer Haltung in Übereinstimmung mit der Lübecker Resolution befunden zu haben. Aber die Tatsachen haben ihre eigene Logik, die unabhängig ist von unserer Interpretation und von unserem Willen. Und die Tatsachen sagen, daß alle Gründe, die für die Budgetbewilligung angegeben sind, im Gegensatz stehen zu der Lübecker und zu der Dresdener Resolution. (Sehr richtig! Zuruf: Wo! in Gottha!) Ich bin hier nicht als Kommissär für Wo!, er wird sich selbst zu verteidigen wissen. Es ist weiter gesagt worden, die Frage sei nicht von weittragender Bedeutung, der Frankfurter Parteitag habe darum auch keinen bindenden Beschluß gefaßt. Dieser Behauptung gegenüber weise ich darauf hin, daß es nur infolge eines sogenannten Vermässerungsantrages zu keinem Beschluß kam. Er erhielt die Stimmen der Genossen, die in Sachen der Budgetbewilligung keine Bindung wollten. Das Votum schwächte die Resolution so ab, daß ein Teil der Genossen, die für die Bindung waren, schließlich dagegen stimmten. Die Frankfurter Erfahrung beweist uns die Notwendigkeit, eine klare Resolution zu fassen, die sich nicht wie Kautschuk dehnen läßt. Diesem Bedürfnis entspricht die Resolution des Vorstandes, die auch nicht ein Wort erhält, das fränkend oder beleidigend für die süddeutschen Abgeordneten wäre. Ganz entschieden muß der Parteitag dagegen protestieren, daß Genossen hierher kommen und ihm die Pistole auf die Brust setzen durch die Drohung: entweder fügt sich die Mehrheit dem Willen der Minderheit oder die Folgen übernimmt sie! (Sehr richtig!) Diese Genossen sollten sich wenigstens nicht auf Auer berufen, sie sollten davon absehen, diesen toten Eid auf den Klepper ihrer Argumente zu binden. Wenn es jemand gegeben hat, der in Sachen der Parteidisziplin keinen Spatz verstanden hat, machte er persönlich noch so anderer Meinung sein als die Majorität und uns insgesamt für Dummköpfe halten, so war es Auer. Er hat sich stets der Mehrheit gefügt, er hat nie gedroht, nicht mehr mitspielen zu wollen, wenn die Entscheidung gegen ihn fiel. (Lebhafte Zustimmung.) Der Genosse Auer hat stets bekundet, daß er die Einheit der Partei über alles stelle. Sollten wir dieses sein Vermächtnis fest. Einheit bedürfen wir, aber die Einheit der Partei auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms, die Einheit innerhalb des Rahmens der sozialdemokratischen Disziplin. (Lebhafte Beifall.)

Singer teilt mit, daß inzwischen der von Westmayer angeführte Antrag eingegangen ist. Er lautet: „Der Parteitag billigt ausdrücklich die Zustimmung

der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen Bayerns und Badens zum Budget.“ Unter großer Unruhe des Parteitages stellt Singer die Unterstüßungsfrage. (Von den Bänken der Süddeutschen wird gerufen: Das hätten wir nur wagen sollen! — Von der Gegenseite erheben sich eine Anzahl Delegierte. Die Unterstüßung reicht aus. Heftige Entrüstungsrufe.)

Dr. Quard: Man hat die Budgetfrage bis jetzt seitens der Süddeutschen so gestellt, als ob ihnen die Gegnerschaft gegen ihren Standpunkt die Frage nahe lege, überhaupt auf die parlamentarische Tätigkeit zu verzichten. Nun sind aber die süddeutschen Genossen viel zu kluge Leute, um nicht zu wissen, daß das nicht gemeint ist und nicht gemeint sein kann. Aber wir müssen doch verlangen, daß sich der Parlamentarismus in die Gesamtbewegung einfügt und daß er nicht mit Mächten paktiert oder ihnen auch nur Stützen gibt, die wir außerhalb des Parlaments bekämpfen. Das ist der Sinn der Kritik an der süddeutschen Abstimmung. Und Simon hat mir gestern die Stelle aus dem Glaubensbuch vorweggenommen, die ich anführen wollte: Ihr ganzes bayerisches Landtagsagitationsbuch ist ein Beweis gegen Sie unter den heiligen Umständen. Auch die württembergischen Genossen haben gesehen, wie weit man mit der Zustimmung zum Budget unter den heutigen Verhältnissen kommt. Es wurde nicht verhüllt, daß nachher eine ganz gewöhnliche preussische Polizeihüttelstalt auch gegen den Internationalen Kongreß ausgeführt wurde. Wenn nun diese Dinge meine Frankfurter Parteigenossen und mich zur Ansicht führen, daß jedenfalls dieser bayerischen Bureaucratenregierung und dieser nationalliberalen Streberschaft, die jetzt in Baden an der Regierung sitzt, ein Budget unmöglich bewilligt werden darf, so ist damit doch nicht gesagt — und jetzt wende ich mich an die Norddeutschen —, daß nun die Art richtig wäre, wie Sie hier durch eine scheinbare grundsätzliche Resolution die Schwierigkeit lösen wollen. Es ist nicht richtig, daß die Ablehnung des Budgets eine notwendige Folge unserer grundsätzlichen Haltung zum Klassenstaat ist. Die Genossin Petkin hat es ja eben selbst ausgesprochen. Wir können ebensogut im Klassenkampf unter Umständen die Budgetbewilligung als außerordentliches Mittel brauchen, und mit diesem einfachen Argument fällt die Resolution des Parteivorstandes. Das zeigt nicht bloß die theoretische Ueberlegung, sondern auch die praktische Erfahrung. Die Erfahrung in Hessen und das praktische Beispiel in Göttingen. Dort hat Genosse Bod genau so nach bestem Wissen und Gewissen, wie das Genossin Petkin verlangt, wie auch die Süddeutschen für das Budget gestimmt, in der Entscheidung zwischen einem reaktionären und einem fortschrittlichen Ministerium. Wo steht das in der Resolution des Parteivorstandes? Für diesen Fall ist in ihr keine Lücke gelassen, solange man sich der formalistischen Wendung bedient: weil wir grundsätzliche Kampfmittel unter allen Umständen sein. Das ist ein Trugschluß. (Sehr richtig!) Daher glaube ich im Sinne der Frankfurter Genossen zu handeln, wenn ich mich für die Resolution Frohme erkläre, die vor der des Parteivorstandes den Vorzug der Folgerichtigkeit und Klarheit und außerdem den Vorzug hat, den Weg für künftig zu zeigen, auf dem schon im Keime derartige Differenzen erklärt werden können. Sie wiederholt die alte bewährte Resolution von Lübeck. Sie steht davon ab, eine Gelegenheitsgesetzgebung zu machen und zeigt damit, daß nicht ab irato hier beschlossen werden soll. Denn, wenn der Antrag Schöppkin aus der Lübecker Resolution sogar das Wort ausmerzen will, daß nur „normalerweise“ die Budgetverweigerung das Richtige sei, so beweist das nur die Verbilligung, die Sie in die Sache hineintragen wollen, daß Sie nicht mehr sachlich urteilen, wie Sie die ganze Agitation nicht sachlich betrieben haben. So gut wie Webel und andere hier haben sachlich sprechen

können, so gut wäre es auch gegangen, die ganze Vorbisdiskussion sachlich zu führen. Wir haben in Frankfurt und Hannover wohl gezeigt, daß das sehr gut geht. Der Parteivorstand hätte, wenn er erbötigen und vermitteln wollte, nachdem die Badenser ihm die auch von mir nicht gebilligte Antwort erteilt hatten, nur nach Karlsruhe zu fahren und dort mit den Leuten zu sprechen brauchen. (Lachen.) Das macht heute jede Genossenschaft, das macht die Generalkommission (sehr richtig!), und wenn solche Schwierigkeiten auftreten, muß es auch der Parteivorstand so machen. Diese Vertändigung legt die Resolution Frohme außerdem der Parteileitung nahe. Nur auf dem Weg kommen wir weiter. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt Franks, daß viel herunterfallen werde, wenn man den heutigen Klassenstaat als Apfelbaum schüttelt, aber ich stehe auch nicht auf dem Standpunkt, daß wir dazu da sind, die süddeutschen Genossen zu schütteln, und Bod und andere, die das selbe gemacht haben, laufen zu lassen, und den Parteivorstand laufen zu lassen, der seine Pflicht zu vermitteln, nicht getan hat. (Bravo!)

Dr. Lentz-Leipzig: Die ganze Debatte ist schon seit langem über das Niveau hinausgewachsen, aus dem sie eigentlich hervorgegangen ist: wir unterhalten uns jetzt schon zum größten Teil über die wichtigsten Grundfragen der Partei. Da ist es ganz selbstverständlich, daß bei diesen Debatten auch die alte Melodie des revisionistischen Leierkastens wieder herauskommt: Wer das Lied nicht weiter kann, fängt auf die „Leipziger Volkszeitung“ zu schimpfen an. (Heiterkeit.) Die Entrüstung, welche die drei offiziellen Redner der süddeutschen Budgetbewilliger hier über die „Volkszeitung“ von sich gegeben haben, ist in Süddeutschland systematisch organisiert worden. Man hat in den entferntesten Orten Bayerns und Badens, in Dörfern, die mir persönlich kaum dem Namen nach bekannt waren, Entrüstungsresolutionen gegen den „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ angenommen, obwohl doch den Versammlungsbesuchern dort wahrscheinlich niemals auch nur der Kopf der Zeitung vor Augen gekommen ist. Auch die Ausführungen des Genossen Gildenbrand waren ein Beweis dafür, daß er selber die Zeitung, über die er sich entrüstet, und die spezielle Wendung überhaupt nicht gekannt hat. Er sagte, die „Volkszeitung“ habe geschrieben, man solle die Budgetbewilliger mit glühendem Eisen aus der Fraktion hinausbrennen. Das würde ich nun nicht nur aus ethischen, sondern auch aus ästhetischen Rücksichten zurückweisen müssen. (Heiterkeit.) In der Tat wandte sich die betreffende Stelle gegen die Verweigerung der Auskunst durch den badischen Landesvorstand an den sog. Berliner, den deutschen Parteivorstand, und diese Auskunstverweigerung wurde allerdings als ein Ausfluß des parlamentarischen Aretinismus bezeichnet, den mit glühendem Eisen auszubrennen die Aufgabe des Münchener Parteitages sein müsse. Das ist die Art und Weise, wie die Sache künstlich und verfälscht dargestellt wird, wie man gewissermaßen zu einer fable convenue kommt, daß in der „Leipziger Volkszeitung“, wie Gildenbrand sagte, jeder anständige Parteigenosse angespußt wird — den Genossen Gildenbrand hat die „Leipziger Volkszeitung“ jedenfalls noch nicht angespußt, ob er sich infolgedessen zu den anständigen Parteigenossen noch zählt, will ich ihm überlassen. (Heiterkeit.) Die Wendung von dem sogenannten bayerischen Siegel ist dann in der Weise dargestellt worden, daß man im Legikon nachsah und sich davon überzeugte, daß der bayerische Siegel ein alter Nordbrenner gewesen ist. Daraufhin wurde dann in Versammlungen erklärt und die „Münchener Post“ schrieb es an der Spitze des Blattes: Nun seht einmal, Nordbrenner hat man uns genannt, die „Leipziger Volkszeitung“, dies verurteilte Organ, nennt die altbewährten Parteigenossen Nordbrenner! Da kann man natürlich Entrüstungsresolutionen einbringen billig wie die Bronze

beeren, aber Sie können mir nachfühlen, welch außerordentlich tiefen Eindruck diese Sechsdreierentrüstung auf mich macht. Es ist eine Auffassung, die außerordentlich bezeichnend und in den Ausführungen des Genossen Timm besonders scharf zum Ausdruck gekommen ist, daß man den größten Frevel begeht, wenn man die sogenannten führenden Parteigenossen angreift. In der Budgetbewilligung sollten ja diese führenden Parteigenossen plötzlich nicht die führenden Parteigenossen gewesen sein, da wollten sie geschoben sein von den Massen. In allen übrigen Dingen aber sind sie die führenden Parteigenossen. Man kann, wie die letzten Wochen bewiesen haben, die Grundzüge der Partei preisgeben, man kann auf Parteitagsbeschlüsse pfeifen, man kann sogar mit der Sprengung der Partei drohen, aber wenn man ein scharfes Wort gegen die Personen, gegen die heiligen Parlamentarier, schreibt, dann ist Matthäi am letzten. Das bezeichnet man eben als parlamentarischen Kretinismus. Ich will noch hinzufügen, daß ich diesen Genossen, die hier den Ton und die Art und Weise der „Leipziger Volkszeitung“ besonders herborgehoben haben, nur von Herzen dankbar sein kann, vielleicht auch im Namen des Verlags für die Melame, die sie für die Zeitung gemacht haben. (Eisner: Also deshalb!) Ob sie es deshalb gemacht haben, weiß ich nicht (Geiterkeit), jedenfalls wird der Erfolg so sein, und mir persönlich können Sie gar keinen besseren Empfehlungsbrief mit nach Leipzig geben, als wenn von den Budgetbewilligern in dieser Weise über die „Leipziger Volkszeitung“ hergefallen wird. Ich würde glauben, meine Pflicht verletzt zu haben, wenn in einer Diskussion über die grundsätzlichen Anschauungen der Partei von den Revisionisten nicht über die „Leipziger Volkszeitung“ geschimpft würde.

Und nun zur Sache. Frank sagte, das Ganze sei ein echter deutscher Streit um eine leere Zeremonie, eine verhältnismäßig gleichgültige Sache. Gleichzeitig aber sagt er: Gebt Ihr uns in dieser absolut gleichgültigen Sache nicht recht, dann drohen wir mit Sprengung der Partei. (Sehr gut!) Timm sprach von einem mutwillig heraufbeschworenen Parteikonflikt. Gewiß, dieser Parteikonflikt ist mutwillig heraufbeschworen worden, aber von den süddeutschen Budgetbewilligern. (Sehr gut!) In der Fraktionsitzung der bayerischen Landtagsfraktion hat Segiß ausdrücklich betont, welch große Empörung und Erbitterung über diese plötzliche Budgetbewilligung ausbrechen würde. (Eisner: Nicht Empörung, sondern Krakeel!) Er hat gesagt, er sei ja im Herzen für die Budgetbewilligung, aber er rate von diesem Schritte ab, weil er diese Parteiauseinandersetzungen (Zuruf: Krakeel!), diesen Parteikrakeel, jätwohl, voraussehe. (Segiß: Den Sie gemacht haben!) Sie haben also den Krakeel kommen sehen und haben ihn nicht vermieden. (Segiß: Sie haben ihn aber gemacht!) Was diesem Schritt in Süddeutschland eine so außerordentliche Bedeutung gab, war die Tatsache, daß die Gesamtpartei von der Minorität der Süddeutschen vor eine vollendete Tatsache gestellt wurde, daß man uns hier auf dem Parteitag die Pistole auf die Brust setzt und sagt, wenn ihr, die Majorität, euch nicht unterordnet, werdet ihr sehen, daß wir uns nicht fügen. Wenn die Süddeutschen der Ansicht waren, daß die Lübecker Resolution nicht mehr zu halten war, so hatten sie die Verpflichtung, wenn sie loyal vorgehen wollten, offen zu erklären: wir stellen den Antrag, daß der Parteitag sich mit dieser Sache beschäftigt. Dann hätten wir eine ruhige und sachliche Debatte über diesen Punkt gehabt. (Zuruf: Mal na!) Es gibt keinen Programmpunkt, über den wir nicht jederzeit zu diskutieren bereit sind, aber was bei den Massen eine so außerordentliche Erbitterung hervorruft, das ist der Bruch der Disziplin, die bisher die Größe unserer Partei gewesen ist. Frank sprach von dem, wie er selbst sagte, rohen Gleichnis von der Frau, die man schütteln soll. Das Verhältnis der Süddeutschen zur Partei scheint mir auch ein eheliches Ver-

hältnis zu sein, aber anderer Art, indem die Süddeutschen in der Form mit der Partei verheiratet sind, daß sie sagen: wenn wir beide, die Gesamtpartei und wir Süddeutschen, einig sind, dann gilt eure Meinung, wenn wir aber nicht einig sind, dann gilt unsere Meinung. (Geiterkeit.) So haben Sie in der Praxis Ihre Politik getrieben.

Unter allen Umständen warne ich vor der Resolution Frohme. Wenn mir hier, wo auf dem Parteitag die Partei durch die Drohung mit der Sprengung gewissermaßen durch die Süddeutschen terrorisiert werden soll, jetzt nachgeben durch die Annahme der Resolution Frohme, so ist es meine feste Ueberzeugung, daß dann die inneren Kämpfe in der Partei erst losgehen. (Sehr richtig!) Deshalb bitte ich Sie, unter keinen Umständen einer Abschwächung der Vorstandsresolution Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Reiß-Marktredewitz: Wir, die wir aus einer der zurückgebliebensten Gegenden sind, hätten unsere bayerischen Abgeordneten nicht verstanden, wenn sie gegen das Budget gestimmt hätten. Und wir stützen hier unsere Abgeordneten. Mit den Brandbremen will man nur Erregung in die Partei bringen. Es ist unbegreiflich, wie unsere Parteiblätter für eine rein taktische Frage so viel Raum aufwenden. Wir Parteigenossen in dem entlegenen Winkel Hagen immer darüber, daß man unseren Einwendungen so wenig Beachtung schenkt. Frank hat zutreffend auf das Streben der Arbeiter nach Tarifverträgen hingewiesen. Bei uns in der bayerischen Oberpfalz muß erst die Gewerkschaftsorganisation ausgebaut werden, ehe die Partei Fuß fassen kann. Wird die Vorstandsresolution angenommen, dann werden die christlichen Agitatoren mit dem Parteiprotokoll in der Hand gegen uns losgehen, dann haben unsere Gegner, besonders das Zentrum, eine wirksame Waffe gegen uns. Die Norddeutschen kennen unsere Verhältnisse nicht, sonst würden sie anders urteilen. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.)

Genosse Westmayer hat einen Antrag gestellt, den er zur Ablehnung empfohlen hat. Mir ist etwas Berartiges noch nicht vorgekommen. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.) Man glaubt die Süddeutschen mit einem derartigen Antrag beruhigen zu können. (Sehr gut!), und beschönt den ganzen Parteitag. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.) Da hätte der Vorsitzende eingreifen müssen. (Beifall der Süddeutschen.) — Grillenberger — und ich bekenne mich mit Stolz als sein Schüler — stand stets auf dem Standpunkt: Jeden Vorteil für den Arbeiter nehmen, und wenn er vom Teufel kommt! Wenn bei uns die Leute mit 1,70 Mk., mit 2 Mk. Tageslohn dasitzen, wäre es geradegu unverantwortlich, wenn unsere Abgeordneten anders gestimmt hätten. Die Genossen sollten sich lieber etwas mehr um die Land agitation kümmern, statt hinter allen reformerischen Dingen Parteiberrat und Disziplinbruch zu wittern. Wir verlangen Ablehnung der Vorstandsresolution und die Weitergeltung der Lübecker.

Singer: Der Vorredner meint, der Vorsitzende hätte den Antrag Westmayer nicht zulassen müssen. Der Vorsitzende ist verpflichtet, nach dem vom Parteitag beschlossenen Geschäftsordnung zu handeln. (Sehr richtig!) Wie ich persönlich über den Antrag denke, darüber habe ich Westmayer keinen Zweifel gelassen. Nachdem er aber formell eingebracht war, hatte ich die Verpflichtung, ihn zur Unterstützung zu stellen. Von dieser Verpflichtung, jedem einzelnen Mitgliede des Parteitages das ihm zustehende geschäftsmäßige Recht zu gewähren, werde ich mich durch keinen Umstand abbringen lassen. (Beifall.) Der Vorsitzende ist dazu da, jedes Mitglied des Parteitages in seinen Rechten, die ihm die Gesamtpartei gegeben hat, zu schützen. Seine Privatmeinung über bestimmte Vorgänge kann ihn nicht beranlassen, von dieser Verpflichtung eines loyalen Vorsitzenden abzugehen. Ich werde wenigstens keinen Schritt davon

abweichen. (Beifall.) — Im übrigen habe ich mitzuteilen, daß der Antrag Westmayer zurückgezogen ist. (Sachen bei den Süddeutschen.)

Suber-Landsknecht (zur Geschäftsordnung): Der Vorsitzende hat korrekt gehandelt. Aber ich meine, derartige Resolutionen, die uns lächerlich machen vor den Bürgerlichen, dürfen nicht wieder eingebracht werden. (Beifall.)

Singer: Ich bleibe bei meiner Ansicht stehen, und wenn Sie einen Vorsitzenden haben wollen, der die Rechte eines einzelnen Mitgliedes verletzt und Bestimmungen der Geschäftsordnung nicht aufrecht erhält, müssen Sie einen anderen Vorsitzenden wählen.

Dr. David (zur Geschäftsordnung): Ich bin der Meinung, daß es keine Verletzung des demokratischen Prinzips ist, wenn der Vorsitzende Anträge, denen es auf der Stirn geschrieben ist, daß sie eine Verhöhnung eines Teiles des Parteitagess und damit des ganzen Parteitages zum Zweck haben, zurückweist. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.)

Singer: Ich für meine Person lehne es ab, mich über den Parteitag zu stellen.

Damit ist diese Geschäftsordnungs-Diskussion erledigt.

Zuseil: Wie schlecht die Sache der Budgetbewilliger stehen muß, hat die Kassa bewiesen, daß alles Mögliche und Unmögliche herangezogen wird, um dazutun, daß auch selbst in der städtischen Vertretung, vor allem in Berlin, gegen die Beschlüsse des Parteitages verstoßen wird. Diese unwahre Behauptung ist aufgestellt, obwohl der „Vorwärts“ sie ganz energisch zurückgewiesen hat. Singer blüht auf 25 Jahre Staditverordnetenämter zurück. Noch zu keiner Zeit bis zur heutigen Stunde haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten unter seiner Führung dem Budget ihre Zustimmung gegeben. (Zuruf von den Süddeutschen: Auch nicht dagegen gestimmt!) Schon 1890 hat Voght unsere Stellung dahin zum Ausdruck gebracht: Da der Etat einer jeden Stadt nicht allein eine bestimmte Aufstellung von Zahlen sein soll, sondern gewissermaßen ein Gesamtbild von der Verwaltungsart und dem Verwaltungsprinzip, und da wir mit einzelnen dieser Prinzipien nicht einverstanden sind, können wir den Gesamtetat als solchen nicht annehmen. (Hört! hört!) Diese Stellung ist bis zum heutigen Tage nicht geändert. (Zurufe: Sie haben noch in keiner namentlichen Abstimmung abgelehnt!) Sie kennen nicht unsere Geschäftsordnung, sonst würden Sie wissen, daß über unseren Etat nur positiv abgestimmt werden kann und wir eine Gelegenheit zu namentlicher Abstimmung nicht haben. Aber städtische Etats können mit staatlichen auch nicht verglichen werden. (Zustimmung.) Sie sehen also, in welcher Weise alles versucht wird, den Disziplinbruch zu beschönigen. (Beifall.) Sie klagen über den Ton in Presse und Berliner Verhandlungen. Die süddeutschen Vertreter in den Landtagen mögen sich gratulieren, daß Timm nicht mehr bei uns in Berlin ist. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Timm gehörte auch zur Ferkelkommission. (Zuruf: War Vorsitzender!) Und Frank mag sich gratulieren, daß Timm nicht in Berlin war, als er am Leichenbegängnis des Großherzogs teilnahm. Timm hat damals hervorragend mitgewirkt, daß drei Staditverordnete gehängt wurden, die beim Begräbnis Fordanbeds dabei waren. Welch ungeheure Wandlung, wenn man vom Norden nach dem Süden kommt (Heiterkeit und Sehr gut!), die einzelne Parteigenossen und unser fast zum Anarchismus neigender Timm durchgemacht haben! Ich glaube, im Namen der Berliner Parteigenossen und wohl auch der meisten aus der Provinz Brandenburg sagen zu können, wir stehen auf dem Boden der Vorstandesresolution. (Zurufe: Geschlossen!) — Ich wollte nicht mehr sagen, als ich verantworten kann — wir stehen geschlossen auf dem Standpunkt der Vorstandesresolution. (Beifall.) Wir sagen, das ist das wenigste, was angenommen werden kann und darf. Der

Parlamentarismus darf nicht Selbstzweck sein; aber hier stellen sich die Parlamentarier über die Massen. Der „Vorwärts“ mag manches scharfe Wort geschrieben haben, aber jedenfalls hat er seine Schuldigkeit getan in der Aufklärung über den Stand der Budgetbewilligung auf beiden Seiten. Aber im Süden hat man diese Aufklärung den Massen verweigert. (Widerspruch Eisners.) Nein, Sie haben die Aufklärung der Presse des Nordens zum großen Teil ihren Lesern unterzogen. (Unruhe und Zustimmung. Eisner: Und Rosa Luxemburg?) Rosa Luxemburg wird sich schon selbst verteidigen. (Eisner: Ich meine den Artikel von Rosa Luxemburg in der „Tagespost“!) Ihre Stellung, Genosse Eisner, hat sich seit Berlin in unbegreiflicher Weise geändert. In Berlin standen Sie noch auf meiner Seite gegen die Proportionalität. Sie scheinen sehr wandlungsfähig zu sein. (Beifall und Lachen.) Wenn man einen Ton anschlägt, wie heute morgen wieder die „Münchener Post“ gegen die Berliner, dann darf man sich nicht gegen den Ton auf der anderen Seite beschweren. Sie haben uns gestern zugerufen: Unannehmbar! Gut, tragen Sie die Konsequenzen, wir gehen keinen Schritt zurück. (Lebhafte Beifall.)

Engler-Freiburg: Gek hat sich sehr darüber aufgeregt, daß man dem Parteivorstand in bezug auf seine Resolution die Ehrlichkeit abgesprochen habe. Ich weiß nicht, wer das getan hat, aber ich glaube, auf unserer Seite hat man viel mehr Recht, sich darüber zu beklagen. Ich bestreite entschieden, daß unsere Genossen im badischen Landtag Schuldenwirtschaft befürwortet haben. Was Kolb und andere verlangt haben, sind Anleihen, wo der Staat aus laufenden Mitteln notwendige Kulturaufgaben nicht erfüllen kann. Das tun wir in den Städten und anderswo auch. Was hat das aber mit der Frage der Budgetbewilligung zu tun? Ich bin auch nicht mit allem einverstanden, was die Genossen im Parlament im einzelnen tun. Meinungsverschiedenheiten wird es immer geben. Gek war zur Stuttgarter Konferenz eingeladen, er ist dringend gebeten worden, zu kommen, und ist nicht gekommen. Das ist keine Methode, die er immer anwendet: er zieht sich zurück in dem Moment der Entscheidung, und hinterher kommt er und kritisiert. Und er ist derjenige, der den Parteivorstand informiert, der in der unwahrsten Weise den „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ informiert. (Unruhe.) Darüber werden wir auf dem badischen Parteitag noch ein ganz ernstes Wort zu reden haben.

Dann muß ich mich mit aller Entschiedenheit gegen das Märchen wenden, daß unsere Abgeordneten nicht die Parteigenossen hinter sich haben. Ich erkläre, daß mindestens 95 Proz. der badischen Parteigenossen hinter ihren Abgeordneten stehen. Und wo ich hingekommen bin in den ersten Tagen nach der Budgetabstimmung — und ich habe in den Versammlungen nicht darüber gesprochen — haben mir die Genossen, die in der Kleinagitation tätig sind, erklärt: Endlich ist mit diesem System gebrochen worden! Die Vorstandesresolution ist nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für uns unannehmbar, und selbst wenn ich ein Gegner der Budgetbewilligung wäre, wäre ich ein ebenso scharfer Gegner dieser Resolution. (Sehr gut!) Ich bin überzeugt, es wird in der Folgezeit in den süddeutschen Staaten in den meisten Fällen das Budget verweigert werden. Aber ein solches Votum muß aus der Überzeugung hervorgehen und nicht durch Parteibeschluß vorgeschrieben sein. Sonst verliert es jeden Wert. Der Parteivorstand sollte so konsequent sein wie die „Leipziger Volkszeitung“: weg mit dem Ausnahmepassus, denn der besagt nur, daß der Parteivorstand selbst der Meinung ist, es kann Ausnahmen geben, aber nicht den Mut hat, die Konsequenzen zu ziehen. Wir sagen, es müssen Ausnahmen zugelassen werden und die Entscheidung ist den Landesorganisationen zu überlassen. Denn die Ausnahme, die hier in der Resolution genannt ist, gibt es nur in Hessen; das ist keine Ausnahme, das ist eine Spalte, aus der man nicht hinaus kann.

Daß Mißstände bestehen, haben wir gewußt, auch ehe Westmayer und andere das gesagt hatten. Auch wir wußten, daß 1000 Mk. kein Gehalt ist, mit dem man in Ueberflus leben kann. Aber wir wollen die Zustände verbessern, und die Art, in der wir es tun können, muß von hier und nicht von Berlin aus beurteilt werden. Auch die sächsische und preußische Taktik ist manchem unserer Genossen befremdlich vorgekommen, aber wir haben uns gesagt, die Leute sind am Ort, die werden es schon selbst wissen. Es gibt ja manche Dinge bei solchen Fragen, die bestimmend sind, über die man aber in der Öffentlichkeit nicht gerne spricht. (Sehr wahr!) Wir verlangen dasselbe Recht. Ich will mir kein Urteil über die Taktik bei den preußischen Landtagswahlen anmaßen, aber das badische Wahlrecht hätten wir mit dieser Taktik niemals erreicht. Manche Ausführungen der Genossen Reikin und Westmayers kamen mir so vor, als wenn ein Puhn, das Entchen ausgebrütet hat, einen Schreden bekommt, wenn es sieht, wie sie davon schwimmen. Seien Sie ganz ruhig: die Entchen verkaufen nicht, und wir verfallen nicht in Kleinbürgerliche Politik, sondern wir werden immer eine ganz klare Arbeiterpolitik treiben. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Es ist eine Beleidigung, wenn gesagt wird, wir treiben eine Politik gleich den Freimännern. Diese haben in allen einzelnen Fällen Kompromisse geschlossen und Gesetzesbestimmungen verschlechtert; unseren Genossen kann man aber nicht den Vorwurf machen, daß sie bei irgendeinem Gesetz gegen das Programm gestimmt haben. Wenn wir aber das Recht in Anspruch nehmen, in der Gesamtabstimmung für das Budget zu stimmen, so tun wir es, um uns nicht um den ganzen agitatorischen und damit auch organisatorischen Erfolg unserer Tätigkeit bringen zu lassen. Die Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Hildesbrand erwecken den Schein, als hänge die Vernichtung des Klassenstaates sehr wesentlich von der Technik der Abstimmung ab. Daß es in Gotha etwas anders ist als bei uns, das sind wir ja gewöhnt. Es ist in unserer Partei schon zum Teil der Grundsatz eingeführt, wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe, und wir Wadenfer sind es ganz besonders gewöhnt, unter scharfer Kontrolle zu stehen. Westmayer sagt: sind nicht gegenwärtig so und so viele Arbeiter brotlos? Das weiß niemand besser als ich, der ich fast andauernd auf der Agitationsstour draußen in den Industriegegenden bin. Aber wollen Sie die Abstimmung über das Budget davon abhängig machen, ob wir in einer hohen Konjunktur oder in einer Krise leben? Sie verlassen damit den Boden des Klassenkampfes genau so wie angeblich wir. Daß Blätter, die nur vier- oder sechsseitig erscheinen, die ganzen Serienartikel des „Vorwärts“ wörtlich abdrucken, werden Sie doch nicht verlangen. (Beifall bei den Süddeutschen.)

Merkel-Mürnberg: Was gestern Timm und andere über die Schreibweise des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ gesagt haben, unterschreibe ich voll und ganz. Wo soll das hinführen in unserer Partei, wenn sich einzelne Parteiblätter oder Genossen herausnehmen, andere Genossen, die in einer Frage abweichender Meinung sind, herartig zu behandeln? Aber wenn man den einen verurteilt, wird das Unrecht des anderen doch nicht zum Recht, und es war auch nicht ganz richtig, wenn die „Münchener Post“ in fast gleicher Weise geantwortet und die „fränkische Tagespost“ nicht einen Tadel gefunden hat. Wenn die „Münchener Post“ die Süddeutschen aufgefordert hat, zu erwägen, ob man den Parteitag überhaupt beschicken wolle, so ist das ein faulstichig ins Gesicht der ganzen Partei, und dagegen hat man in keinem der süddeutschen Blätter etwas gefunden. Der Parteitag kann nicht Beschlüsse für alle Zeiten fassen. Es muß eine Zeit kommen, wo wir auch dem Standpunkt unserer Vertreter in den süddeutschen Parlamenten Rechnung tragen müssen, aber heute ist die Zeit noch nicht gekommen. Mindestens muß ein Teil des zweiten Teiles unseres Programms erst in Erfüllung gegangen sein, dann läßt sich darüber

reden. Es ist dann weiter gesagt worden, in Süddeutschland, besonders in Bayern, hätten wir die Gleichberechtigung. Das habe ich in Bayern bisher nicht gefunden. (Hört! hört!) Da wird darauf hingewiesen, daß die bayerischen Staatsarbeiter das Koalitionsrecht hätten. Aber haben wir bisher nicht in allen Versammlungen gesagt: die deutsche Arbeiterschaft hat das Koalitionsrecht, aber mit dem Galgen daneben. (Sehr gut!) Das gilt auch für Süddeutschland. Hat nicht der bayerische Verkehrsminister erklärt: ein Koalitionsrecht haben die Staatsarbeiter wohl, aber kein Streikrecht. (Lebhaftes Hört! hört!) Ein Recht, um dem man keinen Gebrauch machen kann, ist ein Messer ohne Klinge. (Sehr gut!) Wenn man das eine sagt, sollte man auch das andere sagen. In der nächsten Umgebung Nürnbergs ist ein Genosse in die Schulkommission gewählt, aber ebenso wie Singer nicht bestätigt worden. Das Bezirksamt hat ihn nicht anerkannt, weil er Sozialdemokrat ist (Hört! hört!), und dieser Beschluß des Bezirksamtes ist vom Ministerium bestätigt worden. (Hört! hört!) Sieht Gleichberechtigung so aus? In der „Tagespost“ ist der Fall lang und breit besprochen worden. Wie da dieselben Genossen herkommen und von unserer Gleichberechtigung in Bayern sprechen können, ist mir unerfindlich. (Lebhafte Zustimmung.) Es lag gar kein Anlaß vor, der Regierung ein Vertrauensvotum auszustellen. Nun sagt man freilich, die Budgetabstimmung sollte ein solches nicht sein, aber die Lübecker Resolution bezeichnet eine solche Zustimmung als Vertrauensvotum, und solange Parteitagbeschlüsse bestehen, hat man auch die Pflicht, sie einzufahren, ob sie einem gefallen oder nicht. (Lebhafte Beifall.) Dann wird weiter behauptet, die Löhne der Beamten und Staatsarbeiter seien erheblich aufgebessert worden. Auch das kann ich nicht zugeben. Ich will die Zahlen Timms nicht bestritten, aber hinzugefügt muß werden, daß sie das Mindesteinkommen der Staatsarbeiter gar nicht darstellen. Alle diese Arbeiter müssen erst 9 bis 10 Jahre lang im Tagelohn arbeiten, dann erst kommen sie in den Genuß der Staatsbedienstetengehälter. (Lebhaftes Hört! hört!) Im Landtage ist beschlossen worden, daß die Tagelöhne der Tagelohnarbeiter zum mindesten dem ortsüblichen Tagelohn entsprechen müßten. Aber noch Tausende von Staatsarbeitern sind vorhanden, denen der ortsübliche Tagelohn nicht gewährt wird. (Lebhaftes Hört! hört!) Und in einer Zulage von 20 Pf. pro Tag ist auch keine Ursache, ein Vertrauensvotum zu erteilen. Die Privatindustrie ist ja teilweise viel weiter. Auf den Fall Hoffhauer wird hingewiesen. Aber weil man einmal kein Ausnahmerecht uns gegenüber angewendet, weil man uns einmal so behandelt hat, wie man alle übrigen Parteien immer behandelt, deshalb braucht man gleichfalls kein Vertrauensvotum zu erteilen. Schließlich wird behauptet, daß mit Rücksicht auf die Anwürfe der Gegner mit unserer Ablehnung des Budgets die Zustimmung sich rechtfertige. Ich kann wohl sagen, daß ich sehr viel aufs platte Land komme, vielleicht häufiger als Weiß, aber ein derartiger Vorwurf seitens der Gegner ist mir überhaupt noch nicht vorgekommen. (Lebhaftes Hört! hört!) Und dann: Wir haben Schwabach-Altendorf gewonnen, obwohl die Liberalen mit unserem angeblich negierenden Standpunkt operiert haben. (Zuruf: Also ist Ihnen ein solcher Vorwurf doch schon vorgekommen?) Aus alledem geht hervor, daß keine Ursache vorlag, das Budget zu bewilligen. (Lebhafte Beifall.)

Rauch-Sannover: Zunächst habe ich eine Erklärung im Namen der hannoverschen Delegation abzugeben: aus den Darlegungen der Genossen Timm, Frank, Hildesbrand und Simon haben die 11 Delegierten des Agitationsbezirks Hannover die Ueberzeugung gewonnen, daß die Zustimmung zum Budget in Bayern, Württemberg und Baden erfolgt ist, nicht wie der Genosse Eichhorn glaubt, im bewußten Gegensatz zu dem Lübecker Beschluß, sondern in dem Bewußtsein, damit ganz im Sinne des Lübecker Beschlusses zu handeln. (Bravol

bei den Süddeutschen.) Das Gegenteil ist bis jetzt nicht bewiesen worden. Wir sind also überzeugt, daß ein Disziplinbruch nicht vorliegt. Aus dieser Ueberzeugung heraus lehnen wir die Resolution 128 glatt ab. (Bravo! bei den Süddeutschen.) Wir lehnen sie ab, weil sie einen unberechtigten Tadel ausdrückt und insbesondere deshalb, weil nach den Erklärungen der Vertreter der Mehrheit der süddeutschen Fraktionen eine Spaltung zu befürchten ist, deren unheilvolle Folgen in ganz Deutschland und für die gesamte Arbeiterbewegung sich bemerkbar machen würden. (Unruhe.) Wir können und wollen nicht die Hand dazu bieten, daß das mühevoll Erreichte auf Jahre hinaus nicht nur gefährdet, sondern geradezu vernichtet und den Genossen die Freude an der Mitarbeit verwehrt wird. (Sehr richtig!) Ebenso lehnen wir auch den Antrag Schöpfkin und jede Verschärfung der Lübecker Resolution ab. (Beifall bei den Süddeutschen.) Noch habe ich zu erklären, daß wir die Art der Polemik, wie sie von einigen Parteiorganen im Norden geübt wird (Lebhafte Unterbrechungen. Rufe: Nur im Norden?), auf das entschiedenste verurteilen. (Zuruf: Nichts als Schall und Rauch! Heiterkeit.)

Persönlich habe ich hinzuzufügen, und dieser Standpunkt wird von mehreren Delegierten Hannovers geteilt, daß ich in den von den süddeutschen Genossen vorgetragenen Tatsachen die Bedingungen der Lübecker Resolution durchaus erfüllt sehe. (Widerspruch und Zustimmung.) Persönlich lehne ich die Vorstandsresolution auch deshalb ab, weil ich in dem Passus von der Politik des Entgegenkommens eine Vogelscheuche sehe, die man auf ein abgeerntetes Getreidefeld stellt. (Sehr gut!) Bisher ist mir kein Genosse genannt worden, der gewillt wäre, Konzessionen an die bestehende Gesellschaftsordnung zu machen. (Sehr gut!) Ich lehne die Resolution weiter ab, weil sie eine Politik der Unaufrichtigkeit empfiehlt. (Große Unruhe.) Es geht überhaupt ohne derartige Resolutionen. (Sehr gut!) Ich traue jedem Genossen die Fähigkeit und den Willen zu, in jeder Stunde die Interessen der Partei nach besten Kräften zu wahren. Ein jeder kann sich irren, wer hat nicht schon eine Dummheit gemacht. (Lebhafte Rufe: Aber man soll sie dann auch eingestehen!) Diese Irrtümer können ohne Resolution korrigiert werden. Es genügt eine parteigenössische Aussprache. (Sehr gut!) Ich lehne die Resolution ab, weil ich Aktionsfreiheit für die Abgeordneten will. (Lebhafte Unterbrechungen.) Wir bringen so ungeheure Opfer an Zeit und Geld für die Wahlen nicht, damit dort einzelne brillante Reden halten, sondern um praktische Vorteile für die Arbeiterklasse zu erzielen. (Sehr richtig!) Dann muß auch die Möglichkeit sein, in der Abstimmung Aktionsfreiheit zu haben. Es ist sehr leicht, eine von Radikalismus triefende Rede zu halten. (Unruhe.) Das kann ich auch (Heiterkeit), aber es ist nicht jeder gewissenlos dazu. (Stürmische Unterbrechungen.)

Vorsitzender Singer: Wenn dieser Ausdruck sich etwa auf eine Rede, die hier gehalten worden ist, beziehen sollte, so müßte ich ihn entschieden zurückweisen. (Rufe: Natürlich meint er sie, eine Feigheit!)

Rauch (fortfahrend): Kein Gedanke daran. Wenn man etwa meint, daß ich das in bezug auf die hier gehaltene Rede des Genossen Westmayer gesagt habe, so will ich mitteilen, daß ich während dieser Rede gar nicht im Saal war. Mir fällt aber ein Flugblatt ein, das in dem Kreise, wo Westmayer zum Reichstag kandidierte, verteilt wurde und worin vom Parteiprogramm nicht im mindesten die Rede war. Und da sage ich, es ist sehr leicht, sich hier als Radikalen aufzuspielen. (Unterbrechungen.)

Vorsitzender Singer: Ich muß bitten, zu erklären, was Sie gemeint haben. Wenn Sie den Ausdruck auf die Rede Westmayers angewandt haben, so weise ich ihn als ungehörig zurück. (Bravo!)

Rauch (fortfahrend): Ich will kein Fehl daraus machen, daß infolge einer Reihe von Aeußerungen hier auf dem Parteitag in mir der Verdacht rege geworden ist, als ob es sich für einzelne Parteigenossen weniger um die Frage der Budgetbewilligung, als vielmehr darum handelt, der Mehrheit mißliebige Parteigenossen den Stuhl vor die Türe zu setzen. (Unterbrechungen. Rufe: Wer hat daran gedacht?) Im „Harburger Volksblatt“ hat ein Artikel gestanden, in dem von Parteiverrätern die Rede ist und davon gesprochen wird, eine reinliche Scheidung zwischen Revisionisten und Sozialisten vorzunehmen und in dem kurz und gut alle Elemente, die mit der Mehrheit nicht einverstanden sind, aufgefordert werden, der Partei den Rücken zu kehren. Bis jetzt sind die Revisionisten noch Parteigenossen. Sie unterscheiden sich von den Radikalen darin, daß sie andere Wege zum Ziel für richtig halten. Nun tröstet man sich damit, daß die anderen nicht die Massen hinter sich hätten. Da dürfen wir uns täuschen. Das gilt nicht nur für Süddeutschland, sondern auch für ein gut Teil von Norddeutschland. (Unruhe und lebhaftes Gort! hört!)

Sollten Sie die Resolution oder eine andere Verschärfung annehmen, was ich im Interesse der Einheitlichkeit der Partei bedauern würde, eine Einheitlichkeit, die manche Genossen auf die leichte Schulter zu nehmen scheinen, dann werde ich mich fügen, aber mit den Worten Webers werde ich mich trösten: Die Dinge marschieren nicht nach unseren Wünschen. Auch angenommene Resolutionen können die Entwicklung nicht aufhalten. (Lebhafter Beifall und Unruhe.)

Rosa Luxemburg: Wir haben seit einer Reihe von Jahren fast auf jedem Parteitag eine lebhafte Auseinandersetzung über die Grundfragen unserer Prinzipien und unserer Taktik gehabt. Gerade jetzt jährt es sich zum zehnten Male, seit wir auf dem denkwürdigen Parteitag in Stuttgart die erste große Auseinandersetzung mit der sogenannten revisionistischen Richtung hatten. Seitdem hatten wir solche Auseinandersetzungen aus diesem oder jenem Anlaß fast jedes Jahr und mehr wie einmal wurden diejenigen, die in jener Richtung die größte Gefahr für die Partei erblickten, der Schwarzseherei und des Pessimismus beschuldigt. Nun, ich glaube, noch in keiner Parteidebatte ist mit solcher Schärfe, Klarheit und Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen, wohin die Partei feuert, wenn sie dieser Richtung nachgeben würde, wie in dieser Debatte. (Sehr richtig!) Hier haben wir nicht mehr Diskussionen über abstrakte theoretische Fragen, hier handelt es sich um eine eminent praktische Frage, um die Frage des politischen Handelns der Partei, um eine Frage, deren Bedeutung auch von den breitesten Massen begriffen wird. Und was stellt sich dabei heraus? Daß wir, wenn es in der Richtung weitergeht, bis jetzt in Süddeutschland vertreten ist, schließlich vor die Alternative gestellt werden: bürgerliche Reformpartei oder Anarchismus? Wodurch ließe die ganze Beweisführung von Timm, Frank, Schildbrand hinaus? Das Leitmotiv ihrer Reden, ebenso wie der Grundgedanke aller Preßäußerungen ihrer Gesinnungsgenossen David, Kollb u. a. lief darauf hinaus: Entweder erkennen wir, daß wir auf dem Boden des heutigen Staates wichtige Errungenschaften positiver Natur erzielen können, und dann sei es notwendig, unsere unnütze grundsätzliche Feindschaft gegen den bestehenden Staat, deren unabweisbare Konsequenz die Ablehnung des Budgets des Klassenstaates ist, aufzugeben — oder wir sollen offen erklären: Auf dem Boden des bestehenden Staates ist keine namhafte Errungenschaft möglich. Dann aber sollen wir die Konsequenzen ziehen: heraus aus den Parlamenten, dann hätte unser Kampf um die Erringung der politischen Rechte gar keinen Sinn. Das wurde uns gestern gesagt. Daß es eine Politik geben kann, die ebenso weit entfernt ist von bürgerlicher Reformpolitik wie von anarchistischen Hirngespinnst, daß es eine

sozialistische Massenpolitik geben kann, die mit allem Nachdruck um positive Errungenschaften kämpfen, zugleich aber mit ebenso kräftigem Nachdruck die prinzipielle Feindschaft gegen den bestehenden Staat auf Schritt und Tritt — und zwar auch durch die Budgetabstimmung — zum Ausdruck bringt, dafür scheint den Genossen in Süddeutschland, wenigstens in den Parlamenten, der Sinn abhanden gekommen zu sein. Sie haben den besten Beweis selbst durch ihre Verteidigungsreden geliefert, auf eine wie schiefe Bahn man sich begibt, wenn man sich auf ihren Standpunkt stellt. Dann, worauf lief hinaus die Verteidigung von Timm? Auf eine unbeabsichtigte, aber um so wirksamere Glorifizierung der Zentrumsparlei in Bayern. (Sehr richtig!) Und worauf lief hinaus die Verteidigung von Frank? Auf ein ebenso unbeabsichtigtes aber um so wirksameres Plaidoyer für die fortschrittlichen Minister der bayerischen Regierung. (Sehr richtig! Zurufe bei den Süddeutschen.) Ich weiß, Ihr habt im Landtag ganz anders die Haltung der Regierung gekennzeichnet. Aber der Widerspruch zwischen jenen Worten und Euren Worten hier zeigt gerade so recht, wie Ihr Euch mit Eurer überklauen Diplomatie in die Messen gesetzt habt. (Sehr gut!) Ich müßte mich sehr irren, wenn nicht Eure Reden von gestern uns nochmals in die Hände kommen und zwar in Flugblättern des Zentrums und in den Kreisblättern der Regierung. Dort wird es heißen: freilich, dieselben Leute haben uns im Parlament — natürlich aus Diplomatie — ganz anders heruntergerissen, aber ihren eigenen Brüdern und Genossen haben sie wohl eher ihre ehrliche Ueberzeugung gesagt, und dort haben sie alles gelobt, was wir geleistet haben. Anstatt auf Schritt und Tritt den Massen zu zeigen, wie erbärmlich, wie geringfügig das ist, was Ihr errungen habt, habt Ihr Euch logisch gezwungen (Zurufe: Wer hat die Schuld daran!) — unterbrechen Sie mich nicht, Sie haben unbeschränkte Redezeit gehabt (Sehr gut!) —, diese Lappalien ins Große zu ziehen und uns in übertriebener Weise als etwas ganz Wichtiges als große Errungenschaft hinstellen. Frank sagte: Weil die Parteipresse auf den Bahnhöfen verkauft werden kann, befinden wir uns auf dem Wege der politischen Gleichberechtigung (Lachen) und weil das Budget einer Staatsarbeiterfamilie von 600 und 700 Mk. auf 1000 Mk. erhöht ist, eine Zulage, die bei weitem nicht ausreicht, um den Ausfall, der durch den Hungertarif entstanden ist, zu decken, deshalb können wir nicht mehr der Regierung unser Mißtrauen ausdrücken. Er, Parteigenosse, die Politik der Diplomatie und der staatsmännischen Klugheit ist eine Schule der Bescheidenheit. (Sehr gut!) Wie diese Bescheidenheit im Anfang aussieht, zeigen uns die süddeutschen Parlamentarier, aber wie sie am Ende aussieht, das zeigt uns der Blockfreisinn in Deutschland. (Lebhafte Zustimmung.) Frank hat den großen Schatten Lassalles heraufbeschworen. Lassalle hätte besser als wir gewußt, was die Massen in Deutschland fühlen und erstreben. Nun, es war kein anderer als Lassalle, der das bekannte Wort geprägt hat von der verdamnten Bedürfnislosigkeit der Massen, er erblickte seine Aufgabe als Sozialist darin, die Massen zur Unzufriedenheit zu erziehen, ihre Forderungen so hoch zu stecken, daß alles, was man hier erringen kann, dagegen als eine Lappalie erscheint. Wir haben als Sozialdemokraten bis jetzt genau so gehandelt. Wir haben den Massen gelehrt, die Errungenschaften, die wir für den bestehenden Staat erzielen können, nicht an dem Abend von anno dazumal zu messen, sondern an dem, was den Massen noch vorenthalten ist, mit einem Wort an dem Endziel. (Sehr richtig!) Wir haben die Massen dazu erzo-gen, an diesem Endziel zu sehen, daß alles, nicht nur das Recht, die Parteipresse auf den Bahnhöfen zu verkaufen, sondern alles andere, was wir durchsetzen können, nur erbärmliche Abschlagszahlungen sind. Man spricht von der Notwendigkeit, die indiffe-

renten Massen zu gewinnen. Ich behaupte, es liegt darin eine unerhörte und unerbittliche Verleumdung der proletarischen Massen in Deutschland und ebenso eine kolossale Unterschätzung der Werbefraße unseres sozialistischen Endziels, wenn man es so hinstellt, als wären es hauptsächlich diese winzigen positiven Errungenschaften, diese erbärmliche Sozialreform, womit wir die Anhängerschaft der proletarischen Massen bis jetzt erkaufte haben. Womit haben wir denn die Massen unter dem Sozialistengeiß gewonnen, wo wir ihnen nichts bieten konnten, womit haben wir sie in Preußen gewonnen, wo wir überhaupt keinen Zutritt im Parlament bis jetzt hatten. Und bedenken Sie, womit wir die Millionen unserer Anhänger in Zukunft festhalten und neue gewinnen, wenn, wie es sich aus der immer zunehmenden Verschärfung der politischen Gegensätze in Deutschland unabweisbar ergibt, die positiven Errungenschaften der Sozialreform immer weniger und nicht mehr möglich werden. (Sehr gut!) Bis jetzt haben wir das Vertrauen von Millionen nicht durch Trinkgelder und winzige Konzessionen erhalten, sondern durch unsere rücksichtslose Kritik alles Bestehenden und durch unser soziales Zukunftsideal. (Lebhafte Zustimmung.) Wohin man kommt, wenn man von diesem Wege abgeht, wenn man glaubt, die Massen nur durch positive Trinkgelder erkaufen zu können, das zeigen wiederum jene bürgerlichen Reformparteien und die Nationalsozialen an erster Stelle: man kommt zum Schluß um das Vertrauen der Masse und um die Achtung der politischen Gegner, man gewinnt nichts, man verliert alles. Bürgerliche Reformpolitik, das war das Leitmotiv in allen Reden von dieser Seite. Und das andere Leitmotiv war: wir fügen uns nicht, ihr könnt abstimmen wie ihr wollt. Das heißt denn doch die Dinge ein wenig auf den Kopf stellen, wenn die Genossen Frank, Timm und Sildensbrand und ihre Gefinnungsgenossen sich hier als die Gekränkten, die Verfolgten, die man vergewaltigen will, hinstellen. Erinnern wir uns doch in aller Ruhe kurz, wie die Dinge lagen. Die süddeutschen Parlamentarier haben entgegen allen Meinungsäußerungen der großen Mehrheit der Partei für das Budget gestimmt, obwohl sie vorher durch ihre Kollegen gewarnt waren, daß es einen Skandal gibt in der Partei. Sie haben der obersten Parteibehörde jede Auskunft über ihre Beschlüsse versagt (Widerspruch), sie haben den Parteitag im voraus eine Polizeikomödie genannt. (Sehr richtig!) Sie haben versucht, die süddeutschen Parteigenossen, unsere Brüder, zur Nichtbesichtigung unseres Gesamtparteitages aufzutackeln. (Sehr richtig!) Und nach alledem wenden sie sich hier gegen eine Resolution, die in der ruhigsten und sachlichsten Weise (Lachen) das knappste Minimum von dem jagt, was gerade notwendig ist, um den Standpunkt der Partei zu wahren. Alles übrige wird mit dem Mantel der christlichen Liebe bedeckt und dabei setzen sie uns noch die Pistole auf die Brust und drohen uns mit Uneinigkeit. Parteigenossen, eine Einigkeit, die tadlerhaft erkaufte ist, daß die Majorität einer demokratischen Partei sich ihres Grundrechts begibt, ihre Meinung zu formulieren und bindende Regeln für ihre sämtlichen Mitglieder auszusprechen, ist eine Illusion. Wie dürfen solchem Treiben nicht entgegenkommen, die Einigkeit im Innern muß gewahrt werden. Wir haben allen Grund, dieser für uns den politischen wie den organisatorischen Ruin bringenden Richtung endlich kräftig zuzurufen: Wis hierher und nicht weiter. (Lebhafte Beifall.)

Auer-München: Ich will nur konstatieren, daß der Genossin Luxemburg nahezu die doppelte Redezeit gewährt worden ist. (Große Anruhe.)

Singer: Diese Konstatierung des Genossen Auer kann nur auf der Tatsache beruhen, daß er eine falsche Angabe gemacht hat. (Große Geisterlichkeit.) Uebrigens ist bei der Rede der Genossin Luxemburg genau so verfahren worden wie bei allen anderen Reden.

Sue: Ich bitte Sie die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission abzulehnen und trete ein für den von unserem alten Freund Frohme so vortrefflich und in so verhängnisvollem Ton begründeten Antrag der holsteinischen Parteigenossen. Wir werden es einmal hoffentlich alle noch erleben, daß wir den holsteinischen Parteigenossen den Dank der Gesamtarbeiterchaft erstaten werden, daß sie in dieser kritischen und dramatischen Situation den kühnen friesischen Verstand sich bewahrt haben und einen solch praktischen, vernünftigen Antrag gestellt haben. Ich habe aus den ganzen Diskussionen hier und in der Presse vorher nur meine Ueberzeugung bestätigt gefunden, daß die Budgetabstimmung keine prinzipielle Frage ist. Wäre sie das, so müßte man mit demselben Maße, mit dem man die süddeutschen Kameraden mißt, auch die Genossen in Gotha, Weimar usw. messen. Weil man das nicht tut, entbehren all die Argumente, die man gegen die Süddeutschen vorgebracht hat, der inneren Wahrscheinlichkeit. Ich habe nicht erst seit gestern die Ueberzeugung gewonnen, daß es sich hier eigentlich gar nicht um die Frage der Budgetbewilligung handelt, sondern es handelt sich um eine Bewegung in unserer Partei, die einmal hier, einmal da einsetzt, die vor 2 Jahren versuchte, unsere Gewerkschaftsführer von der Masse abzutrennen (Sehr wahr!) und die heute dasselbe mit parlamentarischen Führern versucht. (Lachen.) Die Budgetbewilligung kann schon deshalb keine prinzipielle, vor allem keine speziell sozialdemokratische Frage sein, weil wir bürgerliche Parteien auch jetzt im Reichstag haben, die konsequent, entsprechend der Behandlung die sie erhalten haben, das Budget ablehnen — ich meine die National-Polen. Sie kann schon deswegen nicht eine prinzipielle Frage sein, weil ich aus den Worten unserer Genossen Nebel und Singer bei entsprechenden Gelegenheiten im Reichstag herausgehört habe, daß, wenn die Ausbringung der Mittel eine andere ist, wir dann auch mit uns reden lassen. Wäre in der Presse vor dem Parteitag die Frage so sachlich und kameradschaftlich behandelt worden wie der Referent Nebel sie gestern behandelt hat, wir hätten eine ganz andere Basis der Verständigung. (Sehr richtig!) Woher kommt es denn eigentlich, daß man einmal hier, einmal dort immer von „Zustandnissen an die bürgerliche Gesellschaft“ spricht. Ich möchte wirklich nicht, wie ich dazu kommen sollte, als einer, der mitten unter den Arbeitern der Großindustrie und unmittelbar im Kampfe mit den gewaltigsten Großkapitalisten steht, Konzessionen an diese Gesellschaft zu machen. Wo finden wir eine glänzendere Bestätigung der Marzistichen Lehre von der Ansammlung des Kapitals in immer weniger Händen als gerade in der deutschen Bergwerks-, Hütten-, Stahl- und Eisenindustrie? Warum sollte ich nun gerade, der ich die Praxis mit der Theorie im Einklang finde, das sein, was man Revisionist nennt? Wir Gewerkschaftler stehen auf dem Standpunkt, daß wir in allen Fragen, die uns berühren, die Umstände ins Auge zu fassen haben, unter denen diese oder jene Entscheidung zu treffen ist. Das ist das, worauf wir Wert legen. Es gibt Gewerkschaftler, die die Budgetbewilligung nicht für richtig halten. Ich glaube sogar, daß es die Mehrzahl sein wird, aber gerade wir Gewerkschaftler haben das allergrößte Interesse daran, daß die taktische und organisatorische Einheit der sozialdemokratischen Partei nicht zerbricht wird. Wir haben im ganzen deutschen Vaterlande keine Partei, die so umfassend, ohne Rücksicht auf das politische und religiöse Bekenntnis der Arbeiter die Arbeiterchaft vertritt, die Gewerkschaftsbewegung fördert, wie die Sozialdemokratie. Darum bin ich Sozialdemokrat und Gewerkschaftler. Und sollen wir nun, die wir in der Gewerkschaftsbewegung den Kampf unmittelbar zu führen haben, nicht den theoretischen, sondern den praktischen Kampf mit den gewaltigsten Kapitalmagnaten, nicht bangen und sorgen darum,

daß gerade das Instrument, welches am wichtigsten für uns ist, im Parlament zu erreichen, was überhaupt zu erreichen ist für die Gewerkschaftsbewegung, für die Arbeiterklasse, daß dies Instrument durch meines Erachtens überflüssig zugespitzte und überreizte Debatten zerstört wird? Im Namen der Arbeiterchaft möchte ich sagen: mögen Sie denken, wie Sie wollen, ich kann nur jedem der Parteigenossen, die, verärgert, überreizt, allzusehr in persönlichen Epochen sich ergangen haben, bitten: stellen Sie das Interesse an dem, was Sie hier erörtert haben, das Interesse vielleicht, ob Sie einen billigen oder teuren Sieg ersehnen, nicht so hoch wie das, worauf es uns ankommt: die Interessen der Massen, die draußen stehen. Waren Sie schon einmal in Nürnberg in der Herberge zur Heimat und haben Sie sich die große Zahl der Arbeitslosen angesehen? Ich meine, wir hätten wirklich viel besser getan, die kostbare Zeit des Parteitages dazu zu verwenden, die eigentlichen Schäden unserer bürgerlichen Gesellschaft bloßzulegen (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen) und unserem Genossen Mollenhuth, dem vortrefflichen Sozialpolitiker, das Wort zu seinem Vortrage zu geben und uns darüber zu verständigen, wie es denn möglich ist, das schlechende Glied, das jetzt durch die Massen geht, zu bannen. Das halte ich von meinem Standpunkt als Arbeiter aus für das Wesentliche und wenn ich diesen Standpunkt der Arbeiterchaft nicht mehr in der Partei vertreten finde, dann haben wir vom Arbeiterstande alle Ursache zu sagen: Ihr verehrte Parteigenossen von der Theorie, überschätzt doch nicht das, was Ihr theoretisch auskügelt, die Praxis ist oftmals anders. (Lebhafte Zustimmung.) In unserem Falle ist gar kein Gedanke daran, daß wir in der Gewerkschaftsbewegung und insbesondere, die wir mit der Bergwerks-, Stahl- und Eisenindustrie zu tun haben, irgendwelche Konzessionen machen sollten. Wir haben ja gar nicht einmal die Gelegenheit dazu, die Unternehmer hören uns ja gar nicht an, sie weisen uns die Tür. Fürchten Sie sich wirklich davor, daß wir Vertretern in der bürgerlichen Gesellschaft Konzessionen machen, die gar nichts von uns wissen wollen? Haben Sie nicht gehört, daß man im Ruhrgebiet 5000 unserer Kameraden auf die schwarzen Listen gesetzt hat, daß man nicht einmal die Christlichen anerkannt — und da sollten wir Repräsentanten sein!

Unsere süddeutschen Parteigenossen haben nach meiner Ueberzeugung nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Ich kenne speziell die bayerischen Verhältnisse, soweit sie hineingreifen in unsere praktische Arbeit im Bergmanns- und Hüttenwesen, und kann sagen, daß unsere bayerischen Parteigenossen so vorbildlich gearbeitet haben, gerade im Interesse des Berufes, den ich vertere und für den ich kämpfen werde, so lange ich atme, daß ich nur wünschen kann, unsere sieben Parteigenossen im preussischen Landtage, die einen so ungeheuer schweren Standpunkt haben, möchten dem Vorbild der bayerischen Parteigenossen auf dem Gebiete der Sozialpolitik folgen. Ich bitte Sie, lassen Sie sich vor allem von dem Gedanken der Brüderlichkeit leiten, von dem Gedanken, daß wir ja doch wieder hinausgehen müssen in die Knebiere und den Leuten die Ideen des Sozialismus predigen, ihnen sagen müssen: Ihr müßt Euch befreien durch Euch selbst. Denken Sie daran, daß uns schließlich, wenn wir uns nicht einmal selbst hier befreien können von persönlichen Leidenschaften, von Animosität uns draußen die Leute sagen werden: Befreit euch selbst einmal erst! Befreien wir uns, Parteigenossen von der Voreingenommenheit, von dem, was uns hierhergeführt hat, ohne daß wir es vielleicht wissen, teilweise mit der Absicht, könnte man fast sagen, so zu handeln, wie es der andere Teil nicht gern wünscht. Lassen wir immer und immer wieder das Wort gelten, mögen auch die Unterschiede der Talnt

und Auffassung sein wie sie wollen: wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern und wollen es bleiben! (Lebhafte Beifall.)

Vod-Gottha: Ich möchte mit demselben Appell beginnen, mit dem der Korredner geschlossen hat und ich bin überzeugt, daß dieser Appell allseitigen Anklang finden wird. Wenn der Korredner aber gemeint hat, daß die Gewerkschaftler mit der Haltung der Süddeutschen einverstanden sind — nun ich bin seit 1869 Gewerkschaftler und ich bin heute noch genau derselbe Sozialdemokrat, der ich 1869 war. Die Süddeutschen klammern sich an den Strohhalm der Budgetbewilligung in Gotha. Wenn der Parteitag beschließt, daß auch wir Gotthaer unter die Resolution fallen sollen, so widerspreche ich dem nicht, aber die Absichten, die uns seinerzeit geleitet hatten, waren doch ganz andere als die der Süddeutschen. Es war ein Antrag von mir auf Einführung zweijähriger Etatsperioden angenommen worden, die Regierung trat dem Antrag bei, und als uns nun ein zweijähriges Budget vorgelegt war, konnten wir doch natürlich nicht gegen unseren eigenen Antrag stimmen. Es ist gestern gesagt worden, in dem einen Fall hätten wir für den Etat gestimmt, um einen Minister zu halten, der sonst durch einen reaktionären ersetzt würde, und in dem anderen Fall habe es sich um einen Domänenkauf gehandelt. Nein, es handelte sich in beiden Fällen um eine für das kleine Land hochwichtige Sache. Ich hatte schon seit 1894 beantragt, eine Auseinandersetzung mit dem herzoglichen Fideikommiß herbeizuführen, der Antrag war mehrfach abgelehnt worden, wir haben ihn immer wiederholt. Für ein kleines Ländchen mit 156 000 Einwohnern kam da ein Vermögenserwerb von 20 Millionen in Frage. Es stand also unter Umständen die halbe Existenz des Landes auf dem Spiel. Diese Domänenauseinandersetzung wurde lebhaft befürwortet von dem damaligen Minister Gentig, der aber auch auf unseren Antrag eine Statistik hätte aufnehmen lassen, aus der hervorgeht, daß von 100 ackerbaureibenden Landwirten 80 Proz. von den Agrarzöllen gar keinen Nutzen haben, eine Anzahl einen minimalen Nutzen und ein noch geringerer Teil einen wirklichen Nutzen. Diese Statistik verteidigte der Minister angesichts der Agrarier im Landtage, er zog sich dadurch die Wut der Agrarier zu, die natürlich jede Gelegenheit benutzten, um ihn zu stürzen. Uns lag nicht der Minister am Herzen, sondern unser Domänenabkommen und da es nach unserer Ansicht mit diesem Minister stand oder fiel, haben wir mehrmals für seinen Etat gestimmt. Noch eines unterscheidet uns von den süddeutschen Genossen, das ist der Umstand, daß kein einziger von uns auch nur entfernt den Gedanken gehegt hat, irgendetwas zu frondieren. (Zuruf: Wir auch nicht!) Ich habe das entnommen aus den süddeutschen Konferenzen, namentlich daraus, daß, nachdem die Badenser Genossen für den Etat gestimmt hatten und bereits eine heftige Polemik in der Presse einsetzte, acht Tage später demonstrativ auch die bayerische Fraktion dafür gestimmt hat, obwohl sie wußte, daß sich diese Haltung nicht mit der Lübecker Resolution verträgt. Wir haben die demonstrative Bewilligung des Budgets durch die Bayern als einen Faustschlag empfunden.

Die weimariischen Genossen haben mich beauftragt, zu erklären, daß ihre Abstimmung für ein Budget vor der Lübecker Resolution lag. Die 32 thüringischen Abgeordneten stehen mit einer einzigen Ausnahme auf dem Boden der Resolution des Parteivorstandes. Wir sind alte disziplinierte Parteigenossen, wir sind auch denkende Parteigenossen, aber wenn es sich darum handelt, ob wir uns einem Parteitagsbeschuß unterordnen oder eine Spaltung zum Gaudium der Gegner herbeiführen sollen, dann steht mir die Partei höher, dann erkenne ich meinen Zertum an antwort zum Gaudium der Gegner zu erklären: ich füge mich nicht. (Lebhafte Beifall.) Auch der verdienstvolle Genosse steht nicht über der Partei, sondern in der Partei. (Sehr richtig!) Er hat

sich den Beschlüssen zu fügen, wie es auch hervorragende Genossen von jeher getan haben. (Bravo!) Man spricht von den großartigen Errungenschaften der Süddeutschen. Ich bin erst hier auf dem Parteitag zu dem Bewußtsein gekommen: Donnerwetter, wenn die Badenser, die Bayern, die Württemberger das schon als große Errungenschaften preisen, was seid ihr dann in Gotha für prachtvolle Kerle. (Heiterkeit.) Man spricht von Gleichberechtigung. Nun, wir haben es durchgesetzt, daß wir die Leitung des Arbeitersekretariats in Händen haben, für das der Staat das Geld gibt. Wir haben einen Sozialdemokraten beim Arbeitersekretariat angestellt, wir haben Lohnerhöhungen für verschiedene kleine Beamtenkategorien durchgesetzt, wir haben 1902 den Lehrern die höchste Gehaltskala durchgesetzt, ich war Mitglied des Verwaltungsgerichtshofs — ja, wenn das große Taten sind, dann sind wir unseren Ministern für unser Domänenabkommen ja noch einen Fadelzug schuldig. (Große Heiterkeit. Zuruf bei den Süddeutschen: Das kommt noch!) Das bringt Ihr fertig, wir nicht. Es wird gesagt, wir müssen den Kampf praktisch führen, täglich, stündlich, wir müssen den Arbeitern zeigen, daß wir für sie tätig sind, und daß jede kleine Errungenschaft etwas wert ist. Ja, tun wir denn das nicht von jeher? Nun wir das vielleicht erst, seitdem die Bayern, Badenser und Württemberger im Landtag sind? (Sehr gut!) Ich bin 41 Jahre in der Partei und von Anbeginn weiß ich nichts anderes, als daß wir täglich und stündlich für die Arbeiterklasse Vorteile herauszuholen gesucht haben. (Sehr richtig!) Wer hindert uns daran, dies auch für die Zukunft zu tun? Vielleicht die Lübecker Resolution? (Die Redezeit ist abgelaufen.) Nehmen Sie die Vorstandsresolution an, nicht aber die Resolution Frohme, denn die bringt Sie in eine viel schiefere Situation. (Sehr richtig!) Ich werde mich besonders an die Süddeutschen. Unterordnen Sie sich nicht dem in Berlin gefangenen Parteivorstand (Heiterkeit), sondern nehmen Sie die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission an, Sie fahren damit besser. (Lebhafte Beifall.)

Dr. David-Maing: Auf die Ausführung von Vod war ich sehr gespannt, weil er uns versprochen hatte, auseinanderzusetzen, daß die Budgetabstimmung in Gotha sich mit dem Lübecker Beschluß und der Vorstandsresolution vereinbaren ließe. Diesen Beweis ist er uns nach jeder Richtung hin schuldig geblieben. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Vod hat angedeutet, wenn man auch die Gotthaer in die Vorstandsresolution aufnehmen wolle, so habe er nichts dagegen. Nun Vod ist Mitglied der Parteileitung, er hat die Resolution des Vorstandes mitunterschieden, warum hat er denn nicht dafür gesorgt, daß Gotha mit hineinkommt? (Sehr gut bei den Süddeutschen.) Sie haben jedenfalls die Pflicht, diesen Fehler nachzuholen, indem Sie sofort ein Amendement zu der Resolution stellen. Das erwarde ich von Ihrem Gerechtigkeitsgefühl. (Anruhe.) Dann hat Vod erklärt, er habe sich noch immer gefügt. Nun, mir ist aus Breslau die dramatische Szene in Erinnerung geblieben, als Vod erklärte, er sei als Gotthaischer Landtagsabgeordneter schon seit Jahren für die Forderung des Agrarprogramms eingetreten. Werde dies Programm jetzt abgelehnt, so müsse er sich entweder desabouieren oder sein Mandat niederlegen. (Hört! hört!) Er hat das Mandat nicht niedergelegt. (Zuruf: Na also!) Er hat sich aber auch nicht „gefügt“, sondern er hat die Agrarresolution, die Ausgaben für die Landeskultur verbietet, Jahr für Jahr durchbrochen; er hat so gehandelt, wie oft gehandelt wird, daß man Beschlüsse einfach ignoriert. So sieht Ihre Fügung aus, Genosse Vod! Dieses System wollen wir nicht weiter haben, und deshalb sind wir ehrlich und sagen es Ihnen von vornherein, wenn Sie Beschlüsse fassen wollen, die wir nicht halten können. Was den Berliner Fall betrifft, so hat der Stimmenaufwand von Zubeil nichts von dem widerlegt, was wir attemäßig vorlegen. Die Vogt-

herrliche Erklärung stammt aus dem Jahre 1890. (Vorgmann: Nach der haben wir immer gehandelt!) Damit haben Sie bewiesen, daß Sie die Budgetabstimmung durch eine Erklärung nach außen markieren können, aber Sie haben das Jahr für Jahr unterlassen. Auch unsere lieben Freunde aus Sachsen sollten so ehrlich sein und ihr Verhalten mit durch die Resolution rügen lassen. Die einfachste Lösung wäre ja, daß man erklärt: Die Zustimmung zum Budget ist weder aus sachlichen noch aus prinzipiellen Gründen zulässig, sondern nur aus Schlamperei. (Heiterkeit.) Fürwahr, es muß schlecht stehen mit der Sache der Ankläger, die in diesem Falle in Wahrheit die Angeklagten sind. (Gelächter.)

Nun zum Komplottschwindel! Gek war zur Sitzung in Stuttgart geladen, Gek ist Mitglied der Parteileitung, er ist nicht hingegangen. Ich gelte ja eher als einer, der geneigt ist, revisionistische Komplote zu schmieden, aber ich habe die Konferenz nicht für so wichtig gehalten, um die Reise von Berlin dorthin zu machen. Und wenn wir wirklich ein Komplott schmieden wollten, halten Sie uns für so dumm, daß wir es so gemacht hätten? Erst den Parteivorstand benachrichtigen, dann Gek einladen und dann die geheime Verschwörung in Gegenwart von Gek. (Heiterkeit.) Diese Lächerlichkeiten schlagen sich von selbst.

Der ganze Zwist entspringt dem Widerspruch zwischen langjähriger parlamentarischer Praxis und weltfremder Theorie (Sehr richtig!), und es wird nicht zur Einigung kommen, solange Sie der weltfremden Theorie größeres Gewicht beilegen als der Praxis. Sie sprechen von parlamentarischem Kreinismus. Nein, parlamentarischer Kreinismus wäre es, wenn man unsere Abgeordneten in so schwierigen Situationen von vornherein festlegen wollte. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Wenn Sie den Leuten zutrauen, daß sie bei den wichtigsten Abstimmungen wissen, was sie zu tun haben, dann müssen Sie ihnen auch das Vertrauen schenken, daß sie bei der letzten Abstimmung wissen, ob sie ja oder nein sagen sollen. Die Budgetabstimmung ist zu wertvoll, um sie bloß als Demonstrationsobjekt zu gebrauchen. Wenn man aber demonstrieren will, dann hätte man auch in Sachsen, in Gotha und in Berlin demonstrieren müssen. Es muß anerkannt werden, daß viele Redner, die gegen uns stehen, die ehrliche gute Absicht anerkennen. Ja, wenn die Genossen, die für das Budget gestimmt haben, glaubten, daß sie damit nicht gegen die Lübecker Resolution verstößen, wozu sollten sie dann die Sache erst noch vor einen Parteitag bringen? (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Galt es denn ein Mensch mit gesundem Verstand für möglich, daß eine Fraktion erst vorher einem Parteitag unterbreitet, wie sie im Landtag stimmen will? — Die Parteitagebeschlüsse sind auch kein Evangelium. Wir wollen keinen neuen St. Paulus haben, der uns Evangelien predigt. (Große Heiterkeit und sehr gut!) Die Disziplin kann nur bis zu der Grenze gehen, wo die Ueberzeugung anfängt, daß ein Beschluß der Sache schaden könnte. Wenn Sie etwas anderes konstruieren wollen, dann nennt man das nicht Disziplin, sondern Kadavergehorsam. (Gelächter.) Jawohl, das ist das, was viele meinen, daß man nämlich trotz des Bewußtseins, der Partei zu schaden, einen Beschluß durchführen müsse. Wir können nicht auskommen ohne eine richtig verstandene Disziplin, aber noch viel weniger ohne aufrechte Männer, die das Rückgrat besitzen, in jeder Situation nach ihrer Ueberzeugung zu handeln. Der Friede kann nicht hergestellt werden in der Frage, es sei denn, Sie geben den einzelnen Landesorganisationen die entsprechende Bewegungsfreiheit. Das ist der einzige Ausweg. Eine Abstimmung zumal bei dieser Zusammensetzung wäre eine Vergewaltigung. Lehnen Sie die Resolution ab und befunden Sie damit, daß Sie das Vertrauen zu unseren Vertretern in den Landtagen haben,

daß sie nichts die Partei Schädigendes tun werden. Ich kann Sie beruhigen, in diesem Vertrauen werden Sie sich nicht täuschen. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Rehmann-Mannheim: Sätten die badischen Abgeordneten diese Erregung in der Partei vorausgesehen, gar mancher hätte sich seine Budgetabstimmung dann doch anders überlegt. Und nun rechnet Frank sogar mit einer Abspaltung: Ich bin überzeugt, mancher badische Abgeordnete sagt sich jetzt: einen dümmereu Streich als die Zustimmung zum Budget hat er noch nicht gemacht. Man sagt uns: die Arbeiter haben es verlangt. Das Reichsbudget wird für unannehmbar erklärt, weil es auf indirekten Steuern aufgebaut ist; nun, das badische Budget hat neben 28 Millionen direkten 17 Millionen indirekte Steuern (Hört! hört!), darunter eine Fleischsteuer! Im Beamtengesetz ist das politische Recht der Beamten von den bürgerlichen Parteien einstimmig abgelehnt worden. Rüge in der Budgetzustimmung kein Vertrauensvotum, dann hätte die ganze Abstimmung keinen Zweck. Die Bayern berufen sich darauf, daß der Militäretat in ihrem Finanzgesetz nicht enthalten sei; nun, wenn die Wadenser für sich die Erhöhung der Beamtengehälter anführen, so ist der Eisenbahnetat, das ist fast die Hälfte der Beamtengehälter in dem Budgetgesetz, für das sie gestimmt haben, gar nicht mitzuzählen. Das Staatsbudget balanziert mit 88 Millionen Mark, während das Eisenbahnbudget über 100 Millionen beträgt. Diese letzte hohe Summe ist in dem Finanzgesetz gar nicht enthalten. Dafür enthält das Budget Ausgaben für den Kultusgeistlichen, das Hofbudget usw. Als wir beim Beamtengesetz beantragt haben, daß Beamte wegen der Betätigung irgendwelcher politischer Anschauungen nicht gemakregelt werden dürften, habe die Regierung diese Forderung mit aller Entschiedenheit abgelehnt und voller Entzückung habe der Staatsminister erklärt, wenn der Antrag angenommen würde, dann könnte es möglich sein, daß ein Bezirksamtmann sozialdemokratische Reden halten könne. Eine solche Vorstellung sei für einen Minister allerdings fürchterlich, denn bisher wisse man es nicht anders, als daß die Bezirksamtänner nationalliberale Reden halten. Die Gleichberechtigung der Frauen sei im Beamtengesetz allerdings insoweit anerkannt, als sie sich um alle Beamtenstellen bewerben könnten, würden sie aber angestellt, so erhielten sie jedoch nur drei Viertel des Gehaltes der männlichen Beamten. Die Resolution Frohme wird die Stellung der Abgeordneten nur verschleiern; nehmen Sie aber die Vorstandsresolution an, so wird man verstehen, wenn sie sich fügen, und ich bin überzeugt, sie werden sich fügen. (Beifall.)

Die Diskussion wird auf nachmittag vertagt. Es folgen noch persönliche Bemerkungen.

Eisner erwidert auf die gegen ihn gerichteten Bemerkungen Gek's betreffs die Elektrizitätssteuer: Ich stelle fest, daß ich einen vertraulichen, streng vertraulichen Brief an die Redaktion des „Volksfreund“ geschrieben habe. Ich stelle weiter fest, daß der Inhalt dieses Briefes vertraulich, streng vertraulich der badischen Fraktion zur Kenntnis gegeben ist. Ich stelle weiter fest, daß der Inhalt dieses Briefes falsch, unklar wiedergegeben ist. Und ich erkläre schließlich, daß, wenn ich wünsche, daß Briefe von mir öffentlich bekannt werden, ich sie an den Genossen Gek vertraulich schreiben werde.

Gek: Es ist möglich, daß ich mich in der Person des Briefschreibers getäuscht habe und daß an Stelle Eisners, wie mir nachträglich gesagt worden ist, Genosse Auer in Betracht kommt. Allein die erwähnte Tatsache, daß uns das mitgeteilt worden ist zur Benützung in den Debatten der badischen Kammer, steht fest. Eine Mitteilung hatte keinen vertraulichen Charakter; es handelt sich hier offenbar um zwei verschiedene Briefe.

Was die Konferenz in Stuttgart anlangt, so hatte ich kein Interesse an den Verhandlungen in Stuttgart, weil durch meine Anwesenheit weder in der Sache noch in der Form eine Aenderung eingetreten wäre. Die Einladung erging an die badische Fraktion. Der Beschluß der Fraktion lautet: es ist jedem Fraktionsgenossen freigestellt, ob er hingehen will oder nicht. Also bestand gar kein Zwang, nach Stuttgart zu gehen. Engler soll mir beweisen, daß ich mich gedrückt habe, wo ich notwendig war. (Engler: Das wird auf dem badischen Parteitag geschehen!) Den Beweis wird er ebensovienig erbringen, wie für den Vorwurf, ich hätte der „Leipziger Volkszeitung“ mit Wissen unwahre Tatsachen mitgeteilt. Daß es einem Korrespondenten einmal passieren kann, daß er einen Irrtum schreibt, wissen wir ja aus dem eklatanten Fall des „Volksfreund“.

Nun kommt der Hauptfall. Sie haben also endlich einen erwischt und hier auf das Bodium als corpus delicti geschleppt, der dem Parteivorstand unwahre Mitteilungen gemacht haben soll über das, was wahrscheinlich in der Angelegenheit der Budgetbewilligung vor sich gegangen ist. Nun muß ich eingestehen, daß ich der Verbrecher bin und Sie müssen mir gestatten, daß ich Ihnen die Tatsachen vorführe. (Singer: Ich bedaure, aber nicht im Rahmen der persönlichen Bemerkungen. Weiden Sie sich zum Wort.) — Ja, dann komme ich aber nimmer dran! Ich erkläre also ausdrücklich, daß meine Mitteilungen an den Vorsitzenden des Parteivorstandes Singer darin bestanden, daß ich ihm vor dem Beschluß der Karlsruher Fraktionsitzung mitgeteilt habe, daß für und gegen die Budgetbewilligung ungefähr eine gleichmäßige Stimmung vorhanden sei, somit es auf eine Stimme ankomme. Als ich dann nach der Beschlußfassung den Genossen Singer auf dem Schwarzwald, wo er sich zur Kur aufhielt, traf, fragte er mich: Habt Ihr Euch denn schon entschieden? Da antwortete ich ihm: Lieber Paulus, mich zwingt ein Schweigegebot, die Mitteilung über die Fraktionsabstimmung Dir zu machen. Da sagte er: Na, wenn es so ist und Du den Mund halten mußt, dann weiß ich schon, wie beschloffen ist.

Westmayer-Stuttgart: Genosse Rauch, mein alter Redaktionskollege, hat es nicht unterlassen können, gegen mich den schwersten Vorwurf zu erheben, der überhaupt gegen einen Genossen erhoben werden kann, den Vorwurf der Gewissenlosigkeit. Er hat erst versucht, abzuleugnen, daß der Vorwurf gegen einen Anwesenden gemünzt ist, erst durch die Qualifizierung seiner Kampfwiese aus der Mitte des Parteitages heraus hat er sich bequem, eine Begründung seines Vorwurfes zu versuchen. Er hat gesagt, ihm schwebte noch ein Flugblatt vor, das einstmals in meinem Wahlkreis verteilt worden sei. Es sind viele Flugblätter verteilt worden zu den verschiedensten Zeiten, davon eins oder zwei von mir. Ich weiß es nicht und Rauch wird es auch nicht wissen, welches Flugblatt er meint und was darin steht. Den Nachweis, daß auch nur eine Zeile in einem von mir verfaßten Flugblatt gegen die Programmforderungen verstoßt, hat er nicht versucht zu erbringen; das kennzeichnet den Genossen Rauch und seine Methode. Das Urteil überlasse ich jedem ehrlichdenkenden Parteigenossen. (Bravo!)

Wolf-Gotha: David hat versucht, mich der Doppelzüngigkeit zu bezichtigen unter Berufung auf das Protokoll des Breslauer Parteitages, wonach die Zustimmung auf Ausgaben für Agrarurzwede unterjagt sei. Das Agrarprogramm ist in Breslau abgelehnt und nur eine Resolution Kautskys angenommen worden, und diese läßt vollständig zu, daß man für Agrarzwede, die im allgemeinen Interesse liegen, sehr wohl stimmen kann.

Engler-Freiburg: Gek vermahnt sich dagegen, Unwahren an die „Leipziger Volkszeitung“ und den „Vorwärts“ berichtet zu haben. Ich verweise nur auf

zwei Dinge. Er hat vor einiger Zeit, einen Monat bevor ich den Posten eines Parteisekretärs angetreten habe, im „Vorwärts“ berichtet, ich hätte mich durch den Abschluß eines Wahlabkommens bei den Freiburger Stadtverordnetenwahlen mit einem dolce far niente — einem süßen Nichtstun — in meinen Posten eingeführt. Vor einigen Tagen hat er in der „Leipziger Volkszeitung“ einen Bericht aus Baden gebracht, worin er auf Versammlungen, deren Orte dem Genossen Reich unbekannt sind, hinweist und mir den Vorwurf macht, ich sei in diesen Versammlungen mit einer Resolution haufieren gegangen. Hätte Gek den „Volksfreund“ gelesen, so hätte er gelesen, daß ich in diesen Orten schon vor der Budgetabstimmung war und zu einer Zeit, wo ich Versammlungen im Oberrhein Wahlkreis abgehalten und wo ich es ausdrücklich abgelehnt habe, eine Resolution einzubringen. (Hört! hört!)

Dr. David: Gek vermahnt sich dagegen, daß er in seiner Praxis als Gothaischer Landtagsabgeordneter Jahr für Jahr gegen den Breslauer Beschluß verstoßen habe. Ich halte den Vorwurf vollständig aufrecht. Die Breslauer Agrarresolution erklärt, daß Ausgaben für Landeskultur nicht im Interesse des Proletariats, sondern der Kapitalisten liegen, da sie deren Eigentum erhöhen. Mit diesem Argument hat Kautskys uns verboten, die Forderungen, die wir im Agrarprogramm hatten, zu bewilligen. Da sollte ein Niegel vorgeschoben werden. Dieser Niegel schiebt Gek jedesmal auf, wenn er über Agrarforderungen abstimmt, — wie wir es in allen Landtagen so machen, denn es ist sehr vernünftig. (Geisterzeit.)

Schluß der Vormittagsitzung 1¼ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Die Debatte über die Budgetbewilligung wird fortgesetzt.

Genik: Ich habe zunächst einige Feststellungen zu machen. Der Genosse Singer ist gestern apostrophiert worden darüber, daß er die Verhandlungen, die gestern nachmittag zwischen einer Kommission von uns, dem Parteivorstand und der Kontrollkommission stattfanden, gerade in dem Moment abgedrohen hat, als von mir der Versuch gemacht wurde, eine Verständigung herbeizuführen. Genosse Singer erwiderte: was er getan habe mit den Worten, er habe jetzt die Konzeptionen satt, das hätte eine Stunde vorher ich gesagt. Ganz so liegen die Dinge doch nicht. Die Verhandlungen haben sich folgendermaßen abgespielt. Ich war Berichterstatter der Mehrheit der süddeutschen Delegation und habe mich für verpflichtet gehalten, den Parteivorstand auf den ganzen Ernst der Lage hinzuweisen und ihm begrifflich zu machen, daß es sich nicht etwa um ein paar Duzend Abgeordnete handelt, die im Gegensatz zur Resolution des Parteivorstandes stehen, sondern um mindestens 95 Proz. der süddeutschen Parteigenossen und die übergroße Mehrzahl unserer Wähler. Ich habe dem Parteivorstand vorgeworfen, daß er nicht den richtigen Weg zur Verständigung gesucht hat, daß er nicht den richtigen Weg zur Verschärfung der Situation wesentlich beigetragen hat. So haben wir ein paar Stunden hin und her verhandelt, und dann wurde uns vorgeworfen, daß wir keine positiven Vorschläge zur Verbesserung gegeben hätten. Ich habe dann Vorschläge gemacht, im Einverständnis mit den Genossen von Süddeutschland, und gerade in dem Moment, als ich diese Vorschläge gemacht habe, hat Singer die Wappe zugemacht und erklärt: Jetzt habe ich genug. (Lebhafte Hört! hört!) Und weiter: Der Genosse Eichhorn, der wahrscheinlich

Verbindungen mit dem Parteivorstand und der Kontrollkommission hat, hat gestern zu dem Redakteur eines süddeutschen Parteiblattes gesagt, daß die ganzen Verhandlungen darauf angelegt sind, einige fliegen zu lassen. (Stürmisches Hört! Hört! Rufe: Namen nennen!) Zu dem Redakteur der „Marinheimer Volksstimme“. (Undauernde große Unruhe.) Unterbrechen Sie mich nicht, ich habe nur zehn Minuten. Wenn geflogen wird, dann fliegen nicht nur einige, dann gibt es einen großen Ausflug. (Große Unruhe. Langanhaltende Unterbrechungen.)

Heute hat mit den Genossen Bebel und Ebert eine Aussprache stattgefunden über die Situation des Parteitages. Wir haben uns alle gefreut über die versöhnliche Art und Weise, wie Bebel die Verhandlungen eingeleitet hat. (Sehr wahr! bei den Süddeutschen.) Das war für uns das erste Anzeichen, daß eine Verständigung nicht ausgeschlossen ist. In der Aussprache, die heute zwischen Bebel und Ebert stattfand, wurden Bebel die schärfsten Vorwürfe gemacht (Hört! hört!) über die versöhnliche Einleitung. (Stürmisches Hört! hört! bei den Süddeutschen.) Man hat ihm gesagt, er habe alles verdorben und der Schlusseffekt ist der, daß das Schlusswort für die Resolution nicht Bebel erhalten wird, sondern der Scharfmacher Ebert. (Große anhaltende Bewegung. Erregte Zurufe. Undauernder Lärm.) Der Genosse Lenz hat heute früh zum Beweis dafür, daß von uns der Krakeel ausgeht, sich darauf berufen, daß ich die bayerischen Genossen gewarnt habe vor der Zustimmung zum Budget mit Rücksicht darauf, daß das zu einem Krakeel führen würde. Ich gebe ohne weiteres zu, daß ich die Parteigenossen auf diese Folge aufmerksam gemacht habe, aber nicht, weil ich nicht sachlich mit ihnen übereinstimme, sondern weil ich ein Gegner aller Parteizänkereien bin. (Beifall.)

Ich habe eine Erfahrung von 35 Jahren in der Partei, ich weiß, wie die Dinge gehen. Man hätte vielleicht noch ein paar Jahre fortzukursieren können, dann wäre vielleicht eines schönen Tages, wenn erst die Parteigenossen in Berlin länger im Landtag sitzen, von dort aus der Antrag gekommen, die Lübecker Resolution aufzuheben oder zu erweitern, damit auch sie die Möglichkeit haben, für das Budget zu stimmen. (Widerspruch.) Was mich am meisten erbittert, was mich empört, das ist der unwürdige ekelhafte Streit, der bis zur Siebehöhe gestiegen ist über eine Vagatelle, die man aufbaut weit über ihre Bedeutung hinaus. (Lebhafte Zurufe: Da hört doch alles auf!) Zubeil hat heute mit aller Entschiedenheit bestritten, daß die Berliner Stadtverordneten-Fraktion das Budget annähme, er hat erklärt, in Berlin bestände gar nicht die Möglichkeit, gegen das Budget zu stimmen, namentlich die Möglichkeit, eine namentliche Abstimmung herbeizuführen. Wir haben uns darüber sehr genau orientiert, weil das Budget der Berliner Stadtverwaltung gar sehr interessant ist und weit schlimmer als das bayerische. Wir haben uns an einen Parteigenossen gewandt, der ebenso wie Zubeil in der Berliner Stadtverordnetenversammlung sitzt, und der hat uns berichtet: „Bei der GesamtAbstimmung über den Etat war es dem Einzelnen überlassen, ob er dafür stimmen will oder nicht, mit der ausgesprochenen oder nicht ausgesprochenen Motivierung in der Fraktionsitzung, daß bei der Natur des städtischen Etats, der fast ausschließlich Kulturzwecken dient, gar keine Veranlassung besteht, dagegen zu stimmen. (Hört! hört! — Bormann: Das ist niemals beschloffen!) Die Abstimmung erfolgt durch Aufheben der rechten Hand, wie alle Abstimmungen in der Stadtverordnetenversammlung, sie ist keine namentliche, wenn ein solcher Antrag nicht ausdrücklich gestellt wird, was bei der GesamtAbstimmung über den Etat noch niemals der Fall gewesen ist.“ Wie sieht nun der Etat der Berliner Stadtverwaltung aus? Unter den Gesamtausgaben von

159 Millionen befinden sich 7 851 950 Mk. für die Polizei in Berlin, dieselbe Polizei, die unsere Parteigenossen, die für das Wahlrecht demonstriert haben, mit blutigen Köpfen heimgeschickten. (Hört! hört! bei den Süddeutschen. Große Unruhe.) Dieser Polizei bewilligen die Berliner Stadtverordneten 7 Millionen.

(Nach diesen Worten entsteht unter den Delegierten ein ungeheurer Lärm. Einige Mitglieder der Berliner Stadtverordnetenfraktion rufen ihm die Worte zu: Das ist eine Lüge! Das ist ein gemeiner Schwindel! Es ist dem Redner unmöglich, sich verständlich zu machen. Da Singer ihn außerdem darauf hinweist, daß die Redezeit abgelaufen ist, schließt er mit den Worten: Bilden Sie sich selbst ein Urteil! (Langanhaltender Beifall bei den Süddeutschen, große Unruhe auf der anderen Seite.) Die zahlreichen Zuhörer im Saal und auf der Tribüne klatschen, als Segis die Rednertribüne verläßt, demonstrativ Beifall, einige süddeutsche Delegierte rufen den Berlinern zu: Das ist die Stimmung der Masse! Nach einigen Minuten gelingt es dem Vorsitzenden Singer, endlich die Ruhe wiederherzustellen.)

Singer: Parteigenossen! Wenn Ihr Euch nicht mähigen und die Erregung bemeistern könnt, so macht Ihr ordnungsgemäße Verhandlungen einfach unmöglich. (Sehr wahr!) Ich glaube im Namen der Gesamtpartei von den Delegierten, die hierhergeschickt sind, um die Interessen der Partei zu vertreten, verlangen zu können, daß sie sich soweit bemeistern, daß die Verhandlungen geführt werden können. (Beifall.) Es trifft dies alle Seiten des Saales. Die persönliche Erregung, die ja vielleicht berechtigt sein mag, muß niedergehalten werden im Interesse der Verhandlungen. Außerdem bitte ich, daß die Ordner dringen dafür sorgen, daß in den für die Delegierten bestimmten Raum nur Delegierte Platz nehmen, und endlich erlaube ich darum, daß die Zuhörer sich gefälligst an den Verhandlungen nicht anders beteiligen als durch Zuhören. (Lebhafte Zustimmung.)

Sträbel-Berlin: Ich habe gestern dem Genossen Frank „Infamie“ zugerufen. Ich will diesen Ausdruck nicht entschuldigen, er ist mir in einem Augenblick der Empörung entfahren. Ich will nur erklären, wie ich zu diesem impulsiven unparlamentarischen Ausdruck gekommen bin. Der „Vorwärts“ hatte die Stuttgarter Tagung als eine geheime Tagung bezeichnet, wo eine Verständigung in der Frage der Budgetbewilligung unter den Süddeutschen gesucht und gefunden wurde. Er hatte dies Vorgehen scharf mißbilligt und als einen Ueberumpelungsversuch gekennzeichnet. Und trotzdem glaubte Genosse Frank, sich erst noch durch eine Frage an mich darüber bergewissern zu müssen, ob der „Vorwärts“ denn nicht längst etwas davon gewußt habe, daß die Frage der Budgetbewilligung dort unten verhandelt werden würde und verhandelt worden ist. Ich habe das so aufgefaßt, daß Genosse Frank es für möglich hielt, daß wir ein Spiel elender Gezuchlei, verlogener Stimmungsmache trieben. Aus dieser Auffassung heraus kam der Zwischenruf.

Nun zur Sache. Der Genosse Timm hat uns ja besonders schlechten Ton vorgeworfen. Ich will nicht sagen, daß unser Ton immer der beste gewesen ist. Aber Timm hätte seine Kritik doch auf die andere Seite ausdehnen sollen. Wenn beispielsweise das Bochumer „Volksblatt“ geschrieben hat: „Da haben wir wieder den fälligen Parteiskandal (Zurufe: Sehr richtig!) — die „Leipziger Volkszeitung“ pfeift und der „Vorwärts“ tanzt nach.“ (Zurufe: Sehr gut! Stadthagen: Da haben Sie den Ton!) Ja, das war der gute Ton, der sich eben in diesen Zwischenrufen qualifizierte! Parteigenossen, da wird uns eben unterstellt, nicht aus einer Gemeinsamkeit der Auffassung heraus, sondern aus dem kloßen Wettstreit, Parteiskandale anzugehen, habe der „Vorwärts“ Stellung zu der Sache genommen. Wenn das nicht der denkbar schlechteste Ton ist, ein unendlich viel schlechterer Ton, als er sich viel-

leicht in einem heftigen Wort bei uns findet, dann muß man kein Gefühl mehr für solche Dinge haben. Timm hat uns aber ja selbst einige Proben des guten Tones hier gegeben. Er hat davon gesprochen, daß der Parteifraß „mutwillig vom Zaun gebrochen“ werde, und Hildenbrand und andere haben immer wieder von Parteifraß gesprochen. Und das wagt man der großen Mehrheit des Parteitages ununterbrochen ins Gesicht zu schleudern! (Lebhafter Beifall.) Parteigenossen! Sie nehmen für sich die Anerkennung besser ehrlüchster Ueberzeugung in Anspruch. Wir kongedieren Ihnen das, aber wir, wir machen Fraß! Die „Fränkische Tagespost“ hat ja den originellen Standpunkt vertreten, nicht sachliche Meinungsabgrenzungen hätten die Debatte hervorgerufen, sondern die ewige Fraßsucht zankfüchtiger Genossen. Man ist versucht, den Spieß umzukehren: Wenn man anderen solche Motive unterzieht, wie mag es dann um die eigene Moral stehen. (Lebhafter Beifall.) Es war wirklich ganz überflüssig, pathetisch zu fordern, daß man die ehrlüchtere Ueberzeugung der süddeutschen Genossen zu respektieren habe. Wann hätten wir das jemals nicht getan? Wir glauben selbstverständlich an Ihren guten Glauben und Ihre ehrlüchtere Ueberzeugung, wenn wir aber trotzdem Ihren Standpunkt bekämpfen, so deshalb, weil Ihre Ueberzeugung nicht der grundsätzlichen sozialdemokratischen Auffassung entspricht, sondern weil es der Wahn des Opportunismus und des Revisionismus ist. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir das Vorhandensein ernstlicher Meinungsabgrenzungen bestreiten, wie es Segitz eben getan hat, dann machen wir die Partei vor aller Welt lächerlich, dann wären wir ja entweder Komödianten oder Kindsäpfe, die gar nicht wissen, warum und weshalb sie sich streiten! Nein, diesen Auseinandersetzungen — und wir werden auf diesem Parteitag nicht die letzten gesagt haben (Hört! hört!) — liegen wirklich tiefe Meinungsabgrenzungen zugrunde. Das haben ja die Verteidiger der Budgetbewilligung bewiesen; sie haben zutiefst bewiesen.

Sie wollten beweisen, daß sie nur von der Ausnahmbestimmung der Lübecker Resolution Gebrauch gemacht hätten, daß aber im übrigen von ihnen der Grundsatz der normalen Ablehnung anerkannt werden müsse. Sie haben nun aber in ihren ganzen Reden lediglich nachzuweisen versucht, daß die grundsätzliche Ablehnung Unfug ist, daß für die Ablehnung lediglich taktische Opportunitätsgründe maßgebend sein dürfen. Auch Genosse Ulrich hielt in dieser Frage reine Zweckmäßigkeitsgründe für entscheidend. Wir sind ganz anderer Meinung und wir haben unserer Auffassung doch weiß Gott ausführlich Ausdruck gegeben in sieben redaktionellen Leitartikeln im „Vorwärts“. Weil wir diese wohl begründete Meinung haben, daß die Budgetbewilligung vom grundsätzlichen Standpunkt aus beurteilt werden muß, deshalb haben auch wir das Recht, unserer ehrlüchtesten Meinung unverblümt Ausdruck zu geben mit aller Energie und aller gebotenen sachlichen Schärfe. Oder sollten wir vielleicht nur deshalb nicht dies Recht haben, weil wir uns zufällig in der Mehrheit befinden. (Sehr gut!)

Genosse Timm nannte auch das einen schlechten Ton, daß der „Vorwärts“ die Behandlung der Budgetfrage als eine Zweckmäßigkeitsfrage, als Nachahmung der blockliberalen Konzeptions- und Aushandelspolitik bezeichnet hat. Ist dem etwa nicht so? (Zuruf: Nein!) Hat man nicht die bairische Abstimmung motiviert mit Rücksicht auf das Zustandekommen des national-sozialdemokratischen Großblocks, hat man nicht die bayerische Abstimmung damit motiviert, man müsse der Regierung entgegenkommen, um ihr zu zeigen, daß man ihr Wohlwollen und ihren guten Willen zu würdigen wisse. (Widerspruch.) Das hat der „Vorwärts“ dem Genossen David, ohne von ihm berichtet zu werden, vor mehreren Tagen nachgewiesen. Außerdem will ich Ihnen zum Beweise

dafür, wie gerade der von Nürnberg in Aussicht genommene Lehrer des Marxismus, Genosse Maurenbrecher, darüber denkt, eine Stelle aus einem Briefe vorlesen, den er an den Kreisvorsitzenden seines Kreises gerichtet hat. Es heißt da: „Gegenüber der heutigen bayerischen Regierung wäre eine Budgetverweigerung einfach sinnlos. Ändert sich die Regierung, gut, so ändert auch die Sozialdemokratie ihre Haltung. Aber zurzeit muß man doch sagen: die bayerische Regierung tut alles, was man von einer gerechten, vorurteilsfreien Regierung verlangt. (Große Heiterkeit.) Wollen wir da noch weiter erklären, daß wir trotzdem diese wie jede andere Regierung grundsätzlich bekämpfen, so würden wir nur erreichen, daß die Regierung sagt: Gut, wenn Ihr nicht anders wollt, so können wir auch nicht anders, so werden wir wieder reaktionär, wie die Preußen. Und die preussische Regierung könnte sagen: Ihr seht ja, die Bayern waren liberal, aber die Sozialdemokratie hat doch fortgefahren, alles abzulehnen. Also sehen wir uns nicht mehr an sie und bleiben reaktionär.“ Wenn das nicht blockliberale, nationalsoziale Auffassung ist, dann gibt es zu etwas überhaupt nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Was hat denn der Blockfreisinn anderes getan? Auch er hat das Zentrum ausschalten wollen, hat durch Konzeptionen liberale Zugeständnisse erringen wollen. Wir haben in Nord und Süd uns gemeinsam über diese Politik lustig gemacht, wir haben sie blutig erhöht und gegeißelt, und jetzt sollen Sozialdemokraten dieselbe Taktik einschlagen dürfen? (Zuruf: Berliner Stadtverordnetenversammlung!) Woher sollen dann ehrlüchtere Politiker aus unserer Reihe noch den Mut nehmen, die Haltung des Blockfreisinns zu kritisieren? Und die blockfreisinnige Taktik verdient womöglich noch eine mildere Beurteilung, denn der Freisinn ist als kapitalistische Partei gewissermaßen blutsverwandt mit den Junkern. Außerdem ist für ihn das demokratische Programm ein Aushängeschild, während wir mit aller Leidenschaft für unser Programm eintreten.

Ich komme zum Schluß. Sie drohen uns mit Parteigerreizung — das Wort hat ja Genosse Frank ausgesprochen — weil Sie sich in der Frage eines angeblichen Zeremoniells, einer Formalität, der Mehrheit nicht fügen wollen. Aber die Mehrheit soll sich fügen, obgleich sie die Frage für eine prinzipiell ungeheuer wichtige hält, obgleich sie von den Konsequenzen dieser Politik die Parteigerreizung befürchtet. Das ist doch geradezu absurde Zumutung. Aber wir lassen uns durch solche Drohungen nicht imponieren. Wenn auch diejenigen Genossen, die sich hier so oft als Verantwortliche gekennzeichnet haben, etwas derartiges tun wollen — ich glaube noch lange nicht, daß Genosse Segitz recht haben wird, daß allzubiele Ihnen folgen würden. Ich glaube im Gegenteil, daß die Masse der Unverantwortlichen die Verantwortlichen zur Ordnung und zur Pflicht zurückrufen würde. (Lebhafter Beifall.)

Schöpslin-Leipzig: Ich habe im Verein mit 19 anderen Genossen den Antrag 135 gestellt, der fordert, daß der Schlußabsatz der Lübecker Resolution gestrichen und im zweiten Absatz der Resolution das Wort „normalerweise“ gestrichen wird. Man mag zu dem Antrag stehen, wie man will, eines wird man aber anerkennen müssen: Er schafft Klarheit, und würde er angenommen, so ist damit zweifellos ausgesprochen, daß Budgets überhaupt nicht bewilligt werden dürfen. Klarheit ist gerade in dieser Frage dringend notwendig. Wir haben schon eine Menge Resolutionen gefaßt und beschäftigt uns heute zum drittenmal auf einem Parteitag mit der Budgetfrage. Die Lübecker Resolution hat auch die Klarheit nicht gebracht, sondern hat nach Frank einen Spalt gelassen, durch den mit Grazie die Süddeutschen hindurchgeschlüpft sind, und die Nürnberger Resolution wird eine Ritze lassen, durch die sie wieder hindurchgehen. Das würde nur zu fortwährenden Schwierigkeiten führen. Nach

Annahme der Vorstandesresolution werden die süddeutschen Genossen auch das nächste Mal wieder glauben, daß sie nach ihrer Ansicht und aus den Gründen, die sie uns dargelegt haben, für das Budget stimmen sollen, und dann haben wir wieder dieselben Debatten. Mir ist lieber — ein so scharfer Gegner der Budgetbewilligung ich auch bin — der Parteitag spricht offen aus, es kann für ein Budget gestimmt werden, als daß dieser Zustand der Halbheit bestehen bleibt, der die Partei nicht aus der Aufregung kommen läßt. Ich wünsche Klarheit um jeden Preis. Diese fortwährenden Erörterungen, das Fassen von Resolutionen, die nicht klar aussprechen, was sein soll, erträgt die Partei für die Dauer nicht. Wenn sie sich auch gewiß einer guten, man könnte sagen, einer robusten Gesundheit erfreut, so kann sie doch auf die Dauer diese fortwährenden Erörterungen nicht ertragen. — Ich habe mit der Absicht das Wort genommen, gegen die Resolution des Vorstandes scharf anzukämpfen. Aber nachdem ich vorher den Genossen Segel gehört habe, gehe ich auf die Resolution nicht mehr ein, obwohl ich nicht das aus ihr herauslese, was die Süddeutschen herauslesen, sondern vielmehr den Geist der Konfessionsmacherei. Darum habe ich eben meinen Antrag gestellt. Ein für die ganze Situation charakteristisches Wort hat gestern Timm ausgesprochen, als er sagte, der Parteitag solle sich darauf beschränken, der Partei Ratsschlüsse zu erteilen, er solle nicht mehr Beschlüsse fassen. Ich habe bestimmt erwartet, daß der nächste Gewerkschaftsführer, der zum Worte kam, mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Auffassung Stellung nehmen würde. Timm hat diesen Satz nicht in der Hitze des Gefechts gesagt, er war wohl vorbereitet; wenn ich nicht irre, hat er ihn abgelesen. Wenn auf diese Weise der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie herunter degradiert wird zu einer Versammlung, die sich gelegentlich zu Erörterungen zusammensindet, dann hört die einige deutsche Sozialdemokratie auf. (Sehr richtig!) Dann werden aber auch die Arbeiter dieselbe Konsequenz bei Gewerkschaftskongressen und nicht zuletzt bei Verbandstagen ziehen. Ich hätte geglaubt, Genosse Hue würde dagegen Einspruch erheben. Haben Sie nicht jetzt schon die Erscheinung, daß bei den Gewerkschaften ähnliche Äußerungen getan werden, wie sie Timm zum besten gegeben hat? Haben wir nicht seit 1890 mit aller Kraft an der Zentralisation gearbeitet, an einer großen, geschlossenen Gewerkschafts- und Parteibewegung? Der Parteitag ist nicht nur da, Ratsschlüsse zu geben, sondern seine Aufgabe ist eine Marschroute zu geben. Die Äußerung des Genossen Timm ist aber eine logische Konsequenz der Bestrebungen, die wir seit langem beobachten. Weiter sagte David, Disziplin, ja wohl, aber wenn etwas gegen meine Ueberzeugung geht, habe ich die Verpflichtung, dagegen zu handeln. (David: Sonst ist es Kadabergehorsam!) Dann legt sich jeder die Geschichte so aus, wie er will. (Sehr richtig!) Dann sind wir keine einzige Partei mehr. Viel höher als parlamentarische Erfolge ist zweifellos für die Arbeiterbewegung die Geschlossenheit der Partei zu bewerten. Wir haben nicht die Machtmittel, wie die bürgerliche Gesellschaft. Neben unserem wissenschaftlichem Rüstzeug, neben unserem Opfermut ist die härteste Waffe unsere Geschlossenheit, das einheitliche Marschieren und Schlagen. (Zuruf.) Wenn Sie behaupten, die Revisionisten wollen ehrlich die Arbeiterinteressen vertreten, so glaube ich Ihnen das, ohne eine Minute daran zu zweifeln, aber daß Ihr Vorgehen bei der Budgetbewilligung ein absichtliches ist, in der Verfolgung eines bestimmten Zieles, zeigt die ganze Art, wie operiert worden ist. Wenn wir hören, man solle den einzelnen Bundesstaaten die Kritik überlassen und andere Äußerungen, wie die von Timm, so kann man nicht mehr sagen: wir haben im allerbesten Glauben gehandelt und gar nicht daran gedacht, gegen einen Parteitagsbeschluss zu verstößen. Sagen Sie es doch offen und ehrlich,

Genosse David, was Sie wollen. Sie haben ja erklärt: ehrlich wollen wir sagen, was wir wollen! Verzeihen Sie mir, aber ich habe so meine eigenen Gedanken. Warum sollen Sie es nicht sagen, Sie haben ja das Recht dazu. Warum sagen Sie nicht: so wollen wir es haben in der Partei.

Ueber den Ernst der Situation sind wir uns einig. Sie berufen sich auf Ihre bayerischen Genossen. Aber hinter denen, die gegen die Budgetbewilligung sind, die die Süddeutschen nicht bergewaltigen wollen, die nur Einigkeit verlangen, hinter denen stehen auch Massen. Sollte es kommen das Bittere, was keiner von uns wünscht, wozu keiner seine Hand gibt, dann wollen wir sehen, Genosse David, wo der größere, der entschlossener, der schlagfertigeren Feind, dann steht, bei Ihnen oder bei uns. (Lebhafter Beifall.)

Singer teilt mit, daß ein Abänderungsantrag Schütz Nr. 137 zum Antrag 123 und eine Resolution Thiele-Halle Nr. 136 eingegangen sind.

Der Antrag und die Resolutionen werden mit zur Debatte gestellt.

Hoch-Hanau: Timm und Hildenbrand sagten: Hören Sie erst die Gründe. Nun, Sie haben die Gründe gehört, und nun muß der, der vorher schwankend war, zur Erkenntnis gekommen sein, daß wir unbedingt für die Resolution des Parteivorstandes eintreten müssen (Sehr gut!), einmal wegen der Gründe, die unsere Genossen für die Bewilligung des Budgets angeführt haben, und dann wegen der Disziplinfrage. Die Gründe haben viel mehr bewiesen, als die Genossen aus Süddeutschland beweisen wollten. Auch diese Genossen stehen auf dem Boden der Lübecker Resolution, auch sie wollen nicht ständig für den Etat stimmen, sondern nur Bewegungsfreiheit haben. Und wie haben sie das begründet? Immer wieder haben sie ausgeführt: in Bayern, in Baden mußte für den Etat gestimmt werden wegen der Beamtengehälter und der Löhne der Arbeiter in den Staatsbetrieben. Es wäre, so führten die Genossen aus, unbegreiflich, wenn unsere Genossen, die für die Erhöhung der Gehälter eingetreten sind, hernach die Mittel zu ihrer Auszahlung bezweigen wollten. Ja, müssen diese Mittel zur Auszahlung der Gehälter nicht jedes Jahr bewilligt werden? Probieren Sie es nur, Genossen, in Zukunft: wenn Sie sich einmal entschließen wollten, gegen den Etat zu stimmen, der Minister braucht nur die Reden von Frank, von Timm vorzulesen, um Ihnen mit Ihren eigenen Worten zu „beweisen“, daß Sie für den Etat stimmen müssen. Die Konsequenz des Standpunkts jener Genossen ist daher: ein für allemal den Etat zu bewilligen. (Sehr richtig!) Sie haben ferner zur Begründung der Budgetbewilligung gesagt: wie zu jeder anderen parlamentarischen Frage soll auch zum Etat Stellung genommen werden. Aber ein Etat unterschiede sich in seinem ganzen Wesen von jedem anderen Gesetz. Jedes andere Gesetz ordnet irgendeine besondere Frage; sind wir mit dieser Ordnung einverstanden, so haben wir unsere Zustimmung nur für die Regelung einer bestimmten Materie gegeben. Im Etat sind aber alle Mittel des Staatsorganismus zusammengefaßt. Da haben wir es mit dem Staat im ganzen, mit der ganzen Staatswirtschaft zu tun. Daher ist die Etatdebatte auch eine Generalabrechnung. Und deshalb ist die Bewilligung des Etats etwas ganz anderes als jede andere parlamentarische Stellungnahme.

Die Frage der Disziplin ist gestern und heute auf die Spitze getrieben worden. Hildenbrand, mit dem wir so oft kameradschaftlich und freundschaftlich zusammenarbeiten, steht in der Resolution, die uns der Parteivorstand vorgelegt hat, eine Beschimpfung, deshalb, weil darin gesagt wird, daß das Verhalten der süddeutschen Abgeordneten mit den Beschlüssen von Lübeck unvereinbar ist. Die süddeutschen Parteigenossen haben ausgesprochen und danach gehandelt, daß sie die Bewilligung des Budgets für vereinbar mit dem Lübecker Beschluß halten, und wir sollen nicht das Recht haben, unsere entgegengesetzte

Meinung auszusprechen; und deshalb, weil wir dieses Recht beanspruchen, sollen wir sie beschimpfen. Davon ist keine Rede. Aber das Recht müssen wir haben, so erklären, daß wir Eure Auffassung für irrig halten. Und nun kommt Frank und sagt: Wir als Männer haben gewußt, was wir getan haben! Ja, sind denn die anderen nicht auch Männer? Wissen nicht auch sie, was sie beschließen, und haben nicht auch sie das Recht, ihre Meinung auszusprechen? Dann kommt er hierher und sagt: es widerspricht unserer Würde, uns einem Parteitagsschluß zu fügen! Das sagt derselbe Dr. Frank, der uns auseinandergesetzt hat, daß wir gegen das Budget auch deshalb nicht stimmen können, weil das die indifferente Masse nicht verstehen würde. Ihr em Wunsch will er sich fügen, aber wenn der Parteitag in Sachen der Budgetabstimmung einen Grundsatz festlegt, den Genosse Dr. Frank nicht für richtig hält, dann will er sich dem Beschluß des Parteitages nicht fügen. Und Genosse Dr. David weist die Zumutung, daß er sich dem Beschluß des Parteitages fügen soll, mit der Behauptung zurück, wir verlangen Kadavergehorsam. Nein, wenn wir vor dem Beschluß Gründe und Gegengründe ausgetauscht haben und dann durch Mehrheitsbeschluß feststellen, was unser Gesetz sein soll, und wenn wir uns diesem, unserem, von uns selbst gegebenem Gesetz fügen, so ist das kein Kadavergehorsam. Es ist vielmehr eine Selbstzucht, die absolut unerläßlich ist. (Beifall.) Wenn wir ein einmütiges Vorgehen haben wollen, dann muß die Mehrheit entscheiden. Ich möchte Sie dringend bitten, Parteigenossen aus Süddeutschland, beherzigen Sie die vorzüglichen Ausführungen von Hue, in denen er Ihnen ans Herz gelegt hat, daß wir die Einigkeit hochhalten müssen. Ja, wie sollen wir es machen, wenn jeder auftreten kann und sagen: wenn Ihr nicht das tut, was ich will, dann machen wir Revolution und treiben die Partei auseinander! (Große Unruhe.) Einigkeit kann nur aufrecht erhalten werden, wenn der Wille der Mehrheit befolgt wird. Alle für einen und einer für alle. Wir wollen uns offen und ehrlich aussprechen, dann aber den notwendigen Schluß ziehen. Und Parteigenossen, so sehr ich bedauern würde — ich glaube noch nicht recht daran —, so sehr ich bedauern würde, wenn es eine Spaltung gibt, aber wir dürfen unter keinen Umständen dadurch einschüchtern lassen. (Stürmische Zustimmung.) Denn wenn die Zustände bei uns schon so weit sind, daß es aus einem solchen Grunde zu einer Spaltung kommen kann, dann nur zu mit der Spaltung! (Stürmischer Beifall. Große anhaltende Bewegung.) Und, Parteigenossen, glauben Sie nicht, Sie könnten die Partei dirigieren wie Sie wollen, Sie könnten die Partei spalten. Die Arbeiter können keine Spaltung haben, sie dürfen keine Spaltung haben. (Stürmischer Beifall, lebhaftes Zurufe der Süddeutschen.) Ja, warum drohen Sie dann? Warum dann das Auftreten von Segitz? War das kein Kriegsruf oder war das etwa Eure süddeutsche Staatskunst, mit der Ihr in staatsmännischer Weise den Frieden herbeiführen wollt! Den persönlichen Tratsch hat man hereingezogen, um die Stimmung auf dem Parteitag zu vergiften. Sie können die Partei nicht spalten, und wer es wollte, der müßte daran scheitern. Für kurze Zeit können Sie den Erfolg haben: Verwirrung hervorzurufen. Die Arbeiter aber brauchen Einigkeit, sie müssen einig sein. Da kann selbst der erste Schauspieler hierhergestellt werden — (Stürmischer Beifall, große Unruhe.) Und was Sie auch seien, die Leute muß unter allen Umständen sein eine um so größere Einigkeit und um so festere Geschlossenheit der Arbeiterschaft. (Stürmischer Beifall.)

Stellen-Hamburg: Ich werde mich bemühen, mich durch das, was ich zu sagen habe, nicht in so große Erregung hineinbringen zu lassen, wie bedauerlicherweise viele der heutigen Redner. In der Reihenfolge der Rednerliste komme ich ja als Gegner der Vorstandesresolution zum Wort; ich erkläre aber

von vornherein, daß ich nicht als Verteidiger des Vorgehens der bayerischen und badischen Fraktionsgenossen hier stehe, sondern daß ich deren Vorgehen vor durchaus unberechtigt halte. Warum ich Gegner der Resolution des Parteivorstandes bin, glaube ich ziemlich kurz auseinandersetzen zu können. Ich bin der Meinung, daß die Lübecker Resolution durchaus ausreichend ist. Wir haben damals lange gekämpft, um eine Form zu finden, durch die wir den Verhältnissen gerecht werden können, und ich glaube, wir dürfen die Form nicht enger ziehen, als sie damals gezogen wurde. Die Resolution des Parteivorstandes läßt nur noch eine Möglichkeit zu, unter der für ein Budget gestimmt werden kann, nämlich die Bedingung, daß dadurch ein ungünstigeres Budget verhindert wird. Aber diese Formulierung schließt nicht für alle Zeiten Streitigkeiten aus, man wird sich dann darüber streiten, ob ein Budget günstiger ist oder nicht. Es kann sehr wohl ein Budget mit höheren Steuern für die Arbeiterklasse günstiger sein, als eins mit niedrigeren, wenn die höheren Steuern im Interesse der Arbeiter verwendet werden. Die Interessen der Arbeiter lassen sich auch im Klassenstaat nicht ganz von diesem lösen; es ist nicht ganz so, wie es kautskly in seinem Artikel in der „Neuen Zeit“ schreibt, wo er den Klassenstaat als Festsung darstellt, die wir erobern müssen (was ja richtig ist), der wir aber keinen Proviant liefern dürfen. Das wäre ganz schön, wenn wir nicht in dieser Festsung, im Klassenstaat darin wären, und wenn nicht der Proviant des Klassenstaates zum guten Teil den Arbeitern zugute käme. (Sehr richtig!) Gewiß, Bebel hat recht, wenn er sagt, der Staat ist ein Klassenstaat zum Schutze und zur Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft, aber solange wir nicht imstande sind, diesen Staat umzugestalten, solange sind auch wir, die wir in ihm leben, zum guten Teil auf ihn angewiesen; wir müssen uns damit abzufinden suchen. Und aus diesen Erwägungen heraus bin ich der Ueberzeugung, daß Situationen für unsere Parlamentarier entstehen können, in denen sich die Zustimmung zum Budget nicht umgehen läßt. Es lassen sich auch nicht alle Fälle voraussehen, die uns einmal zwingen können, dem Budget zuzustimmen. Ich habe schon in Lübeck gesagt, daß wir in einem kleinen Staat keine Revolution machen können, und wenn dort nun unsere Genossen im Landtag die Mehrheit erlangen, dann können sie zwar das Budget, soweit es innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung möglich ist, den Zwecken der Arbeiter entsprechend gestalten, sie können aber kein sozialistisches Budget machen. Deshalb muß soviel Spielraum, wie die Lübecker Resolution gibt, auch in Zukunft gelassen werden. Aber es darf in der Resolution nichts hineininterpretiert werden, was nicht darin steht und nach Meinung der Urheber nicht darin stehen sollte. Das Verhalten der süddeutschen Genossen könnte nun freilich bedenklich machen; sie erklären, daß sie glauben, im Einvernehmen mit der Lübecker Resolution gehandelt zu haben. Tatsächlich aber war doch ein solches Verhalten der Süddeutschen nur möglich dadurch, daß sie der Resolution eine erweiternde Auslegung gegeben haben. Wenn die Süddeutschen aber wirklich der Meinung waren, daß ihre Auslegung richtig sei, so konnten sie doch darüber nicht im Zweifel sein, daß die große Mehrzahl der deutschen Genossen anders denkt; sie hätten deshalb vorherfragen müssen, was sie beabsichtigten, daß sie für das Budget stimmen wollten, und sich der Zustimmung der Genossen versichern müssen. Verschärft wurde die Sache noch durch das Schweigegebot. Die Süddeutschen mußten sich bewußt sein, daß der Sturm losbrechen würde. Die Formen, in denen sich die Sache vollzogen hat, sind ja eigentlich schlimmer, als die Budgetbewilligung selbst. (Sehr richtig!) In diesen Formen liegt, wie Bebel erklärte, ein Pronunciamento gegen einen Parteitagsschluß. Wenn das auch nicht beabsichtigt war, der Eindruck ist zweifellos ein solcher gewesen. Dieser Eindruck ist nun freilich bei mir etwas abgeschwächt worden durch das, was erst hier auf dem Parteitag bekannt geworden ist. Wir dachten bisher,

daß die Sache sich tatsächlich so ganz im stillen entwickelt hat, und daß niemand außer den Mitgliedern der Fraktionen etwas davon gewußt hatte. Ich habe mit großem Bedauern bemerkt, daß mehrere Vorstandsmitglieder unterrichtet waren, und wenn man in Würzburg wußte, daß in Stuttgart weiterverhandelt werden sollte, dann war es Pflicht des Parteivorstandes, sich darum zu kümmern, was geschah, damit diese Dummheit, die uns den ganzen Krakeel gebracht hat, vermieden wurde. (Sehr richtig!) Ich kann auch die süddeutschen Minoritäten nicht davon freisprechen, daß auch sie einen Teil der Schuld tragen; wenn sie wußten, daß so etwas in der Schwebe war, dann mußten sie Lärm schlagen, ehe die Lat vollbracht war. (Sehr richtig!) Ich füge mich gewiß gern Mehrheitsbeschlüssen, aber sobald etwas beschlossen werden soll, was gegen einen Parteitagbeschuß, was gegen die Parteidisziplin verstößt, dann darf man sich nicht fügen, dann ist man verpflichtet, alles zu tun, um den Streit zu verhindern, und daß die Minoritäten das nicht getan haben, das rechne ich ihnen zum Vorwurf an. Solchen Unterlassungssünden, wie sie hier geschehen sind, und solchen Begehungsünden, wie sie da geschehen sind, vorzubeugen, ist die Resolution Frohme durchaus geeignet. (Sehr richtig!) Es soll dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, daß ein Eingriff von außen erfolgt, ehe die Dinge auf die Spitze getrieben werden. Wenn wir die Resolution Frohme im Anschluß an die Lübecker Resolution zum Beschluß erhoben hätten, dann wären unsere süddeutschen Fraktionen verpflichtet gewesen, zunächst ihre Landesorganisationen und den Parteivorstand zu hören. Es ist gesagt worden, was soll der Parteivorstand machen, er kann doch niemand kommandieren. Gewiß, aber es soll in einer so wichtigen Frage nichts hinter dem Rücken und über die Köpfe der Genossen hinweg gemacht werden, sondern man soll sich vorher verständigen. Das ist das, was die Resolution Frohme will. Wenn diejenigen, die für das Budget gestimmt haben, sich vorher mit Außenstehenden besprochen hätten, dann wären sie wahrscheinlich zu einer anderen Auffassung gekommen. Es muß eben ein Weg gefunden werden, um die Besprechung mit anderen vorher zu einer Pflicht zu machen, und das geschieht durch die Resolution Frohme. Wenn damit der Weg gefunden ist, um für die Zukunft zu verhindern, was jetzt geschehen ist, dann sollten wir uns daran auch genügen lassen. Ich bin überzeugt, daß die süddeutschen Genossen nicht beabsichtigt haben, die Partei zu schädigen, sondern daß sie das Beste gewollt haben. Deshalb dürfen wir keinen Beschluß fassen, der so aussieht, als ob irgendeines Genossen Ueberzeugnug vergewaltigt werden soll. Die Einheitslichkeit der Partei muß uns über alles gehen, und wenn Simon gestern gebeten hat, einen Weg zu suchen, um die Einheitslichkeit der Partei zu erhalten, so glaube ich, dieser Weg ist gefunden durch die Resolution Frohme. (Beifall.)

Vente-Bremen: Wenn es sich mit der Kenntnis der Vorgänge der Konferenz seitens des Parteivorstandes so verhält, wie es seitens der süddeutschen Abgeordneten geschildert ist, dann kann auch ich den Parteivorstand nicht freisprechen von der Anklage, daß er nicht zu rechter Zeit eingegriffen hat. Im übrigen komme ich zu einem anderen Schlusse wie mein Vorredner. Es handelt sich im wesentlichen nicht um eine Verschiedenheit in der Beurteilung der Budgetfrage, sondern in letzter Linie um den Unterschied in unseren grundsätzlichen Anschauungen. Deshalb kann man es sich auch erklären, warum eine so tiefgreifende Erregung in unseren Reihen Platz gegriffen hat. Dann kann man sich aber nicht auf den Standpunkt stellen, wir sollen die Sache nach Möglichkeit sich wieder in Gemütslichkeit vollziehen lassen. Durch eine scheinbare Einheit wollen wir uns nicht täuschen lassen, wir wollen nicht wieder einer Resolution zustimmen, die uns eine Einheit vortäuscht, um dann zu erleben, daß einige Tage später in den „Sozialistischen Monatsheften“ zu

lesen ist, wie uneinig wir in unserer grundsätzlichen Auffassung in Wirklichkeit sind. (Sehr richtig!) Darum kann ich nicht für die Resolution Frohme stimmen, sondern ich halte die des Parteivorstandes für die bessere. Infolge unserer verschiedenen grundsätzlichen Auffassung kommen wir auch zu einer verschiedenen Beurteilung des Parlamentarismus. Timm hat gestern gefragt, ob eine entschiedene fortgeführte Sozialreform nicht zu unserem Endziel führen muß. Ich müßte mich sehr im Irrtum befinden haben all die Jahre hindurch, wenn die Mehrheit der Partei nicht der Meinung ist, daß wir einer solchen Auffassung nicht huldigen können. (Sehr richtig!) Ich und sehr viele, denen es fernliegt, den süddeutschen Genossen irgendwelche böswilligen Motive zu unterschieben, wir stehen auf dem Standpunkt, daß die letzten Kämpfe um die Eroberung der politischen Macht außerhalb der Parlamente entschieden werden. Ist das der Fall, dann wird die Budgetfrage ganz von selbst zu einer prinzipiellen Frage, nicht nur zu einer solchen der Taktik, die übrigens im engsten Zusammenhang mit unseren Prinzipien steht. Ich behaupte, daß das in Bayern und Baden der Fall gewesen ist. Wir wehren uns dagegen, daß man aus der opportunistischen Auffassung heraus das Budget bewilligt; wir verlangen, daß dem aufs schärfste gegenübergetreten wird. Auf der einen Seite haben wir eine Mehrheit in der Partei, die auf dem Boden des Programms, auf dem Boden der Dresdener Resolution steht und die die Lübecker Resolution nicht so auslegt, wie es Timm getan hat, auf der anderen Seite eine Minderheit, die an ein Hineinwachsen in den Zukunftsstaat glaubt, und die die Mehrheit erlangen will. Darum die Kämpfe. Was wir heute in dem Streit um die Budgetfrage sehen, ist das gleiche, was wir vor 14 Jahren gehabt haben. Damals war es kein Unverantwortlicher, sondern ein sehr Verantwortlicher, der in dieser Frage eine andere Auffassung als die Bayern vertraten, es war Friedrich Engels, der in der Kritik des Erfurter Programmwortes von 1890 ausführte:

Man redet sich und der Partei vor, „die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein“, ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse, diese alte Hülse ebenso gewaltsam sprengen müsse, wie der Krebs die seine, als ob sie in Deutschland nicht außerdem die Fessel der noch halb absolutistischen und obendrein namenlos verirrten politischen Ordnung zu sprengen habe. Weiter sagt Engels: „Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen.“ (Eisner: Lesen Sie doch das Erfurter Programm.) Insbesondere Ihre Politik, Genosse Eisner, kann die Partei auf die Dauer irreführen, insbesondere Ihre Politik muß die Partei zerstückeln, und darum bekämpfen wir sie mit äußerster Entschiedenheit. (Sehr richtig! Eisner: Lesen Sie das Erfurter Programm.) Weiter schreibt Engels:

Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag „ehrlich“ gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es und der „ehrliche“ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen. . . Das Faktum, daß man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man doch auf gemütslich friedlichem Wege die Republik einrichten und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft.

Wer auf dem Boden jener Auffassung steht, wie sie Timm, Hiltenbrand und Frank vertreten, der kommt naturnotwendigerweise zu einer Ueberhöhung des Parlamentarismus. Diese aber führt wieder zu einer Ueberhöhung der Parlamentarier. Eine solche lag vor, als Hiltenbrand gestern

sagte: wir haben in Württemberg den Neunstundentag für die Werkstättenarbeiter in Staatsbetrieben erzwungen, unserer Initiative ist das zu danken, und die preussische Regierung hat es nachgemacht. Ich habe den Kopf geschüttelt, als ich das hörte, und mich sehr darüber gewundert, daß die Gewerkschaftsführer nicht Einspruch erhoben. Nicht die Initiative unserer Abgeordneten, sondern der langjährige erfolgreiche Kampf der Gewerkschaften um die Verkürzung der Arbeitszeit sowie die wachsende ökonomische Macht der Arbeiter, die besonders in ihrer Zahl und Unentbehrlichkeit liegt, sind es meines Erachtens gewesen, wodurch die Staatsverwaltung zur Bewilligung des Neunstundentages gezwungen wurde. (Sehr richtig!) Solche Auffassungen, wie sie hier von den Budgetbewilligern vorgetragen sind, dürfen wir nicht die Mehrheit werden lassen, und darum bekämpfen wir sie.

Es stimmt nicht, daß die Resolution des Parteivorstandes eine Vergewaltigung der Süddeutschen bedeutet. Demokratischer Grundsatz ist es bisher gewesen, daß die Minderheit sich der Mehrheit zu fügen hat, in welcher Frage es immer sei. Wir sprechen damit keinen Tadel aus über das, was die „Münchener Post“ getan hat, was Eisner in der „fränkischen Tagespost“ getrieben, wie er insgeheim gewirkt hat bei den süddeutschen Abgeordneten, aber wir wollen klipp und klar erklären, daß wir eine solche opportunistische Fortwurfstelei nicht länger dulden. (Beifall.)

Kolb-Karlruhe: Ged hat heute früh mit halben und Dreiviertels-Wahrheiten und Unwahrheiten gegen mich polemisiert. Bei der kurzen Zeit kann ich darauf nicht eingehen, ich werde mich auf dem badischen Parteitag mit ihm darüber unterhalten. Einige Genossen haben mich gebeten, die Vorgeschichte meines journalistischen Unfalls zu erzählen, der der „Leipziger Volkszeitung“ Veranlassung gegeben hat, mich vor aller Welt klamieren zu wollen. Ich habe keinen Grund, darauf einzugehen, um so weniger, als die Ironie des Schicksals dafür gesorgt hat, daß der „Vorwärts“ künftig solche Dinge nicht mehr machen wird, denn ihm ist genau dasselbe passiert wie mir (Geisterzeit), und Thiele hat mich beauftragt, zu erklären, daß auch ihm dieser Tage das gleiche passiert ist. Bedauerlich ist es nur, daß Genossen von der Bunt, die wissen, wie leicht so etwas eintrüben kann, einem anderen damit das Genick brechen wollen. (Sehr richtig!)

Parteigenossen! Eichhorn hat gestern als Vertreter der badischen Minderheit gesprochen und die Dinge so dargestellt, als ob die sämtlichen Vertreter der Minderheit seiner Auffassung wären. Ich muß feststellen, daß Eichhorn seinen Standpunkt nur im Namen Eichhorns, Lehmanns und Ged's hat vertreten können. Die beiden anderen Vertreter der Minorität waren grundsätzlich auf unserem Standpunkt. Der eine hat nur wegen des Falles Schäufele gegen das Budget stimmen wollen, und der andere hat den Standpunkt von Segitz vertreten.

Nun zur Sache selbst. Auf die „inhaltschweren“ Bemerkungen Eichhorns brauche ich nicht einzugehen. Der Parteitag hat bereits selbst sein Urteil gefällt. Ich will den grundsätzlichen Kern des ganzen Streits hervortreten. Worum handelt es sich? Darum, ob die Frage der Budgetabstimmung eine grundsätzliche oder praktische ist. Wie man sich auch stellen mag, die Ehrlichkeit erfordert, daß man aus jedem dieser Standpunkte die letzten Konsequenzen zieht und sie hier offen vertritt. Welches sind die letzten Konsequenzen des Standpunktes, wenn man behauptet, die Budgetbewilligung ist etwas Grundsätzliches und wir können es nicht mitmachen? Ich bedauere, daß unsere Gotthar Parteigenossen nicht die Mehrheit im Landtag bekommen haben; hätten sie sie, dann wären wir, ohne ein Wort zu verlieren, über die ganze Geschichte hinweggekommen. Denn dann wäre die ganze Logik der prinzipiellen

Gegner der Budgetbewilligung in Scherben zusammengebrochen. Dann hätte es sich gezeigt, daß es die Utopie zu Pferde ist, zu glauben, daß die Sozialdemokratie in dem Augenblick, wo sie in irgendeinem einzelstaatlichen Parlament die Mehrheit hat, nun auf einmal ein sozialdemokratisches Eden konstruieren könne. Stellen Sie sich vor, wir in Baden würden die Mehrheit im Landtag bekommen; glauben Sie, daß wir dann einfach dekretieren könnten: Der Großherzog ist abgesetzt, weil wir keine Zivilliste mehr bezahlen wollen? (Hört! hört! Weiterleit.)

Nein, so entwickeln sich die Dinge in der Praxis nicht, wie sie kautschk in seiner Studierstube sich ausmalt. Wir werden in wenigen Jahren über diese Streitfragen genau so hinwegkommen wie über so manche andere, über die wir uns auf früheren Parteitagungen herumgestritten haben. Wenn die in der Vorstandsresolution niedergelegte Auffassung richtig ist, dann hat sich Bebel, dann haben wir uns alle, die wir im Parlament tätig sind, schon hundertmal gegen das Prinzip veründigt, denn dann dürfen wir niemals diesem Klassenstaat Mittel anbieten: oder sollen wir Komödie spielen, ihm Mittel anbieten und wenn er sie annimmt, sie ablehnen? Man mag die Dinge beurteilen wie man will, wie man sie auch überlegt, bei der ganzen Geschichte ist der Saß den Bündel nicht wert. Wenn die Budgetzustimmung ein Vertrauensvotum ist, dann ist die Zustimmung zu jedem Gesetz ein Vertrauensvotum, denn nicht wir haben die Handhabung der Gesetze in der Hand, sondern darüber verfügen die Organe des Klassenstaates. Wie wird die Sache draußen beurteilt? Bebel sagt und andere sagen es ihm nach: Ihr habt bisher ja auch schon ganz schöne Erfolge erzielt, trotzdem Ihr gegen das Budget gestimmt habt! Diese Fragestellung ist falsch; die Frage muß umgekehrt gestellt werden: Sätten wir nicht noch größere Erfolge erzielt mit unserer Taktik? (Lachen und Sehr wahr!) Täuschen Sie sich doch nicht darüber, daß durch derartige taktische Resolutionen unsere ganze Aktionsfreiheit eingeengt ist. Darüber bin ich mir auch klar: wenn einer einigermaßen reden kann, dann kann er in einer Volksversammlung den Leuten schon begreiflich machen, aus den und den Gründen haben wir das Budget abgelehnt. Die Leute glauben es einen Augenblick. Was viel schlimmer ist, ist, daß die Intelligenz sich auf solche Firtelengereien nicht einläßt (Unruhe und Lachen. Rufe: Sehr wahr!), daß Leute, die selbst ein Urteil haben, sich durch solche Reden, die nicht an den Verstand gerichtet sind, nicht beeinflussen lassen. Und schließlich brauchen wir doch die Mehrheit. Oder glauben Sie, daß wir mit der Minderheit den sozialistischen Staat etablieren werden? Deshalb muß die Taktik den Verhältnissen angepaßt werden. Bebel sagt: wenn wir das Budget ablehnen, so lehnen wir damit noch nicht die Gehälter und Löhne ab. Gleich danach aber sagt er: den Kultus und die Zivilliste bewilligen wir mit der Zustimmung zum Etat! (Sehr gut!) Bebel meint, aus politisch taktischen Gründen hätten wir die Stellung eingenommen, um bei dem nächsten Male eine Parteikonstellation herbeizuführen, wie wir sie für notwendig halten. Das war einer der hauptsächlichsten Gründe, den wir natürlich nicht in unsere Erklärung aufgenommen haben. Es ist bedauerlich genug, daß durch diese Kümmerlspalterei, durch diese theoretische Auseinandersetzung wir auf dem Parteitag immer gezwungen werden, die Karten unserer Taktik aufzudecken. (Hört! hört! Lautes Lachen und Zustimmung.) Bebel meint, wir erreichten doch unsere Absicht nicht; nun, wir kennen die Situation in Baden besser als Bebel. Bebel verweist auf Bayern; er vergißt, daß das Zentrum in Baden etwas ganz anderes ist. (Zuruf: Hört! hört! Lautes Lachen.) — Lassen Sie mich doch den Saß vollenden — etwas ganz anderes ist, wenn es einmal die Mehrheit hat, als was es ist, solange es die Mehrheit nicht hat. Wir haben in Baden die Simultanstühle, in Bayern die Kon-

feffionschule. Wenn das Zentrum einmal in Baden die Herrschaft hat, dann bekommen wir wieder die Konfessionschule, wir bekommen noch anderes, und wir würden an der Partei ein Verbrechen begehen, wenn wir nicht alles tun würden, was in unseren Kräften ist, um eine solche Mehrheit, von der solche Gefährden zu befürchten sind, zu verhindern. Nebel meint, solche Zerkleinerungen sehe er überhaupt nicht gerne. Ja, die Zerkleinerungen sieht man so lange nicht gern, als man sie selbst nicht machen kann. (Geisterleit. Sehr wahr!) Die Preußen wären froh, sie könnten sie machen (Große Geisterleit. Sehr wahr! und Lachen), wie sie auch froh wären, wenn sie noch manches andere machen könnten. Aber solange sie das nicht können, kommen sie her und schreiben über das verlesene Prinzip. Ich kann nur erklären, daß wir in diese historisch-ökonomische Kaufschale nicht hineingehen. Wir können unmöglich eine Resolution akzeptieren, die unsere ganze parlamentarische Aktion lähmt, die uns jeden parlamentarischen, politischen und organisatorischen Erfolg in Baden unmöglich macht. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.) Die Berliner haben es ja leicht. Wer die Parteigeschichte kennt, der weiß, daß die Berliner schon zu Bissalles Zeiten und bis auf den heutigen Tag, wenn ich so sagen darf, das „staatsverhaltende“ Element in der Partei waren, das konservative Element, das allerdings in Organisation und Agitation beispiellos groß besteht, das aber immer an der Bremse ist, wenn die Partei in der Politik und Taktik einen Schritt vorwärts machen will (Sehr gut! bei den Süddeutschen), und wenn sie den Schritt vorwärts endlich mitmachen müssen, dann stellen sie sich hinterher hin und sagen, wir haben es gemacht. (Geisterleit.) Wenn Sie uns sagen, wir wollen den Bruch, dann erwidere ich Ihnen: wenn Sie den Bruch nicht wollen, dann tun Sie — nicht das, was wir wollen; wir wollen Sie nicht zwingen — dann tun Sie das, was ein großer Teil der norddeutschen Parteigenossen, der es ehrlieh mit der Partei meint, Ihnen vorschlägt: Vereinigen Sie sich auf die Resolution Frohme, dann haben Sie die Einheit, dann ist der gute Wille gezeigt und dann werden wir mit Ihnen auch künftig überall zusammen kämpfen können. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Kautsky: Ich werde angesichts meiner zehn Minuten Redezeit auf alle die persönlichen Angriffe nicht antworten. Ich habe jetzt wichtigeres zu tun. Ich möchte vor allem eins konstatieren. Es wurde gestern die Frage der Gemeindeabstimmung in die Diskussion hineingetragen. In der Resolution steht vom Gemeindebudget kein Wort; es steht nur von gegnerischen Regierungen und ausdrücklich von Staatsbudgets. Die Frage der Abstimmung bei Gemeinden ist in der Partei überhaupt noch nicht diskutiert, noch weniger jemals erledigt worden; diese Frage ist ganz frei. Darüber wird diesmal nicht entschieden, wie wir uns dazu stellen. Jedenfalls muß man sich hüten, Gemeinde und Staat miteinander zu verwechseln. Das sind zwei ganz verschiedene Organismen, und es bringt nur Verwirrung, wenn man sie durcheinanderbringt. (Zustimmung.)

Nun zur Budgetfrage. Da ist wiederholt von verschiedenen Gegnern immer wieder vorgeführt worden, die Budgetfrage sei eine Formalität, eine Kleinigkeit, die es gar nicht lohne, daß wir uns darüber sehr erschauflieren. Ja, wozu haben dann überhaupt die Parteigenossen im Süden einen solchen Wert darauf gelegt, daß sie uns vor eine solche Alternative stellen. Tatsächlich hat die Budgetbewilligung eine sehr große Bedeutung. Wir sehen ja schon, wie die Budgetbewilligung in Bayern und Baden, die gerade erst fünf Wochen alt ist, bereits auf unsere Parteigenossen wirkt. Vor dem z. B. waren die bayerischen Genossen, sogar die Abgeordneten, die größten und schärfsten Kritiker des bayerischen Steuerwesens. Sie erklärten, es sei vollkommen

veraltet, verrottet, eines der verrottesten in ganz Europa. Sie erklärten noch im letzten Wahlkampf, daß die bayerischen Arbeiter jetzt erst erobern müßten, was die Preußen bereits 1891 gewonnen hätten. Und nun, was hören wir jetzt? Jetzt ist plötzlich das bayerische Budget ein Ausdruck der Demokratie, der Freiheitlichkeit, der Kulturfreundlichkeit des bayerischen Staates, für das wir uns zu begeistern hätten. Und das ist kein Zufall, sondern ganz natürlich. Wo wir das Budget nicht bewilligen, da stehen wir dem Klassenstaat frei gegenüber, brauchen unserer Kritik nicht die mindeste Schranke aufzuerlegen. Im Gegenteil, in unserer Propaganda sind wir gezwungen, gerade die Schattenseiten dieses Systems hervorzuheben, um dem Volke klarzumachen, warum wir das Budget ablehnen. Ganz anders, wenn wir es annehmen: da sind wir die Mitschuldigen des Klassenstaates geworden und müssen ihn erfüllen, müssen den Massen auseinandersetzen, wieviel Gutes er geleistet hat, um ihnen begreiflich zu machen, warum wir eigentlich für das Budget eingetreten sind. Unsere ganze Agitation und Propaganda wird auf ganz andere Grundlagen gestellt, sie verliert ihren oppositionellen Charakter dem Klassenstaat gegenüber. Wenn die süddeutschen Genossen auf eine solche Bahn gedrängt werden, so ist das nicht eine Angelegenheit, die sie allein angeht, nicht eine Angelegenheit der bloßen parlamentarischen Technik. Wir in Norddeutschland sind mit Euch Süddeutschen solidarisch verbunden, Eure Siege sind unsere Siege, aber wenn Ihr Fehler macht, wenn Ihr so verhängnisvolle Fehler macht, so leiden wir darunter ebenso wie Ihr, und darum haben wir das Recht und die Pflicht, darüber zu reden und Euch zu warnen. Man sagt, es sei eine Frage der reinen Taktik. Es gibt Prinzipienfragen, die keine taktischen Fragen sind, aber es gibt keine taktischen Fragen, die vollständig losgelöst sind vom Prinzip. Taktik heißt nichts anderes als die Auslegung des Prinzips. Der Sak, daß man sich von taktischen Erwägungen leiten lasse, bedeutet keineswegs, daß man sich nicht von Grundfragen leiten lasse. Gerade in der Taktik ist die Einseitigkeit viel wichtiger als in der Theorie. In der Theorie können wir ja verschiedener Meinung sein und sind es, aber in der Taktik müssen wir einheitlich sein, da muß sich die Minorität der Majorität fügen, sonst hören wir überhaupt auf, eine Partei zu sein. Man kann ein guter Parteigenosse sein, ohne an die materialistische Gesichtsauffassung zu glauben, aber man ist kein guter Parteigenosse, wenn man sich nicht dem Parteitag fügt. Man sagt, der einzelne habe seine persönliche Freiheit, es sei Kadavergehorsam, wenn man sich der Majorität unterwirft. Das ist nicht die Denkweise eines Sozialdemokraten, sondern eines Anarchisten. (Sehr gut!) Der einzelne hat nur Macht, wenn er sich mit Gleichgesinnten zum gemeinsamen Wirken verbindet. Dadurch vermehrt er seine Macht, aber diese Vermehrung seiner Macht bekommt er nicht umsonst, er muß sie erkaufen mit einem Opfer an Freiheit. Dies Opfer an Freiheit ist nicht Kadavergehorsam, es wird freiwillig gegeben, um etwas Größeres einzutauschen, einen Gewinn an Macht für die Durchsetzung seiner eigenen großen Sache. Wer sich in dieser Weise der Majorität fügt, verliert durchaus nicht an Achtung. Ich weise hin auf ein Beispiel, das gerade für die Genossen in Süddeutschland ausschlaggebend sein wird, das Beispiel des Genossen Jaurès. Jaurès ist Verfechter der Budgetbewilligung gewesen, als aber die geeinte Partei beschloß, das Budget zu verweigern, da hat er sich diesem Beschluß ruhig gefügt, und trotzdem alle Welt weiß, daß er anderer Ansicht ist, verweigert Jaurès das Budget. Er hat dadurch an Achtung, an Vertrauen nichts verloren, sondern gerade im Gegenteil durch dies Beispiel von Disziplin und Selbstlosigkeit an allgemeiner Achtung und Vertrauen ausgenommen. An Vertrauen gewinnt man aber nicht, wenn man uns die Pistole

auf die Brust setzt. Da ich gerade von Frankreich spreche, will ich noch darauf hinweisen, daß eine ganze Reihe sozialistischer Abgeordneter sich gegen den Beschluß der geeinigten Partei, das Budget zu verweigern, gewandt haben. Sie sind deshalb aus der Partei ausgeschlossen, um Bewegungsfreiheit zu bekommen, wie sie sagen, um dem Proletariat durch positive Arbeit besser zu nützen. Was ist aus ihnen geworden? Diese Unabhängigen haben keine eigene Partei gebildet, sondern jeder von ihnen stimmt, wie er will, sie haben keinen Fraktionszwang, aber auch keine Partei hinter sich. Die einzelnen Wahlkreise der Partei, wo die Abgeordneten das Budget bewilligt haben, sind heute desorganisiert, zerrüttet. Von den geeinigten Genossen werden diese Budgetbewilliger betrachtet als Streifbrecher, und von den Gegnern nicht geachtet, weil sie nichts sind als ein disziplinloser Haufen. Dieser Auflösung der Partei gehen wir entgegen, wenn wir uns das gefallen lassen, was die süddeutschen Budgetbewilliger von uns verlangen, wenn wir uns ihre Diktaten beugen. Sie wollen von uns durch ihre Drohungen expressen, daß wir ihnen das Recht geben, die Partei vollständig aufzulösen. Sie treten als Fraktion dem Parteitag gegenüber, als eine gleichberechtigte Körperschaft, die mit dem Parteitag auf gleichem Fuße verhandelt. Wenn das gebilligt wird, dann hört der Parteitag auf, eine beschließende Versammlung zu sein, dann ist er nur eine vereinbarende Versammlung, dann ist die Partei nicht mehr eine geschlossene Körperschaft, sondern ein Konglomerat aus Wahlkreisen, und jeder Abgeordnete macht in seinem Wahlkreise, was er will. Ich bitte Sie daher, sich unter allen Umständen machtvoll hinter die Resolution des Parteivorstandes zu stellen. Wenn eine große Macht dahinter steht, wird sie auch Einfluß haben auf die süddeutschen Genossen. Ich bin fest überzeugt, daß die Genossen in Süddeutschland sich solidarisch fühlen mit denen in Norddeutschland, und wenn sie sehen, daß es nicht bloß ein paar Arbeiter in Leipzig und Berlin sind, sondern die Gesamtmasse des Proletariats, die die Budgetbewilligung verwirft, dann werden sie sich fügen, dann werden wir das beschämende Schauspiel ersparen, daß die Partei gespalten wird und die Minderheit tut, was die Mehrheit nicht will. Ich bitte Sie dringend, im Interesse der Disziplin, im Interesse der Einigkeit und Geschlossenheit der Partei, stimmen Sie für die Resolution des Parteivorstandes. (Lebhafter Beifall.)

Wattler-Mürnberg: Es ist gesagt worden, daß wir in Bayern bisher das Budget vertweigert haben und trotzdem eine große Partei geworden sind. Das ist richtig, aber bei der Agitation ist uns die Budgetverweigerung von den Gegnern als wirkungsvollster Einwand stets entgegengeschlendert worden. Wenn wir den Gegnern diesen Einwand genommen haben, haben wir zweifellos eine Erleichterung der Agitation geschaffen. Nebel hat gestern erklärt, die Dinge richten sich nicht nach unseren Köpfen, wir müssen uns nach den Verhältnissen richten. Er hat im Anschluß daran betont, daß in Preußen keine bürgerliche Partei vorhanden sei, die jemals für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht stimmen würde. Damit ist nachgewiesen, daß die Verhältnisse im Süden und im Norden grundverschieden sind, und wir verlangen nichts weiter, als die logische Fortsetzung des Gedankens, das heißt die Ellenbogenfreiheit, die Verhältnisse in unserem Lande zunächst selbst beurteilen zu dürfen und auf Grund der bestehenden Verhältnisse unsere Beschlüsse zu fassen. Die Landespolitik, soweit sie sich mit taktischen Fragen befaßt, kann nicht nach einem einheitlichen, starren Schema, sondern nur nach den Verhältnissen des Landes sich richten. Die Budgetverweigerung ist kein Mittel des Kampfes, sondern ein Mittel des politischen Tageskampfes. Nicht der innere Wert, sondern nervöse Ueberreiztheit, ein völliges Verkennen des Wertes des Gegenstandes hat diesem parlamentarischen Akt zu einer unruhigen Be-

deutung verholten. Wenn nicht von Berlin aus das Wort Disziplinbruch hinausgeschallt wäre, dann hätte die ganze Angelegenheit die Bedeutung nicht erhalten, die sie traurigerweise erfahren hat. (Sehr richtig!) Als man in Gotha, Sachsen und Württemberg daselbe getan hat wie in Bayern, hat kaum ein Haß danach gekräht. Im übrigen hat der „Vorwärts“ geschrieben, daß keine einzige parlamentarische Gruppe auch nur annähernd auf so viel praktische Erfolge zurückblicken könne wie die bayerische. Wenn auf Grund eines solchen Zeugnisses des Zentralorgans dem Budget nicht zugestimmt werden soll, wann sollen wir ihm dann zustimmen? Etwa nur, wenn wir möglichst wenig erreichen, aber ausschlaggebend sind? Simon, der in der bayerischen Landtagsfraktion den Sachengänger gemacht hat (Sehr gut!), hat doch im Einverständnis mit unserer Fraktion einen Antrag eingebracht auf staatliche Subvention für die Gewerkschaften zur Arbeitslosenunterstützung. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der bayerische Landtag diesem Antrag stattgibt. Damit würden wir zweifellos einen außerordentlichen sozialpolitischen Fortschritt von tief einschneidender Bedeutung errungen haben; bei der Abstimmung über das Budget aber sollen wir die Mittel zur Durchführung dieses Antrages ablehnen. Das mag man für prinzipientreu halten, uns soll man aber nicht zumuten, das für eine verständliche Politik zu halten. Ich muß auch ein Wort über den „Vorwärts“ sagen. Wann jemals mit starken Worten eine oberflächliche Behauptung aufgestellt worden ist, dann die Behauptung, daß die bayerische Arbeiterschaft nicht hinter ihrer Fraktion steht. An der Spitze der größten und stärksten Provinz-Organisation Süddeutschlands stehend, habe ich zu bemerken, daß unsere Genossen mit verschwindenden Ausnahmen das Verhalten der Landtagsfraktion billigen, und zwar aus Ueberzeugung. Auch die Frauen in München und Nürnberg stehen geschlossen hinter unserer Fraktion. Wir billigen ausdrücklich die Erklärung, die Timm im Namen der Mehrheit hier abgegeben hat. Wir wollen den Frieden im Interesse des Proletariats und aller Institutionen, die es sich geschaffen hat. Aber die Resolution des Parteivorstandes bringt diesen Frieden nicht, sie will eine Verschärfung der gegenwärtigen Zustände. Deshalb haben wir für sie ein glattes, unabänderliches Nein. (Lebhafte Bravo! bei den Süddeutschen.)

Singer erteilt nunmehr dem Genossen Stodinger-Froszheim das Wort zur Geschäftsordnung und erklärt, als dieser auf das Wort verzichtet: Dann bin ich verpflichtet, eine Mitteilung zu machen. Es ist von jeder üblich und zulässig, daß Redner mit ihren Klagen in der Rednerliste tauschen. Dieser Akt ist auch diesmal in Übung. Heute vormittag ist ein Zettel heraufgekommen, auf dem steht, daß für den Genossen Stodinger der Genosse v. Elm auf die Rednerliste gesetzt werden möge. Vor ungefähr 5 Minuten kommt Stodinger in heller Entrüstung herauf und erklärt, er erbittet sich das Wort zur Geschäftsordnung, weil er mit niemand getauscht habe. (Hört! hört!) Das muß mich natürlich, der ich die Verpflichtung habe, die Rechte der Mitglieder zu wahren, stutzig machen. Und nachdem Stodinger seinerseits auf das Wort verzichtet hat, bin ich verpflichtet, zu erklären, daß dieser Zettel hier vorliegt und daß wir selbstverständlich in gutem Glauben gehandelt haben. Ich frage nunmehr den Genossen Stodinger, ob er seine Mitteilung, daß er mit niemand getauscht hat, aufrechterhält oder ob er sie zurückzieht. (Zurufe: Er ist einverstanden!) Ich nehme also an, daß er den Widerspruch zurückzieht.

Hilgard Zischer-Berlin: Solange die Streitfrage, die uns beschäftigt, spielt, habe ich sie immer unter dem Gesichtspunkt behandelt, daß es unsere Pflicht sei, einen Weg zu finden, der eine Verständigung in parteigenössischer, brüderlicher Weise ermöglicht. Als Genosse Nebel gestern den Standpunkt des

Partei Vorstandes klarlegte, habe ich mich gefreut, weil ich mir sagte, es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn nach diesen Darlegungen nicht eine Verständigung mit den süddeutschen Genossen möglich wäre. Als ich aber heute nachmittag den Genossen Segiß hörte, da bin ich allerdings daran verzweifelt, daß auf allen Seiten der gute Wille zur Verständigung vorhanden ist. (Sehr richtig!) Wenn man so redet, wie Segiß geredet hat, dann ruft man den Verdacht wach, daß es nicht auf eine Verständigung, sondern auf den Bruch abgesehen sei, daß man aber die Verantwortung für den Bruch anderen Leuten zuschieben wolle. (Sehr gut!) Das tut man, indem man auf solche Schwärze-reien und Zuträgereien Gewicht legt! Genosse Ebert soll das Schlusswort erhalten, weil er ein Scharfmacher sei! Wie könnt Ihr eine solche Behauptung aufstellen! Wenn Genosse Bebel auf das Schlusswort verzichtet hat, so kann ich Ihnen offen sagen, daß ich vielleicht den ersten Schritt dazu getan habe, weil ich mir gesagt habe, es sei unverantwortlich von uns, wenn wir bei dem Gesundheitszustand des Genossen Bebel dies Opfer ihm zumuten, wenn es nicht absolut notwendig ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn der gute Wille zur Verständigung da ist, braucht Bebel kein Schlusswort. Die Bayern sollten sich doch kennen, daß ich der allerletzte bin, der in der Frage für einen Vorschlag einträte, der nicht zu einer Verständigung mit den Bayern geeignet wäre. Ich glaube, Ihr wißt alle zusammen, daß ich mit dem Herzen bei Euch bin, (Hört! hört!) und daß ich nur in dieser Frage nicht Hand in Hand mit Euch gehen kann. Man spricht immer davon, daß die Berliner Stadtverordneten das Budget bewilligt haben. Ich meine, es ist unstatthaft, auf diese Frage zurückzukommen, nachdem soundso viel Genossen erklärt haben, wir haben nicht für das Budget gestimmt. Und nun gar die Behauptung, daß die Berliner Genossen sogar für die Polizei 7 Millionen bewilligt hätten, dieselbe Polizei, die uns bei der Wahlrechtsdemonstration niederknuppelt! Das kann ja keiner von Euch glauben! (Zurufe.) Es ist selbstverständlich, daß Sie das nicht sagen, wenn Sie nicht glauben, einen Beweis für Ihre Behauptung zu haben. Aber es kommt hier doch darauf an, ob jemand mit der Absicht für das Budget gestimmt hat, mit der Ihr dafür gestimmt habt. Wir werden uns doch nicht darüber streiten, wenn einer einmal entgleist. Ihr Bayern sagt aber, wir stimmen aus den und den Gründen dafür, und wir anderen halten diesen Weg für falsch. Weil ich eine Verständigung wünschte, habe ich mir gesagt, den Antrag Frohne werden die Bayern selber nicht wollen, weil er sie in ihrer Taktik behindert, weil man ihnen gegnerischerseits vorwerfen könnte, daß sie erst die Erlaubnis von Berlin holen müssen. Nachdem aber Kolb dem zugestimmt hat, gebe ich noch nicht alle Hoffnung auf, daß wir wenigstens einen Weg der Verständigung finden. Ich habe nicht die Möglichkeit, jetzt den Weg anzugeben, denn ich habe nicht die Entscheidung. Solange aber diese Hoffnung nicht praktische Gestalt gewinnt, trete ich für den Antrag des Parteivorstandes ein. Ihr habt während der ganzen Debatte gesagt, man wolle Euch ein Kainzzeichen ausdrücken, Euch verurteilen und strafen. Das ist nicht wahr, sage ich, und wenn es einzelne getan haben, so ist das nicht die Partei. Aber ich will alles tun, um Euch auch die letzte Möglichkeit zu dieser Behauptung wegzunehmen, und beantrage daher, daß der Satz im Antrage des Parteivorstandes, der ausdrücklich von der Bewilligung der Budgets in den Landtagen von Bayern, Baden und Württemberg spricht, aus der Resolution herauskommt. Das ändert am Wesen der Resolution nicht das geringste. Wir wollen doch lebendig auf-sprechen, daß die Majorität des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in dieser Frage einer anderen Meinung ist und daß die Süddeutschen künftig diesen Beschluß der Majorität respektieren. Sie werden doch auch zugeben, daß der Hinweis von David auf Gorha und die thüringischen Staaten nicht ganz un-

berichtigt war, und Sie werden ferner zugeben, daß die Württemberger nur noch nachträglich jetzt eine Ohrfeige bekommen sollen, weil eben die Bayern und Badenser genannt werden. Aber voriges Jahr in Essen war doch die Mehrheit des Parteitages geneigt, den Württembergern gleichsam General-pardon zu erteilen. Vielleicht haben sich viele unter Euch, und zu denen gehörte ich, auch gesagt, daß sie an Stelle der Württemberger damals einen zwingenden Ausnahmefall angenommen und ebenso gestimmt hätten. Kann aber einer von Euch Bayern uns sagen, Ihr hättet einen zwingenden Grund gehabt, für das Budget zu stimmen, und daß der Partei Nachteile erwachsen werden, wenn Ihr genau so wie früher gegen das Budget gestimmt hättet? (Zuruf: Ja!) Ja, behaupten könnt Ihr es, aber so darlegen, daß wir, die wir doch den guten Willen haben, Euch zu glauben, das auch glauben müssen, könnt Ihr nicht. Könnt Ihr leugnen, daß der Schaden, der durch Eure Abstimmung für das Budget innerhalb der Partei angerichtet ist, nicht viel größer ist, als der Agitationsnutzen, den Ihr erwartet habt von dem Eintreten für das Budget? (Lebhafte Zustimmung.) Es ist doch niemand unter uns, der Euch eine böse Absicht zugetraut hat. Ihr habt Euch auf Viktor Adler berufen. Es ist ja schade, daß sein Artikel nicht früher allgemein bekannt wurde, wo er schrieb, daß nur ein Rindskopf annehmen kann, daß Ihr mit der Absicht, gegen Partei-grundfälle vorzugehen usw., für das Budget gestimmt habt. Aber auch Adler, bei aller Liebe zu Euch Bayern und bei aller Seelengemeinschaft für Eure Taktik, kann in der Frage nicht anders, als zu Euch sagen: Kinder, der Weg, den Ihr gegangen seid, ist falsch. Nun sagt Ihr alle: Wir können uns dem Zwang nicht fügen. Wenn Ihr wollt, könnt Ihr's. Für die Partei kann man alles! Es gibt nichts, daß zum Wohle der Partei dienen kann, was nicht jeder einzelne von uns kann, wenn er will. (Zustimmung.) Wenn die ganze Partei es mißbilligt, so müßt Ihr Euch fügen, nicht weil mehr sind auf der anderen Seite, sondern weil die Einheitlichkeit der Partei im anderen Falle leidet. (Sehr richtig!) Segiß hat die Klaischerei vorgebracht, es sei darauf abgesehen, einige fliegen zu lassen. Ein bißchen habe ich doch auch Verbindung mit dem Parteivorstand und müßte etwas davon, wenn es darauf abgesehen wäre. Nein, es ist nicht darauf abgesehen. Nehmt es mir nicht übel, aber es ist ein Verbrechen, das Ihr begeht, wenn Ihr mit dem Gedanken spielt, daß man die Einheit der Partei um einer solchen Bagatelle willen aufgeben könne. (Zurufe.) Wenn es auch einer gesagt hat, schön, so hat er persönlich die Meinung. Ihr seid mit Recht stolz darauf, was Ihr im bayerischen Landtag geleistet habt. Aber Timm, Frank und Wildenbrand taten so, als ob die Majorität der Partei und die Parteileitung Euch angegriffen hätte wegen Eurer Tätigkeit im Landtag. Das ist ja nicht wahr. Eure Fraktion hat noch niemals ein so einheitliches Lob erhalten. Es wird zugegeben, daß Ihr äußerst geschickt die Situation ausgenützt habt. Aber wenn Ihr Politiker sein wollt, so müßt Ihr doch auch etwas Voraussehen haben. Ihr sagt, Ihr habt mit der Zustimmung zum Budget keine böse Absicht gehabt. Schön, dann seid Ihr aber wirklich nicht die feinen Politiker gewesen, wenn Ihr nicht vorausgesehen habt, daß Eure Abstimmung diesen Unfrieden und diesen Verdacht in der Partei bei einzelnen wachrufen wird. Wenn Ihr das nicht vorausgesehen habt, dürft Ihr Euch nicht beschweren, wenn man auf der anderen Seite die Dinge auch anders ansieht und Absichten vermutet, die Ihr bestreitet. Wenn die Genossin Luxemburg hier wieder ihre Kassandraruhe von den Revisionisten hat ertönen lassen, so hat sie ja sofort die beste Widerlegung dazu geliefert: in der ganzen Partei ist man sich einig in der lobenden Zustimmung zu Eurer Tätigkeit, abgesehen von der Frage der Budgetabstimmung! Niemand von uns kommt es in den Sinn, Euch das Kainzzeichen der Treulosigkeit auf die Stirn

zu brennen. Aber es ist die Pflicht der Mehrheit, zu sagen, was ihre Meinung ist, und Eure Pflicht ist es, dann einer solchen Meinungsäußerung Folge zu leisten, weil mehr wert als die augenblicklichen Vorteile, die Ihr vielleicht durch Eure Taktik erreicht, die Geschlossenheit, die Einheit der Partei ist. Deshalb glaube ich, daß es noch möglich sein muß, eine Verständigung herbeizuführen. Aber dazu ist auch nötig, daß Ihr die Hand reicht, daß Ihr Euch nicht hintertell als Verfolgte und Unterdrückte. Niemand spricht davon, aber schließlich hat die Partei ihre Meinung, und die muß respektiert werden. (Lebhafte Weisfall.)

v. Elm: Namens 16 Genossen, die den Antrag Frohme unterzeichnet haben, habe ich folgendes zu erklären: Wir sehen in der Zustimmung resp. Ablehnung des Gesamtbudgets keine Prinzipienfrage, sondern eine Frage der Taktik. Wir wollen deshalb die Möglichkeit einer Zustimmung in Ausnahmefällen, wenn wirklich zwingende Gründe dieses als geboten erscheinen lassen, aufrecht erhalten.

Für die Haltung der süddeutschen Abgeordneten erkennen wir diese Gründe nicht an und billigen deren Stellungnahme nicht. Um ähnliche Fälle in Zukunft unmöglich zu machen, wollen wir, daß eine Verständigung zwischen den im Antrag genannten Instanzen Voraussetzung für eine eventuelle Staatszustimmung sein soll. Außer obigen Gründen veranlaßt uns zur Unterzeichnung des Antrags 134 der Gedanke, daß so eine Basis zur weiteren Festigung der Einheit der Partei geschaffen wird.

Da ich zu den Unterzeichnern dieser Erklärung gehöre und am Worte bin, kann ich die Gründe selbst klarlegen. Ich habe mit großem Interesse das für und wider bezüglich der Abstimmungen in den einzelnen Landtagen angehört. Ich habe eine Reihe vorzüglicher Darlegungen gehört und vor allen Dingen hat Timms Rede großen Eindruck auf mich gemacht. Besonders hat mir gefallen, daß er die Zustimmung zum Budget mit der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter begründet hat. Ich bin aber der Meinung, daß die Interessen der Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments durch ihre Organisation auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete dauernd mehr gewahrt werden, als durch die Tätigkeit im Parlament selbst. Die Hauptsache ist diese Organisation. Ich kann nicht glauben, daß im Parlament dauernde Erfolge die Interessen der Arbeiterschaft außerhalb des Parlaments durch ihre Organisationen. Ich stehe ferner auf dem Standpunkt, den das „Hamburger Echo“ im Jahre 1907 gegenüber der Budgetbewilligung in Württemberg eingenommen hat. Im „Hamburger Echo“ wurde damals redaktionell betont, daß die Budgetverweigerung keine Prinzipienfrage, sondern eine Frage der Taktik sei, daß die Sozialdemokratie aber nur dem Budget zustimmen könne, wenn sie von der Regierung und den anderen Parteien auf dem Fuße voller Gleichberechtigung behandelt werde. Wenn nun die süddeutschen Genossen sagen: wir sind auf dem Wege dahin, so glaube ich doch, daß auch sie von dieser gleichberechtigten Behandlung noch sehr weit entfernt sind. Wir alle sind der Ansicht, daß die Verhältnisse die Auffassungen bedingen. Im Norden haben wir nun mit viel stärkeren Klagengegensätzen zu tun, als im Süden. Deshalb beurteilen wir auch die Dinge anders. Aber die Kämpfe, die soziale Entwicklung werden die Verhältnisse auch im Süden immer mehr zuspitzen, und deshalb werden unsere Genossen bald dazu kommen, wieder Stellung gegen die Regierung nehmen zu müssen. Jede Regierung hat bei ihrer Gesetzmacherei die Tendenz, die staatszerhaltenden Parteien zu stärken. Das wird sich auch im Süden zeigen, und so komme ich zu der Ueberzeugung, daß die Zustimmung der Süddeutschen zu den Budgets vereingelt bleiben wird. Aber wenn wir in den ökonomischen Verhältnissen die wesentlichen Grundbedingungen für die Auffassungen sehen,

dann können wir auch nicht glauben, durch Resolutionen alles zu machen. Die Verhältnisse müssen sich ändern, dann folgen die Anschauungen schon nach. Wir Schleswig-Holsteiner sind der Meinung: ihr Süddeutschen kommt zu unserer Auffassung, nicht wir zu der euren. Wir wollen aber ruhig die Entwicklung der Dinge abwarten. Deshalb wünschen wir, daß ein Weg zur Verständigung gefunden wird. Wenn nun die bayerischen Genossen uns erklären, für uns ist die Resolution des Vorstandes unannehmbar, so sehen wir auch darin nicht die Drohung, es unter allen Umständen zu einer Spaltung kommen zu lassen. Wir erkennen darin den berechtigten Wunsch der Süddeutschen, in einer schwierigen Situation ihre Interessen im Gesamtinteresse der Partei berücksichtigt zu sehen, denn die Schädigung ihrer Interessen wäre eine Schädigung der Gesamtinteressen. 16 Schleswig-Holsteiner haben die Erklärung, die ich verlesen habe, unterzeichnet. Wir Schleswig-Holsteiner waren darüber nicht einig, ob die Gründe, für das Budget zu stimmen, zwingend oder nicht zwingend waren, aber darin waren wir einig, daß ein Weg zur Verständigung gefunden werden muß. Wir dürfen nicht scheiden als zwei Parteien, wir müssen in aller Einigkeit aus Nürnberg wieder hinausgehen. Wir halten unsere Resolution für die Möglichkeit einer Verständigung. Die Süddeutschen haben bisher nicht erklärt, daß sie ihr zustimmen werden; aber ich möchte die Süddeutschen dringend bitten, sich dies wohl zu überlegen. Ich möchte auch die Genossen vom Vorstand und der Kontrollkommission bitten, gründlich zu prüfen, ob man sich nicht auf Grund dieser Resolution verständigen kann. Schwierigkeiten bietet jede Resolution. Nicht alle Schwierigkeiten werden durch die unsere überwunden. Aber eines wird sie bewirken, daß diese geglätteten Auseinandersetzungen der letzten Zeit und auch auf dem Parteitage verschwinden. Was wir wollen, hätte schon früher geschehen müssen. Die Süddeutschen hätten sich schon vorher in Verbindung mit dem Parteivorstand setzen müssen. Und der Parteivorstand würde dann jedenfalls nicht den Standpunkt des Herrschenden eingenommen haben, nein, man hätte sich aussprechen und verständigen müssen. Unsere Resolution soll nicht majorisieren, aber die Süddeutschen müssen sich doch auch sagen: bei unserer Abstimmung in den einzelnen Landtagen müssen wir auf die Gesamtpartei und die Interessen im Reiche Rücksicht nehmen. Die Reichspolitik muß von euch berücksichtigt werden, und es kann der Zustand eintreten, wo durch eure politische Haltung in den einzelnen Landtagen das Interesse der Partei in der Reichspolitik beeinträchtigt wird. Ihr Süddeutschen dürft die Verständigung mit den Norddeutschen nicht zurückweisen. Es hat in der Partei ungeheuer verschluckt, daß Ihr die Verständigung nicht schon früher gesucht habt. Ist sie gefunden, dann haben alle Diskussionen ihren giftigen Stachel verloren, und es bleibt keine Erbitterung zurück. (Sehr richtig!) Auch im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung bitte ich Euch, wohl zu beachten, was Ihr tut. Schon früher sind derartige Differenzen nicht beschränkt geblieben auf die politische Partei. Auch heute würden sie sich fortpflanzen auf die Gewerkschaftsbewegung und sie zerreißten. Zeigt Euch voll Eurer Verantwortung bewußt, gehen wir nicht auseinander, ohne uns verständigt zu haben. Man sagt: Untertwerfung unter Mehrheitsbeschluß sei Demokratie. Aber die Majorität hat die Verpflichtung, wenn eine große Minderheit vorhanden ist, auf die Anschauungen dieser Minderheit Rücksicht zu nehmen. (Sehr richtig!) Mit bloßen Abstimmungen kann man keine wirkliche Entscheidung herbeiführen, die Auffassungen müssen sich klären. Glauben Sie nicht, daß alle diese Debatten spurlos verhallen werden bei unserer süddeutschen Genossen. Sie werden ihre Wirkung haben, und die Entwicklung der Verhältnisse in Süddeutschland wird es mit sich bringen, daß solche Streitigkeiten verschwinden. Lassen Sie uns diesen Streit begraben und im

Einigkeit hier aus Nürnberg scheiden, im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Pfannkuch-Berlin: Zunächst möchte ich einige Angriffe gegen den Vorstand richtigstellen. Frank hat uns vorgelesen, wir seien die Fahnenträger der Berliner, ja, er hat sogar den Ausdruck noch verschärft und gesagt, der Vorstand sei der Gefangene der Berliner Parteigenossen. Ich kann versichern, daß der bisherige Vorstand in sehr gutem Einvernehmen mit den Berlinern gelebt hat. Es gab eine Zeit, wo das brüderliche Verhältnis nicht so war, trotzdem wird heute kein Berliner aufstehen und sich vermaßen, zu erklären, er habe einen entscheidenden Einfluß auf das Kollegium des Parteivorstandes ausgeübt. Selbstverständlich hat der Parteivorstand die Pflicht, die Parteigenossen, die zu ihm kommen, anzuhören, sich zu informieren und Dementisprechend auch Aktionen einzuleiten. Oft wird ja der Vorwurf erhoben, daß der Vorstand nicht in genügendem Kontakt mit den Genossen sei. Nun, soweit wir imstande sind, haben wir dafür gesorgt, daß in unserem nächsten Wirkungskreis der Kontakt mit den Genossen innig und das Verhältnis zwischen beiden Keilen zufriedenstellend war. Das gibt aber keine Unterlage für die Behauptung, daß der Parteivorstand der Gefangene der Berliner sei. Ach, im Gegenteil, ich behaupte, seitdem durch Veränderung des Organisationsstatuts zwei Mitglieder der Berliner Parteiorganisation als Beisitzer in den Vorstand delegiert sind, ist gerade durch die ständige Zusammenarbeit unser Verhältnis zur größten Parteiorganisation Deutschlands zufriedenstellend geworden. (Lebhafte Zustimmung.) Durch die innige gemeinsame Tätigkeit mit dem Vorstand können die Beisitzer in der Berliner Parteiversammlung am besten darlegen, nach welchen Grundsätzen und Formen die Parteigeschäfte erledigt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Dem Vorstand wird weiter vorgelesen, zumal mir als Teilnehmer an der Würzburger Konferenz, daß er an der Stuttgarter Konferenz sich nicht beteiligt habe. Selbstverständlich habe ich gewünscht, daß in Stuttgart die Konferenz stattfinden würde. Ich habe dem Parteivorstande auch Bericht darüber erstattet. Selbstverständlich habe ich auch in Würzburg gehört, daß die Erörterung der Budgetfrage dort abgelehnt worden ist. Verschiedene Termine wurden für die nächste Konferenz genannt. Unser leider verstorbenen Genosse Ehrhart, der damalige Vorsitzende der Konferenz, hat schließlich der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die nächste Konferenz in den nächsten Monaten, jedenfalls aber noch vor Zusammentritt des deutschen Parteitages (Hört! Hört!) stattfinden und sich mit der Frage der Budgetabstimmung beschäftigen würde. Will man etwa mir oder dem Vorstande vorwerfen, es wäre unsere Pflicht gewesen, alle acht Tage bei den verschiedenen Landesvorständen anzufragen, wann denn die Konferenz stattfinden würde. (Heiterkeit.) Diese Unterlassungssünde hat allerdings der Vorstand im allgemeinen und sein Mitglied Pfannkuch im besonderen begangen. Aber es hätte ja nur einer Postkarte bedurft, um dem Vorstand mitzuteilen, es sei die Absicht, an diesem Tage und an diesem Orte die in Würzburg vorgesehene Konferenz abzuhalten. Dann wäre der Parteivorstand einwandfrei unterrichtet gewesen und dann hätte er sein Nichterscheinen vor der Konferenz hier zu verantworten. Weiter wird die Wendung im Briefe des Vorstandes kritisiert, wenn jemand abkommen könne, würde er an der Würzburger Konferenz teilnehmen. Wie war denn die Sache? Vor der Würzburger Konferenz habe ich mich brieflich an den Genossen Auer gewandt und darauf hingewiesen, es würde den Parteigenossen in Preußen sehr erwünscht sein, wenn die süddeutschen Parteigenossen sie in der einen oder anderen Form unterstützen wollten. Daraufhin teilte mir Auer mit, die Konferenz würde am 9. Februar stattfinden und lud mich dazu ein. Die Wendung in unserer Antwort darauf:

wenn einer abkommen könne, würde er erscheinen, erklärt sich sehr einfach damit, daß der Parteivorstand verschiedene wichtige Arbeiten in Angriff genommen hatte, so die Landeskongress wegen der Wahlrechtsbewegung, Konferenzen mit der Generalkommission und der Einigungsbestrebungen in der Gewerkschaftsbewegung. Er konnte also nicht zu jeder Minute frei über seine Zeit verfügen. (Hört! Hört!)

Man kann also dem Parteivorstand nicht vorwerfen, daß er seine Pflicht nicht erfüllt hat. Nun noch ein anderes. Die süddeutschen Parteigenossen haben uns sehr ausgiebig vorgelesen, daß ihre Erfolge auf sozialpolitischem Gebiete sie veranlaßt hätten, für den Etat zu stimmen. Und es ist behauptet, daß auch die Berliner Stadtverordnetenfraktion den Etat angenommen hätte. Ich gehöre jetzt 8 Jahre der Stadtverordnetenversammlung an, aber mir ist nicht bekannt, daß ein einziger Kollege für den Etat gestimmt hat. Und das, obwohl unsere Erfolge sich doch auch sehen lassen können. Wir haben in Berlin 15 000 städtische Arbeiter, die nach 10 Jahren Ruhegeld erhalten, in Krankheitsfällen bekommen sie sechs Wochen lang die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, auf Beschluß der Verwaltungsdirektionen können sie diese Differenz sogar 13 Wochen hindurch beziehen, es steht ihnen das Recht der Organisationszugehörigkeit zu, nur müssen sie sich innerhalb der Betriebe der Agitation enthalten. Also ganz so schlecht sind die Verhältnisse, die wir geschaffen haben, nicht, aber bei uns wird damit nicht gepörscht, das ist vornehmlich Pflicht und Schuldigkeit, da der Stadtverordnete und dort der Abgeordnete. (Sehr richtig!) Mit Recht ist von Euch gesagt, Ihr bringt uns ja in die Verlegenheit, die Regierung loben zu müssen. Nun, das mußtet Ihr doch vorher. Nicht diejenigen, die hier gegen Euch reden müssen, sondern Ihr seid das Scharnadel, das den Streik heraufbeschworen hat. (Beifall.)

Sehmann-Stuttgart: Früher fand es unangenehm, daß sich die süddeutschen Landtagsabgeordneten über die Vorstandesresolution so ereizten. Die Resolution mußte von deswegen als ein Akt der Illiberalität angesehen werden, als das Hinwerfen des Fehdhandels, weil sie in die Desinfektion hinausgegeben wurde, ohne daß auch nur der Versuch einer Verständigung mit denen gemacht wurde, welche die Aufgabe haben, sie zu besorgen. Am illokalsten ist die Resolution gegenüber den württembergischen Genossen, die bereits vor dem Essener Parteitag für den Etat gestimmt haben. Es wäre Pflicht des Parteivorstandes gewesen, bereits vor einem Jahre die Angelegenheit dort zur Sprache zu bringen; aber als der Delegierte aus Göppingen auf dem Essener Parteitag die Frage anschnitt, erhielt er vom Parteivorstand keine Antwort. Infolgedessen konnten die Parteikollegen, sowohl das von Stuttgart als auch das von Dresden, konstataren, daß die Partei dadurch, daß sie der Zustimmung der württembergischen Fraktion keine Rüge erteilt hat, dokumentiert hat, daß gegen die Abstimmung der Württemberger nichts einzuwenden ist. Wenn sie jetzt sagen, Sie wollten die Prüfung unserer Landesversammlung überlassen, dann bedeutet die Resolution nicht mehr nur einen Tadel der Fraktion, sondern eine Brückierung unserer vorjährigen Landesversammlung, denn dort ist eine Resolution eingebracht worden, welche die Abstimmung der württembergischen Fraktion mißbilligt, und diese Resolution wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. (Mara Zeilin: Aber auch die zustimmende!) Es ist gesagt, wir hätten dort denselben Trick gemacht, wie hier. (Zuruf: Jawohl!) Weismayer hat das in Worte gekleidet, wir hätten der Landesversammlung „die Pistole auf die Brust gesetzt“. Das bedarf der Richtigstellung. Der Referent Genosse Dr. Lindemann hat im Auftrage von uns die Erklärung abgegeben: „Was die Resolution Anker (die Mißbilligungsresolution) betrifft, so habe ich den Auftrag zu erklären, daß die Fraktion

dieselbe nicht annehmen kann. Wir befinden uns nicht in einer Rolle, daß wir uns bedauern lassen müßten. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir die Interessen der Partei vertreten haben. Die Resolution bedeutet eine Bindung der Fraktion über die Lübecker Resolution hinaus. Im Gegensatz zu dieser sieht sie keine Ausnahme vor. Wir wissen nicht, ob nicht das nächste Mal wieder besondere Verhältnisse vorliegen, die uns nötigen, zuzustimmen. Jedenfalls möchten wir uns die Rechte, die uns durch Parteitagbeschlüsse gewährt sind, nicht noch weiter einschränken, uns nicht darüber hinaus binden lassen. Deshalb bitten wir um Ablehnung dieser Resolution.“ Das nennen Sie der Versammlung die Pisale auf die Brust legen? Wenn weiter von Richard Fischer an uns die Aufforderung gerichtet ist, wir sollten denen, die uns auf der anderen Seite versichern, daß sie es ehrlich meinen, das glauben; dann können auch wir verlangen, daß unsere Versicherungen mit demselben Vertrauen und demselben Glauben entgegengenommen werden. (Sehr richtig!) Man behauptet immer und immer wieder, daß wir durch unsere Zustimmung zum Etat der Regierung ein Vertrauensvotum erteilen wollten. Das ist falsch. Lindemann hat in seinem Schlusswort ausdrücklich erklärt: „Die Zustimmung zum Etat ist weder ein Mißtrauens- noch ein Vertrauensvotum. Zwischen diesen beiden Voten gibt es noch eine ganze Reihe von Schattierungen des Verhältnisses zwischen einer Partei und einer Regierung.“ Wenn die Budgetbewilligung die Anerkennung des Klassenstaates bedeutet, dann müßten wir logischerweise ja jede Verfassungsreform, die nicht die Anerkennung der Republik einschließt, ablehnen, dann dürften Sie auch in Preußen keiner Verfassungsreform zustimmen, die nicht das Endziel auf einmal verwirklicht. (Widerspruch.) Die Frage der Zustimmung zum Budget ist früher niemals zu einer prinzipiellen Frage gestempelt worden, weder die Gotthard noch andere haben das behauptet. Als die württembergische Fraktion im vorigen Jahre dem Etat zustimmte, da erschien im Gotthard „Volkshblatt“ ein Artikel, worin es hieß: „Unsere Fraktion hatte keinen Grund, dem Ministerium Gentig, das uns in manchen Dingen entgegengekommen ist, durch Ablehnung des Etats ein Mißtrauensvotum zu geben, wenn man sich der Lübecker Resolution entsprechend auf den Standpunkt stellt, die Budgetbewilligung als eine taktische Angelegenheit zu betrachten.“ (Hört! hört!) Sie schimpfen uns Partikularisten, aber dann sind Sie Unitarier um jeden Preis, die Einheit in der Knechtschaft ist Ihnen lieber, als der Föderalismus, der einen Teil größere Freiheiten einräumt. (Lärm.) Wir treten auch deshalb in der Partei für einen gewissen Föderalismus ein, weil sonst die Rechte unserer Landesorganisationen entwertet werden. Im § 15 des württembergischen Landesstatuts werden die Aufgaben der württembergischen Landesversammlung genannt und da wird als eine ihrer Aufgaben die Entgegennahme des Berichtes der Landtagsfraktion bezeichnet. In dem Augenblick, wo Sie die Regulierung unserer Haltung im Landtag der Landesorganisation nehmen und dem allgemeinen Parteitag übertragen, nehmen Sie der Landesorganisation ihren ganzen politischen Inhalt. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Wir wollen in unseren Landesorganisationen nicht eine Maschinerie sein zu dem Zweck der Eingiehung von Beiträgen, sondern wir wollen auch der Organisation unseres Landes einen politischen Inhalt geben, und daran sollten Sie uns nicht hindern, indem Sie über die Rechte unserer Landesorganisationen zur Tagesordnung übergehen. (Beifall bei den Süddeutschen. Gelächter auf der anderen Seite.)

Sindermann: Als ich den Genossen Seymann sorben hörte, glaubte ich ihn auf dem Wege der Besserung, denn früher hatte er erklärt, der heutige Staat muß befestigt und verankert werden, und dazu sei die Budgetbewilligung

nötig. Zum Schluß aber verfiel er wieder in den alten Fehler, er sagte: Unannehmbar! Wohin soll das führen? Dann habt Ihr den Disziplinbruch in ganz Deutschland. (Sehr richtig!) Daher warne ich ganz entschieden vor Annahme des Antrages Fischer, der die Vorstandesresolution abschwächt. (Sehr gut!) Glauben Sie, die Stimmung in Norddeutschland ist vom „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ gemacht? Nein, aber unsere Organisierten sagen sich: jeder arme Teufel von Parteifunktionär wird an dem Kragen genommen, wenn er etwas versteht, und da versteht man nicht, wenn der Disziplinbruch der Süddeutschen so hingehen soll. Wenn wir Disziplin nach unten hin verlangen, so muß sie auch von oben gefordert werden. (Sehr richtig!) Nun wird erklärt, den Berlinern und Sachsen ist das ebenfalls passiert. Die Berliner haben das Märchen zerstückt, ich tue es auch für Sachsen. Nicht ein einziges Mal hat unsere Landtagsfraktion für das Budget gestimmt. (Kolb ruft: Goldstein!) Das ist ja alles berichtigt worden, Genosse Kolb! Goldstein hat erklärt, daß er als einziger das erstmal aus versehen sitzen geblieben ist. Aber außerdem wäre das etwas ganz anderes, denn die Süddeutschen haben durch ihre Konferenz die Budgetabstimmung gewissermaßen organisiert (Sehr gut!), durch die Motivierung ihrer Abstimmung dargetan, daß sie demonstrativ dem heutigen Klassenstaat die Mittel entgegenbringen. Und das verstehen wir nicht. Es muß zur Desorganisation, zum Disziplinbruch und zur Grundlosigkeit, auch in den Gewerkschaften, führen, wenn das so durchgeht, wie das Fischer und Frohme mit ihren Resolutionen wollen. Nein, wir müssen einen solchen Verstoß gegen Parteitagbeschlüsse unmöglich machen, sonst haben wir auf allen Parteitag die dieselben Auseinandersetzungen, und das müssen wir verhindern. Nun ist auch von den Süddeutschen ein sentimentaler Ton beliebt worden, der an das Gefühl appellierte. Man ließ durchblicken, daß seit 1903, seit dem Dresdener Parteitag, die Partei im Niedergang begriffen sei. Ja, wie soll man denn dies verstehen? Habt Ihr denn den Bericht des Parteivorstandes nicht gelesen? Dort steht das Gegenteil. Seit 1903 haben sich unsere Organisationen gewaltig entwickelt. Auch die freien Gewerkschaften sind in dieser Zeit um fast das Doppelte gestiegen. Für Bildungsbestrebungen geben wir jetzt Summen aus, die man früher für unmöglich hielt. Wie kann man da von einem Niedergang reden?

Bei diesen Debatten hat man Neben gehalten, die den Reichsverbändlern und auch dem Reichszentraler Bülow für seine nächste Rede das schönste Material liefern. (Sehr wahr!) Was über die „Leipziger Volkszeitung“ gesagt worden ist, übertrifft alles, was bisher dagewesen ist. (Sehr wahr!) Leipzig hat im Verhältnis zu der Zahl der Reichstagswähler den besten Prozentsatz von Organisierten im ganzen Reich, und an der Spitze steht es auch im Verhältnis mit dem Prozentsatz der Abonnenten; ohne den Vertrieb auf den Bahnhöfen konfessioniert zu haben (Heiterkeit), hat die „Leipziger Volkszeitung“ eine Auflage, auf die wir stolz sein können. Möchten auch anderwärts die Genossen so einmütig hinter ihrem Organ stehen. Wenn Ihr die Einheit wollt, die Ihr stets und ständig im Wynde führt, dann laßt das Wort: Unannehmbar! (Sehr gut!) Dann setzt Euch, wie es auch andere Parteigenossen tun müssen, eine Krüge ein, und wir werden in Zukunft diese Debatte nicht mehr haben, sondern in Reich und Glied, Schulter an Schulter den gemeinsamen Feind bekämpfen. (Lebhafte Beifall.)

Leinert-Hannover: Es ist wiederholt gesagt, wir müssen volle Klarheit schaffen. Nun, darüber ist bereits volle Klarheit geschaffen, daß nach Ansicht der süddeutschen Genossen zwingende Gründe für die Zustimmung zum Budget vorlagen. Nachdem die süddeutschen Genossen dies erklärt haben, müssen wir es ihnen glauben, denn sie sind ebenfugot ehrenhafte Partei-

genossen wie wir und andere. Aber der ganze Streit ist ja in Wirklichkeit nicht ein Streit um die Zustimmung zum Budget an sich, das haben die Genossinnen Luxemburg und Zeffin klar bewiesen, das haben auch die Artikel bewiesen, die während des Streits vor dem Parteitag erschienen sind, vor allem der Artikel: „Zehn Jahre Revisionismus“. Man will hier wieder einmal den Revisionismus befeitigen, und da geht man allerdings ziemlich konsequent vor. Genossin Zeffin sagt, die Zustimmung zum Gesamtbudget habe den Charakter eines Bekenntnisses des Entgegenkommens gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung, und man sagt, in der Resolution des Parteivorstandes, die Gesamtapprobation müsse als ein Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden. Aber man versucht nach keiner Richtung hin die Behauptung, daß das ein Vertrauensvotum sein muß, zu beweisen. (Sehr richtig!) Mit demselben Recht könnte man jede einzelne Abstimmung als ein Vertrauensvotum für die Regierung bezeichnen. (Sehr gut!) Vergessen Sie doch eines nicht: Nicht die Abgeordneten, nicht die Organisationen unserer Partei, sondern die Regierungen des Klassenstaates führen die Gesetze aus, an denen wir Sozialdemokraten mitwirken. (Sehr richtig!) Warum wollen wir denn dann den Abgeordneten für Einzelfragen nicht freie Hand lassen, warum soll die Gesamtapprobation für ein Budget allein ausschlaggebend sein? Wenn die Gesamtapprobation ein Vertrauensvotum ist, dann bildet sie nur den Schluß desselben, der Anfang wird gemacht, wenn man einzelne Kosten bewilligt, und warum soll denn dann der Anfang nicht auch schon ein Vertrauensvotum sein? Wenn wir die Resolution konsequent durchführen, dann müssen wir den Parlamentarismus überhaupt ablehnen, das hat auch Genossin Luxemburg so außerordentlich schön ausgeführt, als sie von den „erbärmlichen Abschlagszahlungen“ sprach. Diese „erbärmlichen Abschlagszahlungen“ sind es aber, mit denen wir als Erfolge der Partei in den Wahlkampf ziehen. (Sehr richtig!) Und da sagt Genossin Luxemburg: Nur zur Kritik des Bestehenden ist die Tribüne des Parlaments da. Was hat aber der Genosse, den Sie alle verehrt haben und der auch Ersparung hatte, Wilhelm Liebknecht, darüber gesagt? Auf dem Hamburger Parteitag 1897 sagte er:

„Im Anfang der Partei, als wir noch wenige Anhänger hatten, gingen wir in den Reichstag, die Tribünen ausschließlich oder fast ausschließlich zur Propagierung unserer Ideen zu benutzen. Allein sehr bald wurden wir auf den Boden der Praxis gestellt. Wir haben gesehen, daß das Unrecht in der heutigen Gesellschaftsordnung doch etwas mehr ist als eine Gelegenheit, schöne Reden zu halten, und daß es durch die schönsten und kräftigsten Reden nicht beseitigt wird. Wir haben gefunden, daß die Hauptsache ist, auf dem Boden der Praxis etwas zu tun.“ (Sehr richtig!)

Das sagt Liebknecht, und dann führte er weiter aus:

„Aus Arbeiterkreisen selbst sind wir aufgefordert worden, bei allen Arbeitergesetzen und allen anderen Vorlagen, die Gelegenheit bieten, durch Amendements, durch eigene Anträge für Verbesserung der augenblicklichen Zustände und Gesetze einzutreten. Ein solcher Antrag, Praktiken mit den gegebenen Verhältnissen, ist das Verrat?“

So fragt Liebknecht, so können wir auch heute fragen, und wir können die Frage genau so gut beantworten wie Liebknecht:

„Wer verlangt, daß wir uns anders verhalten und den Boden der Praxis verlassen und rein theoretisch wirken — der will, daß wir in die Eierschale zurückkehren, aus der wir vor langer, langer Zeit herausgetreten sind.“ (Sehr gut!)

Also die Hauptsache war nach Liebknecht, etwas auf dem Boden der Praxis zu tun, und das befolgt die Arbeiterbewegung sowohl auf gewerkschaftlichem als auf politischem Gebiete.

In der „Neuen Zeit“ erschien einmal ein Artikel eines Genossen, der sich die Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften zur Pflicht machte. Es hieß da: ganz gleich, wie die Erfolge sind, die Hauptsache ist, daß die christlichen Gewerkschaften bekämpft werden. Darauf sprach ich mit einem Praktiker der Gewerkschaftsbewegung. Ich sagte ihm: Die Hauptsache, wenn Du etwas tun willst, ist, daß Du die christlichen Gewerkschaften bekämpfst. „Ach“, meinte er, „die Hauptsache ist, daß unsere Maurer Geld verdienen. Darum handelt es sich, nicht aber um das Prinzip.“ So haben verminderterweise auch die Gothaer Genossen gehandelt. Doch sagte, sie hätten das Domänenabkommen retten wollen, das mit dem Minister unzertrennlich verknüpft war. Das Domänenabkommen hatte aber zur Folge, daß dem Klassenstaat 20 Millionen Mark mehr gegeben wurden (Sehr gut! bei den Süddeutschen), also eine finanzielle Verstärkung des Klassenstaates. Das Gesetz stand und fiel mit dem Minister, aber der Minister ist doch der Lenker dieses Klassenstaates, von dem es in der Resolution ganz richtig heißt, daß er ein Organ der Klassengesellschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besitzlosen Klassen bildet. Wie konnten nun die Genossen in Gotha einen Minister halten, der eine „erbärmliche Abschlagszahlung“ von 20 Millionen, und nicht einmal in die Taschen der Arbeiter, sondern in die des Staates stecken lassen wollte. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Da war ihnen die Füllung der Taschen des Klassenstaates sogar wichtiger als die Vertretung der hier proklamierten Idee. Konsequenterweise hätte doch die Vertretung der Resolution des Vorstandes kommen müssen. Er ist aber klüger gewesen, und zieht es vor, dafür zu stimmen, um dem Vorwurf zu entgehen, daß er den gothaischen Minister, den Scharfrichter der Klassenregierung, gestützt hat, und dann hat er dadurch auch noch das für sich, daß er hier als Scharfrichter unserer süddeutschen Genossen mitwirken kann. (Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Eigentlich sollten die Gothaer dem Schicksal auch nicht entgehen, die Gerechtigkeit erfordert, daß man vor Württemberg Gotha setzt. Verurteilen Sie die Süddeutschen, dann müssen auch die Gothaer hinein in die Eisernen Jungfrau. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Süddeutschen.) Wir wollen, daß der praktischen Arbeit innerhalb der Partei ein möglichst weiter Spielraum gegeben wird. Deshalb wollen wir die Lübecker Resolution aufrechterhalten. Lehnen Sie die Resolution des Parteivorstandes ab, um ein Unglück zu verhüten! Es ist notwendig, daß wir im Interesse der Partei die Erregung, die nicht die Zustimmung zum Budget, sondern die Diskussion über diese Frage hervorbrachte, aus den Massen herausbringen, und zwar dadurch, daß der Parteivorstand, der ja nicht von aller Schuld freizusprechen ist, seine Resolution zurückzieht. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.) Dann können wir die Resolution Frohme annehmen, und dann wird dieser Parteitag im Interesse der Gesamtpartei wirklich vornehm geschlossen werden können. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.)

Burm: Ich habe zunächst eine Erklärung abzugeben im Namen der hier anwesenden 12 Berliner Stadtverordneten. Die Erklärung lautet:

„Die unterzeichneten Stadtverordneten Berlins, die als Delegierte auf dem Parteitage anwesend sind, erklären, daß die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung niemals für das städtische Budget Berlins gestimmt hat, sondern ihre entgegengesetzte Stellung zum Ausdruck gebracht hat.“

Es ist auch niemals in der Fraktion ein Beschluß gefaßt worden, den den Mitgliedern der Fraktion freie Hand läßt, ob sie für oder gegen das Budget stimmen wollen.

Jede entgegengesetzte Behauptung ist unwahr.

Singer. Wasner. Wurm. Erals. Schubert. Ritter. Zubeil. Stadthagen. Borgmann. Wengels. Pfannkuch. Bruns.

Parteienossen! Demgegenüber wird Segiß nun wohl endlich verkümmern (Segiß: Nein! Unruhe) und einsehen, daß er falsch unterrichtet worden ist. Wenn Segiß wiederum den Brief vorzieht, den er merkwürdigerweise von einem meiner Berliner Kollegen in der Stadtverordnetenversammlung bekommen haben will, so kann ich ihm sagen, der Berliner Kollege wird sich vor der Stadtverordnetenfraktion und den Arbeitern, die ihn gewählt, zu verantworten haben. (Sisner: Das glaube ich!) Glauben Sie, daß sich die Berliner Arbeiter solche Vertreter gefallen lassen? Was aus dem Sitzungsprotokoll der Berliner Stadtverordnetenversammlung vorgebracht ist, besagt ja gar nichts. Da steht bei der Abstimmung: „Die Versammlung beschließt demgemäß“ — ja, weil eben die Mehrheit für die Bewilligung des Etats ist. Daß aber Leute, die jahrelang die Ehre hatten, am Berliner Zentralorgan mitzuarbeiten, behaupten können, wir Berliner Stadtverordneten hätten für den Etat gestimmt. — (Sisner: Nicht dagegen gestimmt!) Wenn Sie uns nicht irreführen wollen durch ein Spiel mit Worten, so wissen Sie doch, daß es nicht notwendig ist, ausdrücklich bei der Abstimmung aufzustehen, unter Umständen sogar unmöglich ist, sondern daß wir prinzipiell erklärt haben: wir stimmen dagegen und daß wir unser Verhalten danach einrichten. Im Reichstag ist es ja ebenso. (Zustimmung.) In dieser Kampfweise liegt Methode. (Sehr wahr!) Deshalb ist es notwendig, ausführlich darauf einzugehen. Timm hat gestern gesagt, auf dem Lübecker Parteitag hat Zoos-Gotha gegenüber Webel seinen Standpunkt für Bewilligung des Budgets vertreten, nach Zoos sprachen andere Redner, darunter Webel und Wurm, und niemand fand es nötig, ihm entgegenzutreten. Wie war es aber in Wahrheit? Nach Zoos wurde ein Schlußantrag angenommen und Webel konnte nur eine persönliche Bemerkung machen. Timm aber sagt: Seht, da steht: nach Zoos sprach Webel und er hat kein Wort erwidert! Seht, so zitiert man, wenn man nicht anständig zitiert! (Lebhafte Weisfall. Zuruf: Bitteren kann!) Wenn wir aber von diesen häßlichen Begleiterscheinungen unserer Meinungsverschiedenheiten absehen und nur den Grundgedanken des Streites herauschälen wollten, da würde man in große Verlegenheit kommen, wenn man fragen wollte: was wünschen denn eigentlich unsere Freunde in Süddeutschland? Der eine sagt, die Bewilligung des Budgets ist für uns eine Lebensfrage, der andere: wir müssen Bewegungsfreiheit haben, also auch unter Umständen das Budget ablehnen, und der dritte: wozu der Lärm, es ist ja nur ein ganz kleines Budget, wozu soviel Aufhebens von dieser Bagatelle? (Heiterkeit.) Wie sollen wir uns da eine Meinung bilden, wer da recht hat? Nach meiner Meinung handelt es sich allerdings um eine Lebensfrage der Gesamtpartei, und nicht um eine Frage der Taktik, sondern des Prinzips. Wir haben es ja schon auf so und so vielen Kongressen erlebt, daß man auf die Taktik abschieben will, sobald das Prinzip unangenehm ist. Was man als Prinzip nicht übertragen kann, das sieht man dann als Taktik an. (Sehr gut!) Der Antrag Thiele ist unannehmbar. Kautsky hat Ihnen ja gesagt, daß ein Unterschied zwischen Prinzip und Taktik gar nicht existiert, daß die Taktik das verkörperte Prinzip sein muß. Wie können Sie da sagen: es komme ja doch auf die unterschiedlichen Eigentümlichkeiten im Norden und Süden an! Genosse Frank aber geht noch weiter. Er sagt: wir sollten doch die Prinzipienfrage zurückstellen, da die Arbeiterkraft draußen

einig sein muß. Nun, wir vertreten nur 3/4 Millionen Arbeiter, 6 oder 7 Millionen Arbeiter haben wir noch nicht, sollen wir da, um einig zu sein, ein Kuddelmuddel machen und auch auf die Ansichten der Christlichen, der Sirisch-Dunderschen und auch der Gelben Rücksicht nehmen? Sind wir dann noch eine Partei oder sind wir Rechnungsträger und Geschäftsmacher. (Beifall.) Frank hat dann behauptet, wir müßten schon deshalb nachgeben, weil sie freie Männer sein wollen, das Recht haben wollen, ihre Meinung frei zu vertreten, die keinem Zwang sich unterwerfen können. Das hat Genosse Frank im Reichstag gelernt, dort hat es Genosse Bülow nur mit etwas anderen Worten gesagt. (Große Heiterkeit.) Genosse Bülow hat gesagt: bei den Sozialdemokraten heißt es: Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein! Das hat Frank gefallen und er hat geglaubt, der gute Bülow ist sein Genosse und das kann er auf uns übertragen. (Heiterkeit.) Ach nein, wenn man eine wissenschaftliche Ueberzeugung als Zwang ansieht, dem man sich nicht unterwerfen will, als eine Demütigung, dann hört überhaupt alles auf. Die Gründe der Süddeutschen können wir als Gründe nicht anerkennen. Sie haben uns Gründe als nagelneu angeführt, die wir uns in der Sozialpolitik, ja in der ganzen Tätigkeit im Reichstag seit Jahrzehnten an den Schulsohlen abgelaufen haben. Ihre Gründe für die Budgetbewilligung aber sind nicht Gründe der Ueberzeugung, sondern Gründe der Rechnungsträgerei. Wir leben in einer Zeit der Krisis; wenn Sie glauben, durch Schleicherei, durch Nachgiebigkeit irgendwie das Volk für sich gewinnen zu können, dann täuschen Sie sich! Dem Volgen gehört die Welt, die Fahne vorwärts getragen wie bisher, und nicht glauben, daß wir durch Duden und Kriechen und Schmeicheln etwas erreichen können! Die Brücke, die der Parteivorstand in seiner Resolution geschlagen hat (Lachen der Süddeutschen), ist das äußerste. (Lebhafte Weisfall.) Jede Streichung daraus würde einen Pfeiler erschüttern und dann bricht die ganze Brücke zusammen. (Lebhafte Weisfall.)

Mair-Heidelberg: Ich freue mich außerordentlich, daß wir Hinterwälder endlich einmal nach Ansicht derer, die auf der äußersten Linken stehen, rabifal geworden sind, denn unsere Mauern in verschiedenen kleinen Gemeinden lehnen den Etatsvoranschlag ab, weil sie sich vielleicht mit dem Bürgermeister schlecht stehen (Heiterkeit), und wir Sozialdemokraten stimmen dieser Ablehnung zu, überall da, wo man unsere Anträge nicht annimmt oder uns schlecht behandelt. Damit wären wir in den Dörfern des Obenwaldes also die Massenbewußtesten Genossen. (Große Heiterkeit.) Eine Wahlkreis- und Gemeindevertreterkonferenz des 12. badiischen Reichstagswahlkreises, die außer von den Parteidelegierten auch von über 50 Bürgerausschußmitgliedern besucht war, hat einstimmig die badiische Budgetbewilligung gutgeheißen und einstimmig — auch viele norddeutsche Genossen waren darunter, die im Süden arbeiten — wurde gewünscht, daß die Entscheidung darüber, ob dem Budget zugestimmt sei, den Fraktionen und den Landesorganisationen verbleiben müsse, nicht aber denen, die fernab von den Verhältnissen die Situation nicht so genau beurteilen können. Wir streiten uns jetzt zwei Tage herum; man droht uns mit den schlimmsten Dingen. (Zuruf: Wer droht?) Die Sache ist viel einfacher, als wie sie durch unsere Gelehrten heraufbeschworen ist. Wir denken weder an eine Abspaltung, noch an eine Lockerung der Disziplin. Kommen Sie einmal zu uns, Sie werden finden, daß wir den Klassenkampf genau so scharf führen wie Sie, ja viel scharfer können wir ihn führen, weil wir mehr Ellenbogenfreiheit haben. (Lachen.) Sie sagen, wir müssen dem Budget die Zustimmung verweigern, weil die Massen unsere Haltung sonst nicht verstehen würden. Nun, die Mehrzahl der organisierten Genossen würde es auch bei uns verstehen, wenn wir ihnen auseinandersetzen, warum wir ein Budget ab-

lehnen, nicht aber die Massen, die wir erst gewinnen wollen, und auf die müssen wir doch Rücksicht nehmen. (Gelächter.) Lassen Sie soviel Sie wollen, aber kommen Sie einmal zu uns, um zu agitieren. (Zuruf: Ist das grundsätzliche Agitation?) Wir können bei der Grundfalschheit nicht verlangen, daß ein Schwärzwälder oder ein Odenwälder Bauer — nicht ein Großbauer, sondern ein armer Teufel, genau so arm wie wir — uns versteht, wenn wir ihm mit den extremsten Dingen kommen. Wir müssen auf die Massen Rücksicht nehmen, die wir gewinnen wollen. Wir haben in Baden das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, aber trotzdem ist unsere Fraktion noch klein, weil die große Masse der Kleinbäuerlichen Bevölkerung uns noch fernsteht. Diese Leute können wir nicht durch die Theorie von Kautsky gewinnen; bei uns im Süden geht die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe nicht zum Großbetrieb, und wenn wir auf den Moment warten wollten, bis die kleinen Bauern von den großen Grundbesitzern aufgezehrt sind, dann können noch zehn Generationen darüber hinstirben. Zwingen Sie uns nicht etwas auf, wodurch unsere Agitation nur erschwert wird. Die Partei wird nach wie vor bestehen, auch wenn der Vorstand und die Kontrollkommission die Resolution zurückziehen, und wir werden ihnen zeigen, daß wir auch nach Nürnberg noch richtige Parteigenossen sind. Aber legen Sie uns keine eisernen Fesseln an. Es ist durchaus richtig, daß man mit Hinausjähren bedroht hat. Eichhorn hat, wie ich jetzt authentisch festgelegt habe, gesprächsweise gesagt, es wird keine Ruhe geben, als bis die Personen, die in Süddeutschland in Frage kommen, weg sind. (Hört! hört!) Kommt es aber zur Spaltung, dann werden diese Leute in einem Jahre abgetwickelt haben! (Erneutes Hört! hört!) Wir protestieren dagegen, daß man uns hinauswerfen will. Aber wenn Sie unsere Abgeordneten hinauswerfen, dann werfen Sie uns Badenfer alle hinaus. (Unruhe.) Wir stehen bei unseren Abgeordneten, wir gehen mit unseren Abgeordneten. Im nächsten Jahre haben wir in Baden Landtagswahlen; niemand hat unserer Wahlbewegung größere Kräfte zwischen die Reine geworfen als die „Leipziger Volkszeitung“ und der „Vorwärts“. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen, große Unruhe auf der anderen Seite.) Wir kommen jetzt nach Hause, wir sollen den Kampf führen gegen die gesamten bürgerlichen Parteien, gegen die Regierung, gegen die Reaktion und wir dürfen deshalb nicht behandelt werden wie Schulbuben, die nicht wissen, was sie tun. (Beifall und Lärm.) Lehnen Sie die Resolution ab, wenn die Parteileitung nicht selbst soviel Verantwortlichkeitsgefühl besitzt und sie zurückzieht. (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Schmidt-Gmünd: Wenn heute Segitz gesagt hat: kommt es zu einem Bruch, dann stehen in Bayern 95 Proz. der organisierten Arbeiter hinter ihn, so behaupte ich, das ist für Württemberg nicht wahr! Keine 10 Proz. stehen hinter unseren Abgeordneten. (Lebhafter Beifall und großes Gelächter.)

Die Diskussion wird auf morgen vertagt, es folgen persönliche Bemerkungen.

Singer: Ich muß auch heute eine persönliche Bemerkung machen und bebauere das um so mehr, als ich wünschte, daß man nicht mit solchen Waffen kämpfen sollte, wie die sind, gegen die ich jetzt die persönliche Bemerkung machen muß. Segitz hat behauptet, ich hätte die Besprechung der Parteileitung mit den süddeutschen Genossen abgebrochen in dem Augenblick, wo er seine Vorschläge zur Verständigung gemacht hat. Ich erkläre diese Behauptung in allen ihren Teilen für unwahr. (Hört! hört!) Der Verlauf der Sache war folgender: Segitz war der letzte Redner; er meinte, eine Verständigung sei zu finden, wenn die und die von ihm vorgeschlagenen Änderungen an der Vorstandsresolution gemacht würden. Darauf habe ich ausdrücklich gefragt, ob jemand

das Wort zu der Sache nähme. (Bebel: Sehr richtig!) Es nahm niemand das Wort, und darauf habe ich gesagt: dann sind wir mit unserer Besprechung zu Ende, und als meine persönliche Meinung habe ich ausgesprochen, daß ich nicht glaube, daß in dieser Weise die Resolution abgeändert werden könne. Nun frage ich Euch alle, Parteigenossen: Ist es eine Art und Weise, diesen von mir wahrheitsgemäß geschilderten Vorgang, so zu behandeln und darzustellen, wie es Segitz mit seinen Ausführungen gemacht hat? (Lebhafte Entrüstungs- und Psui-Muse.) Und ich muß sagen, wenn es irgend etwas gibt, was einem die Arbeit in der Partei erleiden könnte, dann ist es diese Art Verdrehung der Worte, Mitteilungen aus vertraulichen Verhandlungen und Benützung von Treppengesprächen. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe ferner namens des Parteivorstandes eine Erklärung abgegeben. Der Genosse Segitz hat behauptet, er habe von einer Besprechung zwischen Bebel und Ebert erfahren — augenscheinlich ein Treppengespräch. In dieser Besprechung seien Bebel von Ebert die bittersten Vorwürfe darüber gemacht worden, daß er in seiner Einleitungsrede so schwächlich gesprochen habe (Bebel ruft: Kein Wort wahr!), und damit die Sache des Parteivorstandes verderben habe. Segitz hat dann noch zugefügt: das Ergebnis dieser Besprechung sei gewesen, daß Bebel von dem Schlussreferat zurückgetreten sei und der Scharfmacher Ebert an seine Stelle komme. Ich habe als Vorsitzender des Parteivorstandes die Erklärung abgegeben, daß bereits gestern Abend auf den ausdrücklichen Wunsch Bebels der Vorstand in Rücksicht auf den augenblicklichen Gesundheitszustand Bebels beschloß, das Schlussreferat Ebert zu übertragen. Parteigenossen! Ich frage Euch: ist das die Manier einer sachlichen Verhandlung (Psui! Psui!), oder ist es nicht vielmehr die Art hinterlistiger, illoyaler Kampfweise? (Stürmische Zustimmung.)

Eichhorn: Genosse Segitz führte heute nachmittags laut den stenographischen Aufzeichnungen der Richterstatter folgendes aus: Der Genosse Eichhorn, der wahrscheinlich Verbindungen mit dem Parteivorstand und der Kontrollkommission hat, hat gestern zu dem Redakteur eines süddeutschen Parteiblattes gesagt, daß die ganzen Verhandlungen darauf angelegt sind, einige Fliegen zu lassen. Auf meinen Zuruf: Namen nennen! erklärte er weiter: Zu dem Redakteur der Mannheimer „Volksstimme“. Und er schloß seine Bemerkung: Wenn geflogen wird, dann fliegen nicht nur einige, dann gibt es einen großen Ausflug.

Wenn dem Genossen Segitz durch Zwischenträger, wie sie schon Genosse Singer entsprechend charakterisierte, eine solche Neuerung als von mir gefallen hinterbracht worden ist, dann erkläre ich diese Mitteilung für eine in f a m e L ü g e ! (Hört! hört!) Ich habe kein Wort, das so gedeutet werden könnte, kein Wort von Parteivorstand, kein Wort von Fliegen gesagt. (Hört! hört!) Der ganzen Erzählung liegt ein gewöhnliches Viertelstundengespräch zugrunde. Ich habe mich mit Genossen Käppler über die Budgetfrage unterhalten und auseinandergesetzt die Unwegbarkeit der Bewilligung des Budgets einer Gemeinde mit relativer Selbstverwaltung und des Budgets eines monarchischen Staates. Ich habe die Auffassung vertreten, daß die Frowheische Resolution unseren Genossen, die das Budget bewilligten, unannehmbare sein müsse als die Vorstandsresolution, denn diese unterstellt sie bei ihren Maßnahmen nur einem das Programm ergänzenden Parteitagbeschluss, jene aber macht sie abhängig von der Entscheidung des Parteivorstandes. (Sehr richtig!) Wir haben auch gesprochen von dem Ernst der Situation und in diesem Zusammenhang habe ich die Meinung vertreten, daß mit einer etwaigen Spaltung keine Ruhe in Süddeutschland eintreten würde, im Gegenteil, die Kämpfe würden erst recht beginnen und dabei habe

ich die hier wiederholt gedrückte Ansicht zu der meinigen gemacht, daß diejenigen, die auf eine Spaltung hindrängen, in einem Jahre abgewirtschaftet haben würden. (Hört! hört!) Das, Genossen, ist alles gewesen, was gesprochen wurde. Es ist absolut unrichtig, daß ich gesagt habe, es müßten erst ein paar in Süddeutschland aus der Partei entfernt werden, bevor Ruhe eintritt.

Gisner-Nürnberg: Bei den mühseligen Versuchen, wissenschaftlich festzustellen, ob die große revolutionäre Rundgebung der Budgetverweigerung in Berlin gesehen oder unterlassen ist, ist auch meine Person in die Debatte gezogen. Wurm hat mir indirekt vorgeworfen, daß ich entweder die bayerischen Parteigenossen falsch informiert oder eine pflichtgemäße richtige Information unterlassen hätte. Ich will deshalb feststellen, was ich über die Sache weiß und wovon ich noch heute überzeugt bin trotz aller Unterschriften. Ich habe es während meiner Berliner Anwesenheit nie anders gehört, als daß die Berliner Genossen für den städtischen Etat gestimmt haben. (Lebhafter Widerspruch bei den Berlinern.) Es war zur Zeit der Bernsteindebatten, wo ich häufig mit Singer in etwas spöttischer Weise darüber stritt. Ich war damals Gegner der Budgetbewilligung. Ich pflegte zu Singer zu sagen: Aber warum stimmen denn gerade diese ganz besonders radikalen Berliner nicht gegen das Budget? Da hat Singer mich aufmerksam gemacht auf eine Tatsache. Die verehrten Genossen, die diesen Zettel unterschrieben haben, wissen ja gar nicht was sie tun. (Unruhe.) Sie haben ja gar nicht das Recht der Budgetverweigerung in Berlin. (Zuruf: Dazu haben wir auf Sie gewartet!) Singer pflegte auf meine spöttischen Bemerkungen zu antworten: wenn wir gegen das Budget stimmen würden, dann würde uns die Regierung einen Etat aufkotzieren. Wenn die Budgetverweigerung nicht ein wahrer Blödsinn ist, dann haben Sie nicht die Möglichkeit der Budgetverweigerung (Lachen), und wenn Sie nicht blödsinnig handeln wollen, so können Sie gar nicht gegen das Budget stimmen. (Lachen.) Ich bin höchst erstaunt, daß heute plötzlich dies alles nicht mehr wahr sein soll.

Ebert: Wie ich zu dem Schlußwort gekommen bin, hat Singer bereits festgestellt. Nun zu der Besprechung von heute morgen: Ehe Bebel hier diesen Saal verließ, ließ er mich um eine Unterredung bitten. Diese fand oben im Postzimmer statt, das dem öffentlichen Verkehr offensteht, und in dem sich meines Wissens zur Zeit unserer Unterhaltung außer den beiden Beamten nur der Genosse Thiele aus Halle befunden hat. (Bebel: Sehr richtig! Hört! Hört!) Bebel ersuchte mich in dieser Unterredung, in meinem Schlußwort in seinem Namen eine Erklärung abzugeben. Wir haben uns weiter unterhalten über die Richtlinien des Schlußworts, sodann weiter über die Situation auf dem Parteitag. Es ist aber erstunken und erlogen, daß ich mir angemaht haben soll, auch nur mit einem Wort dem Genossen Bebel über seine Stellung in dieser Streitfrage Vorhaltungen zu machen. (Bebel: Sehr richtig!) Dazu lag auch nicht der geringste Anlaß vor (Sehr richtig!), weil Bebel und ich seit Anfang dieser Streitfrage bis zur Minute völlig einer Meinung waren. Es lag kein Anlaß vor, weil der gesamte Vorstand von dem Augenblick, wo die Streitfrage aufgetreten ist, bis zur Minute völlig einer Meinung gewesen ist. Es lag kein Anlaß vor, dem Genossen Bebel Vorhaltungen zu machen wegen seiner Einleitungsrede, weil diese ganz in unserem Sinne gehalten ist. Wir haben ihm alle einmütig unsere Freude, unsere Anerkennung ausgesprochen. (Hört! hört! und Beifall.) Nicht ein Mann ist in der Parteileitung, der sich gegen die Art der Ausführungen, überhaupt gegen die Rede Bebel's in irgendeiner Weise abfällig geäußert hätte. (Hört! Hört!) Parteigenossen, nun frage auch ich: wie ist es möglich, hier im Parteitaglokal, hier im Kreise der Ge-

nossen solch perfider Verdächtigung ausgesetzt zu sein? (Stürmische Zustimmung?) Die im Vordergrund unserer Bewegung stehenden Genossen in Berlin sind der Gefahr ausgesetzt, von Achtgroßherjungen beschmüffelt zu werden. Hier aber im Parteitaglokal, wo wir Genossen, Kameraden unter uns sind, da sollten selbst in Stunden schwerer Kämpfe unsere Gegensätze doch nicht so weit gehen, daß man zu ähnlichen Mitteln greift! Ich weise deshalb die Ausführungen von Segis mit aller Entrüstung als unwahr, als völlig aus den Fingern gezogen, zurück. (Große Unruhe, stürmischer Beifall.)

Bebel: Ich kann der Erklärung Eberts in allen ihren Teilen zustimmen. Was er ausgesprochen hat, ist die reinste Wahrheit. Sie alle wissen, daß ich seit Jahr und Tag krank bin, daß ich dieses Jahr wochenlange Kuren durchgemacht habe. Ich bin gegen den Willen meiner Ärzte hierhergekommen, die samt und sonders erklärten, sie übernahmen keine Verantwortung, wenn ich nach Nürnberg gehe. Ich habe es trotzdem gewagt, aber als ich gestern meine Rede beendet hatte, da mußte ich mir selbst sagen: ein zweites Mal kannst du das nicht riskieren. Deshalb habe ich meinen Vorstandskollegen erklärt, ich kann das Schlußwort nicht nehmen, wir müssen einen anderen dazu bestimmen, und ich selbst habe Ebert vorgeschlagen. (Hört! hört!) Ich verwahre Ebert ganz entschieden dagegen, daß man ihn als Scharfmacher bezeichnet (Zustimmung), ich bin höchst erstaunt, wie man ihm dies Epitheton beilegen kann. Nach meiner Meinung ist er ein so ruhig und objektiv denkender Mann, wie wir ihn uns nur wünschen können. Als dann gestern abend in der Sitzung, der ich nicht beiwohnte, der Vorstand beschloßen hat, Ebert das Schlußwort zu übertragen, habe ich heute mittag mit ihm über einige Punkte sprechen wollen und hatte den Wunsch, daß er gewisse Dinge, die mich persönlich berühren, in einer mir genehm erscheinenden Weise vorbringe, und das hat er zugefagt. Dann haben wir uns darüber unterhalten und ich habe den Wunsch ausgesprochen, daß Parteivorstand und Kontrollkommission noch einmal zusammenzutreten möchten. Auch dazu hat er seine Zustimmung gegeben. Während unserer ganzen Unterhaltung — wir mußten ja, daß wir Zuhörer hatten — ist nicht ein Wort des Vorwurfs gegen mich erhoben worden, und ich war höchst erstaunt zu hören, daß Segis erklärt hat, Ebert hätte mir derartige Vorwürfe gemacht. Segis ist zweifellos das Opfer einer Mißifikation geworden. Ich beständige, daß außer Thiele kein Genosse während dieser Zeit im Zimmer war. (Hört! Hört!) Es kann also nur Thiele — ich spreche das offen aus — derjenige sein . . . (Lebhafte Zurufe von den Süddeutschen: Nein! Nein! Thiele ruft: Das ist unmöglich!) Ich erkläre also rund heraus, daß von dem, was hier ausgeführt ist, kein Wort wahr ist. Ich bedauere nur, daß die Dinge bereits soweit gekommen sind, daß man nicht mehr an einem Tisch ein paar Worte mit einem Freunde und Gesinnungsgenossen sprechen kann, ohne daß das entstellt weitergetragen wird. (Unruhe und lebhafter Beifall.)

Käppler-Altenburg: Ich bitte Segis, mir zu bestätigen, daß er sich bei seiner Neuerung vom Fliegen nicht auf Unterlagen stützte, die er von mir erfahren haben könnte. Die Darstellung von Eichhorn ist richtig. Ich möchte nicht in den Geruch eines Zwischenträgers kommen.

Segis: Ich verdanke es Bebel nicht, wenn er sich entrüstet über das Gesprochen, das zwischen ihm und Ebert stattgefunden hat, wenn es den Tatsachen, was ja ohne weiteres anzunehmen ist, nicht entspricht. Ebert aber hätte gar keine Veranlassung gehabt, sich zu entrüsten. (Unruhe.) Er weiß ja den Genossen wahrhaftig schon seit heute nachmittag, als Thiele mich ersucht hat, ihm zu bestätigen, daß ich von ihm die Mitteilung nicht habe, habe ich Ebert sofort sagen lassen, daß es der Genosse Kimmmerfall ist, der mich in dieser Weise informiert hat. Ich freue mich, wenn die Dinge so sind, daß der Wechsel des Referats

auf keine andere Ursache zurückzuführen ist, als auf den Gesundheitszustand Webers. Wenn ich Ebert als Scharfmacher bezeichnet habe, dann habe ich die Verhandlungen von gestern nachmittag im Auge, wo Ebert gerade der war, der die schärfste Stellung gegen uns genommen hat. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) — Was dann die Erklärung Singers betrifft, so steht die Tatsache unverbrüchlich fest, daß in dem Moment, wo ich den Vorschlag zu einer Verständigung gemacht habe, Singer die Verhandlungen abgebrochen hat. (Singer: Weil sich niemand gemeldet hat!) Ob er vorher gefragt hat, ob jemand das Wort wünscht, das weiß ich nicht. (Lachen und Zurufe: Darauf kommt es doch an!) Singer hat ausdrücklich gesagt, daß er jetzt der Konzeption genug hat; das sieht wirklich nicht so aus, als ob er die Verhandlungen fortsetzen wollte. — Was dann weiter den Fall Eichhorn betrifft, der mir als der untergeordnetste erscheint, so hat ja Eichhorn zugegeben, daß ein derartiges Gespräch zwischen den genannten Genossen stattgefunden hat (Lebhafter Widerspruch), und in der Hauptsache läuft es darauf hinaus, was uns mitgeteilt worden ist. (Lebhafter Widerspruch, Pfui-Auße.) Aber das will ich bestätigen, daß wir die Mitteilung nicht direkt von einem Bekannten des Mannheimer Mattes haben. (Zuruf: Von wem haben Sie sie?) Die ganze Situation berechtigt uns zu dem Mißtrauen, das ich heute ausgesprochen habe. (Große Unruhe, erregte Zurufe.)

Wurm: Eisner hat behauptet, daß unsere Erklärung unrichtig sei und daß wir nicht wüßten, was wir unterschrieben haben. Wir haben unterschrieben, daß die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung niemals für das Budget gestimmt hat. (Sehr richtig! bei den Berlinern.) Was hat Eisner erwidert? Er hat uns erzählt, wir dürfen nicht gegen das Budget stimmen. Also die Möglichkeit eines Zwangsetats bedeutet für ihn die Zustimmung zum Budget. Ja, Genosse Eisner, das sind Taschenspielerkunststücke. (Beifall.) Wir haben auch sonst noch Zwangsetatifikationen in Berlin zu erwarten, sobald wir einen Zuspruch zur Einkommensteuer über 100 Prozent erheben. Aber trotzdem erklären wir uns jedesmal dafür, weil wir auf einen Zwangsetat pfeifen. Ich erkläre, daß ich meine Behauptungen aufrecht erhalte, wir haben niemals für das Budget gestimmt und keine Abulisterelei kann diese Tatsache verdrehen. (Beifall.)

Thiele-Halle: Angesichts des Parteitages fordere ich nunmehr die Genossen Segitz und Nimmerfall — ich habe den Namen heute zum erstenmal gehört, ich kenne den Genossen nicht — auf, volles Licht in die Angelegenheit zu bringen. (Sehr richtig!) Wenn schon Ebert meinen Namen nur in dem Sinn hat erwähnen können, daß er mich in den Verdacht einer Indiskretion hat bringen wollen, so war Webel im Begriff, das klar auszusprechen, wenn er nicht durch einen Zwischenruf unterbrochen worden wäre. Ich habe mit der ganzen Sache nicht das allermindeste zu tun, und heute mittag telephonierte ich an unser Blatt in Halle. Ich mußte einige Minuten auf den Anschluß warten. Während dieser Zeit traten Webel und Ebert ein. Auf ihre Unterhaltung habe ich gar nicht geachtet, denn ich entwarf mein Telephonat und bin dann meiner Wege gegangen. Diesen Sachverhalt habe ich Ebert heute nachmittag sofort erzählt; es ist ihm auch von Segitz bestätigt worden, daß nicht ich, sondern Nimmerfall sein Gewährsmann ist. Ich verstehe nicht, wie Ebert nun dazu kommt, meinen Namen zu nennen. (Zustimmung.) Es gibt doch keinen schimpflicheren Verdacht als derartige Indiskretionen. Es ist das eine unerhörte Leichtfertigkeit, die ich von einem Mitglied des Parteivorstandes nicht erwartet hätte.

Nimmerfall-München: Kleine Ursachen, große Wirkungen! Ich ging in das Postzimmer, um mir Briefmarken zu kaufen, und da fanden Ebert und

Webel auf der Mitte der Treppe zur Galerie. Ebert sagte: Die Geschichte ist deshalb verworrener geworden, weil Sie nicht mit genügender Schärfe die Resolution des Parteivorstandes vertreten haben." (Webel: Kein Wort wahr!) Als Lügner lasse ich mich von Ihnen nicht hinstellen. (Webel: Das sind Sie!) Webel hat dann gesagt: „Ich habe diese Resolution doch scharf genug vertreten." (Webel: Das ist nicht wahr!) Genosse Webel, das haben Sie gesagt! (Zuruf: Horcher!) Das ist kein Horchen, wenn man vorbeigeht und dies bei dem laut geführten Gespräch hört. Ich notierte mir sofort diese Aeußerungen bei meinem Vorübergehen, weil sie mir sehr wichtig erschienen, und erzählte es dann sofort meinem Freunde Nuer. Daß diese Aeußerungen, genau so wie ich sie schilderte und auch meinen Freunden erzählte, gefallen sind, davon gehe ich nicht ab, da können Sie mir entgegen, was Sie wollen. (Lärm.)

Webel: Zunächst konstatiere ich, daß ich den Verhandlungen heute mittag, die diese hier in Rede stehenden Aeußerungen brachten, nicht beigewohnt habe. Ich bin erst heute abend durch die Erörterungen hier im Saale darauf aufmerksam gemacht worden. Ich konstatiere also weiter, daß, wenn anfangs vom Postzimmer die Rede war — so hatte ich es verstanden —, außer mir und Ebert, soviel ich weiß, von den Genossen niemand als Thiele anwesend war. Nun versteht es sich doch von selber nach der Erklärung, die Thiele abgegeben hat, ganz abgesehen davon, daß der Aktentäter sich gemeldet hat, daß es Thiele nicht gewesen sein kann, und ich erkläre ganz ausdrücklich, daß ich alles, was ich gegen ihn gesagt habe, hiermit zurücknehme. (Bravo!)

Nun ist es der Genosse Nimmerfall gewesen. Ich habe den Parteigenossen bisher nicht gekannt. Er jagte also, wir hätten ein Treppengespräch gehabt. Wir sind natürlich, als wir hinauf zum Postzimmer gingen, die Treppe hinaufgegangen. (Heiterkeit.) Genosse Ebert jagte mir, Genosse Singer hätte den Wunsch, daß eine Aeußerung des Genossen Hildenbrand gestern, der einen Gegensatz zwischen mir und Singer zu konstruieren versuchte, dahin richtig gestellt werde, daß ein solcher Gegensatz nicht besteht. Darauf habe ich gesagt, ich begreife den Paul gar nicht, ich habe doch in meiner Rede ganz klar den Standpunkt der Resolution vertreten. (Hört! hört!) Da kann doch kein Widerspruch zwischen uns konstruiert werden. (Hört! hört!) Nun hat Nimmerfall einige Worte aufgeschnappt und offenbar daraus in seinem Hirn eine große Geschichte gemacht, als wenn wir uns in der heftigsten Weise bekämpft hätten. Wenn Sie das dann in einer Weise weiter sagten, daß Segitz an die Wahrheit dieser Aussage glauben mußte und im Vertrauen auf Ihre Aussage hier zum öffentlichen Ankläger sich gemacht hat, so haben Sie in der elendesten und erbärmlichsten Weise als Parteigenosse sich betragen. (Lebhafte Zustimmung. Rufe: Segitz auch!) Sie haben nicht gelogen, indem Sie behaupten die Unwahrheit sagten, aber Sie haben eine aus einzelnen aufgeschnappten Worten erdachte Geschichte dem anderen als Wahrheit hingestellt. (Erneute lebhafteste Zustimmung und Rufe: Und Segitz?!)

Ebert: Es ist richtig, daß ich den Genossen Thiele wegen der Aeußerung des Genossen Segitz zur Rede gestellt habe. Es ist richtig, daß mir Thiele gesagt hat, er hätte nichts erzählt, es sei Nimmerfall gewesen. Ich habe Thiele aber gleich gesagt, die Sache sei so nicht klar. Segitz sprach nämlich von einer Aussprache über verschiedene Dinge. Die Aussprache hat aber im Postzimmer stattgefunden. Ich sagte Thiele weiter, daß ich seinen Namen lediglich in der Absicht nennen werde, um volle Klarheit in der Sache zu erhalten. Jemandeine Schlussfolgerung habe ich an die tatsächlich richtige Behauptung nicht geknüpft und stehe nun nicht an, zu erklären, daß ich gegen Thiele keinerlei Vorwurf erheben wollte und keinerlei Verdacht hege. Weiter erkläre ich nach den Ausführungen des Genossen Nimmerfall,

daß sich, wenn er sich auf das Treppengespräch beruft, die Sache so zugetragen hat, wie Nebel es dargestellt hat. Meines Erachtens ist es weniger bedauerlich, daß Nimmerfall solche Schwärzereien macht, als daß ein Mann in der Stellung von Segitz auf so vage, elende Schwärzereien hin die schwersten Vorwürfe erhebt. (Lebhafte Zustimmung.)

Schluß der Sitzung 7¼ Uhr abends.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 18. September 1908 — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnete die Sitzung um 9¼ Uhr mit der Mitteilung, daß die Sozialdemokratische Partei Dänemarks, die zurzeit ihren 12. Kongreß abhält, von diesem dem Parteitag ihre brüderlichen Grüße gesandt hat mit dem Wunsche für erfolgreiche Arbeit. (Beifall.) Er werde im Namen des Parteitages diesen Gruß erwidern. (Beifall.)

Die Diskussion über die Budgetbewilligung wird fortgesetzt.

Reil-Stuttgart: Es wird nach außen einen wenig erhebenden Eindruck machen, was wir in den letzten zwei Tagen hier getrieben haben (Sehr richtig!), vor allem auf die Masse unserer eigenen Anhänger. (Sehr richtig!) Die Gegner aber können sich die Hände reiben, denn wir haben uns in diesen zwei Tagen arge Blößen gegeben. Es entspricht schon nicht der großen Bedeutung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zur Erörterung dieser praktischen Einzelfrage zwei Tage der wichtigen Zeit des Parteitages und darüber zu verwenden. Ich meine, wir sollten es nun genug sein lassen des grausamen Spiels (Sehr richtig!) und zur Vernunft zurückkehren. (Ja, bitte!) Die Erbitterung, mit der zwei Tage gekämpft worden ist, und mit der vielleicht — ich möchte es nicht wünschen — der Kampf heute noch fortgesetzt wird, wäre völlig unverständlich, wenn nicht längst in der deutschen Sozialdemokratie zwei Parteien einander gegenüberstünden, und wenn nicht bei jeder Erörterung einer solchen Einzelfrage neben der speziellen augenblicklichen Entscheidung, die zu treffen ist, noch Nebenzwecke in Betracht kämen, für beide Richtungen.

Weil man diese Nebenzwecke haben und drüben verfolgt, darum scheut man auch nicht davor zurück, mit aller Ablässigkeit in den Debatten den Gegner zu verunehren und vergißt dabei, daß jeder von uns hintendrein an den Schmerzen dieser Wunden selber zu leiden hat. Ich selbst bin kein eingeschmorennes Mitglied einer der beiden Parteien, von denen ich gesprochen habe. Ich habe daher auch keinen Nebenzweck im Auge. Ich bilde mir ein, daß ich mir in diesen häßlichen Kämpfen vor und auf dem Parteitage die volle Objektivität bewahrt habe. Ich bin der Meinung, daß ungläubliche Fehler auf beiden Seiten gemacht worden sind. Zuerst durch die übertriebene Behandlung der Frage, die sie in den norddeutschen Parteiblättern und später in den norddeutschen Versammlungen gefunden hat. Aber die süddeutschen Parteigenossen haben es sich nicht nehmen lassen, es den norddeutschen später gleich zu tun. Da ich kein Anhänger der unbedingten Budgetverweigerung bin, hätte ich gewünscht, daß ihre Anhänger die Fehler allein gemacht hätten, wenn sie denn einmal gemacht werden mußten. Jedenfalls wäre es jetzt besser, die begangenen Fehler einzugestehen, als neue hinzuzufügen. (Sehr richtig!) Der erste Fehler ist tatsächlich von den süddeutschen Fraktionen gemacht worden, (Hört! hört!) zu denen ich gehöre. Es wäre besser gewesen, wenn die süddeutschen Fraktionen sich nicht auf den Standpunkt gestellt hätten, daß die Sitzung, in der über die Budgetfrage beraten wurde, ausschließlich eine kom-

hinierte Fraktionsitzung sein sollte. Man hätte besser getan, außenstehende Parteigenossen hineinzuziehen. (Sehr richtig!) Ein weiterer Fehler besteht darin, daß die Begründung der diesmaligen ausnahmsweisen Zustimmung zum Budget in den süddeutschen Staaten in einer Weise gegeben worden ist, daß sie in ihrer logischen Konsequenz allerdings auf die dauernde Zustimmung zum Budget führt (Hört! hört!), die die Süddeutschen ja gar nicht wollten.

Ich vertrete in der Sache selbst folgenden Standpunkt: Ich halte es für verfehlt, der Ablehnung eines Budgets unbedingt den Sinn einer Kundgebung unseres Gegensatzes zur bestehenden Staatsordnung zu geben. Das hat auf die Dauer nicht die Wirkung, die wir uns davon versprechen, sondern es bindet uns die Hände, und außerdem fehlt es uns gar nicht an anderen Gelegenheiten, bei denen wir unsere grundsätzliche Stellung der Staatsordnung gegenüber zum Ausdruck bringen können. Wenn die ganze bisherige Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen war, wie es uns im „kommunistischen Manifest“ gelehrt wird, dann wird sie auch nicht aufhören, eine Geschichte der Klassenkämpfe zu sein, wenn wir es einmal für erforderlich halten, aus der gegebenen Situation heraus für ein Budget zu stimmen. Bin ich so auf der einen Seite der Meinung, daß wir die Budgetfrage nicht zu einer Frage der Demonstration gegen die bestehende Staatsordnung machen sollten, so bin ich andererseits der Meinung, daß dadurch die Frage, ob wir positive praktische Arbeit treiben wollen, nicht entschieden wird. Praktische Politik kann jeder treiben, der das Budget ablehnt, und negierende Politik kann jeder treiben, der es annimmt. (Sehr richtig!) Es gibt ja nicht einmal in allen Staaten eine Endabstimmung über das Budget, und natürlich wird auch hier „praktische“ Arbeit geleistet. Ich betrachte diese Endabstimmung als unser wichtigstes parlamentarisches Kampfmittel, und es steht bei uns, ihr bei jeder Gelegenheit diese Bedeutung selbst zu geben. Naturgemäß wird dies Kampfmittel bei dem Verhältnis zwischen uns und den Regierungen sowie den bürgerlichen Parteien in der Regel Anwendung finden müssen, aber nicht immer und unter allen Umständen, denn sonst würden wir eine Politik treiben, wie der Stier im Porzellanladen. So wenig wir sonst bei jeder Gelegenheit gegen jeden beliebigen Gegner und zu allen Zeiten ein und dasselbe schärfste Kampfmittel anwenden, ebensowenig dürfen wir unter allen Umständen und zu allen Zeiten die schärfste Art des Kampfes gegen die Regierungen anwenden. Wir müssen differenzieren lernen. Wir werden ja leider nicht oft in die Lage kommen, die Regierungen durch Außerkräftigung dieses Kampfmittels zu schonen, aber die Möglichkeit dazu müssen wir haben, denn wir würden sonst unter Umständen nicht nur die Annahme eines für die Arbeiter ungünstigen Budgets herbeiführen, sondern auch noch manchen anderen Schaden anrichten, wenn wir dies Mittel blindlings anwenden. Die Resolution des Vorstandes ist inkonsequent, denn sie will die Zustimmung zu einem Budget nur dann gestatten, wenn durch die Annahme eines ungünstigeren Budgets ein Schaden angerichtet werden könnte, und sie übersieht, daß je nach der Situation durch eine Budgetverweigerung auch ein Schaden angerichtet werden kann, der außerhalb des Rahmens des Budgets liegt. Aus der Verwirrung, in die wir geraten sind und die gestern ihren Höhepunkt erreicht hat, gibt es keinen anderen Ausweg als die Annahme des Antrages Frohme. (Zustimmung.) Ich verfolge damit keinerlei Nebenzwecke, ich stehe nicht im Verdacht, daß ich auf die Vermäßerung der sozialdemokratischen Taktik hinarbeite, und wenn ich trotzdem verfidere, daß die Resolution des Vorstandes, obwohl die süddeutschen Fraktionen voraussichtlich nur ganz selten bei freier Entscheidung ein Budget genehmigen würden, wenn ich Ihnen versichere, daß uns die Resolution des Vorstandes Schaden für unser praktisches Wirken zufügen würde, so müssen

Sie mir das glauben. Bei der Annahme einer anderen Resolution als der von Frohme werden wir — davon bin ich fest überzeugt — den Frieden in der Partei sobald nicht bekommen. Zur Spaltung wird es hoffentlich nicht kommen, aber den Frieden werden wir nicht bekommen, und der tut uns endlich not. Bei Annahme des Antrages Frohme werden auch die süddeutschen Fraktionen aus der Debatte Lehren ziehen und bei ihren Bestimmungen Rücksicht auf die Stimmung in der Partei nehmen. Wenn wir den Antrag Frohme annehmen, dann wird diese Debatte die letzte Budgetdebatte in der Partei gewesen sein. (Beifall.)

Frau Zieh-Hamburg: Ich habe zunächst namens der großen Majorität der Hamburger Delegierten zu erklären, daß wir für die Vorstandsresolution stimmen werden. (Beifall.) Und zwar just deswegen, weil wir die Einheitlichkeit und die Geschlossenheit der Partei für unumgänglich notwendig halten. Wir sind aber auch der Meinung, daß diese basieren muß auf der Einheitlichkeit der theoretischen Erkenntnis und der grundsätzlichen Auffassung, und daß sie zum Ausdruck kommen muß in der Einheitlichkeit unserer Aktion. Und da kann ich nicht umhin, zu erklären, daß die süddeutschen Fraktionen die Einheitlichkeit der Aktion nicht nur in dem Sinne gestört haben, daß die Einheitlichkeit der Gesamtpartei dadurch in die Brüche geht, sondern auch soweit die süddeutschen Staaten selbst in Frage kommen. (Sehr richtig!) Wenn gestern gesagt worden ist, durch diese Debatte würden unseren süddeutschen Genossen, besonders den badischen, die demnächst vor einer Landtagswahl stehen, außerordentliche Hemmnisse bereitet werden, so frage ich: wer trägt denn die Schuld daran und wie sehen diese Hemmnisse aus? Ist es vielleicht ein erhebendes Gefühl, wenn unseren Genossen in Baden von den Gegnern gesagt wird: Ach Ihr kleine Handvoll Landtagsabgeordnete, seid ja nicht einmal unter Euch einig gewesen! Daß in Bayern und Baden eine Minorität gegen die Budgetbewilligung war, hätte die Genossen aus der Majorität stupig machen müssen. (Sehr richtig!) Da hätten sie es sich erst noch überlegen sollen, ehe sie den Parteitag vor eine vollendete Tatsache stellten. Timm hat eine Aeußerung getan, der ich voll und ganz beistimme, nur in anderem Sinne, als sie gemeint war. Er hat gesagt, ihm erscheine, als ob Theorie und Praxis nicht mehr in engster Verbindung stehen. Bedeutet die Praxis nur die Umkehrung der Theorie in die Tat, dann allerdings trifft Timms Meinung für die Süddeutschen zu. Von der Vorstandsresolution, die diese Einheit von Theorie und Praxis für die Zukunft festlegt, sagt Schmann, das sei die Einheit in der Knechtschaft. Wer wird denn bei uns Parteimitglied? Nach unserem Organisationsstatut nur derjenige, der die Grundsätze der Partei anerkennt; und in dem Moment, wo er es tut und Mitglied geworden ist, hat er in freiwilliger Disziplin sich diesen Grundsätzen unterzuordnen (Sehr richtig!), und das darf die Partei für sein Tun und Handeln verlangen. Und wenn wir aus unserer grundsätzlichen Auffassung heraus Disziplin halten, wie kann man da von Einheitlichkeit der Knechtschaft reden. Ist denn unsere grundsätzliche Auffassung in bezug auf Militarismus und Marinismus nicht immer die gleiche gewesen? Waffert nicht diese einheitliche grundsätzliche Auffassung und Stellungnahme auf der Erkenntnis vom Wesen des Militarismus und wird keineswegs als „Einheitlichkeit der Knechtschaft“ empfunden? Vor allem aber in der Praxis, selbst bei denjenigen, die in der Theorie manchmal andere Anschauungen zum Ausdruck gebracht haben, in der Praxis sind sie doch auch immer einig. Nicht Einheitlichkeit der Knechtschaft ist es, nein, innerer Drang auf Grund unserer Ueberzeugung. Ich muß aber ganz entschieden Verwahrung gegen die Behauptung einlegen, daß die süddeutschen Genossen, wenn sie durch Annahme der Vorstandsresolution in normalen Fällen, will ich einmal sagen, in Zu-

kunft an der Budgetbewilligung gehindert werden, dadurch an der praktischen Arbeit gehindert werden.

Der Genosse Keil ist der einzige gewesen, der diese Behauptung zurückgewiesen und auf ihr richtiges Maß zurückgeführt hat. Sind denn nicht alle unsere Abgeordneten im Reichstag oder den Landesparlamenten stets mit ganzer Kraft dafür eingetreten, den herrschenden Klassen das Möglichste abzurufen, was ihnen abzurufen war? Keil hat sehr richtig betont, daß das, was wir für die arbeitenden Massen erringen können, mit der Budgetbewilligung absolut nichts zu tun hat. Wenn unsere badischen und bayerischen Genossen darauf hingewiesen haben, daß sie in der letzten Periode eine ganze Reihe von Forderungen durchgesetzt haben, dann beweist es ja gerade, daß das mit der Budgetverweigerung nichts zu tun hat, daß die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien und der Regierung dadurch absolut nicht tangiert wird, denn das letztemal haben doch unsere bayerischen und badischen Genossen das Budget abgelehnt. Trotzdem aber haben sie ihre Forderungen in erhöhtem Maße als früher durchgesetzt. Die Erfahrung hat uns doch oft genug gelehrt, wenn wir das nicht schon auf Grund unserer theoretischen Erkenntnis gemußt hätten, daß die herrschenden Klassen uns in der Gegenwart nicht deshalb so bekämpfen, weil wir unsere grundsätzlichen Anschauungen zum Ausdruck bringen, sondern vor allen Dingen, weil wir praktische Arbeit leisten und dadurch den Herrschenden etwas abringen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich verweise auf die Gemeindeparlamente in Elsaß-Lothringen. Warum hat sich z. B. in Straßburg und Mülhausen die ganze Ordnungspolizei zusammengesetzt, um unsere Genossen aus dem Stadtparlament zu vertreiben? Weil sie praktische Arbeit geleistet und für unsere Genossen eine ganze Menge von Vorteilen errungen haben. Man sagt, es handelt sich um eine Zweckmäßigkeitssache. Ich bestreite das, will mich aber auf diesen Standpunkt stellen. Dann frage ich Sie aber: was erreichen Sie denn bei Ihrer Agitation, wenn Sie das Budget angenommen haben? Wenn unsere süddeutschen Genossen betonen, daß die sozialen Verhältnisse bei ihnen nicht so verschärft sind, so haben wir doch danach zu forschen, warum die sozialen Gegensätze noch nicht so scharf wie in Nord- und Mitteldeutschland sind. Die Antwort kann nur die sein: weil die industrielle Entwicklung noch jüngeren Datums ist. (Sehr richtig!) Dann aber haben wir gerade in der Agitation die unüberbrückbare Kluft, die das Proletariat von den herrschenden Klassen scheidet, in den Vordergrund zu stellen, um sie den breiten Massen begreiflich zu machen. Das können wir aber nimmer dadurch, daß wir zuerst bei den einzelnen Positionen schärfste Kritik an den Maßnahmen der herrschenden Klassen üben und zum Schluß dem Budget zustimmen, wenn wir kein gutes Daar lassen an dem Klassenstaat, und dann im Parlament die Mittel zu seiner Erhaltung bewilligen. (Sehr wahr!) Wenn Timm uns den Rat gegeben hat: zurück zum Vertrauen, und er meinte damit, daß wir auch im gewissen Grade den herrschenden Klassen vertrauen sollen (Unruhe), dann meine ich, daß für einen Demokraten die höchste Tugend das Mißtrauen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn er aber hat sagen wollen, daß das Vertrauen in unseren Reihen mehr ausgebaut und wiederhergestellt werden soll, dann stimme ich ihm vollkommen bei. Dann kann es aber nimmer mehr angehen, daß Gebärdenpäher und Gesichtsträger irgendwo gehört werden (Lebhafte Zustimmung), sondern die gemeinsamen Anschauungen müssen zur Grundlage der Diskussion gemacht werden. Dann werden wir auch zu einem guten Resultat für die Partei und damit für die proletarischen Massen kommen. (Lebhafte Beifall.)

Ein Antrag Müller-Köln auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.

Siernach erhält das Schlüsselwort an Stelle des Referenten Genossen **Bebel** Genosse **Ebert**:

Ebert: Parteigenossen! Parteivorstand und Kontrollkommission haben sich gestern Abend noch einmal mit der Situation beschäftigt, wie sie sich aus unseren bisherigen Verhandlungen ergeben hat. Nach Lage der Dinge, und nachdem auch gestern nachmittag geradezu systematisch auf die Zuspitzung der Gegensätze hingearbeitet worden ist (Widerspruch bei den Süddeutschen), konnten wir unmöglich unseren Standpunkt verlassen. Wir haben deshalb einmütig beschlossen, auf unserer Resolution zu beharren. (Bravo! und Hör! Hör!)

Die Genossen **Timm**, **Frank** und **Hildenbrand** haben von der ihnen gewährten unbeschränkten Redezeit ausgiebigen Gebrauch gemacht. Ich mache ihnen daraus keinerlei Vorwurf, sondern hebe das nur hervor, weil es mir danach unmöglich ist, ihren Ausführungen in allen Einzelheiten zu folgen. Es ist mir auch nicht möglich, die Diskussion einer eingehenden Würdigung zu unterziehen, ich muß mich auf das Allernotwendigste beschränken. Es handelt sich für mich darum, das Vorgehen der Parteileitung zu rechtfertigen und die gegen uns erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. Alle Redner, insbesondere auch **Timm**, **Frank** und **Hildenbrand**, haben anerkennen müssen, daß **Bebel** die Auffassung der Parteileitung in ruhiger und sachlicher Weise vertreten habe, **Hildenbrand** hat sogar anerkennen müssen, daß **Bebel** in verständlichem, ausgleichendem Tone gesprochen hat. Ich hätte nur gewünscht, daß **Timm**, **Frank** und **Hildenbrand** sich **Bebel** zum Muster genommen hätten. (Sehr gut!) Statt dessen haben sie, wie fast alle Gegner unserer Resolution, geradezu miteinander gemetteitert, um sich an Festigkeit, an Leidenschaft, an strapelloser Wahi der Kampfsmittel zu überbieten. (Sehr richtig!) Man war geradezu systematisch bestrebt, den eigentlichen Streitpunkt, den Kern des Streites, zu verschieben und die Sache so darzustellen, als wenn die Parteileitung mit der parlamentarischen Tätigkeit unserer süddeutschen Genossen an sich nicht einverstanden wäre, und dagegen ankämpfte. **Bebel** hat doch ausdrücklich erklärt, daß unsere Genossen in den süddeutschen Parlamenten ihre volle Schuldigkeit getan haben, und ich darf hinzufügen, daß in der Parteileitung keiner sitzt, der das nicht unterschreibt. Ich glaube sogar, sagen zu dürfen, daß dies die einmütige Meinung des Parteitagcs ist. Wir behaupten lediglich, daß die erfolgte Zustimmung unserer süddeutschen Genossen zum Budget mit den Beschlüssen des Parteitages, insbesondere der **Lübcker Resolution**, unvereinbar ist. Und, Parteigenossen, diesen Streit haben wir nicht mutwillig heraufbeschworen, wie **Timm** es uns zum Vorwurf gemacht hat. Wir haben vielmehr alles versucht, alles mögliche getan, um diesen Streit zu vermeiden. **Timm** sagte: „Ich klage auch den Parteivorstand an, daß er nicht eingegriffen hat. Ich verlange, daß der Parteivorstand, wenn irgendeine Kleinigkeit darauf hindeutet, daß eine große Aktion gemacht wird, zusammentritt und mit seiner Erklärung nicht erst kommt, wenn das Haus angezündet ist, sondern vorher den Mut hat, mit einer solchen Erklärung vorzugehen.“ Ich frage Sie, Parteigenossen, sind wir bei diesem Streit nicht genau so vorgegangen, wie es **Timm** von uns verlangt hat? Als wir erfuhren, daß unsere badischen Fraktionsgenossen gewillt waren, für das Budget im badischen Landtage zu stimmen, da haben wir uns gesagt, daß daraus zweifellos ein Parteistreit entstehen müsse, und daß wir alles versuchen müßten, diesen Streit zu vermeiden. Wir haben uns deshalb nicht, wie uns **Frank** unterstellt, an unverantwortliche Zwischenträger oder Ohrenbläser, sondern an die für uns in Betracht kommende Instanz der Parteio rganisation, an den badischen Landesvorstand gewendet. Das geschah am 4. August, also zu einem Zeit-

punkt, wo über die Absicht der Badenser noch nicht das geringste in die Öffentlichkeit gebrungen war. Man hatte aber offenbar in Baden nicht den Mut, uns gegenüber offen und klar zu erklären, daß man bereit und gewillt war, für das Budget zu stimmen. Wollte man haben, wie nachträglich behauptet worden ist, daß wir diese Mitteilung vertraulich behandeln sollten, dann hätten die Badenser das von uns verlangen können. Jedenfalls hätten sie uns auf unsere Anfrage eine Auskunft geben müssen.

Frank hat in sehr bereicherter Weise das **Lassalle'sche Wort**: Man soll offen aussprechen, was ist, für sich reklamiert. Zu jenem Zeitpunkt aber scheinen der Genosse **Frank**, die badische Fraktion und der badische Landesvorstand sich an diesen Grundsatz nicht erinnert zu haben. (Sehr gut!) Sonst hätten sie es uns gegenüber aussprechen müssen, um was es sich handelt. Statt dessen hat man sich hinter das bekannte Schweigegebot versteckt. **Timm** hat auch gesagt, das Vertrauen in der Partei ist viel wesentlicher als Resolutionen. Ich gebe ihm da nicht ganz unrecht. Aber wo blieb das Vertrauen der badischen Parteileitung zum Parteivorstand, als wir diese Frage an sie richteten? (Sehr richtig!) Wenn einmal Parteitagcsbeschlüsse vorliegen, dann sind sie eben nicht allein bindend für die Parteileitung, sondern für die Gesamtheit der Parteigenossen, für jeden Parteigenossen. **Frank** hat sich bemüht — **Frank** oder **Hildenbrand** —, aus der Parteigeschichte eine ganze Reihe von Fällen vorzutragen, wo Parteitagcsbeschlüsse nicht beachtet sein sollen. Diese Fälle können meines Erachtens hier nicht entscheidend sein. Hier handelt es sich um einen Beschluß des Parteitages, der jahrelang praktisch durchgeführt worden ist, ohne daß dadurch die Partei Schaden gelitten hat, die Partei vielmehr geradezu glänzende Fortschritte gemacht hat.

Die Geschlossenheit der Partei ist die Vorbedingung für unseren Erfolg, Sie verlangt aber die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, sie verlangt die Respektierung der Parteitagcsbeschlüsse von jedem einzelnen. Wenn das nicht mehr geschieht, dann kommen wir zur Desorganisation, dann kommen wir zu anarchischen Zuständen, dann ist die Aktionkraft, die Schlagkraft der Partei gelähmt. (Sehr wahr!) **Timm** sagte, ich bin überhaupt der Meinung, daß manche Dinge, die zu einer öffentlichen Staatsaktion zum Schaden der Sozialdemokratie gemacht werden, besser erledigt würden, wenn man sich kollegial zusammenfände — allerdings nicht vom Standpunkte der Herrscher und Beherrschten, sondern vom Standpunkte der vollen Gleichberechtigung aus. Nun, Parteigenossen, nehmen Sie doch unseren Brief zur Hand — Sie haben eine Abschrift —, den wir an den badischen Landesvorstand gerichtet haben! Nicht ein Wort werden Sie in dem Briefe finden, das verlegend wirkt. Wer wagt zu behaupten, daß dieser Brief nicht inhaltlich und seiner ganzen Form nach so gehalten ist, wie es sich unter Kameraden, wie es sich unter Kampfgenossen geziemt? (Sehr richtig!) Was soll da die Behauptung von **Timm** über Herrscher und Beherrschte? Sie kann auf uns nicht zutreffen. Sie trifft auf keinen Fall zu für die Parteileitung. Wenn man dennoch mit solchen Redensarten hier vor den Parteitag tritt, dann erweckt man den Verdacht der Stimmungsmacherei. (Sehr richtig!) Dann erweckt man den Verdacht, daß solche Wendungen für die Wirkung auf die Parteigenossen berechnet sind, daß man die Parteigenossen aufspüren will gegen ihre Organisation, gegen ihre selbstgeschaffene Disziplin, gegen die Parteileitung. (Sehr wahr!) Wir konnten das Schweigegebot der Badenser nicht stillschweigend hinnehmen — nicht, weil wir uns persönlich darüber brüskiert fühlten, das kann nicht in Frage kommen —, nein, hier standen wichtige Interessen der Partei auf dem Spiel. Nicht uns Personen, sondern der Gesamtheit hat man in einer grundwichtigen Frage die Auskunft

weigert, in einer Frage, die für die Gesamtpartei von allergrößtem Interesse ist. Nun soll unsere telegraphische Antwort an den badischen Landesvorstandes es den Süddeutschen angetan haben. Ich muß schon sagen, daß es mich etwas verwundert hat, daß meine badischen Landsleute auf einmal so zart besaitet sein sollen. (Heiterkeit.) Ich erinnere mich daran, daß einmal einer meiner Landsleute auf einem Parteitag in ganz richtiger Selbsterkenntnis von den badischen Raubheinen gesprochen hat. (Heiterkeit.) Im Zusammenhange damit ist noch gesagt worden, es sei bedauerlich, daß Ignaz Auer nicht mehr unter uns weile. Ich glaube, dem stimmen wir alle zu. Aber das eine darf ich sagen, wenn Ignaz Auer das Telegramm an die Wadenser verfaßt hätte, dann wäre es etwas kräftiger ausgefallen. (Große Heiterkeit und Beifall.) Das Telegramm ist verfaßt von einem unserer Kollegen, der parteimotivisch als die geborene Liebenswürdigkeit gilt. (Zuruf: Pfannkuch!) Sehr richtig! (Heiterkeit und Sehr gut!) Erst als die wiederholten Aufforderungen an den badischen Landesvorstand unbeantwortet blieben, sind wir an die Öffentlichkeit getreten und haben die Sache den Parteigenossen unterbreitet. Dazu kommt die Stuttgarter Konferenz.

Ich habe durchaus nichts einzuwenden gegen die Zusammenkünfte unserer Parlamentarier, wenn sie sich über parlamentarische Erfahrungen auseinandersetzen und verständigen, aber anders ist es, wenn sich solche Konferenzen damit beschäftigen, ob Parteitagbeschlüsse beachtet werden sollen oder nicht. (Sehr richtig!) Damit greift man in die Organisation ein, überschreitet man seine Kompetenzen und dies muß böses Blut erregen. Tatsächlich hat man sich doch in Stuttgart über die Budgetbewilligung verständigt! Gewiß war uns gesagt worden, daß einmal eine solche Konferenz stattfinden soll, aber von dem Termin haben wir nichts erfahren, sind auch nicht eingeladen worden! (Hört! hört!) Diese Vorgänge waren es, die der Auseinandersetzung einen heftigen und — wie ich gern zusehen will — zum Teil gütigen Charakter gegeben haben. Das ist aber in erster Linie Schuld der Süddeutschen!

Wie wir zur Prezpolementik stehen, das hat Nebel schon erklärt. Ich kann das nur unterstreichen als die Auffassung des Parteivorstandes. Man hat uns heftige Vorwürfe darüber gemacht, daß wir gegen die Art der Polemik nicht eingeschritten sind. Aber Sie dürfen nicht vergessen, daß der Parteivorstand im Mittelpunkt der Diskussionen gestanden hat, und gerade der Parteivorstand war es, der von den süddeutschen Blättern fortgesetzt, zum Teil sogar in der heftigsten Weise angegriffen worden ist. Genosse Duesel hat in Darmstadt geradezu ungläubliche Vorwürfe gegen uns erhoben. (Hört! hört!) Ich erinnere weiter an die Notiz der „Münchener Post“ über unser Polizeiaufgebot und an die Liebenswürdigkeiten, mit denen wir in der „Frankfurter Tagespost“ bedacht worden sind. (Lebhafte Sehr richtig!) Wenn wir eingreifen wollten, dann hätten wir nach beiden Seiten hin eingreifen müssen. Dann aber wären wir Richter in eigener Sache gewesen, und Sie werden mir zugeben, daß unter den obwaltenden Umständen das unmöglich gewesen wäre.

Es ist gesagt worden, daß wir die Geschobenen wären, man hat von Reuten gesprochen, die der Partei die Taktik vorschreiben, aber nicht den Mut hätten, sich in den Kampf zu wagen. Frank ist sogar recht deutlich geworden. Er hat uns als „Fahnenträger der Berliner“, als „die Gefangenen der Berliner“ und dergleichen bezeichnet. Das soll heißen, der Parteivorstand trifft seine Dispositionen nach dem Wunsche der Berliner, er ist der Handlanger der Berliner. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) Genosse Frank sollte als Jurist doch wissen, daß er für bezweckte Behauptungen auch Beweise

haben muß. Wo sind die Beweise? Es ist nichts als leeres Gerede, Klatsch und Tratsch, den man in Süddeutschland verbreitet. (Lebhafte Zustimmung.) In Berlin hat man in einer ganzen Reihe von Versammlungen den Berliner Parteifunktionären vorgeworfen, daß sie Werkzeuge des Parteivorstandes seien. (Sehr richtig! bei den Berlinern.) Bei den Debatten über die Maifeier waren wir die Gefangenen, das Werkzeug der Generalkommission! So versucht man Stimmung zu machen, wenn die Parteileitung etwas unternimmt, was einem nicht angenehm ist. Damit will man den „Berliner“ Parteivorstand treffen, damit will man in Süddeutschland gegen uns Stimmung machen, will man appellieren an die niedrigsten Instanzen, an den blädesten Partikularismus. (Lebhafte Zustimmung.) Der Parteivorstand achtet mit großer Gewissenhaftigkeit darauf, daß seine Beschlüsse und Handlungen lediglich getroffen werden nach seiner eigenen, besten Ueberzeugung; und jede Einmischung, möge sie kommen, woher sie wolle, wird von uns in der allerentschiedensten und rücksichtslosesten Weise zurückgewiesen. (Bravo!) Ich erkläre mit aller Bestimmtheit, daß alles, was im vorliegenden Falle geschehen ist, entsprungen ist der eigenen Ueberzeugung der Parteileitung, und daß keinerlei Einwirkung von außen her von irgendeiner Seite aus erfolgt ist.

Wenn man die Reden von Timm, Frank und Silberbrand hört, dann mußte man zu der Annahme kommen, daß die Frage der Budgetbewilligung für die Partei eine offene sei. Das ist nicht der Fall. Die Frage ist in Lübeck entschieden, der Lübecker Beschluß ist einmütig gefaßt worden, ja, er ist gefaßt worden unter fast einmütiger Zustimmung der damals anwesenden zahlreichen Landtagsabgeordneten. Der Streit dreht sich jetzt lediglich darum, wie Absatz 3 der Lübecker Resolution aufzufassen und praktisch anzuwenden ist. Für uns ist für die Auslegung die Interpretation maßgebend, die Nebel ihr als Antragsteller gegeben hat. Für die Richtigkeit dieser Auffassung möchte ich auf einen Vorgang hinweisen. Ich war damals Mitglied der Bremer Bürgerschaft. Wir Landtagsabgeordneten sind in Lübeck in großer Zahl mit Nebel zusammengetreten und haben ihm gesagt, daß seine Resolution praktisch nicht durchführbar sei, da es Fälle gebe, wo man für das Budget stimmen müsse, und es ist besonders auf die Fälle von Gotha und Gessen hingewiesen worden. Nebel hat sich unserer Auffassung angeschlossen. Er hat den Landtagsabgeordneten die Formulierung des dritten Absatzes überlassen. Wir Abgeordneten waren einig, daß Nebel die Interpretation dieser Bestimmung in dem Sinne geben soll, wie er es in der Tat im Plenum gethan hat. (Widerspruch von David.) Genosse David, das bestreiten Sie? Ich erinnere mich dessen bestimmt. Ich weiß, daß auch hier auf dem Parteitag Abgeordnete sind, die sich dieses Vorganges ebenso wie ich erinnern! Ich habe auch mit dem Genossen David, mit Silberbrand und anderen, die damals mit zugegen waren, über diesen Vorgang gesprochen, und die Genossen haben allerdings erklärt, sie erinnerten sich dieser Vorgänge nicht mehr. (Hört! hört!)

Nach dem Verlauf der stattgefundenen Auseinandersetzungen sind wir in der Parteileitung nach wie vor der Meinung, daß die Zustimmung zum Budget sich mit dieser Bestimmung der Lübecker Resolution nicht verträgt. Ich kann auf alle Einzelheiten, die für den Nachweis dieser Auffassungen in Frage kommen, jetzt nicht eingehen. Ich glaube, das ist auch nicht notwendig. Ich will nur auf einige wesentliche Punkte hinweisen. Für Baden, glaube ich, ist die Sache völlig klar, nachdem der Minister v. Bodman unsere Fraktionsmitglieder, unsere Partei im Landtage geradezu mißhandelt hatte, durfte man schon deshalb der Regierung das Budget nicht bewilligen. (Sehr richtig!) Dazu kommt der Fall Schäufele, der meines Erachtens nicht

ausgeschaltet werden kann, wenn man auch jetzt einige Staatsarbeiter in Baden Gemeindevorsteher sein läßt. Was gibt den badischen Genossen denn die Garantie, das morgen nicht wieder dasselbe wie im Falle Schäufele eintritt? Warum denn dieses unbedingte Vertrauen zu Regierungserklärungen und zu Erklärungen von Ministern? Wenn man auch nur einen Teil des Mißtrauens, das der badische Landesvorstand gegen uns befundet hat, gegen die Minister und die Regierung in solchen Fällen zur Anwendung bringen würde (Lebhafte Zustimmung), so könnte man gar nicht so argumentieren. (Zuruf: Gotha!) Darauf komme ich noch. Unsere bayerischen Genossen haben in der Hauptsache ihre Zustimmung zum Budget mit den sozialpolitischen Fortschritten, die sie errungen haben, motiviert. Aber unsere bayerischen Abgeordneten haben doch auch in früheren Sessionen ganz erhebliche sozialpolitische Fortschritte errungen, trotzdem sie gegen das Budget gestimmt haben! Dabei hat die Partei tüchtige Fortschritte gemacht. Das beweist, daß die Wähler die Budgetverweigerung zu würdigen wissen. Schon deshalb lag kein zwingender Grund vor, diesmal zuzustimmen. Wollte man den Standpunkt der bayerischen Abgeordneten konsequent durchführen, so müßten wir, wie schon wiederholt gesagt worden ist, in der Tat immer für das Budget stimmen. Man müßte schließlich auch dazu kommen, für den Reichsetat zu stimmen, der auch Hunderte von Millionen an Ausgaben für Staatsarbeiter und mittlere und kleine Beamte enthält. Die Gegner können die Ablehnung des Reichsetats in derselben demagogischen Weise bekämpfen, wie sie die Ablehnung des Staatsbudgets bekämpfen. Darüber sollten wir uns doch klar sein, daß das Verhalten der Gegner für unsere Taktik nicht entscheidend sein kann. Wenn wir darauf Rücksicht nehmen sollen, müßten wir unter allen Umständen auf eine sichere Bahn kommen. Hilfenbrand hat gesagt, er bedauere, daß wir im Parteivorstand nicht einen Viktor Adler hätten. Ich will ihm das gar nicht bestreiten. Aber sagen muß ich ihm doch, daß ich mit Viktor Adler in diesem Fall gar nicht geholfen wäre. Es ist schon wiederholt auf den Artikel des Genossen Viktor Adler, der am Sonntag in der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ stand, hingewiesen worden. Gestatten Sie mir, einige interessante Stellen daraus zu verlesen:

„Alles das kann dazu beitragen, die Taktik der Süddeutschen soweit zu verstehen, als dies überhaupt möglich ist, nicht aber dazu führen, sie zu billigen. Am wenigsten richtig ist das Argument, das am häufigsten gehört wird; und das auch uns Oesterreichern die Gegner vorhalten, wenn sie unsere Ablehnung des Budgets als unlogisch darstellen wollen. Weil die Sozialdemokraten an der Gestaltung des Budgets mitwirken, weil sie sogar eine ganze Reihe von Abänderungen und Reformen durchgesetzt haben, darum waren sie keineswegs verpflichtet, nun auch für das Budget, wofür sie die Verantwortung doch keineswegs übernehmen wollen, zu stimmen. Die Bewilligung des Budgets kann auch keineswegs die Bedingungen für die Annahme ihrer Anträge erleichtern und wird auch in Zukunft kaum ihren Einfluß auf weitere Erfolge verstärken. Ihre Zustimmung kann im Gegenteil von der herrschenden Partei als erzwungene Anerkennung ihrer Vortrefflichkeit gedacht und agitatorisch ausgebeutet werden, vielleicht in viel empfindlicherer Weise als die angeblich unlogische Ablehnung des Budgets.“

Schließlich aber waren die bayerischen Genossen unseres Erachtens verpflichtet, zu erwägen, ob die Vorteile, die ihre neue Taktik möglicherweise im besten Falle bringen konnte, den Nachteil aufzuheben vermochte, den der Streit mit sich brachte, in den sie dadurch mit der Mehrheit der Gesamtpartei geraten mußten.“

Diese Ausführungen wird Hilfenbrand wohl nicht akzeptieren, und ich glaube sogar, daß Genosse Adler gar nicht so unrecht hat mit dem Hinweis, daß sich die süddeutschen Parteigenossen durch ihre Budgetzustimmung vielleicht sogar geschadet haben. (Zustimmung.) Wenn wir in Betracht ziehen, wie unsere süddeutschen Genossen in den letzten Wochen ihre Regierung und die Mehrheit ihrer Landtage herausgefordert haben, dann glaube ich, daß ihnen dies bei ihrer Agitation mehr schaden wird, als irgendeine Budgetablehnung.

Aber bei dieser Auffassung, die wir mit großer Entschiedenheit auch jetzt noch vertreten, verkennen wir keineswegs, daß man sehr wohl über die Frage verschiedener Meinung sein kann. Wir haben nirgends und niemals während des ganzen Streites bestritten, daß die süddeutschen Abgeordneten bei ihrer Budgetabstimmung in gutem Glauben gehandelt haben. Wir haben nie bestritten, daß sie in dem Glauben sein konnten, mit ihrer Budgetabstimmung der Partei und der Arbeiterklasse zu dienen. Das haben wir, als wir am vergangenen Dienstag uns mit den Süddeutschen auseinandersetzten, ganz offen und klar von vornherein erklärt. Wie wir hier mit der Kontrollkommission zusammengesetreten sind, hat an der Spitze unserer Auseinandersetzungen diese einmütige Erklärung gestanden. (Sehr richtig!) Ich muß weiter hervorheben, daß der Absatz 3 unserer Resolution, worin erklärt wird, daß die Zustimmung zum Budget mit dem Lübecker Beschluß nicht zu vereinbaren ist, durchaus nicht als Mißtrauensvotum aufzufassen ist. Auch das haben wir bei unserer Auseinandersetzung ganz klar und deutlich erklärt. Wir haben gesagt: Wir können unmöglich eine Resolution vorlegen, in der unsere süddeutschen Parteigenossen gedemütigt werden, durch die die Positionen unserer süddeutschen Genossen in den Parlamenten und gegenüber den Gegnern erschüttert werden. Das haben wir auch bei den Verhandlungen, die wir mit den süddeutschen Parteigenossen geführt haben, ausdrücklich erklärt. Der Absatz 3 unserer Resolution ist lediglich eine sachliche Entscheidung über die Streitfrage. Es soll entschieden werden, ob die süddeutschen Parteigenossen oder die Parteileitung in der Auslegung des Absatzes 3 der Lübecker Resolution recht hatten. (Zuruf: Gotha!) Darauf komme ich noch. Um diese Entscheidung kommen wir nicht herum. Nachdem wir wochenlang die heftigsten Auseinandersetzungen geführt haben, werden es unsere Parteigenossen nicht verstehen, wenn der Parteitag in seiner Entscheidung der eigentlichen Streitfrage ausweichen wollte. (Sehr richtig!) Das habe ich auch am Dienstag in der Sitzung mit den Süddeutschen gesagt, und das war es, was mir von dem Genossen Segitz das Prädikat als „Scharfmacher“ eingebracht hat. (Hört! Hört!) Ich darf aber hinzufügen, daß er und seine süddeutschen Genossen es gewesen sind, die später erklärt haben, daß sie nach dieser Interpretation im Absatz 3 unserer Resolution durchaus kein Mißtrauensvotum erblickten. Also es kommt uns auf die sachliche Entscheidung an und dieses Recht der sachlichen Entscheidung einer Streitfrage müssen wir unter allen Umständen dem Parteitag vorbehalten. (Sehr richtig!) Wir haben die mildeste Form gewählt, und ich bin ermächtigt, für die Kontrollkommission und den Parteivorstand zu erklären, wenn Ihnen unsere Resolution mit dem Amendement Schütz, wonach der Absatz 3 folgende Fassung erhalten soll: „Die Bewilligung des Budgets in den verschiedenen Landtagen ist unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden“ annehmbarer erscheint, werden wir uns dem nicht widersetzen. Damit scheidet dann aber auch der Fall Gotha aus und braucht von mir nicht mehr erörtert zu werden. Ich muß aber dabei bleiben, daß auch bei der Annahme dieses Amendements an der sachlichen Entscheidung, die die Resolution beabsichtigt, nichts geändert wird.“

Nun einige Worte zum Absatz 2, der am meisten angefochten wird. Er lautet:

„Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung ist angefaßt der Tatsache, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauens- undgebung für die Regierung aufgefaßt werden muß, jeder gegnerischen Regierung bei der Gesamtabstimmung das Budget zu verweigern. Es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.“

Dagegen ist von Timm der Einwand erhoben worden, daß die Resolution praktisch nicht durchführbar, nicht anwendbar sei, daß sie eine Verschärfung der Lübecker Resolution bedeute. (Sehr richtig!) Das muß ich ganz entschieden bestreiten. Auch nach dieser Formulierung ermöglicht die Resolution künftig in den Ausnahmefällen, die wir in Lübeck im Auge gehabt haben, für das Budget zu stimmen. Wir haben nur die Absicht, die Lübecker Resolution aufrecht zu erhalten. Wir sind gar nicht gewillt, sie zu verschärfen. Wir wollen aber dem dritten Absatz eine bestimmtere Fassung geben, damit künftig Streitigkeiten und unrichtige Auslegungen vermieden werden. Ausnahmefälle sind auch nach der jetzigen Formulierung zulässig. Auch der Gothaer Fall, den wir übrigens für selbstverständlich halten.

Timm hat seinen Einwand wie folgt motiviert: „Wie steht es denn in Bayern? Nehmen wir an, daß kein Budget zustande kommt, dann gilt das frühere. Die Ausgaben können aber nur insoweit realisiert werden, als sie die Natur eines Vorber zu übersehenden Staatsbedürfnisses haben, und wenn die Mittel nicht ausreichen, dann befriedigt die Regierung zunächst jene Staatsbedürfnisse, die auf gesetzlicher Verpflichtung beruhen und dann die, die ihr als die dringlichsten erscheinen. Erst durch das Finanzgesetz wird die Regierung gebunden. Wenden wir den Grundsatz von Bebel auf Bayern an, so würde, wenn wir gegen ein Finanzgesetz stimmen, das den Arbeitern Vorteile bringt, das andere Budget in Kraft treten, und würden wir das tun, würde es mit unserer Vertretung vorbei sein.“

Demgegenüber vergleichen Sie den Wortlaut unserer Resolution, wo es ausdrücklich heißt, daß dem Budget zugestimmt werden kann, wenn die Ablehnung desselben durch unsere Parteigenossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde. Ich glaube, unsere Formulierung trifft gerade auf den von Timm angezogenen Fall zu. Die Genossen wären in einem solchen Falle in der Lage, für das Budget zu stimmen. Timm meint dann weiter, wie sollten wir vorher feststellen, wie die gegnerischen Parteien stimmen werden, besonders bei dem Verhalten der Bündler im Landtage? Ich will zugeben, daß die Bündler sich einmal entschließen könnten, gegen das Budget zu stimmen, trotzdem sie im bayerischen Landtage von 168 Mandaten nur 12 haben, und kaum mit unseren Genossen zusammen ausschlaggebend werden können. Aber selbst zugegeben, es könnte die von Timm angekündigte Möglichkeit eintreten, glaubt Ihr denn, Parteigenossen, daß die bayerischen Bündler, ehe sie das Budget ablehnen, es sich nicht überlegen werden, daß damit auch die Errungenschaften für die Bauern verloren gehen? Weiter kommt in Betracht, daß das für die Staatsarbeiter und Staatsbeamten an Lohn- und Gehaltsaufbesserung Errungenschaften vertragsrechtlicher Natur ist, und durch Ablehnung des Budgets eigentlich gar nicht alteriert wird. Anders liegt es bei den Errungenschaften für die Bauern, die durch Ablehnung des Budgets getroffen werden können. Es muß demgegenüber aber auch hervorgehoben werden, daß der Fall, daß bürgerliche Parteien das Budget ablehnen, nur in außerordentlich seltenen Fällen eintreten wird. Da muß es sich schon um einen heftigen Konflikt mit der

Gesamtregierung handeln! Der entsteht und entwickelt sich aber nicht im stillen Kämmerlein, sondern tritt mit aller Deutlichkeit in Erscheinung, so daß eine Ueberraschung ausgeschlossen ist. Ich will da ein praktisches Beispiel anführen. In Bremen hatten wir den Fall, daß die weitaus größte Mehrheit der Bürgerschaft, die bürgerliche Linke, mit dem Senat in einen überaus heftigen Verfassungskonflikt geraten war. Wir haben diese rabiaten Liberalen wohl so weit veranlassen können, daß sie mit uns Obstruktion trieben, daß die Mehrheit der Bürgerschaft bei der Wahl eines Senatsmitgliedes die „Bürgerschaft“ verlieh; als wir ihnen aber später geraten haben, mit uns zusammen dem Senat das Budget zu verweigern, haben sie dieses Ansinnen weit von sich gewiesen.

Nach allem müssen wir dabei bleiben, daß unser Vorschlag keine Verschärfung der Lübecker Resolution ist, daß unser Vorschlag praktisch durchführbar ist, und daß unsere süddeutschen Parteigenossen sich sehr wohl auf den Boden unseres Vorschlages stellen können.

Noch eines muß ich besprechen. Es ist gestern mehrfach Bezug genommen worden auf die Verhandlungen, die wir hier mit den süddeutschen Parteigenossen geführt haben. Dabei ist verfußt worden, Bebel in Widerspruch zu setzen mit anderen Mitgliedern des Parteivorstandes. Ich kann Ihnen darüber, wie der Vorstand und die Kontrollkommission zu ihrer Entscheidung und Festlegung der Resolution gekommen sind, folgendes mitteilen: Wir hatten zu Sonntag eine Sitzung vereinbart. Bebel ist leider durch einen Vorfall in seiner Familie verhindert gewesen, dabei zu erscheinen, hat uns aber brieflich seine Ansicht in der Sache mitgeteilt. Die von uns formulierte Resolution hat Bebel dann vorgelesen und er hat sich mit dem sachlichen Inhalt voll und entschieden einverstanden erklärt. Er hat lediglich eine ganz unbedeutliche und formale Aenderung gewünscht. Ich habe Auftrag, im Namen Bebel's dies mit allem Nachdruck und mit aller Deutlichkeit festzustellen. Das hat Bebel aber auch bereits in der Verhandlung, die wir mit den Süddeutschen gehabt haben, erklärt. Diese Verhandlung ist von Segitz in ganz einseitiger Weise dargestellt worden. Es ist richtig, daß Segitz die Verhandlungen eingeleitet hat, aber über die Art, in der er das getan hat, waren wir alle geradezu entsetzt. (Sehr richtig!) Das war nicht die Art der Einleitung von Einigungsverhandlungen, sondern das war ein Pronunziament, eine klare und harte Erklärung: „Wenn Ihr nicht so verfährt, wie wir wünschen, dann fügen wir uns unter keinen Umständen einem Beschlusse des Parteitages.“ (Hört! hört!) Wir haben trotzdem stundenlang mit den süddeutschen Genossen verhandelt, wir haben, wie Sie wissen, dieserhalb die wichtige Verhandlung über die Waifeierfrage veräußt, bei der, wie vorauszusehen war, der Parteivorstand festig angegriffen wurde. Wir haben diese Sitzung selbst auf die Gefahr hin veräußt, daß unser Vorschlag abgelehnt werde. Am guten Willen haben wir es also nicht fehlen lassen! Am Schlusse der Verhandlung, als wir gehen wollten, hat Segitz allerdings einen weiteren Vorschlag gemacht. Er hat erklärt: „Wir sind bereit, der ganzen Resolution des Parteivorstandes mit einer Aenderung zuzustimmen. (Zuruf der Süddeutschen: Hinzunehmen!) Also gut, dann sagen wir: Segitz hat erklärt: „Wir sind bereit, die Vorstandsresolution hinzunehmen, wenn im entscheidenden Absatz 2 eine Aenderung vorgenommen wird, wenn in diesem Satze bestimmt wird, daß in der Regel das Budget abgelehnt werden soll. Ueber Ausnahmen, unter denen dem Budget zugestimmt werden kann, sollte überhaupt nichts bestimmt werden. (Rufen.) Das soll Sache der Landesorganisationen sein.“ Das war doch der Vorschlag? Segitz bestätigt mir das. Sie werden mir zugeben, daß wir nach Lage der Dinge ganz außerstande waren, diesem Vorschlage von Segitz zu-

zustimmen. Segiß hat uns weiter erklärt, daß diese Entscheidung einem Beschlusse der süddeutschen Delegierten entspreche, die Montag getagt hat, wozu man allerdings die süddeutschen Genossen, die gegenteiliger Meinung waren, absichtlich nicht eingeladen hat. (Hört! hört!) (Zuruf von Segiß: Das ist doch selbstverständlich!) So waren in der Tat unsere Verhandlungen und ich füge noch hinzu, daß „der Schwarzmacher Ebert“ dort erklärt hat, daß wir im Vorstand und in der Kontrollkommission nach wie vor gewillt seien, alles zu tun, um einen Weg zu finden, auf dem wir uns zusammenfinden können. (Zuruf bei den Süddeutschen: Habt Ihr aber nicht getan!) Ich glaube, diese Darstellung unserer Verhandlung gibt ein anderes Bild, als die gestrigen Ausführungen von Segiß. (Sehr richtig!) Noch eins: Ich weiß nicht, was das für eine Art ist, aus einer so ernsten vertraulichen Verhandlung Einzelheiten herauszureißen und sie in die Öffentlichkeit zu werfen, in der Absicht, Personen zu verlezen oder zu verdächtigen. Diejenigen, die unserer Verhandlung beiwohnten, wissen, daß einem bekannten süddeutschen Parteigenossen in dieser Auseinandersetzung eine böse Entgegnung passirt ist, die er sicher in der Öffentlichkeit nicht vertreten würde. Ich sage ganz offen: Wenn man das in der Öffentlichkeit gegen diesen Genossen ausnutzen wollte, was ihm in der begreiflichen Aufregung entsprungen ist, so würde ich sagen, das ist unschön, das ist unseim, das gehört sich nicht. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun zur Resolution Frohne. Bei aller wohlwollenden Aufnahme dieser Resolution muß ich aber doch fragen: Wie soll dadurch überhaupt eine Verständigung herbeigeführt werden können? Verhehlen wir uns doch nicht, daß die Anschauungen der Parteileitung und die der süddeutschen Genossen über die Auslegung der Lübecker Resolution weit auseinandergehen, und wenn wir das nächste Jahr, wenn die Württemberger zum Budget Stellung nehmen müssen, zusammenrücken, dann werden sich ganz natürlich dieselben Gegenfälle zeigen. (Sehr richtig!) Wenn wir uns nicht einigen, dann ist der Streit von neuem da. (Sehr richtig!) Anders wäre es, wenn diese Resolution festlegte, wor die Entscheidung zu treffen hat. Frohne hat gestern seine Resolution so interpretiert, daß eine Zustimmung zum Budget nur erfolgen könne, wenn keine der hier genannten Parteiminstitutionen Einspruch erhebt. Das wäre klipp und klar und darüber ließe sich vielleicht reden. Uns ist aber gestern Abend erklärt worden, daß die süddeutschen Genossen diese Formulierung, wie sie Frohne wünschte, abgelehnt haben. (Hört! hört!) Frank und Auer rufen: Wer hat das erklärt? Wenn ich mich recht erinnere, hat Frohne das selbst dem Genossen Singer mitgeteilt. Unter diesen Umständen ist es für uns unmöglich, eine andere Stellung einzunehmen als bisher. Daß die Resolution Ziele ohne weiteres abzuweisen ist, liegt auf der Hand.

Uns ist der Ernst der Situation wohl beunruhigt. Nichtsdestoweniger wissen wir keinen anderen Ausweg, als die Entscheidung in die Hände des Parteitag zu legen. Möge die Entscheidung ausfallen, wie sie wolle, wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß jeder Parteigenosse, mag er heißen, wie er will, so viel demo-kratisches Prinzip besitzt, daß er sich der Entscheidung unterwirft. (Lebhafte Zustimmung.) Es sind in der Auseinandersetzung heftige Worte gefallen. Man hat von Trennung gesprochen. Das wäre ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterbewegung, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die Pfalanz, die ein Bismarck mit den brutalsten Mitteln des Polizeistaats nicht zu sprengen vermochte, die bisher allen Stürmen standgehalten hat, sie sollte gelöst und gebrochen werden wegen dieser Frage, um die wir uns hier streiten? Die machtvollste Kulturbewegung, welche die Welt bisher gesehen hat, sollte zum Gespött aller Volksfeinde werden? Dort oben im Saale leuchtet der Spruch: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ Das ist die Mahnung

die wir den Arbeitern der ganzen Welt zurufen. Und daß deutsche Proletariat, das bisher den Arbeitern der ganzen Erde ein leuchtendes Vorbild ziel-sicherer Einigkeit gewesen ist, das sollte von dieser Höhe herabsteigen, sollte sich zum Gaudium der Gegner selbst zerfleischen? Das kann nicht geschehen, das darf nicht geschehen! Wenn wir diesen Parteitag verlassen, dann soll es weder Sieger noch Besiegte geben, sondern nur Kampfgenoßen, die gewohnt sind, nach erfolgter Aussprache den Willen der gesamten Partei zu respektieren und wieder einig und geschlossen zu marschieren. Zu marschieren gegen den gemeinsamen Feind! (Stürmischer Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Geiß-Mannheim: Ich hatte gedacht, daß es nicht nötig wäre, über den Verkehr zwischen dem badischen Landesvorstand und dem Parteivorstand noch weiter zu sprechen. Nachdem aber Ebert in seinem Schlußwort darauf eingegangen ist, erkläre ich folgendes: Wir haben am 4. August den Brief des Parteivorstandes bekommen, durch den wir angefragt wurden, wie es denn eigentlich mit der Sache stehe. Man habe gehört, daß in Bayern und Baden für das Budget gestimmt werden solle, wir sollten Auskunft darüber geben, ob etwas Wahres daran sei, damit der Parteivorstand in die Lage käme, An-sfragen wahrheitsgemäß zu beantworten. In dem Brief stand nichts davon, daß sich der Parteivorstand für sich als eigene Korporation informieren wolle. (Lachen.) Wir mußten deshalb der Meinung sein, daß diese an den Parteivorstand gerichteten Anfragen seitens der „Leipziger Volkszeitung“ und des Berliner „Vorwärts“ erfolgt seien, denn schon bevor der Brief aus Berlin bei uns eintraf, war in der „Leipziger Volkszeitung“ der bekannte Artikel mit der Ueberschrift erschienen: Wirds bald? Wir wollten dem Parteivorstand eine ganz authentische und sichere Nachricht geben und haben deshalb den folgenden Tag abgewartet, wo wir zu einer Fraktions-sitzung nach Karlsruhe geladen waren. Die Einladung zu dieser Sitzung traf gleichzeitig mit dem Briefe Kolbenbusch ein. In der Fraktions-sitzung wurde gesagt, man sei ge-willt, diesmal für das Budget zu stimmen, aus dem bereits von Frank ange-führten Grunde. Die Landeskommission schloß sich dem an, sie war der Meinung, daß die Lübecker Resolution dadurch nicht verletzt wird. Aber es wurde weiter bemerkt, wir würden nur für das Budget stimmen, wenn das Deckungs-gesetz angenommen und das Beamten-gesetz gesichert ist. Die Regie-rung hatte nämlich gedroht, falls das Deckungs-gesetz nicht in ihrem Sinne an-genommen würde, das Beamten-gesetz zurückzuziehen, und dann wären unsere Genossen genötigt gewesen, gegen das Budget zu stimmen. Diesen Moment wollten wir abwarten. Mir wurde auf meine Anfrage von der Fraktion mitgeteilt, daß das Deckungs-gesetz am nächsten Tage erledigt sein würde. Aus diesem Grunde erließen wir das sogenannte Schweige-gebot, bis die Fraktion bestimmt wüßte, wie sie stimmen würde. Nun hat sich aber die Entscheidung über das Deckungs-gesetz bis Dienstag hingezogen, und nachdem das Telegramm von den Hindereien eingetroffen war, das uns so sehr erfreute, haben wir sofort bei der Fraktion angefragt, wie es mit der Deckungs-frage stehe. Als die Entscheidung am Dienstag fiel, erschien bereits der Artikel im „Vorwärts“ über Parteiverrat, Insubordination usw. (Frank: Das geht vom Parteivorstand aus!) Wir konnten gar nicht anders handeln, wir hatten den be-stimmten Willen, dem Parteivorstand zu antworten, aber wir wollten ihm eine präzise Antwort geben. Wir verwahren uns dagegen, daß wir uns gegen den Parteivorstand auflehnen wollten.

Singer: Der Vortredner hat zwar keine persönliche Bemerkung gemacht, ich habe mich aber für verpflichtet gehalten, ihn ausreden zu lassen, weil ich es als eine Unfreundlichkeit angesehen hätte, wenn ich dem Vorsitzenden des

badischen Landesvorstandes die Möglichkeit dazu nicht gegeben hätte. (Zustimmung.)

Frohme: Ebert erwähnte eine Mitteilung, die ich Singer gemacht habe. Um von vornherein jeder Mißdeutung vorzubeugen, habe ich zu erklären: Ich habe mich im Einverständnis mit Singer bemüht, mit den süddeutschen Genossen eine Verständigung auf der Basis meiner Resolution zustande zu bringen, und es war ganz selbstverständlich, daß ich nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet war, dem Genossen Singer mitzuteilen, welche Bedingung die süddeutschen Genossen stellten. Das werden unsere süddeutschen Genossen mitzugeben, und Singer wird es mir bestätigen.

Timm gibt namens der Mehrheit der süddeutschen Delegierten folgende Erklärung ab:

„Wir werden der Resolution Frohme trotz aller Bedenken zustimmen, um den weiteren Beweis zu liefern, wie hoch uns die Geschlossenheit und das Gesamtwohl der Partei steht. In der vorgesehenen Art der Verständigung erblicken wir auch den Weg, die Frage der Budgetabstimmung in einer Weise zu lösen, die das gegenseitige Vertrauen mehr als bisher sichert, und weder die Selbständigkeit der Fraktionen außer acht läßt, noch eine den verfassungsmäßigen Bestimmungen der Einzelstaaten widersprechende Bindung bezweckt. Würde aber die Resolution Frohme in irgendeiner Weise verschärft, so müßten wir sie ablehnen.“

Singer schlägt folgenden Abstimmungsmodus vor: es soll zunächst abgestimmt werden über den Antrag Schöpflin Nr. 135, dann über den Antrag Thiele Nr. 136, und hierauf in namentlicher Abstimmung über die Resolution Frohme Nr. 134. Durch die Annahme der Resolution Frohme wäre die Resolution der Parteileitung erledigt; wird aber die Resolution Frohme abgelehnt, dann soll zunächst der Abänderungsantrag Schütz Nr. 137 zur Resolution der Parteileitung und dann diese Resolution Nr. 126 selbst zur Abstimmung kommen, und zwar würde ab Absatzweise abgestimmt werden, die Gesamtabstimmung würde eine namentliche sein. Die Anträge 74—85 würden sich durch die Annahme der Resolution der Parteileitung erledigen; sollte diese Resolution abgelehnt werden, dann würden diese Anträge der Reihe nach zur Abstimmung kommen.

Heine-Berlin: Der Vorschlag von Singer ist zwar im übrigen ganz korrekt, aber über die Vorstandesresolution müßte vor der Resolution Frohme abgestimmt werden. (Widerspruch.) Ich bin natürlich nicht der Meinung, daß der Vorschlag von Singer eine Absicht gegen irgend jemand verfolgt, aber es ist doch gar nicht denkbar, so abzustimmen, denn die Resolution des Parteivorstandes ist unzweifelhaft die schärfere, und das hat ja auch Ebert vorhin deutlich erklärt. Es wird Parteigenossen geben, die für den Fall der Ablehnung der Resolution der Parteileitung, und nur für diesen Fall, sich mit der Resolution Frohme begnügen würden. (Widerspruch der Berliner.) Das werden gerade Sie sein, Parteigenossen aus Berlin. (Erneuter Widerspruch der Berliner.) Vielleicht begnügen Sie sich auch dann nicht, aber logisch wäre es doch, daß man erst das weitergehende Verbot ausspricht und dann das geringere. Nach dem Vorschlag von Singer könnte es passieren, daß überhaupt nichts zustande kommt.

Singer: Ich bin dem Vorredner dankbar, daß er in die Lauterkeit meiner Absichten keinen Zweifel gesetzt hat, aber ich glaube, das hätte gar nicht erst betont zu werden brauchen. (Lebhafte Zustimmung.) Im übrigen stimme ich ihm nicht zu. Es muß den Befürwortern der Resolution Frohme, die das mindere wollen, die Möglichkeit gegeben werden, wenn sie abgelehnt wird, das schärfere anzunehmen. (Sehr richtig!) Der Wille aller Gruppen des Parteitages

kommt viel reiner zum Ausdruck, wenn mein Vorschlag befolgt wird, als durch den Vorschlag von Heine. (Lebhafte Zustimmung.) Ich lasse die Frage der Absicht beiseite, ich würde mich schämen, wenn ich mich gegen einen solchen Vorwurf verteidigen müßte. (Lebhafter Beifall.) Mein Vorschlag geht dahin, den Willen des Parteitages zum Ausdruck zu bringen und dabei jeder Richtung die Möglichkeit zu geben, voll zur Geltung zu kommen. Wer das will, der kann gar nicht anders, als meinen Vorschlag annehmen. (Sehr richtig!)

Rüppel-Allenburg schließt sich dem Vorschlag Singers an. **Redner** erklärt, daß er zwar auf dem Boden der Resolution des Parteivorstandes stehe, aber trotzdem für die Resolution Frohme stimmen würde, weil er es nicht beantworten könne, den Unfrieden in der Partei noch weiter gefördert zu sehen. Diesen seinen Standpunkt könne er nur durch den Vorschlag von Singer zum Ausdruck bringen.

Abler-Kiel ist gleichfalls mit dem Vorschlag von Singer einverstanden.

Heine: Singer muß in etwas gereizter Stimmung sein, wenn er aus meiner harmlosen und gutgemeinten Bemerkung etwas wie eine Spitze gegen sich herausläßt. Ich hatte durchaus keine Hintergedanken, Singer hätte nicht so pikiert zu tun brauchen.

Auer-München erklärt, daß die Süddeutschen für den von Singer vorgeschlagenen Abstimmungsmodus sind.

Der Parteitag schließt sich mit großer Mehrheit dem Vorschlag von Singer an.

Zunächst wird der Antrag 135 in beiden Teilen mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso der Antrag 136.

Hierauf wird in namentlicher Abstimmung die Resolution Frohme (Nr. 134) mit 218 gegen 160 Stimmen abgelehnt.

Mit Ja stimmten: **Abler**, **Adelung**, **Arnold**, **Auer**, **Baisch**, **Bartels**, **Baumann**, **Baumeister**, **Bécard**, **Bischhoff**, **Bleuel**, **Böhle**, **Bömelburg**, **Wohlf**, **Wolmann**, **Bredow**, **Breß**, **Brubns-Wandsbek**, **Dabitz**, **Deichmann**, **Deckelmann**, **Dieß**, **Dörnte**, **Dorn**, **Christler**, **Ellen**, **Eiskner**, **v. Elm**, **Endmann**, **Engelmann**, **Engelsmann**, **Engler**, **Erfurth**, **Evers**, **Fels**, **Feuerstein**, **Fischer-Suitgart**, **Fischer-Mittweida**, **Fischer-Berlin**, **Frank**, **Freundenberger**, **Frohme**, **Geiß**, **Goller**, **Grünberg**, **Guggenheim**, **Gähnsen**, **Hafenzahl**, **Haupt**, **Hegenwald**, **Hergog**, **Heymann**, **Hierl**, **Hildenbrand**, **Höhne**, **Hoffmann-Welesfeld**, **Honrath**, **Huber**, **Hue**, **Hug**, **Jacobsen**, **Kochstedt**, **Jasper**, **Joos**, **Kahmann**, **Kahner**, **Keil**, **Käppler**, **Klupsch**, **Klühs**, **Knapper**, **Knieriem**, **Koch**, **Kolb**, **Krest**, **Kruller**, **Lachenmeyer**, **Langer**, **Lau**, **Legien**, **Leinert**, **Leimpeters**, **Lesche**, **Liebold**, **Lippel**, **Maiser**, **Mehrens**, **Mertel**, **Mehrlain**, **Müller-München**, **Wag Müller**, **Müller-Hamburg**, **Miensdorf**, **Nimmerfall**, **Nitsch**, **Nohis**, **Roste**, **Röthlich**, **Raeplov**, **Ranger**, **Pelkann**, **Pickelmann**, **Poling**, **Quard**, **Quessel**, **Raab**, **Raith**, **Rauch**, **Reichel**, **Hollwagen**, **Schäse**, **Sädler**, **Saenger**, **Seelmann**, **Segitz**, **Simon**, **Schlegel**, **Schlomer**, **Schmid-München**, **Schmidt-Rindau**, **Robert Schmidt-Berlin**, **Schmitt-München**, **Schmitt-Diffenbach**, **Schmitz**, **Schneider**, **Schnettler**, **Schred**, **Schraber**, **Schröder**, **Schumann**, **Schütz**, **Stabel**, **Starz**, **Stegen**, **Stelling**, **Stodinger**, **Stolle**, **Stollen**, **Sträßer**, **Stüber**, **Thiele-Halle**, **Thöne**, **Timm**, **Trautwein**, **Trintz**, **Ullmann**, **Ulrich**, **Vogel**, **Walter-Augsburg**, **Waltner-Mürnberg**, **Weill**, **Weiß**, **Oberstein**, **Weiß-Wartredwitz**, **Weißheimer**, **Werner**, **Wettermann**, **Wigowski**, **Wunderlich**, **Ziegler**, **Zimmermann**, **Zorn**.

Mit Nein stimmten: **Agnes**, **Albrecht**, **Baader**, **Baerer**, **Wahr**, **Warth**, **Wäsner**, **Waudert**, **Webel**, **Wellert**, **Wendler**, **Wenther**, **Berten**, **Viniskiewicz**, **Reckmann**, **Woc**, **Wöskel**, **Vorghert**, **Vorgmann**, **Wrandler**, **Braun-Königsberg**, **Braun-Käfirin**, **Brückner**, **Brühne**, **Bruno-Berlin**, **Budde**, **Büchner**, **Bähler**.

Colbig, Crippien, Daßmann, Denker, Deuper, Diehl, Drechsler, Dreßler, Düttell, Eberhardt, Ebert, Eggert, Eichhorn, Emmel, Ernst, Ewald, Faber, Fahrow, Fanghänel, Faure, Fauth, Förster, Fuchs, Fröbel, Ged, Gehrmann, Gerisch, Geher, Gräbert, Grauer, Greifenberg, Groger, Grunwald, Haase, Haberland, Hadelbusch, Heine, Hengsbach, Henke, Heßhold, Heuer, Hilpert, Hoch, Hofer, Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Hamburg, Horn, Hörning, Jahn, Jahrmarch, Jacobson-Ober-Schöneeweide, Jungnickel, Kaben, Kautsch, Kawier, Kaiser, Kitzling, Knauer, Knipping, Kögel, Köhnde, Koenen, Köhnen, Krohnberg, Kühnert, Küter, Kurzhals, Laifant, Leber, Lebebour, Lehmann, Leibner, Lensch, Leopoldt, Leterenz, Liepmann, Linde, Lipinski, Litfin, Litzinger, Löwenstein, Ludwig, Lugemburg, Matzke, Metzger, Michaelis, Milenz, Mollenbuhr, Muder, Müller-Gradow, Müller-Forst, Müller-Rölin, Müller-Berlin, Nemitz, Neuhäuser, Neumann, Nürnberg, Otto, Paegel, Panfert, Pfannkuch, Picard, Piel, Pöhl, Pöllender, Polziner, Raute, Reiwand, Reißhaus, Reize, Richter, Riez, Ritter, Rohleder, Rosenfeld, Röppler, Rösner, Rudolph, Sailer, Seger, Seifert, Sidow, Sieling, Sindermann, Singer, Süß, Schadow, Schäfer-Berlin, Schäfer-Mühlhausen, Schaumburg, Scheiß, Scheidemann, Schirmer, Schöffler, Schlehmann, Schluchtmann, Schmid-Regin, Schmidt-Gmünd, Schmidt Carl, Fritz Schmidt-Berlin, Schöpfkin, Schubert, Schuboth, Schulz-Berlin, Schulze-Coffeibaude, Schulze-Rölin-Silz, Schwarz, Stadthagen, Stegner, Steintopf, Stollberg, Stolpe, Ströbel, Stubbe, Taubadel, Teuber, Thiele-Guben, Timius, Trippensee, Ullenbaum, Unger, Vieth, Voigt, Wadwig, Wagner, Waldheim, Weber, v. d. Wehd, Weisnacht, Weinheber, Wels, H. Wengels, Margarete Wengels, Werner-Rosfod, Westmayer, Wickt, Winkmann, Winter, Witte, Wolberst, Wulff, Wurn, Zetkin, Ziegler, Ziesch, Ziek, Zubeil, Zucht.

Singer: Ich habe mitzutheilen, daß Dr. Südesum nicht anwesend sein kann, weil er wegen schwerer Krankheit in seiner Familie abberufen ist. Er hat mich ausdrücklich gebeten, das mitzutheilen.

Nummehr kommt zur Abstimmung die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, und zwar zunächst in einer Vorabstimmung der Abänderungsantrag Nr. 137 zum dritten Absatz der Resolution. Dieser Antrag wird abgelehnt und dann die einzelnen Absätze der Vorstandesresolution mit Mehrheit angenommen.

Darauf findet die Gesamtstimmung über die Vorstandesresolution statt. Sie ist namentlich.

Während das Ergebnis dieser Abstimmung festgestellt wird, ersucht Singer, die Vorschläge für die Neuwahl des Vorstandes und der Kontrollkommission einzureichen. Die beiden Beisitzer werden von der Kontrollkommission gewählt. Die Genossin, die als Beisitzerin dem Parteivorstand angehört, wählt der Parteitag.

Genossin Baader (zur Geschäftsordnung): Es ist mir bekannt geworden, daß ich mit auf die Vorschlagsliste gesetzt worden bin. Ich bitte von meiner Person Abstand zu nehmen. Ich habe die Gründe bereits auf der Frauenkonferenz und der vorangegangenen Besprechung mit den Frauen Klargelegt. Es ist dies mein eigener Entschluß, den ich mir reiflich überlegt habe. Es ist aber mein lebhafter Wunsch, mit der jüngeren Genossin, die in den Parteivorstand gewählt werden wird, in schweizerischer Gemeinschaft zu arbeiten und unsere Bewegung zu fördern. Nur die Liebe zur Bewegung hat mich veranlaßt, meinen Entschluß zu fassen. (Bravo!)

Singer verkündet nunmehr das Ergebnis der Abstimmung. Mit „Ja“ haben gestimmt 258 Mitglieder des Parteitages, mit „Nein“ 119. Die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ist also angenommen.

Mit Ja stimmten: Adler, Agnes, Albrecht, Baader, Baerer, Baßr, Bartels, Barth, Basner, Baubert, Baumann, Bebel, Bellert, Bendler, Benther, Berten, Binkszkewicz, Bedmann, Bleuel, Bod, Böske, Bollmann, Borchert, Borgmann, Brandler, Braun-Königsberg, Braun-Küfflin, Brückner, Brühne, Bruns-Berlin, Bunde, Bükner, Büßler, Goldig, Crippien, Daßmann, Deichmann, Denker, Deuper, Diehl, Drechsler, Dreßler, Düttell, Eberhardt, Ebert, Eggert, Eichhorn, Eilken, Emmel, Erdmann, Erfurth, Ernst, Ewald, Faber, Fahrow, Fanghänel, Faure, Fauth, Fischer-Berlin, Förster, Fuchs, Fröbel, Ged, Gehrmann, Gerisch, Geher, Goller, Gräbert, Grauer, Greifenberg, Groger, Grunwald, Haase, Haberland, Hadelbusch, Hähnsen, Haupt, Hegetwald, Hengsbach, Henke, Heßhold, Heuer, Hilpert, Hoch, Hörning, Hofer, Hoffmann-Berlin, Hoffmann-Hamburg, Honath, Horn, Jacobson-Rosfod, Jacobson-Ober-Schöneeweide, Jahn, Jahrmarch, Joos, Jungnickel, Kaben, Kahmann, Kaiser, Kautsch, Kawier, Kaiser, Käppler, Kitzling, Klupfch, Knauer, Knipping, Kögel, Köhnde, Koenen, Köhnen, Krest, Krohnberg, Kühnert, Küter, Kurzhals, Laifant, Leber, Lebebour, Lehmann, Leibner, Lensch, Leopoldt, Leterenz, Liebold, Liepmann, Linde, Lipinski, Litfin, Litzinger, Löwenstein, Ludwig, Lugemburg, Matzke, Mehrens, Metzger, Michaelis, Milenz, Mollenbuhr, Muder, Müller-Gradow, Müller-Forst, Müller-Rölin, Müller-Berlin, Nemitz, Neuhäuser, Neumann, Niensdorf, Nitsch, Nobis, Nürnberg, Otto, Paegel, Panfert, Pfannkuch, Picard, Piel, Pöhl, Pöllender, Poling, Polziner, Raute, Reiwand, Reißhaus, Reize, Richter, Riez, Ritter, Rohleder, Rosenfeld, Röppler, Rösner, Rudolph, Sailer, Seelmann, Seger, Seifert, Sidow, Sieling, Siebert, Simon, Sindermann, Singer, Süß, Schadow, Schäfer-Berlin, Schäfer-Mühlhausen, Schaumburg, Scheiß, Scheidemann, Schirmer, Schlehmann, Schöffler, Schluchtmann, Schmid-Regin, Schmidt-Gmünd, Carl Schmidt, Fritz Schmidt-Berlin, Schmitz, Schneiber, Schöpfkin, Syred, Schroeber, Schubert, Schuboth, Schulz-Berlin, Schulze-Coffeibaude, Schulze-Rölin-Silz, Schwarz, Stadthagen, Stegner, Steintopf, Stellung, Stollberg, Stolpe, Stolten, Ströbel, Stubbe, Taubadel, Teuber, Thiele-Guben, Timius, Trautewein, Trippensee, Ullenbaum, Unger, Vieth, Voigt, Wadwig, Wagner, Waldheim, Walter-Augsburg, Weber, v. d. Wehd, Weisnacht, Weinheber, Wels, H. Wengels, Margarete Wengels, Werner-Rosfod, Werner-Wischofsheim, Westmayer, Wickt, Winkmann, Winter, Witte, Wizirowski, Wolberst, Wulff, Wurn, Zetkin, Ziegler, Zieser, Ziesch, Ziek, Zubeil, Zucht.

Mit Nein stimmten: Abelung, Arnold, Auer, Baifsch, Baumeister, Bérard, Bischoff, Böhle, Bömelburg, Bohl, Bredow, Breh, Brühns-Bandschel, David, Dedelmann, Diez, Dörnte, Dorn, Ehrlicher, Eisner, v. Elm, Engelmann, Engelsmann, Engler, Ebers, Felz, Feuerstein, Fischer-Stuttgart, Fischer-Mittweida, Frank, Freudenberger, Frohme, Geiß, Grünberg, Guggenheim, Hagenzahl, Heine, Herzog, Heymann, Hiert, Hilbenbrand, Höhne, Hoffmann-Vielefeld, Huber, Hue, Hug, Jasper, Keil, Klühs, Knapper, Kriemier, Koch, Kolb, Krüger, Lachenmeyer, Langer, Lau, Legien, Leinert, Leimpeters, Leise, Lippl, Maier, Merkel, Meßlein, Müller-München, Max Müller, Müller-Hamburg, Nimmerfall, Noske, Nöthlich, Paepelow, Panzer, Peltmann, Pidelmann, Quard, Quessel, Raab, Reith, Rauch, Reichel, Röllwagen, Sachs, Sädler, Saenger, Segig, Schlegel, Schlomer, Schmid-München, Schmidt-Lindau, Robert Schmidt-Berlin, Schmitt-München, Schmitt-Offenbach, Schnettler, Schrader, Schumann, Schütz, Stabel, Starl, Stegen, Stodinger, Straker, Stuber, Thiele-Halle, Thöne, Timm, Trinks, Ullmann, Ulrich, Vogel, Walther-Nürnberg, Weill, Weiß-Oberstein, Weiß-Martt, redwitz, Weißheimer, Wettermann, Wunderlich, Zimmermann, Jörn.

Singer: Damit sind die Anträge 74 bis 85 erledigt. Zu einer Erklärung gebe ich dem Genossen Segig das Wort.

Segk: Parteigenossen! Im Auftrage von 66 Delegierten aus Bayern, Baden, Württemberg und Hessen habe ich folgende, von jedem einzelnen Delegierten unterzeichnete Erklärung abzugeben:

„Die unterzeichneten Parteimitglieder erklären: Wir erkennen dem deutschen Parteitag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die oberste Entscheidung zu in allen prinzipiellen und in den taktischen Angelegenheiten, die das ganze Reich berühren. Wir sind aber auch der Ansicht, daß in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorganisation die geeignete und zuständige Instanz ist, die auf dem Wege gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besonderen Verhältnissen selbständig zu bestimmen hat, und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben muß.“

Abelung, Auer, Baisch, Baummeister, Bohl, Brebon, Davith, Dorn, Eisner, Engelmann, Engler, Feuerstein, Friedrich Fischer, Frank, Freudenberger, Gels, Grünberg, Guggenheim, Hansen, Herzog, Heymann, Hierl, Hübnerbrand, Huber, Keil, Knapper, Knieriem, Kolb, Krüger, Lachenmeyer, Alpl, Maier, Adolf Müller, Mümmerfall, Nötlich, Penner, Pelikann, Pidelmann, Duesel, Raab, Reigel, Rollwagen, Sädler, Saenger, Segk, Schlegel, Eduard Schmid, Franz Schmitt, Gregor Schmitt, Stabel, Starb, Stodinger, Straßer, Studer, Umm, Ullmann, Ulrich, Vogel, Wag, Walther, Well, Weh, Weisheimer, Weitemann, Wunderlich, Zimmermann, Zorn.

(Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen.)

Singer: Der Parteitag nimmt Kenntnis von dieser Erklärung. Dieselbe geht zu Protokoll.

Ich schlage nunmehr dem Parteitag vor, sich zu verlagern. Der Parteitag ist damit einverstanden,

Schluß 12¼ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Dorn eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

Sozialpolitik und der neue Kurs

Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegt die Resolution 123 und der Antrag 12 vor.

Referent Mollenhuth: Man sollte meinen, daß es bei uns in Deutschland vom reinen Zufall abhängig ist, ob einmal in der Sozialpolitik Fortschritte möglich sind oder nicht. Die Gegner von heute sind die Freunde von morgen, um übermorgen in anderer Konstellation sich wieder geschlossen gegenüberzustellen. An die Stelle der Freihandelspolitik trat 1870 die Periode der Schutzzölle; dann kam 1890 die Ära der Februarverträge, in der es schien, als ob wirklich Sozialpolitik getrieben werden solle, bis das soziale Kaiserium sehr bald vor dem Stummischen Scharfmacherium kapituliert. Der kurzen Periode der Handelsvertragspolitik folgte die agrarische Periode, in der das Zentrum Krumpf war, die eigentliche Periode Bülow. Mit dem Zentrum als Krumpf hat man den Wucherertarif von 1902 gemacht, mit dem Zentrum als Krumpf die Steuerreform 1906. Und 1907 tritt dann wieder eine ganz andere Konstellation ein. Da wird vielleicht mancher sagen, bei einem solchen Hin und Her kann es auch einmal eine Konstellation geben, in der die soziale Politik Krumpf ist, und es hat ja Leute gegeben, die vom Bloch Sozialpolitik erwartet haben. Die Zahl der sozialpolitischen Anträge im Reichstage könnte ja auf eine Neigung zur Sozialpolitik schließen lassen. Aber bei näherem Zusehen finden wir, daß der Bloch unfähig ist, überhaupt Sozialpolitik zu treiben. Soweit im Bloch der Liberalismus zur Aktion gelangt, ist es ein Liberalismus

im Gegensatz zum Sozialismus, ein Liberalismus für rein kapitalistische Politik. Es ist kein Zufall, daß gerade unter dem Blockkurs der bekannte Alexander Tille im Saarebier die Frage der Gründung einer Partei der Arbeitgeber aufwirft, die die Gesetzgebung so beherrschen soll, wie bisher der Bund der Landwirte. Die Sozialpolitik wurde ja eingeleitet durch den Brief an Liebert, wodurch der Reichsländerverband zur Bülowischen Wahlmaschine gemacht wurde und in dem bezüglich der Sozialpolitik nur der eine Satz stand, daß in keinem Lande der Welt soviel für die Arbeiter gesorgt sei, wie in Deutschland. Das bewog den Zentralverband der deutschen Industriellen, die Mittel herzugeben für die Blockwahlen. Die äußersten Gegner der Sozialpolitik haben die Wahlen bezahlt. Sie sind die Herren der Situation, und will der Bloch ihre Unterstützung auch ferner haben, so muß er ihre Wünsche befriedigen. Die Zentralverbändler hatten recht, den Fürsten Bülow zu unterstützen, denn noch nie hat es einen solchen Stillstand in der Sozialpolitik gegeben, wie unter Bülow. Und das in einer Periode eines unerhörten wirtschaftlichen Aufschwunges in ganz Deutschland, dem ein moderner Staatsmann in demselben Tempo auch mit der Sozialpolitik folgen müßte. Diese Entwicklung, diese Organisation, wie sie in den Kartellen und anderen kapitalistischen Gebilden sich heraus entwickelt haben, konnte auch ein so kühner Denker wie Marx in ihrem Umfange und in ihrer Größe nicht voraussehen. Die Kapitalanhäufung bedeutet eine gewaltige Steigerung der Macht der Kapitalisten, und mit dem wirtschaftlichen Einfluß wächst auch der politische Einfluß dieser Klasse, und daraus ergibt sich eine Entrechtung der in der Produktion tätigen Personen, wie man sie unter früheren wirtschaftlichen Systemen kaum gefannt hatte. Mehr und mehr bilden sich große Werke und an Stelle des einzelnen Kapitalisten treten die Aktiengesellschaften. Wir haben zurzeit 5000 Aktiengesellschaften mit mehr als 14 Milliarden Mark Kapital in Deutschland. An Stelle des persönlichen Arbeitgebers ist das inpersonelle Kapital getreten. Aus der ganzen Produktion fast sehen wir einen früher wesentlichen Faktor ausgeschaltet: die Menschenfreundlichkeit des Arbeitgebers, seine persönlichen Beziehungen zum Arbeiter, die bei den bürgerlichen Sozialpolitikern eine so große Rolle spielten. Was die Herren bereinst vom Menschlichkeitsgefühl des Unternehmers erwarteten, muß jetzt vom gefühllosen, inpersonellen Kapital durch die Gesetzgebung errungen werden. Die Konzentration des Kapitals hat die freie Konkurrenz für eine große Reihe von Produktionszweigen beseitigt. Mit Preisbündelungen fing es an. Sehr bald wurden sie überall überholt durch die Kartelle und Syndikate, die als alleinige Abnehmer der Waren vom Produzenten und alleinige Verkäufer gegenüber dem Konsumenten dann auch die Produktion regelten durch die Kontingentierung der Produktion auf die einzelnen Werke. Im Jahre 1905 wurden in dem Deutschen Reich 385 Kartelle ermittelt, deren kolossalen Einfluß auf den ganzen Produktionsprozeß ein Blick auf die Kartelle der Schwerindustrie, das Kohlen- und Koks-Syndikat und den Stahlwerksverband zeigt. Die Kartelle sind da und sind notwendige Erscheinungen unserer kapitalistischen Entwicklung, und es ist eine große Utopie, zu glauben, daß sie durch irgendwelche Gesetzgebung wieder aus der Welt geschafft werden können. Dem rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikat gehören 72 Zechen an mit einer Jahresproduktion von 77 Millionen Tonnen Steinkohle. Diese große Macht hat es vermocht, den Kohlenpreis in den 80er Jahren von 4,50 und 5,50 Mk. bis auf 10,75 und 11,75 Mk. hinaufzubringen, und sie hielt auch den verheerenden Stürmen der Krise von 1900 bis 1902 stand. Da haben die Arbeiter ein Recht, einen steigenden Anteil an der Produktion auch für sich zu beanspruchen. Der ganze Gewinn dieser Organisation kommt ja nicht einmal allein im steigenden Preise zum Ausdruck, denn bei diesem werden auch die Arbeitslöhne für die gewonnenen Nebenprodukte mitberrechnet. Der Stahlwerksverband bereinigt